

# zivilschutz magazin



## Es war wie eine Woge . . .

Heute: Das Erdbeben von San Franzisko am 18. April 1906

Mal geht es reibungslos, mal verkeilen sie sich: Kontinente in Bewegung, riesigen Flößen gleich auf ihrer Drift, Störfall im Spannungsausgleich der Erde entlang der berühmten Bruchzone des San-Andreas-Grabens in Kalifornien. Die nordamerikanische Platte verhakt sich unter ungeheurem Energiestau mit der pazifischen Scholle, ein Hochdruck, der sich schließlich ruckartig entladen muß.

Das passiert am 18. April 1906 um genau fünf Uhr, zwölf Minuten und sechs Sekunden nahe der Stadt des heiligen Franz von Assisi, einer der jüngsten Großstädte Nordamerikas. „Es war, als ob Hunderte von Eisenbahnzügen tief unten in der Erde unter mir wegbrausten – ein gewaltiges Rumpeln und Rollen.“ Polizeisergeant Jesse Cook auf Telegraph Hill hört und sieht „das Beben buchstäblich die Montgomery-Street heraufrollen. Es war wie eine Woge . . . wie eine Woge aus dem Ozean.“

Ein anderer Augenzeuge erinnert sich: „Man spürte heftigste und unglaublich komplexe Bewegungen des Bodens: horizontal und vertikal, mal wellenartig, dann wieder rotierend. Ich lag im Bett, und dieses Bett tanzte in die Mitte des Schlafzimmers und drehte sich dort um neunzig Grad gegen den Uhrzeiger.“ San Franzisko, die Perle des Pazifiks, reitet Rodeo auf der wild bockenden Erde.

Urängste erwachen. Die Seismographen der Universität Berkeley am Nordufer der Frisco-Bay registrierten in jenen Momenten ein Beben der Magnitude 8,25 auf der nach oben offenen Richterskala.

Dem deutschen Schiffsarzt Arthur Wolff bietet sich im Hafen ein unvergeßliches Bild, das er später in einem Buch beschrei-

ben wird: „Ein 500 Meter langer Schuppen war wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Das ganze Deck und sämtliche Kajüten waren mit Holz und Eisenteilen wie besät, die bei dem Zusammensturz des Schuppens nach allen Richtungen aufgefliegen waren.“ In diesen Augenblicken verzieht sich das Gesicht der kalifornischen Erde: Farmhäuser, Zäune, ganze Hügel werden um mehr als sechs Meter versetzt, Flüsse und Bäche ändern ihren Lauf. Eisenbahnzüge kippen aus den Gleisen, Schienenstränge verbiegen sich.

In San Franzisko werden in einer Minute 315 Menschen von herabstürzenden Decken, Möbelstücken und einfallenden Wänden erschlagen. Daß es nicht mehr sind, verdanken die insgesamt 400 000 Einwohner allein einem Umstand: Das San Franzisko der Jahrhundertwende ist im wesentlichen aus Holz gebaut. Zwar ächzen die Häuser in allen Fugen, schlingern wie Schiffe im Sturm, halten aber zumeist dank der Elastizität des Baumaterials stand. Es scheint, als habe die Stadt selbst das Beben überlebt, und so legen sich an jenem Morgen viele, denen nur Fensterglas und Porzellan zerschlagen wurde, wieder schlafen.

Letzte Ruhe vor dem Sturm.

Die eigentliche Katastrophe steht noch bevor. Ihr Ursprung heißt Chinatown, ein chaotisches Gewirr von Holzhäusern, Hütten und Garküchen mit offenen Feuerstellen, Wohnviertel der chinesischen Einwanderer und Alptraum eines jeden Feuerwehrmannes. Rauchsäulen steigen auf. Zuerst sind es zwei, vielleicht drei. Fünfzehn Minuten nach dem Erdstoß steht ein halbes Dutzend Häuser in Brand. Die Feuerwehr macht eine furchtbare Entdeckung: Sie kann nicht löschen.

Das Beben hat die dicken gußeisernen Wasserrohre der Stadt geknickt wie Strohhalme.

Um sechs Uhr stehen bereits fünfzehn Häuser in Flammen.

„Da plötzlich, gegen acht Uhr, ein unterirdisches Gedonner, ein Geräusch, als würde in der Tiefe der Erde mit Türen und Scherben geworfen. Gleich darauf ein Stoß, so stark, daß viele Häuser krachend zusammenstürzten. Der Boden unter den Füßen schien zu tanzen, spaltete sich, riß wie Zunder auseinander, Menschen verschlingend. Ein dicker Staub entquoll der Stadt, die Sonne tief verschleiernd, Schwefelgeruch drang durch die Luft. Aus

Tausenden von Kehlen ein einziger, entsetzlicher Verzweiflungsschrei . . .“

Drei Stunden später haben sich die einzelnen Brände zu einer gewaltigen Feuerwalze entwickelt. Gespeist aus geborstenen Gasleitungen und angefacht vom Wind, überrollt sie die Stadt vom Meer her. „Die Glut war fast unerträglich, wir suchten uns durch aufgespannte Schirme und vor das Gesicht gehaltene Taschentücher davor zu schützen . . .“ Durch Sprengen mit Dynamit versucht man, das Feuer abzugrenzen. So gelingt es tatsächlich, Postgebäude und Münze, wo 300 Millionen Dollar lagern, zu retten.

Doch die eben erst auf dem Union-Square eingerichteten Obdachlosenzimmer müssen eilig verlegt werden – das Feuer frißt sich unaufhaltsam weiter, überspringt Straßen und Parks. Drei Tage lang brennt San Franzisko. Dann, am 21. April gegen Mittag erlischt das Feuer – die Flammen finden keine Nahrung mehr.

Acht Quadratkilometer liegen in Schutt und Asche, zu Dreiviertel ist die Stadt zerstört.

500 Menschenleben, Tausende von Verletzten und über 200 000 Obdachlose werden beklagt. Der Sachschaden wird auf 500 Millionen Dollar beziffert. Es ist die größte Katastrophe, die je eine Stadt der USA heimgesucht hat.

Kontinente in Bewegung. Die nächste Katastrophe ist – nach Meinung der Fachleute – vorprogrammiert. Experten rechnen – sollte es San Franzisko wieder treffen – mit 50 000 Toten und ebensovielen Schwerverletzten. Ein modernes britisches Buch über die Katastrophe von 1906 beginnt mit dem lakonischen Satz: „Es wird wieder geschehen.“



# zivilschutz magazin



7-8/82 Juli/August

ISSN 0173-7872

## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des  
Bundesministeriums des Innern vom  
Bundesverband für den Selbstschutz  
Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich;  
im Juli/August als Doppelnummer.

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Waltraud Nettersheim  
Günter Sers

## Layout:

Jan Peter Lichtenford  
4020 Mettmann

## Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die  
Redaktion. Für unverlangt eingesandte  
Beiträge keine Gewähr. Nachdruck  
einzelner Beiträge, auch im Auszug,  
nur mit Quellenangabe und mit  
Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge  
geben die Meinung der Verfasser  
wieder und müssen nicht unbedingt  
mit der Auffassung der Redaktion  
übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement jährlich DM 33,60,  
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind  
6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.  
Die Kündigung eines Abonnements  
kann nur zum Schluß eines Kalender-  
vierteljahres erfolgen. Sie muß bis  
spätestens an dessen erstem Tag  
beim Vertrieb eingehen. Bestellungen  
beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im  
Falle höherer Gewalt oder bei  
Störung des Arbeitsfriedens besteht  
kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

- „Basis eines effektiven Zivilschutzes  
muß die ehrliche und offene Informa-  
tion sein“ 9  
Das Verhalten der Bevölkerung hängt da-  
von ab, wie gut sie über den Zivilschutz  
informiert ist – Ein Blick in neue Bücher  
und Schriften.
- Leserbriefe 15
- „Das Führungsmodell auf dem Prüf-  
stand“ 16  
Erfahrungsbericht aus der Vollübung  
„Alabama 81“ in München.
- „1979 bis 1981: 300000 Schutzplätze  
bezuschußt“ 23  
Bundesinnenminister gibt einen Über-  
blick über die Förderung des Schutz-  
raumbaus.
- „Aus humanitären Gründen ist es Auf-  
gabe des Staates, einen Mindest-  
schutz für jeden Bürger zu garantie-  
ren“ 25  
F.D.P.-Bundestagsabgeordneter Mölle-  
mann stellt Programm zum Schutze der  
Zivilbevölkerung vor.
- „Die Trinkwasser-Notversorgung ist  
jetzt für 20 Millionen Bürger sicherge-  
stellt“ 27  
3690 der 6000 benötigten Notbrunnen  
fertiggestellt – Abschlußbericht über die  
Maßnahmen zur Trinkwasser-Notversor-  
gung.
- „Rotes Kreuz und Frieden“ 59  
12 Thesen – eine Antwort auf die Frie-  
densfrage.
- „Mitwirkung im Katastrophenschutz  
eine elementare Aufgabe“ 61  
Aus dem Geschäftsbericht des ASB.
- „Einsatzbericht: Großbrand“ 65  
JUH bei Großbrand in Hotel-Pension im  
Einsatz.
- „Malteser-Jugend veranstaltet ihr er-  
stes Bundeslager“ 67
- „Feuerwehr-Jahrbuch 1982/83“ 69
- „DLRG-Ausbildungszentrum  
eröffnet“ 71  
DLRG Münster erhielt zugleich neues  
Rettungsboot.
- „Das Minimagazin“ U 3  
In diesem Monat: Safety first im Brand-  
schutzdienst.



## Umschau

### **Bundesinnenminister: KatS-Dv 100 in der Verteilung**

Der F.D.P.-Bundestagsabgeordnete Jürgen W. Möllemann hat in zwei Fragen an die Bundesregierung nach der Vereinheitlichung der Führungssprache und -mittel im Katastrophenschutz und nach der Katastrophenschutz-Dienstvorschrift 100 gefragt:

„Stimmt die Bundesregierung mit mir darin überein, daß alle im Katastrophenschutz mitwirkenden Behörden und Einheiten über eine einheitliche Führungssprache und einheitliche Führungsmittel verfügen müssen, damit die Kommunikation zeitsparender und präziser ist?“

Teilt die Bundesregierung ferner meine Auffassung, daß solche Regelungen (KatS-Dv 100), an deren Vorbereitung nach meiner Information seit 1975 gearbeitet wird und die seit 1979 die Bundesländer beraten, nunmehr sofort erfolgen müssen, zumal auf meine parlamentarische Anfrage vom Oktober 1981 als Termin 1981 genannt wurde?“

Staatssekretär Dr. Fröhlich, Bundesministerium des Innern, hat die Fragen für die Bundesregierung wie folgt beantwortet:

„Die Effizienz des Einsatzes der Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes hängt ganz wesentlich davon ab, daß Führungsorganisation, Führungsvorgang, Führungsmittel und Einsatzgrundsätze einheitlich festgelegt sind und gehandhabt werden. Dies ist durch die Katastrophenschutzdienstvorschrift ‚Führung und Einsatz‘ (KatS-Dv 100) geschehen, deren Verteilung über die Länder und Hauptverwaltungsbeamten an die Führungskräfte der Einheiten und Einrichtungen in diesen Tagen angelaufen ist. Die KatS-Dv 100 ist zwischen Bund und Ländern abgestimmt worden, weil sie im einheitlichen Hilfeleistungssystem des erweiterten Katastrophenschutzes in gleicher Weise für den Katastrophenschutz im Frieden wie im Verteidigungsfall gelten soll.“

Ihre Grundzüge werden darüber hinaus auch von dem Entwurf der Feuerwehrdienstvorschrift 12/1 berücksichtigt,

durch die die Länder bei Einsätzen unterhalb der Katastrophenschwelle die Einsatzleitung und das Führungssystem der Feuerwehren regeln werden.

Sobald dieser Entwurf, der sich z. Z. bei den zuständigen Gremien der Innenministerkonferenz zur Beschlußfassung im Umlauf befindet, in Kraft tritt, wird ein System einheitlicher Führungsgrundlagen in Bund und Ländern gelten, das Ihrer von mir geteilten Auffassung voll Rechnung trägt.“

### **MdB Spranger: Bundesregierung vernachlässigt Zivil- und Katastrophenschutz**

Carl-Dieter Spranger, innen- und umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, schreibt im Deutschland-Union-Dienst vom 3. August 1982 unter der Überschrift „Bundesregierung vernachlässigt Zivil- und Katastrophenschutz – Die Bevölkerung ist völlig unzureichend informiert“:

„Die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung wird lebensgefährlich, wenn es um so existentielle Aufgaben wie den Zivil- und Katastrophenschutz geht. Obwohl die CDU/CSU schon 1978 mit einem umfassenden, im Bundestag eingebrachten Antrag zur Lage der Gesamtverteidigung die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert hatte, obwohl der Innenausschuß im Juni 1980 und anschließend der Bundestag die Bundesregierung aufforderte

- Rahmenrichtlinien zur Gesamtverteidigung zu erlassen, um die Koordination der zivil-militärischen Zusammenarbeit auf allen Ebenen verbindlich zu regeln,
- die Zivilschutzgesetzgebung zu vereinfachen und zu verbessern,
- ein Gesundheitssicherstellungsgesetz vorzulegen und
- die Bevölkerung über die sie im Krisen- und Verteidigungsfall zu erwartende Bedrohung aufzuklären und danach die Motivation und Fähigkeit zur Selbstbehauptung zu stärken,

ist sie diesen Forderungen bisher nicht nachgekommen. Der Gesetzentwurf zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Zivilbevölkerung im Spannungsfall (Gesundheitsschutzgesetz) wurde von Gesundheitsministerin Anke Fuchs unter dem Druck linker Ideologen als nicht opportun und zwecklos zurückgezogen. Nach mehr als zwei Jahren liegen weder die angeforderten Rahmenrichtlinien noch ein neues Zivilschutzgesetz vor.

Unsere Bevölkerung ist nach wie vor über die einfachsten Grundregeln des Zivilschutzes nicht unterrichtet. Dies zeigt sich insbesondere erschreckend bei der Unkenntnis und Ratlosigkeit der Bevölkerung bei vorbereiteten oder plötzlichen Warnübungen. Die vom Bundesinnenminister beziehungsweise dem Bundesverband für den Selbstschutz vorgelegten Broschüren reichen nicht aus, das Informationsdefizit zu beseitigen. Sie erscheinen nicht nur in viel zu geringer Auflage. Durch Ausklammerung der in vielfältiger Weise zu erwartenden Bedrohung stärken sie nicht die Motivation und Fähigkeit zur Selbstbehauptung.

Sowohl der Bundeskanzler als auch der Bundesinnenminister sind im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes im Rahmen der Gesamtverteidigung ganz offensichtlich weder in der Lage noch willens, das für unsere Sicherheit nach innen und außen Notwendige zu tun.

Sie sind Gefangene ihrer Entspannungseuphorie, die sie unfähig macht, dem Irrglauben zu widerstehen, Zivilschutz bei uns und für uns könne den Ostblock, der selbst enorme Anstrengungen im Bereich des Zivilschutzes unternommen hat, reizen. Zum Schutz unserer Bevölkerung fordert die CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung erneut auf, endlich die einstimmigen Beschlüsse des Bundestages in deutlich sichtbares Handeln umzusetzen und dem Zivil- und Katastrophenschutz endlich den politischen Rang einzuräumen, den er im lebenswichtigen Interesse unserer Bevölkerung hat.“

### **Katastrophe auf der Autobahn 44 Kinder starben im Flammenmeer**

Eine grauenvolle Katastrophe auf der „Autobahn der Sonne“ hat am Samstag, 31. Juli 1982, insgesamt 53 Todesopfer gefordert, darunter 44 Kinder im Alter von sechs bis 15 Jahren aus Crépy en Valois, einer kleinen Stadt nördlich von Paris.

Zu dem schwersten Unglück auf französischen Autobahnen kam es in der Nacht rund 300 Kilometer südlich von Paris, als an einer Stelle, an der die Autobahn sich von drei auf zwei Fahrspuren verengt, der Fahrer eines Reisebusses bremste, zwei nachfolgende Personenwagen ebenso wie zwei Busse und weitere vier Pkw auffuhren. Augenzeugen berichteten, daß an der Unfallstelle sofort eine Stichflamme empor schoß.



44 Kinder, zwei Begleitpersonen, Fahrer und Beifahrer eines der Busse starben in den Flammen, unter den Toten sind auch fünf Insassen der Personenwagen.

Das Unglück hat in Crépy unvorstellbare Trauer ausgelöst, so verlor eine Familie ihre vier Kinder. An der Trauerfeier für die Opfer nahm Staatspräsident Mitterrand teil.

Die Schuldfrage wird schwer zu klären sein; hieß es zunächst, die zwei folgenden Busse seien mit 130 Stundenkilometern gefahren – es herrschte in der Nacht Regen – so glaubt nunmehr die Polizei, das Tempo habe kaum mehr als 100 Kilometer betragen. Da die Fahrtenstreifen der Omnibusse total verbrannt sind, ist man auf Schätzungen angewiesen.

### Düsenjäger und Privatflugzeug in der Luft kollidiert

Ein Düsenjäger der kanadischen Luftwaffe vom Typ Starfighter F 104 und eine kleine Privatmaschine stießen am Donnerstagnachmittag, 29. Juli 1982, in nur 250 Metern Höhe über der pfälzischen Gemeinde Großniedesheim

(Kreis Ludwigshafen) in der Luft zusammen und stürzten ab. Der Starfighter ging brennend in dem Ort nieder, riß eine 250 Meter lange Schneise und zerstörte den Anbau eines Einfamilienhauses, ehe die Maschine auseinander-



brach. Flugzeugteile und Trümmer beschädigten weitere Häuser in der Nachbarschaft schwer. Das Privatflugzeug ging neben dem Nachbarort Kleinriedesheim auf freiem Feld nieder.

Während der Pilot des Starfighters, ein 50jähriger Oberst der kanadischen Luftwaffe, sich mit dem Schleudersitz retten konnte, kamen die beiden Insassen der Privatmaschine ums Leben; in den Trümmern des Einfamilienhauses fand ein 19jähriger Mann den Tod, zwei weitere Verletzte konnten geborgen werden. Polizei, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Rotes Kreuz sowie Strahlenmeßtrupp waren im Einsatz.

Zum Zeitpunkt des Unglücks herrschte nur mäßige Flugsicht. Die Privatmaschine befand sich im Landeanflug auf den Flugplatz Worms, der kanadische Starfighter auf einem Übungs-Tiefflug. Beide Piloten flogen – wie üblich – nach den Sichtflugregeln. Bei blendender Sonne haben die Flugzeugführer vermutlich die Kollisionsgefahr nicht oder zu spät erkannt, meinen Experten.

### Baby-Notarztwagen in Heidelberg seiner Bestimmung übergeben

Die Rettungsdienst-Björn-Steiger-Stiftung e. V. übergab in Heidelberg dem Deutschen Roten Kreuz und der Kinderklinik der Ruprecht-Karls-Universität einen rund 110000 Mark teuren Baby-Notarztwagen. Der Leiter der Intensivstation, Professor Dr. Lutz Wille, dankte der Stiftung für diese großzügige Spende und meinte, daß „jetzt endlich die Rettung lebensbedrohter Früh- und Neugeborener den heutigen medizinischen Ansprüchen angepaßt werden kann“.

Wie wichtig ein optimales Baby-Transportsystem ist, zeigt eine Untersuchung der Heidelberger Universitäts-Kinderklinik. Sie ergab, daß Neugeborene aufgrund moderner Transportsysteme, die eine ausreichende medizinische Versorgung während des Transportes ermöglichen, in einem besseren gesundheitlichen Zustand in die Klinik kommen. Dokumentiert wird dies durch normale Körpertemperatur, ausgeglichene Blutgase und altersentsprechende Blutzuckerkonzentration. Der optimale Transport durch einen Baby-Notarztwagen senkt ferner die Kosten im Gesundheitswesen. So kostet die Behandlung eines Frühgeborenen für 90 bis 100 Tage rund 40000 Mark. Bei Auftreten besonderer Probleme, die eine längere Verweildauer auf einer Intensivstation erfordern, können Kosten bis zu 200000 Mark entstehen.



Der Baby-Notarztwagen wurde im Jahre 1979 nach der Idee des Motorjournalisten Eberhard Hemminger entwickelt. Inzwischen ist es in dieser Art das vierte Fahrzeug, das die Björn-Steiger-Stiftung finanziert. Das Grundfahrzeug ist ein Transporter. Im Fahrzeug befindet sich ein eingebauter Arbeitstisch mit einer Auszugsvorrichtung für den Intensiv-Transport-Inkubator. Um dem medizinischen Personal einen sicheren Arbeitsplatz zu bieten, wurden zwei Spezialsitze mit Hosenträgergurten eingebaut. Wichtig ist eine konstante Temperatur im Fahrzeug, deshalb hat der Transporter eine thermostatisch gesteuerte Heizung. Zur Versorgung des Inkubators sind im Fahrzeug je zwei Flaschen Sauerstoff bzw. Preßluft untergebracht, die für acht

Stunden ausreichen. Über ein Mischgerät wird die jeweils benötigte Mischung von Sauerstoff und Preßluft zur Versorgung des Neugeborenen bereitgestellt. Weitere medizinisch-technische Geräte im Fahrzeug sind: ein netzunabhängiger EKG-Monitor, ein Batterie-Injektomat zur Infusionsbehandlung und ein Überwachungsgerät für die Sauerstoffkonzentration.

Der Standort des neuen Baby-Notarztwagens ist beim Rettungsdienst des Deutschen Roten Kreuzes in Heidelberg, so ist eine Eisatzbereitschaft rund um die Uhr garantiert. Jeder Transport wird von einer Schwester und einem Arzt der Intensiv-Station der Universitätsklinik begleitet.

## Bereits 43 Surfer durch DLRG-Rettungsschwimmer geborgen

Einer Zwischenbilanz der Zentralen Einsatzleitung der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) ist zu entnehmen, daß die Zahl der Bergungen von Surfern ständig steigt. Allein im Bereich der Küste Schleswig-Holsteins wurden seit Eröffnung der Wachsaison in diesem Jahr von den Rettungswachgängern der DLRG 43 Bergungen abgetriebener, erschöpfter oder entkräfteter Surfer vorgenommen.

Die DLRG rät daher jedem Surfer, sich neben der einwandfreien Handhabung seines Wassersportgerätes, eines ausreichenden Trainings und der realen Einschätzung seiner Fähigkeiten sich vor allem mit den wichtigsten Grundregeln für das Verhalten auf dem Wasser sowie mit den örtlichen Verhältnissen vertraut zu machen.

DLRG, Polizei, Segelclubs, Hafenämtler und Fischer helfen dabei! Die DLRG hat Empfehlungen für Windsurfer herausge-

geben, die die Sportler beherzigen sollten:

Ein Schutzanzug ist zur Erhaltung der Körperwärme – und damit der Gesundheit – empfehlenswert. Eine Rettungsweste erhöht Ihre Sicherheit.

Verbinden Sie stets Rigg und Brett mit einer Sicherheitsleine, und führen Sie eine Abschleppleine mit.

Überschätzen Sie nie Ihre eigenen Kräfte. Legen sie erholsame Pausen ein.

Vervollständigen Sie Ihr Surfkönnen, insbesondere in speziell ausgewiesenen Surfzonen.

Machen Sie sich mit den örtlichen Verhältnissen und Regeln vertraut. Polizei, DLRG, Fischer, Segelclubs und Hafenämtler kennen die Reviere am besten. Achten Sie auf Gezeiten, Strömungen, ablandige Winde und spezielle Wetterverhältnisse.

Segeln Sie nie allein auf offenem Gewässer; nie bei Nebel oder nachts.

Gehen Sie nie ohne genaue Kenntnis des Wegerechts aufs Wasser. Die Grundregeln lauten: Backbordbug vor Steuerbordbug. Lee vor Luv. Der Überholende muß sich freihalten.

Segeln Sie nie in Revieren mit starkem Berufsschiffsverkehr. Meiden Sie Häfen, stark befahrene Kanäle, Schutzgebiete oder markierte Schifffahrtsstraßen.

Bleiben Sie fern von Fischern und ihren Netzen sowie von Plätzen, die Tauchern und Wasserskiläufern vorbehalten sind.

Badende bedürfen der besonderen Rücksichtnahme. Meiden Sie besonders gekennzeichnete Badezonen.

Beachten Sie, daß Badende häufig bei Annäherung von Surfbrettern in Panik geraten, da sie selbst nicht genügend von der Manövrierfähigkeit der Surfer wissen.

Beachten Sie, daß die Beobachtungsmöglichkeit der Rettungswachen durch Segel vermindert wird. Behindern Sie keine auslaufenden Rettungsboote, denn jede Sekunde ist kostbar.

Wenn Sie selbst Hilfe benötigen, geben Sie klar erkennbare Hilfezeichen: Überkreuzen Sie die Arme durch Heben und Senken über dem Kopf.

Bleiben Sie auf Ihrem Surfbrett oder bei diesem und versuchen Sie nicht, ans Ufer zu schwimmen. Bewahren Sie Ruhe!

## Köln stellt seinen Zivilschutz vor

Unter dem Titel „Bericht über den Zivilschutz in Köln“ hat die Stadt Köln jetzt eine beispielhafte Informationsschrift herausgegeben. In der umfangreichen Schrift werden die Aufgaben und der Planungsstand der zivilen Verteidigung dargelegt. Daneben gibt der Sachstandsbericht einen detaillierten Überblick über die bisher durchgeführten Maßnahmen.

Kölns Oberstadtdirektor Rossa schreibt im Vorwort: „Zivilschutz ist eine wichtige humanitäre Aufgabe und soll in einem Verteidigungsfall den Bürger durch nichtmilitärische Maßnahmen schützen. Dafür sind aber schon im Frieden zahlreiche Vorbereitungen zu treffen. Sicherlich ist der Stand der Aufgabenerfüllung insgesamt noch verbesserungsbedürftig. In einigen Bereichen wurden schon beachtliche Fortschritte erzielt; auf anderen Gebieten – zum Beispiel Schutzraumbau – sind spürbare Verbesserungen nur möglich, wenn der Bund

mehr Mittel zur Verfügung stellt. Für die Verwaltung ist die Erstellung dieses Berichtes keine lästige Pflichtaufgabe, sondern eine Möglichkeit zur kritischen Prüfung, was erreicht wurde und wo zukünftig Schwerpunkte zu setzen sind. Den Bericht fasse ich daher auch als Appell an Rat, Ausschüsse und Verwaltung auf, den Zivilschutz zu unterstützen, wo immer es möglich ist."

Auf 86 Seiten im Format DIN A 4 wird der gesamte Bereich der zivilen Verteidigung behandelt. Eine Übersicht unter dem Thema „Planung und Koordination“ leitet die Informationsschrift ein. Die folgende Darstellung des Zivilschutzes nimmt breiten Raum ein. Hier wird der Stand des Zivilschutzes in der Stadt Köln ausführlich beschrieben. Besonders die Bereiche Selbstschutz, Schutz-

raumbau und Katastrophenschutz werden eingehend behandelt. Zahlreiche Tabellen und Grafiken tragen zur Veranschaulichung bei.

Der Abschnitt „Sicherstellung der Versorgung“ befaßt sich mit den Maßnahmen nach den Sicherstellungs- und Beschaffungsgesetzen. In ihm werden die momentane Situation geschildert und die weitere Planung erläutert. Die sonstigen Aufgaben der zivilen Verteidigung – wie Zivile Alarmplanung, Befehlsstellenplanung und zivil-militärische Zusammenarbeit – bilden den letzten Abschnitt der Informationsschrift. Im Anhang sind zwei Informationsblätter abgedruckt, mit denen die Stadt Köln ihre Bürger über das Verhalten bei Katastrophen unterrichtet und die Hinweise zum Katastrophenschutz und Zivilschutz geben.

## Tandler übergab neun Strahlenschutzfahrzeuge

Der bayerische Innenminister Gerold Tandler hat neun Strahlenschutzfahrzeuge an ABC-Züge übergeben. Zu den Fahrzeugen, von denen jedes rund 230 000 Mark gekostet hat, gehören unter anderem Geräte zur Strahlenmessung und Spezialausrüstungen für die Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes.

Sie ergänzen die vom Bund für den Verteidigungsfall bereitgestellte Grundausstattung der ABC-Züge und enthalten außerdem eine Zusatzausrüstung für chemische Unfälle. Mit der Anschaffung von vier weiteren Fahrzeugen im kommenden Jahr soll das Programm mit einem Kostenumfang von rund 3,3 Millionen Mark zunächst abgeschlossen werden.

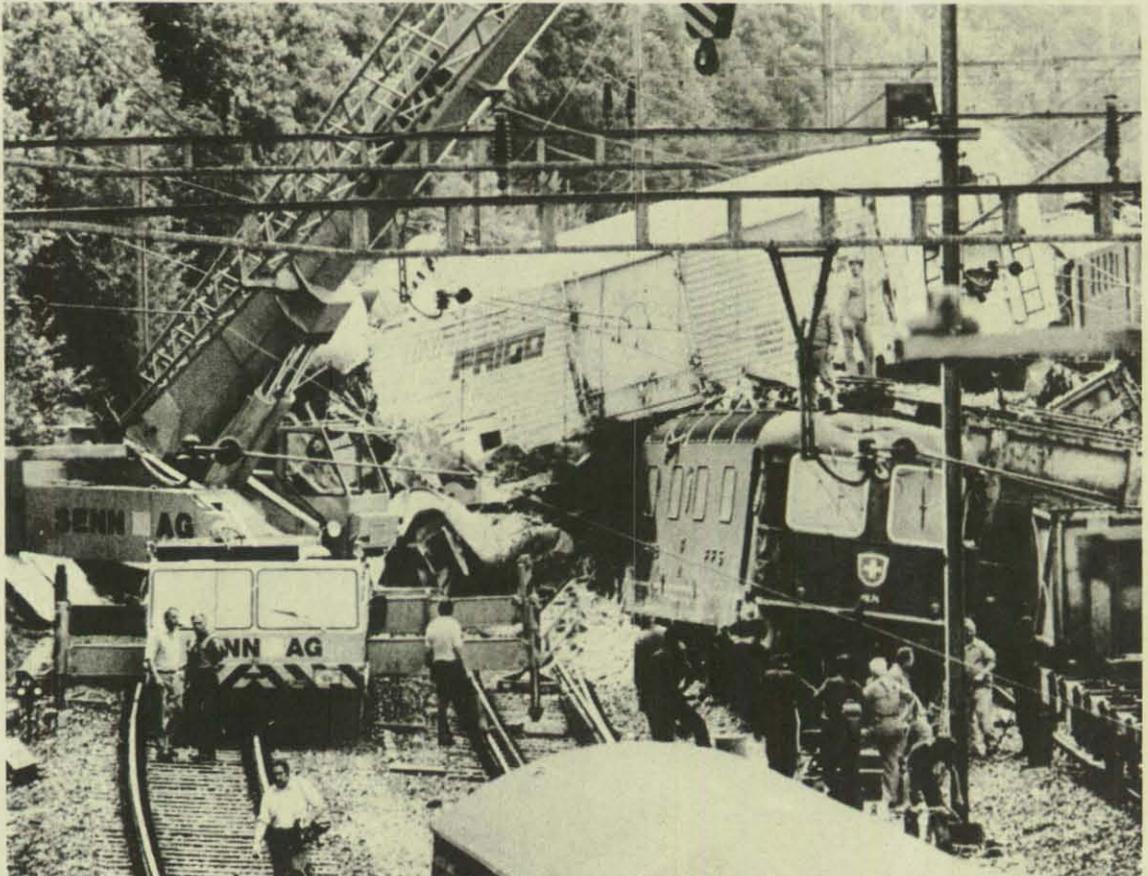
## Güterzug rammte Ferienzug

Ein mit Lebensmitteln beladener Güterzug fuhr am Sonntag, dem 18. Juli 1982, im Bereich des Bahnhofs Othmarsingen (Kanton Aargau/Schweiz) dem mit 544 Reisenden – vorwiegend Deutschen und Italienern – besetzten Expresz Dortmund-Rimini in die Flanke. Die sieben hinteren Wagen des Schnellzuges wurden vom vorderen Zugteil abgetrennt und entgleisten, drei vollbesetzte Waggons stürzten um, zwei weitere wurden

seitlich aufgeschlitzt. Das schwere Zugunglück forderte sechs Tote und 59 Verletzte, unter den Toten und Verletzten befanden sich auch deutsche Staatsangehörige. Die Unglücksursache ist nach Ansicht der Schweizer Polizei auf menschliches Versagen zurückzuführen, normalerweise hätte der Güterzug die Durchfahrt des Expresz abwarten müssen.

Tandler betonte bei der Übergabe der Fahrzeuge, aus der Ausrüstung des Katastrophenschutzes könne nicht darauf geschlossen werden, daß die Behörden ernsthaft mit Unfällen in Atomanlagen und einer massiven Freisetzung radioaktiver Stoffe rechneten. Man sei vielmehr davon überzeugt, daß in den Anlagen alle denkbaren technischen Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden seien. Allerdings könne ein Restrisiko nicht völlig ausgeschlossen werden.

Unser dpa-Foto zeigt die Aufräumarbeiten an der Unglücksstelle.



## Internationale Gesellschaft für Atemschutz gegründet

Eine neue, weltweite Kongreßgesellschaft hat sich im Frühjahr in den USA konstituiert: die Internationale Gesellschaft für Atemschutz (International Society of Respiratory Protection, I.S.R.P.). Die Gesellschaft ist unabhängig und gemeinnützig; sie hat sich den internationalen Erfahrungsaustausch im Atemschutz zum Ziel gesetzt.

Der erste internationale Erfahrungsaustausch soll im August 1983 in St. Paul/Minnesota, USA, stattfinden. Es ist geplant, Kongresse im Zwei-Jahres-Turnus abzuhalten.

Interessenten, die die Mitgliedschaft erwerben oder anlässlich der ersten Tagung ihre wissenschaftlichen und technischen Erfahrungen präsentieren wollen, können sich direkt bei I.S.R.P., Box 7567, St. Paul, Minnesota, USA 55119, melden. Die Referatanmeldung sollte dort bis zum 15. September 1982 vorliegen. Die Kongreßsprache ist Englisch.

## Minister Böckmann und Dr. Wicklmayr unterschrieben Verwaltungsvereinbarung für „KSL Rheinland-Pfalz/Saarland“

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Katastrophenschutz-Organisationen unterzeichneten am 6. Juli 1982 an der Katastrophenschutzschule in Burg/Mosel die Innenminister von Rheinland-Pfalz, Kurt Böckmann, und des Saarlandes, Dr. Rainer Wicklmayr, eine Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame zusätzliche Katastrophenschutz-Ausbildung für die Helfer des Saarlandes und des Landes Rheinland-Pfalz an dieser Schule.

In seiner Ansprache betonte Minister Böckmann, daß mit dieser Vereinbarung eine langjährige, von allen Beteiligten mit starkem Engagement im Interesse der Sache geführte Diskussion abgeschlossen wurde. Erfreulicherweise habe dabei der Forderung des Bundes nach Konzentration des Schulwesens ebenso wie den berechtigten Belangen der Länder Rechnung getragen werden können. Der Dank des Ministers galt der Bereitschaft des Saarlandes, diese Schule gemeinsam zu nutzen, aber auch dem Bundesinnenministerium sowie dem Bundesamt für Zivilschutz für die Mitwirkung bei dieser Lösung, die eine moderne Aus- und Fortbildung ermöglichen. Jährlich erhalten in Burg 1200 bis 1400 Helfer praxisbezogenes Fach- und Führungswissen vermittelt.

Mit Entschiedenheit wandte sich Innenminister Böckmann im Rahmen der in

der Öffentlichkeit manchmal lautstark und mit Schlagworten geführten Friedensdiskussion gegen die Behauptung, daß Zivilschutzmaßnahmen, ja sogar der friedensmäßige Katastrophenschutz der Kriegsvorbereitung dienen und damit die Kriegsgefahr erhöhen würden. Die zahlreichen ehrenamtlichen Helfer hätten vielmehr für ihr selbstloses Engagement als hervorragendes Beispiel für den staatsbürgerlichen Dienst an der demokratischen Gemeinschaft Anerkennung verdient.

Innenminister Dr. Wicklmayr unterstrich in seinen Ausführungen die Bedeutung und den Stellenwert des Katastrophenschutzes als sinnvollen Dienst für die Gemeinschaft, als humanitäre Aufgabe und keinesfalls technokratische Kriegsvorbereitung. In einem Rückblick erwähnte der Minister, daß an der seitherigen saarländischen Katastrophenschutzschule während ihres 16jährigen Bestehens in 607 Lehrgängen insgesamt 8022 Teilnehmer ausgebildet worden sind.

In Anlehnung an einen 166 Jahre alten Vertrag zwischen den Königen von Preußen und der Niederlande über die Errichtung eines Kondominiums im Bereich der heutigen Bundesrepublik und dem Großherzogtum Luxemburg an Mosel, Sauer und Our mit der gemeinsamen Ausübung der Hoheitsrechte, meinte Minister Dr. Wicklmayr, daß die heutige Verwaltungsvereinbarung ebenfalls kondominiale Züge trage. Sicherlich sei die Schule eine Einrichtung des Landes Rheinland-Pfalz, doch bei der Bestellung des Personals sowie der Lehrplangestaltung sei das Einvernehmen beider Nachbarländer erforderlich. Die guten Erfahrungen aus der Vergangenheit sollten daher auch auf die jetzige Vereinbarung übertragen werden, wie auch auf anderen Gebieten wie Justiz-

dienst, Polizei, Forstdienst und Finanzverwaltung diese Zusammenarbeit bereits seit Jahren mit Erfolg praktiziert werde. Am Beginn des gemeinsamen Weges wünschte er der Schule für die Zukunft ein herzliches „Glück auf!“.

Unter Leitung von Edmund Peinelt wirken an der Katastrophenschutzschule 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Ausbildungsthematik umfaßt in der Hauptsache die Schulung der Unterführer und Führer in den Fachdiensten Bergung, Instandsetzung, Sanität, ABC, Betreuung, Fernmelde und Versorgung. In den letzten fünf Jahren wurden auch in verstärktem Maße Führungskräfte der Stäbe ausgebildet. Hinzu kommt noch eine große Zahl von Helfern in Sonderfunktionen in allen Einheiten, z. B. Sprechfunkhelfer, ABC-Helfer, Sanitätshelfer, Atemschutzgeräteträger, Kraftfahrer, Köche und Sprenghelfer. 50 Teilnehmer können in der Schule in Ein- und Mehrbett-Zimmern untergebracht werden.

Der Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland wohnte übrigens eine große Zahl hoher und höchster Vertreter der Katastrophenschutz-Organisationen aus Politik und Verwaltung bei: Ministerialdirektor Wedler, Bundesministerium des Innern; Präsident Dr. Kolb, Bundesamt für Zivilschutz; Repräsentanten der jeweiligen Landesverbände bzw. die Landesgeschäftsführer von ASB, DRK, JUH, MHD, DLRG und THW sowie des Landesfeuerwehrverbandes; der Regierungspräsident von Koblenz, Korbach; der Regierungsvizepräsident von Trier, Becker; der Landrat des Kreises Berncastel-Wittlich und der Bürgermeister von Traben-Trarbach, Weber, sowie weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.



## Unfallbilanz des ersten Halbjahrs '82: Weniger Tote und Verletzte

Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden geht auch 1982 weiter zurück. Nach der neuesten Statistik des ADAC sank in den ersten sechs Monaten dieses Jahres die Zahl der tödlich verunglückten Verkehrsteilnehmer gegenüber dem gleichen Zeitraum 1981 um 10,7 Prozent (von 5537 auf 4947), die der Verletzten um 5,6 Prozent (von 229335 auf 216550). Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ging um 4,9 Prozent zurück (von 174067 auf 165525).

Diese rückläufige Entwicklung der Unfallbilanz wird sich nach Berechnungen des ADAC auch im 2. Halbjahr 1982 fortsetzen. Für das gesamte Jahr 1982 rechnet der Automobil-Club erstmals seit 1953 mit weniger als 11000 Toten.

Gegenüber 1970, dem Jahr mit den höchsten Unfallzahlen in der Geschichte der Bundesrepublik (19200 Tote, 551000 Verunglückte), werden damit in diesem Jahr fast um die Hälfte weniger Verkehrsteilnehmer tödlich verunglückt. Die Zahl der Verunglückten insgesamt (Getötete und Verletzte) wird voraussichtlich um rund 15 Prozent niedriger liegen als 1970.

Dieses Absinken der Unfallzahlen ist nach Ansicht des ADAC unter anderem darauf zurückzuführen, daß aufgrund der systematischen und beharrlichen Verkehrssicherheitsarbeit aller damit befaßten Institutionen das Sicherheitsbewußtsein der Autofahrer gestiegen ist. Zum anderen schlägt sich die größere Sparsbereitschaft der Autofahrer nieder. So ist im letzten Jahr die Jahresfahrleistung gegenüber 1980 um 4,4 Prozent gesunken.



## ABC-Abwehrübung „Donnerkiel 82“ in Münster

In der Zeit vom 2. bis 4. Juli 1982 wurde auf dem Standortübungs Gelände Münster-Dorbaum eine vom Amt für Zivilschutz der Stadt Münster angelegte Übung mit fünf ABC-Zügen anderer Städte und Kreise aus dem Land Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Übungszweck war die Weiterbildung der Unterführer und Helfer sowie die Überprüfung des Ausbildungsstandes der einzelnen ABC-Züge.

Besondere Schwerpunkte waren:

- Führen einer Teileinheit und Einsatz

- Durchführung der ABC-Erkundung und Dekontamination von Personen und Gerät

- Lehrvorführung Tierdekontamination.

An der Übung beteiligten sich 240 Helfer der ABC-Züge Gelsenkirchen, Höxter, Lippe, Siegen und Soest sowie der 1. ABCZ-MS, der 1. FMZ-MS und die 3. VersGr-MS mit rund 70 Einsatzfahrzeugen. Der für den Katastrophenschutz der Stadt Münster zuständige Dezernent Stadtrat Dr. Kelm, Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung und des Feuerwehrausschusses des Rates der Stadt Münster, Fachleute der KSB Ahrweiler, der KSL Wesel, Vertreter mehrerer Städte und verschiedener Organisationen beobachteten den Übungsablauf.

Die den Zugführern erteilten Aufträge zur ABC-Erkundung sowie zum Aufbau der Stationen für die Personen- und Gerätedekontamination und deren Durchführung ließen einen guten Ausbildungsstand feststellen. Die reale Dekontamination an Personen und Kraftfahrzeugen vertiefte die gewonnenen Eindrücke.

Eine Besonderheit stellte die Lehrvorführung „Tierdekontamination“ durch den ABC- und Veterinärzug Siegen dar.

Aufgrund der Erfahrungen der Übung schlägt das Amt für Zivilschutz der Stadt Münster vor:

1. Dem ABC-Dienst ist allgemein ein höherer Stellenwert einzuräumen.
2. Eine Intensivierung der Ausbildung mit der Möglichkeit einer zugweisen

Schulung an den Katastrophenschutzschulen wird dringend empfohlen.

3. Änderung bzw. Ergänzung der STAN für den ABC-Zug mit zusätzlichen Fahrzeugzuweisungen, da zwei Erkundungstruppfahrzeuge und ein Dekontaminationsmehrzweckfahrzeug für die Aufgabenzuordnung bei weitem nicht ausreichend sind, auch unter Berücksichtigung friedensmäßiger Gefahrenquellen.

### Aktuelle Termine

Das „Haus der Technik e.V.“ in Essen, Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, teilt folgende Termine für Seminare mit:

Arbeitssicherheit bei elektrischen Anlagen: 20. Oktober 1982

Schutzbauten gegen nukleare Waffen: 2. November 1982

Unfall- und Brandschutz bei Starkstromanlagen: 4. November 1982

Brandschutz und Feuersicherheit: 10. und 11. November 1982

Der betriebliche Katastrophenschutz: 18. November 1982

Lüftungsanlagen zur Rauchfreihaltung von Rettungswegen im Brandfall: 25. November 1982

Informationskurs im Strahlenschutz: 26. und 27. November 1982

Strahlenschutz-Grundkurs für Nichtmediziner: 2. bis 4. Dezember 1982

Strahlenschutz-Kursus für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker: 3. und 4. Dezember 1982

Prüfer-Kursus zum Erwerb der Fachkunde im Strahlenschutz: 8. bis 11. Dezember 1982

Belehrung im Strahlenschutz: 9. und 10. Dezember 1982

Informationen: Haus der Technik e.V., Postfach 101543, 4300 Essen 1, Tel.: 0201/18031.

Der Arbeiter-Samariter-Bund meldet als Termin für seinen 11. Bundeskongreß den 19. und 20. November 1982. Der Kongreß, der in Stuttgart-Bad Cannstatt stattfinden wird, steht unter dem Motto: „Soziale Verantwortung – mehr ehrenamtliches Engagement“. Die Schirmherrschaft hat der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, Manfred Rommel, übernommen.

Weitere Auskünfte: ASB-Bundesgeschäftsstelle, Sülzburgstr. 146, 5000 Köln 41, Tel.: 0221/442007.

### Tips für Motorradfahrer: Wenn der Helm zur Sauna wird

Kühlen Kopf zu behalten fällt Motorradfahrern in der heißen Jahreszeit schwer. Der Helm wird zur Sauna für den Kopf, Linderung verschaffen sich viele dadurch, daß sie den Helm abnehmen und „oben ohne“ weiterfahren. Diese Lösung ist nicht nur gefährlich, sondern kostet auch 20 Mark Verwarnungsgeld, sowohl für Fahrer als auch Sozios. Der ADAC nennt sechs Tips, wie man sich trotzdem Marscherleichterung verschaffen kann:

1. Hellen Helm wählen. Dunkle Helme heizen sich stärker auf als helle, am besten sind weiße.
2. Kinnpolster abnehmen. Dadurch gelangt der Fahrtwind besser unter den Helm.
3. Auf Halstücher verzichten. Wer trotzdem mit Halstuch fährt, sollte darauf

achten, daß der Windstrom unter den Helm nicht unterbrochen wird.

4. Visier hochklappen oder, noch besser, abnehmen. Dabei aber darf man nicht vergessen, eine Brille zu tragen.

5. Kinnriemen enger schnallen. Wer lange, kräftige Haare hat, sollte darauf besonders achten, denn bei verschwitzten Haaren bekommt der Helm zuviel Spiel, und seine Schutzfunktion wird beeinträchtigt.

6. Statt Integral- besser Jethelme benutzen. Zwar haben Integralhelme generell die größere Schutzfunktion, die jedoch bei unsachgemäßer Benutzung an heißen Tagen beeinträchtigt wird.

Prinzipiell rät der ADAC, bei Motorradfahrten an heißen Tagen genug Zeit für Pausen einzuplanen. Sie sind allemal besser als alle anderen Kunstgriffe.

### Ausgelaufenes Öl unterbrach Schiffsverkehr auf dem Main

Am Dienstag, dem 27. Juli 1982, breitete sich auf dem Main in Höhe der Frankfurter Innenstadt ein Ölfilm aus, nachdem größere Mengen Hydraulik-Öl aus einer Baumaschine ausgelaufen waren. Die Frankfurter Feuerwehr legte eine Öl-

sperre durch den Main und brachte chemische Mittel auf. Der Schiffsverkehr auf der Wasserstraße mußte während der Arbeiten etliche Stunden ruhen. Unser Bild zeigt die Frankfurter Wehr bei der Errichtung der Ölsperre.



Ulrich Weidner

Information – warum?

## Basis eines effektiven Zivilschutzes muß die ehrliche und offene Information sein

Ein Blick in neue Bücher und Schriften – Nüchterne Information statt Pseudoaufklärung –  
„Das Verhalten der Bevölkerung hängt davon ab, wie gut sie über den Zivilschutz informiert ist“

„Die gefährlichste Illusion ist die, wir lebten im gesicherten Frieden, eine Illusion, die das in den fünfziger Jahren noch verbreitete Bewußtsein der Gefahr durch zwei Jahrzehnte fortschreitend chloroformiert hat. Heute regt sich der Patient; vielleicht erwacht er aus der Narkose.“ Diese kurze, prägnante und zugleich provozierte Einschätzung der Situation gibt kein anderer als Prof. Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker, und zwar in seinem Geleitwort zu dem Buch „Verhinderung und Linderung atomarer Katastrophen“ von Dr. Philipp Sonntag.

### Basis eines effektiven Zivilschutzes: Information

Regt er sich wirklich, der Patient? Wenn man die Medien aufmerksam verfolgt, so muß man sicherlich konstatieren, daß über das Undenkbare – den unwahrscheinlichen, aber möglichen Krieg – viel gedacht und geschrieben wird. Die Veröffentlichung von Weizsäckers im Mai 1980, anläßlich seiner Emeritierung, zum Thema „Zivilschutz“ haben sicherlich dazu den stärksten Anstoß gegeben: „Dringend tut heute ein Wandel des öffentlichen Bewußtseins in Fragen des Bevölkerungsschutzes“ lautete zusammenfassend das Votum des anerkannten Wissenschaftlers. Von Weizsäcker, der oben erwähnte Sonntag und der Schweizer Schutzbauexperte Heierli, der soeben ein neues Buch vorgelegt hat, stimmen in ihrer Grundaussage denn auch völlig überein: Basis eines effektiven Zivilschutzes muß die umfassende, ehrliche und offene Information der Bürger über mögliche Gefahren sein; nur der informierte Bürger wird die Chance, die ihm durch Schutzmöglichkeiten geboten wird, auch richtig nutzen.

Aber es gibt leider nicht wenige Schattenseiten der Information – wie ein Blick über den Atlantik wieder einmal zeigt. Schon einmal, vor Jahren, haben wir an dieser Stelle Tendenzen in den USA aufgezeigt, als eine Welle von „Katastrophen-Filmen“ über den großen Teich schwappte. Dramatische Hochhausbrände („Flammendes Inferno“), Flüge zwischen Himmel und Hölle und schließlich der „Weiße Hai“ brachten Nervenkitzel im Kinosessel – und alle diese Streifen waren gewiß nicht geeignet, das Gefahrenbewußtsein des Bürgers – im positiven Sinne – zu wecken.

Erst Anfang August 1982 flimmerte über unsere Mattscheibe unter dem Titel „Auf Kollisionskurs“ ein englischer Fernsehfilm, der zur Grundlage jenes Flugzeugunglück über Jugoslawien hatte, bei dem vor sechs Jahren 176 Passagiere ums Leben kamen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung faßt die Kritik zusammen: „Das Ganze ist die Art von garnierter Pseudoaufklärung, die dem Zuschauer wenig nützt.“ Punkt.

Etwas hilflos standen wir schließlich der „Katastrophen-Architektur“ gegenüber, als es in den USA schick wurde, Neubauten – etwa Einkaufszentren – in der Optik bereits eingestürzter oder abgebrannter Gebäude zu errichten. In der Wochenzeitung „Die Zeit“ war damals zu lesen, daß diese Form der „Architektur“ wohl nur als Gag zu betrachten sei. Immerhin, es gibt eine Reihe solcher „Scherze“.

### Neu: Die Survivalists

Amerika – Du hast es besser? Seit einiger Zeit regt sich in den USA eine neue Bewegung der sogenannten „Survivalists“, also Menschen, die das Überleben trainieren. Märsche durch die Wildnis, Leben mit primitiven Mitteln gehören zum Programm der Anhänger dieser Bewegung. Inzwischen gibt es Bücher und Filme über das Leben während und nach einem Atomkrieg; vieles davon ist rein spekulativ geschrieben und gedreht und hält kaum einer genaueren Analyse stand.

Welche Blüten das Survival-Geschäft in den Staaten mittlerweile treibt, zeigen nicht zuletzt Anzeigen in den einschlägigen Zeitschriften. Da wird eine Schrift (für 4,99 Dollar) angeboten, wie man ein billiges Strahlenmeßgerät selbst bauen kann („ohne Spezialwerkzeuge, besonderes Material oder Meßinstrumente“), ein „Generator“ (für 79 Dollar, zwei für 148 Dollar), der als eine kleine Rolle gegen das Hinterrad eines Fahrrads gedrückt wird, und zwischen 6 und 36 Volt erzeugen soll; da wird „Überlebensnahrung“ für Tausende von Dollar inseriert . . .

### Zivilschutz – in den USA neu „entdeckt“

In der amerikanischen Politik ist jedoch ein erheblicher Wandel in der Einschätzung

der Möglichkeiten und des Wertes des Zivilschutzes eingetreten. Haben sich früher ausländische Beobachter oftmals gewundert, wie in den USA die sogenannten „fall out shelters“, also Schutzräume, die allenfalls gegen radioaktiven Niederschlag schützen sollten, ausgewiesen wurden – oftmals über Erdgleiche – so wird heute an den umfassenden Bau von „blast shelters“, Schutzräume, die auch gegen Druck resistent sind, gedacht.

In dem Buch „Live – a Handbook of Survival in Nuclear Attack“ von Rogers S. Cannell, 1962 erschienen, spielte der Schutz gegen fall out und der Bau von einfachen Schutzräumen im Do-it-yourself-Verfahren eine dominierende Rolle. Heute, genau zwanzig Jahre später, ist in der März-Ausgabe des „Natural Hazards Observer“, herausgegeben vom Institut of Behavioral Science der Universität von Colorado, zu lesen, daß im zweiten Abschnitt des Zivilschutz-Programms der Regierung Präsident Reagans – im ersten Teil werden gewaltige Massenevakuierungen der städtischen Bevölkerung geplant – „blast shelters“ und die „Härtung industrieller Gebiete“ in die Debatte für den 1984er Haushalt kommen werden.

Das Bauprogramm, so der „Hazards Observer“, wird mehr als zehn Milliarden (!) Dollars in den folgenden fünf Jahren kosten, und könnte – so schätzen die Experten – 80 Prozent der Bürger der Vereinigten Staaten in einem totalen Atomkrieg retten.

### Bestseller: „Das Schicksal der Erde“

Diesen offiziellen Überlegungen der amerikanischen Administration steht allerdings gegenüber ein wohl weitverbreitetes Unbehagen – um es einmal vorsichtig zu formulieren – großer Teile der Bevölkerung. So ist es zu erklären, daß ein Buch „über Nacht“ („Kölner Stadtanzeiger“) zum Bestseller und „zu einer Art Bibel der Friedensbewegung“ wurde: „Das Schicksal der Erde – Gefahr und Folgen eines Atomkrieges“ des amerikanischen Journalisten Jonathan Schell (deutsch im Piper-Verlag, 8000 München). Schell, der fünf Jahre lang für sein Buch recherchiert hat, zeigt die physikalischen Grundlagen der A-Waffen auf und widmet der Frage des



möglichen Einsatzes in einem Krieg breiten Raum, wobei die moralische Kategorie von allen Seiten beleuchtet wird.

Was den Leser besonders betroffen macht, ist der als Reportage geschriebene fiktive Bericht über die zu erwartenden Folgen eines Atombomben-Abwurfes über der City von New York. Die dargestellten Schadensbilder sind präzise und wissenschaftlich abgesichert – „Lest, bevor es zu spät ist!“ hat der deutsche Verlag groß über seine Werbung geschrieben.

Die Konsequenzen, die der Autor aus seinen Recherchen zieht, haben ihm allerdings nicht nur Zustimmung, sondern – auch in der Bundesrepublik – teils heftige Kritik eingetragen. Schell stellt nämlich die Frage nach der Abschreckung, ob es überhaupt sinnvoll ist, die eigene Existenz durch eine Androhung zu sichern, wenn die Anwendung gerade die zu schützende eigene Existenz in Frage stellt. Diese Überlegung ist sicherlich nicht neu, kommt aber durch dieses Buch sicherlich erneut und kontrovers in die – man kann wohl schon sagen: weltweite – Diskussion.

### „Survival“ – auch bei uns

Doch noch einmal zurück zu den „Survivalists“. Schon gibt es bei uns die ersten Spezial-Versandhäuser, die „Überlebensmesser“ und sonstiges einschlägiges Zubehör anbieten, auch „Überlebenstrai-

ning“ kann gebucht werden. Viel Aufsehen erregte der Marsch quer durch die Bundesrepublik, bei dem der Marschierer ohne Geld, Schecks und Kreditkarten sich nur von dem ernährte, was die Natur zu bieten hat. Gibt es vielleicht Verbindungen zwischen dem Sehnen „zurück zur Natur“, dem einfachen Leben und der „Survival-Bewegung“?

Da finden sich in großen, überregionalen Zeitungen Anzeigen von Firmen, die dem Interessenten den Start in Australien erleichtern wollen, wenn man wegen – offen angesprochen – der Angst vor einem Krieg dem alten Kontinent den Rücken kehren möchte. Und tatsächlich, in den Interviews von Radio und Fernsehen mit auswanderungswilligen Bundesdeutschen spielt diese Angst eine nicht unerhebliche Rolle. Ein Mangel an Information?

### Baum: Ehrliche und nüchterne Information

Womit wir nach dieser kleinen Exkursion wieder beim Eingangsthema – der Information – wären. An Möglichkeiten der Information mangelt es bestimmt nicht, hier sollen nur die beiden Broschüren „Zivilschutz heute – für den Bürger, mit dem Bürger“ (Herausgeber: Der Bundesminister des Innern) und „Ihr Vorsorgepaket“ (Herausgeber: Bundesverband für den Selbstschutz im Auftrag des Bundesmini-

sters des Innern) erwähnt werden, die breiteste und praxisbezogene Information bieten. Übrigens schreibt Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum in seinem Vorwort zu „Zivilschutz heute“: „Verständnis für den Zivilschutz und Bereitschaft zur Vorsorge setzen ehrliche und nüchterne Informationen voraus. Sie sind das Kernstück der Aufklärungsarbeit im Zivilschutz. Die Aufgaben der Zukunft sind nicht dadurch leichter zu bewältigen, daß die Augen vor möglichen Gefahren verschlossen, das Wissen um mögliche Krisen- und Bedrohungslagen verdrängt und Vorsorgemaßnahmen unterlassen werden. Nur die Kenntnis möglicher Gefahren und das rechtzeitige schützende Handeln geben dem Bürger die Möglichkeit, sich in einer Krisensituation zu behaupten.“

Nun haben – quasi auf einen Schlag – private Autoren und Verlage „nachgezogen“ und bieten, unterschiedlich in Zielrichtung und anvisiertes Leserpublikum, Fachliteratur zum Thema an, wie es sie in der Vergangenheit noch nicht gegeben hat. Erinnerung wir uns: Als Carl Friedrich von Weizsäcker Anfang der 70er Jahre seine umfassende wissenschaftliche Studie über Kriegsfolgen und Kriegsvorhütung – Ergebnis jahrelanger Forschungen – vorlegte, horchte allenfalls die Fachwelt auf; der „Patient“ schlief noch, um den Wissenschaftler zu zitieren. Jetzt, wo er sich (hoffentlich) regt, kann die Diskussion beginnen.

Wir wollen im folgenden einige dieser Bücher kritisch würdigen, wobei eine Abgrenzung zwischen den mehr praxisbezogenen Werken und jenen, die eher die theoretische Diskussion beleben wollen, vorgenommen werden soll.

## „Kann man einen Atomkrieg überleben?“

Von Dr. Josef A. Schmelzer und Karl-J. Schneider, Diplom-Mathematiker und Diplom-Kaufmann, liegt – soeben erschienen – vor: „Kann man einen Atomkrieg überleben? – Eine praktische Anleitung“ (Herausgeber: Studieninstitut für individuelle Sicherheitsstrategien Wirtschaft und Strategie Verlags-GmbH, Frankfurt). Dieses Kompendium von 268 Seiten – übrigens einseitig bedruckt und von den Verfassern als „Arbeitsbuch“ bezeichnet – soll keine akademische Studie über technische Auswirkungen bestimmter Katastrophenereignisse sein, es richtet sich „an den Privatmann, der die bisher (zum Teil aus psychologisch verständlichen Gründen) begangenen Unterlassungen des Staates für sich und seine Familie ausgleichen möchte“. Hier ist anzumerken, daß viele Maßnahmen des Selbstschutzes aus guten Gründen im eigenen Interesse des Bürgers der Privatinitiative zugeordnet sind, denn: „Die Vor-

stützung der privaten Schutzmaßnahmen auf und skizzieren dann die denkbaren Katastrophensituationen (Krieg, innere Unruhe, Umweltkatastrophe), wobei sie den verschiedenen möglichen Kriegsbildern (konventionell, ABC, Atomkrieg) breiten Raum geben.

Im zweiten Kapitel geht es um mögliche und ratsame Präventivmaßnahmen; der bauliche Schutz ist auch nach Auffassung Schmelzer/Schneider der beste, wobei Hinweise für den Behelfsschutz gegeben werden.

## Statt Flucht: Schutzraumbau

Eine geteilte Aufnahme dürften die Tips für „ökonomische Präventivmaßnahmen“ sowie zur „Vorbereitung zu einer raschen Verlegung des Aufenthaltsortes“ finden.

Die allerwenigsten Bürger werden Immobilien im Ausland haben oder die Unterschiede zwischen Barrengold und Goldmünzen („Goldmünzen hingegen lassen sich leichter transportieren und unauffällig unterbringen“) zu würdigen wissen. Zur Verlegung des Aufenthaltsortes: „Hier sei erwähnt, daß eine Anzahl von Schweizer Industriellen und Bankiers immer auf den nächsten Swiss-Air-Flug nach Australien gebucht sind.“ Als Fluchtziele werden genannt in Europa die Schweiz, Frankreich (besonders Korsika), Andorra, Spanien und Irland, in Übersee Australien („Für einen längerfristigen Aufenthalt ist es u. E. durchaus geeignet.“) und Neuseeland. Aber – das sagen die Verfasser offen: „... will jemand sein Refugium in Australien erreichen, so kann er das nur über Kanada–Japan–Australien oder Amerika–Hawaii–Australien. Entspannt sich nach z. B. 14 Tagen die Situation, so werden die meisten wieder in ihre Heimat zurückkehren wollen. Hat man diese Reise mit z. B. einer vierköpfigen Familie unternommen, so hat man vielleicht einen schönen ‚Urlaub‘ verbracht, aber die Kosten sind in diesen Falle erheblich (ca. 20000 DM). – Für diesen Betrag kann man ebensogut einen sicheren Schutzraum für seine Familie bauen. Beim Schutzraumbau erhält man aber einen Teil des ausgegebenen Geldes wieder vom Finanzamt zurück (Zuschüsse, Steuerreduktion).“

In den Fallbeispielen im Kapitel III „Überlebenseffiziente Verhaltensmuster im Ernstfall“ wird dann auch deutlich, für welche Bevölkerungsschicht solche Ratschläge gedacht sind. Herr Müller (40 Jahre) und seine Ehefrau wohnen in Böblingen und haben ein Ferienhaus auf Korsika (mit 10000 m<sup>2</sup> Grundstück!). Es ist der 1. Juli 1987, ein Liter Benzin kostet 4,- DM – es folgen Hinweise, welche Strecke das Ehepaar (freiberuflich tätig) nun nehmen kann, um sein Refugium auf Korsika zu erreichen . . .

Diese Passagen und einige Hinweise auf Transportmittel („In der heutigen Zeit ist nur noch das Fahrrad als alternatives Transportmittel denkbar“ – „Vielen mag dieser Vorschlag ein wenig abwegig oder verrückt vorkommen . . . Da wir uns mit möglichen Krisensituationen beschäftigen, können wir diese Alternative nicht unerwähnt lassen.“) werden den Autoren sicherlich einige Kritik eintragen. Insgesamt entspricht jedoch ihr Resümee der allgemeinen Auffassung: daß nämlich in erster Linie der Schutzraum das Überleben sichert („unabhängbare Schutzmaßnahme“ – „Die finanziellen Aufwendungen halten sich in Grenzen“).

Den ca. 120 Seiten folgt ein ebenso umfangreicher Anhang, der Begriffserläuterungen, eine Tabelle der Kriege von 1897 bis 1980, grafische Darstellungen, etwa des Spitzenüberdrucks des Luftstoßes bei Explosionshöhe Null, Erläuterungen zu den bautechnischen Schutzmaßnahmen, Behelfsschutz, die Bautechnischen Grundsätze für Hausschutzräume des Grundschutzes, Herstellerverzeichnisse, wichtige Anschriften und, und, und bringt. Hier ist einiges sehr technisch, aber vieles überaus nützlich. Mitautor Dr. Schmelzer betont selbst, daß im Einzelfall sicher noch Fragen offen bleiben werden; die Meinung von Fachleuten lautete aber: in vielfacher Hinsicht ein bemerkenswertes Buch.

## „Sicherheit für Krisenzeit“

„Sicherheit für Krisenzeit – Ein Vorsorgekompaß für schwierige Zeiten in den 80er Jahren, um Leben und Eigentum zu sichern“ ist der Titel einer kleinen, 60seitigen Broschüre von Helmut Kohl (Wirtschafts-Fachverlag H. Kohl, 8720 Schweinfurt). Der Autor erwähnt sofort einleitend, daß dieses Heft „nicht für jedermann geschrieben“ wurde. Den großen Krisen des Jahrhunderts folgen dann auch sofort an die entsprechende Adresse gerichtete Hinweise: „Internationale Vermögensstreuung ist das A und O“, zum Beispiel folgende Version: 1. Hausbesitz in Österreich, in der Schweiz oder auf den Kanarischen Inseln; 2. Kapitalanlagen (z. B. Aktien, Minenbeteiligungen etc.) in Australien; 3. Geschäftsbeteiligungen oder gewerbliche Investition in den USA oder in Kanada; 4. Lebensversicherung in der Schweiz; 5. Goldkonto oder Goldaufbauplan bzw. Depot in neutralem Land; 6. Investment-Fonds-Beteiligung in Japan.

Daß Gold und Diamanten („River D hochfeines Weiß“) und Auslandsdomizile (wie zuvor schon im Buch „Kann man einen Atomkrieg überleben?“) eine wesentliche Rolle spielen, ergibt sich von selbst: „Ideal als Fluchtdomizil ist Gran Canaria ebenso wenig wie Teneriffa. Da sind die kleineren Inseln vorzuziehen.“ Immerhin: Auch Kohl



sorge des Staates kann nicht allumfassend sein“ („Vorsorgepaket“).

„In der letzten Zeit wurde in den Massenmedien ausführlich über die Kriegsproblematik berichtet. Vereinzelt wurde die Behauptung aufgestellt, daß ein Schutz unmöglich sei. Diese allgemeine Aussage hat uns nicht befriedigt, und wir wollen sie nachprüfen. Die Ergebnisse unserer Nachforschungen zeigen, daß Hoffnung besteht,“ schreiben die Autoren Schmelzer und Schneider über ihre Beweggründe zu der Studie. Sie listen einleitend die staatlichen Maßnahmen und die staatliche Unter-

# SICHERHEIT FÜR KRISENZEIT

„Das Grundgesetz begründet eine Schutzpflicht nicht nur gegenüber dem einzelnen, sondern auch gegenüber der Gesamtheit aller Bürger.“  
(Bundesverfassungsgericht vom 16. 10. 1977)

Johannes Hammer:

## Das Leben im Schutzraum

gibt abschließend dem Schutzraumbau breiten Raum („Atomschutzbunker: höchste Sicherheit“) und stellt fest: „Es ist ein Trugschluß, anzunehmen, daß nach einem eventuellen Atomschlag ja doch alles verseucht ist, und es sich daher nicht lohnt, weiterzuleben.“ Adressen von Lieferanten für Zivilschutzbedarf und der Hinweis auf die „Schutzbaufibel“ des Bundesverbandes für den Selbstschutz machen den sehr realitätsbezogenen Abschluß.

### „Das Leben im Schutzraum“

Das, was in den beiden vorerwähnten Werken als sinnvollste Schutzmaßnahme angesehen wird – der Schutzraum –, sollte bereits vorhanden sein, wenn man die 24seitige Broschüre „Das Leben im Schutzraum“ von Johannes Hammer zur Hand nimmt (Verlag Der Bunker, 6806 Viernheim). „Anregungen zum Training und für den Ernstfall für Schutzraumbesitzer und Schutzplatzkäufer“ nennt der Bundesvorsitzende der „Bürgerinitiative Selbstschutz e. V.“ diese kleine Schrift, die von der Probebelegung über die Bestimmung eines „Bunker-Obermannes“, das Problem, wie man ungesehen zu „seinem“ Bunker gelangt (Einlaß nach vereinbartem Klopfsignal) eine Vielzahl von – nach Ansicht von Experten – sinnreichen Ratschlägen gibt, etwa was den praktischen Schutz-

raum-Betrieb und die Bedienungsanleitung für das Lüftungsgerät betrifft. Auch ein Absatz darüber, „daß Tiere nicht mit in den Schutzraum genommen werden dürfen“, kann seine Berechtigung haben, wenn man weiß, daß es schon Anfragen danach gegeben hat, wo man einen Gasschutzanzug für „Fiffi“ kaufen könne.

Wer Johannes Hammer kennt, weiß um sein enormes Engagement für den Schutzraumbau, wenn er auch oft sehr unkonventionell argumentiert. „Das Leben im Schutzraum“ ist sein Beitrag, den Bezug des Schutzraumes am – hoffentlich nie eintretenden – Tag von der praktischen Seite her zu sehen.

Der zweiten Kategorie – also jenen Büchern, die eher die theoretische Diskussion über den Zivilschutz beleben wollen – sind die nachfolgenden zwei Werke zuzuordnen, wenn sie sich in den Grundvoraussetzungen allerdings beträchtlich unterscheiden müssen: Das eine Buch ist gerade in der Schweiz erschienen (und natürlich auf Schweizer Verhältnisse zugeschnitten), das andere in der Bundesrepublik.

### „Überleben im Ernstfall“

„Überleben im Ernstfall“ hat Dr.-Ing. Werner Heierli, international anerkannter

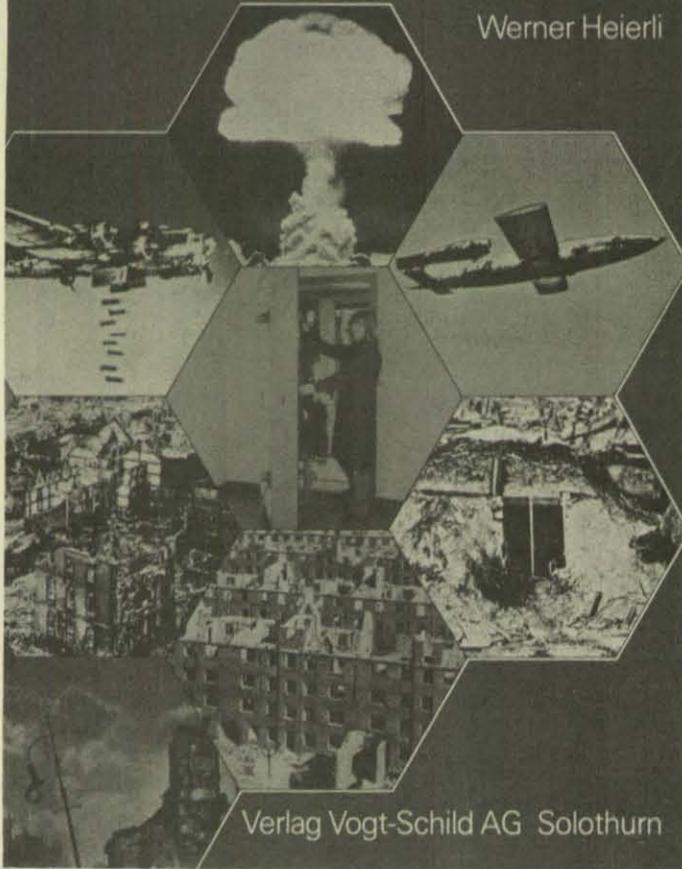
Schutzraumexperte, sein 128seitiges, bebildertes Buch überschrieben (Verlag Vogt-Schild AG, CH 4501 Solothurn). „Physiologische Minimalanforderungen im Schutzraum-Verhalten der Zivilbevölkerung im Kriege“ lautet der Untertitel dieser sehr sachlich und kenntnisreich geschriebenen Abhandlung, die Prof. Dr. med. Kind, Universität Zürich, mit einer Einleitung versehen hat: „Überleben ist möglich und – bei richtiger Vorbereitung – auch unter erträglichen Bedingungen!“

Es geht also hier in der Überlebensfrage nicht um das spekulative „Ob“, die Frage ist für Heierli bereits eindeutig beantwortet, sondern allein um das „Wie“ – verständlich, denn schließlich ist die Schweiz das Land auf dieser Welt, welches bald allen Bürgern einen Schutzplatz bieten will und – so die Planungen – auch kann.

Heierlis Arbeit liegt eine Untersuchung zugrunde, die im Auftrag der Studienkommission für Zivilschutz des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements erstellt wurde und „die Grundlage zur Berücksichtigung des Faktors ‚Mensch‘ für die baulichen und organisatorischen Maßnahmen des Zivilschutzes“ liefern sollte, vor allem Aufschluß über das voraussehbare Verhalten des Menschen. Heierli stellt – aufgrund der Auswertung umfangreichen Materials aus dem Zweiten Weltkrieg – fest, daß der

# Überleben im Ernstfall

Werner Heierli



Verlag Vogt-Schild AG Solothurn

Menschlich in Kriegen und Katastrophen „ganz erstaunlich vernünftig“ verhalten habe. Ein tage- und wochenlanges Aufenthalt in Schutzräumen ist möglich, wenn entsprechende Voraussetzungen an Luft, Klima, Trinkwasser, Nahrung usw. erfüllt seien.

## Bedeutung der Information

Das psychische Verhalten des Menschen im Frieden, in der Vorangriffsphase, in der Angriffsphase und danach kennzeichnet der Schweizer Autor wie folgt: Verdrängung der Angst (im Frieden), krasse Unterschätzung der eigenen Widerstandskraft, Unkenntnis und mangelndes Vertrauen in die modernen Schutzmaßnahmen gegen Waffen führen dazu, nur ungenügende Vorbereitungen zu treffen. Heierli ist besorgt, daß die Verantwortlichen in der Vorangriffsphase dann „gefährlich“ zögern, den Bezug der Schutzräume anzuordnen, obwohl der Autor ein vernünftiges Verhalten der Menschen erwartet, wenn sie informiert und vorbereitet sind. Fehlende Information dagegen könne zu unzweckmäßigem Verhalten führen. Überhaupt zieht

sich die Forderung nach umfassender Information wie ein roter Faden durch dieses Buch; Heierli hält Information für die wichtigste Voraussetzung: „Das Verhalten der Bevölkerung hängt davon ab, wie gut sie über den Zivilschutz informiert ist.“

In seinen physiologischen Minimalanforderungen an Schutzräume zählt der Schweizer Schutzbauexperte zehn Punkte auf: Schutz vor Verletzungen; vor kalter und nasser Witterung; Atemluft; Schutzraumklima; Trinkwasser; Nahrung; Schlafen; Bewegung, Platzbedarf und Licht; Toiletten und Hygiene und schließlich medizinische Betreuung, Medikamente. Zu all diesen Punkten macht Heierli sehr konkrete Aussagen, die den Fachmann interessieren, im Rahmen dieses Beitrags jedoch unberücksichtigt bleiben sollen.

## Das Verhalten im Kriege

Panik spielt im Zivilschutz keine dominierende Rolle, stellt der Verfasser dem zweiten Teil seines Buches „Verhalten der Zivilbevölkerung im Kriege“ voran. Er unternimmt den Versuch einer möglichst wahr-

heitsnahen Voraussage des Verhaltens von Menschen, wobei er die Zivilschutzvorbereitungen vor und im Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Großbritannien in Augenzeugenberichten breit schildert. Der Glaube, Luftangriffe hätten eine demoralisierende Wirkung und wären damit eventuell kriegsentscheidend, sei falsch gewesen. Zivilschutzmaßnahmen werden unterstützt, wenn die Bevölkerung den Wert der Unabhängigkeit ihres Landes hoch genug einschätzt und überzeugt ist, die persönliche Chance in einem Krieg stark zu verbessern, meint Heierli und unterstreicht noch einmal seine Forderung nach Information.

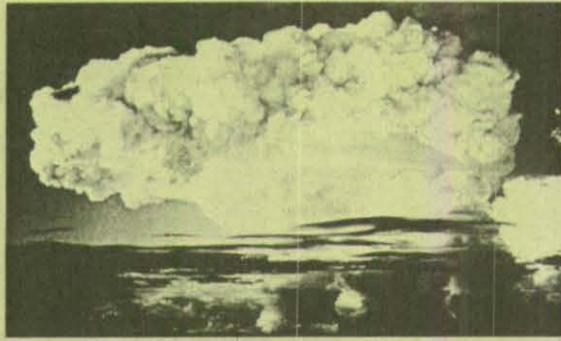
„Führung im Schutzraum“ ist Teil III des Buches überschrieben, in dem Heierli die Ausbildung der Schutzraumleiter, die Beschäftigung der Bewohner, die Vermeidung von Angstzuständen usw. darstellt.

Abschließend hebt der Verfasser den Wert des Zivilschutzes allgemein hervor: Der Zivilschutz sollte sich deutlicher als bisher auf seine Fahnen schreiben, daß er „nichts anders als ein Mittel für die Erhaltung der Unversehrtheit des Volkes und der Unabhängigkeit des Landes“ ist. „Er ist nüchtern gesehen ein sehr wichtiger Beitrag zur Erhaltung des Friedens.“

## „Verhinderung und Linderung atomarer Katastrophen“

Dem vorstehenden Buch aus Schweizer Feder – eben mit einer enormen Zahl von Schutzplätzen „im Rücken“ geschrieben – soll gegenübergestellt werden das schon eingangs zitierte Werk von Dr. Philipp Sonntag „Verhinderung und Linderung atomarer Katastrophen“ (Osang Verlag, 5300 Bonn), das mit Sicht auf die Verhältnisse und Bedürfnisse der Bundesrepublik Deutschland verfaßt wurde. Setzte der Schweizer Heierli da an, wo die Verhinderung atomarer Katastrophen nicht mehr möglich ist, so geht Sonntag weiter zurück. Auch er interessiert sich für den Faktor „Mensch“, aber jenen Menschen, der sich als Verantwortlicher unkontrolliert und unvorhersehbar verhält – im Hinblick auf die Entstehung atomarer Katastrophen. Und: Greift Heierli auf die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges zurück, so wendet Sonntag die Daten von Hiroshima und Nagasaki auf begrenzte atomare Kriege in Europa an.

Philipp Sonntag war langjähriger Mitarbeiter von Carl Friedrich von Weizsäcker am Starnberger Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt; er arbeitete mit an der 1971 erschienenen Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“. Sein heutiges Resümee entspricht der schon damaligen Einschätzung: Wenige Prozent der gegnerischen, aber auch der eigenen



Philipp Sonntag

## VERHINDERUNG UND LINDERUNG ATOMARER KATASTROPHEN

Mit einem Vorwort von  
Prof. Dr. Klaus M. Meyer-Abich  
und einem Geleitwort von  
Prof. Dr. Carl Friedrich  
Freiherr von Weizsäcker

OSANG

Waffen würden bei einem atomaren Gefecht zwischen Ost und West die Bundesrepublik als lebensfähige Gesellschaft zerstören. Aber – und damit hat sich Sonntag natürlich der Kritik jener ausgesetzt, die jeden Schutz für illusorisch erklären – er hält eine Linderung (also Vorbereitungen im Sinne eines Zivil- und Selbstschutzes) nicht nur für nötig, sondern auch für möglich. So schreibt Prof. von Weizsäcker in seinem Vorwort zu diesem Buch einleitend: „Ein Arzt, der ein Mittel weiß, in einer Epidemie das Leben auch nur eines Patienten zu retten, und der das Mittel nicht anwendet, macht sich schuldig. Ebenso schuldig macht sich ein technischer oder politischer Fachmann, der ein Mittel weiß, wahrscheinliche Katastrophen zuverlässiger zu verhindern oder sie so zu lindern, daß menschliches Leben und menschliche Gesundheit für eine mögliche Zukunft bewahrt bleiben, und der auf die Anwendung dieses Mittels verzichtet.“ Ein besseres und überzeugenderes Plädoyer kann man sich kaum denken!

Es ist schwer, aus der schier unerschöpflichen Materialfülle dieses 284-Seiten-Werkes die Akzente herauszustellen, die einem Leser besonders wichtig erscheinen. Sonntag untersucht nämlich breit, sozusagen zweigleisig, die Verhinderung atomarer Kriege wie Katastrophen im Bereich der (friedlichen) Atomtechnik und schließlich ihre Linderung – wobei hier die Fragen und Antworten zwangsläufig zusammen-

fließen. Einerseits der GAU, andererseits SS 20 ließe sich der Bogen spannen.

### Lage nicht verschärfen

Beschränken wir uns auf die Ergebnisse dieser verdienstvollen wissenschaftlichen Arbeit, aus der aber auch persönliches Engagement spricht, wenn Sonntag etwa die Versäumnisse der Politiker in Sachen zivile Verteidigung beim Namen nennt. Der Autor registriert eine Schwächung der bisher stabilisierenden Wirkung der Abschreckung durch die aktuelle Entwicklung in der Rüstung – ja sogar ein Ende der herkömmlichen Sicherheitspolitik, ohne daß eine neue Struktur sichtbar ist – und meint, diese Lage sollte nicht noch unnötig dadurch verschärft werden, daß im Rahmen der zivilen Verteidigung Maßnahmen gefördert werden, die einen Zermübungskrieg führbar erscheinen ließen. Der Schutz der Bevölkerung sollte jedoch „in einer Weise sinnvoll verstärkt werden, welche klar erkennbar keine Vorbereitung zur Führung eines Krieges“ darstellt. Kurz eingelenkt: Von Weizsäcker hält – analog auf der militärischen Seite – solche Waffen für stabilisierend, die einen Angriff zuverlässig abwehren, aber nicht zu einem eigenen Präventivschlag benutzt werden können.

International sollte anerkannt werden, „daß auch erhebliche Zivilschutzmaßnahmen

das Ausmaß der wirtschaftlichen Zerstörung im Krieg nur wenig beeinflussen könnten, während eine merkliche Linderung für die Bevölkerung durchaus erreichbar ist“.

### Recht auf Information

Zur Linderung atomarer Katastrophen setzt Sonntag ganz oben an die erste Stelle (siehe Heierli): die Information der Bevölkerung, und zwar weder verniedlichend noch dramatisierend. Der Autor postuliert sogar ein Recht der Bevölkerung auf „ein Minimum an Kenntnis über zweckmäßiges Verhalten in atomaren Katastrophen“. Das Ausmaß der Schäden stehe in einer Beziehung zum Wissen der Bevölkerung, wobei auch improvisierte Hilfsmaßnahmen die Auswirkungen der Katastrophen „merklich verringern“ können; dazu gehören Schutz- und Vorsorgemaßnahmen im häuslichen Bereich. Bei der Aufklärung der Bevölkerung über Selbsthilfe bestehe ein Nachholbedarf.

Als wirksamste Linderungsmaßnahme stellt Sonntag die „Abschirmung durch Beton oder andere Baustoffe“ heraus; er plädiert für technisch relativ einfache, billige und vielleicht sogar improvisierte Schutzräume. Dies deckt sich in etwa mit den Studien der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VWD), die sich in den 60er Jahren mehrfach gegen gigantische Bunkerbauprogramme ausgesprochen hat, aber Mindestschutz gegen fall out und Trümmer, biologische und chemische Kampfmittel forderte.

„Wir glauben, daß dieser Gefahr (der Erzeugung eines falschen Sicherheitsgefühls) nur vorgebeugt werden kann, wenn alle Schutzmaßnahmen mit einer rückhaltlos wahrheitsgemäßen Aufklärung über den Charakter des Krieges verbunden werden. Nicht wenige ... vertreten die Ansicht, Wissenschaftler sollten sich auf diese Aufklärung beschränken und darauf hinweisen, daß der einzig sichere Bevölkerungsschutz in der Verhütung des Krieges liege. So konsequent diese Auffassung ist, wir können nicht ausschließen, daß Situationen eintreten mögen, in denen gewisse Schutzmaßnahmen für einen Teil der Bevölkerung einen begrenzten Erfolg haben. Wir sind der Ansicht, daß auch eine noch so geringe Chance, Menschenleben zu retten, uns die Pflicht auferlegt, diese Möglichkeiten aufzuzeigen.“ Dies schickten drei weltweit renommierte deutsche Wissenschaftler der VDW-Studie des Jahres 1962 als Vorwort voraus. Ihre Namen: Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker. Es ist gut, sich gerade heute – wo Pro und Kontra in der öffentlichen Meinung hart aufeinanderprallen – daran zu erinnern.

# Leserbriefe

## Dank für das bisher Erreichte

**Andreas Michael Bernhardt, Gruppenführer im 2. Betreuungszug Nordfriesland, 2251 Tetenbüll, schreibt als „Meinung eines jungen Unterführers im Betreuungsdienst des Landes Schleswig-Holstein“ über den Zivil- und Katastrophenschutz:**

„Ungeachtet der vielen Versäumnisse, die auf dem Gebiet der Zivilverteidigung und des Zivil- und Katastrophenschutzes in bezug auf den Einsatz im Verteidigungsfall sich immer wieder auftun, sollte jedoch nicht übersehen werden, daß Politiker in ihrem Amt auch nur Menschen mit Belastungsgrenzen sind. Letztlich tragen die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges auch Rechnung für den Versäumnisstand in den Teilbereichen der ZV. In den letzten sechs Jahren jedoch kann man einen entscheidenden Aufschwung gerade im Bereich des Katastrophenschutzes verzeichnen, der sich neben der wesentlich verbesserten Ausrüstung auch in den neu erstellten Musterschulungsplänen niederschlägt.

Mir ist klar, ich kann nur von meiner Tätigkeit und meinem Einsatzbereich sprechen: nur, wäre es nicht einmal an der Zeit, allen an der ZS-Planung und -Leitung in Bund und Ländern für lange Jahre der intensiven Planung und für das, was erreicht wurde, an dieser Stelle zu danken?

Was nützt es schließlich, nach anderen Ländern zu schauen und nur eigene Mängel herauszustreichen?“

## Information über die Feuerwehr in Akaba/Jordanien

**Unser Leser Helmut Suhling, 2398 Harrislee, erhielt kürzlich einen Einblick in den Aufbau und die Ausrüstung der Feuerwehr in Jordanien. Suhling, der Leiter des Katastrophenschutzes beim Fernmeldeamt Flensburg ist, schreibt uns über seine Begegnung mit der jordanischen Feuerwehr:**

„In den Ferien war ich in Akaba, Jordanien, am Roten Meer, um dem unge-

Bei der Feuerwehr in Akaba (Jordanien): links Helmut Suhling, neben ihm der Leutnant und zwei Feuerwehrmänner, vor einem Fahrzeug „Made in Germany“.



Der Chef der Feuerwehr, ein Captain, hinter seinem Schreibtisch. An der Wand ein Bild König Husseins und die Flagge Jordaniens.



mütlichen Wetter zu entfliehen. Ich war mit der Familie nicht nur am Strand mit dem herrlich klaren Wasser, sondern suchte auch Kontakt zu den Einheimischen. Bei meinem Bummel durch die Stadt stand ich plötzlich vor den militärisch schnurgerade ausgerichteten Fahrzeugen der Feuerwehr. Ich kam mit den Männern ins Gespräch. Groß wurden die Augen und das Interesse, als ich erzählte, daß ich vom ‚Zivilschutz‘ in Deutschland sei. Wie viele Sterne ich denn auf meiner Schulterklappe hätte, wollte der Leutnant gleich wissen. Ich erklärte ihm den Aufbau des Zivilschutzes beim Fernmeldeamt Flensburg.

Der Captain kam hinzu, und es ergab sich ein ausführliches Gespräch. Es stellte sich heraus, daß Aufgaben und Struktur der Feuerwehr wie des Zivilschutzes dort anders sind. Die Feuerwehr ist militärisch organisiert. Die Männer sind Wehrpflichtige, die Dienstgrade Berufssoldaten. 30 Mann waren ‚standing by‘ (einsatzbereit), 15 Mann hatten Freiwache. Die Fahrzeuge (bei der Vorliebe der Jordanier für diese Marke) natürlich Mercedes, die Ausrüstung von Ziegler – die Helme aus den USA und England.

Zwei Wasserwagen waren vorhanden, ein Wagen mit Drehleiter, zwei Löschfahrzeuge und zwei Tragkraftspritzen mit VW-Motor. Dazu ein Kommandowagen. Zusammenarbeit ist gegeben mit der Hafenerwehr und der vom Flugplatz,

die mit Bauer-Löschfahrzeugen ausgerüstet ist.

Auch die Hafenerwehr konnte ich beichtigen. Auch hier wieder Mercedes-Löschfahrzeuge – jedoch kein Löschboot. Der Koch war gerade dabei, das Mittagessen zu bereiten. Die Männer hier sind ebenfalls kaserniert. An den Spinden klebten die Fußballmannschaften der Bundesliga – ganz groß extra: Rummenigge. Dann wie üblich der Tischtennisraum, die Messe, der Gebetsraum, der Unterrichtsraum. Natürlich fehlten nicht die Rohre zum Hinunterutschen, die Werkstatt und eine Füllstation für Feuerlöscher.

Ich machte Fotos – zunächst hatte der Leutnant Bedenken – schließlich ist die Feuerwehr eine militärische Angelegenheit. Aber dann, als ich ihn mit ablichtete und ein Exemplar bei einer Veröffentlichung zusagte, gab es keine Probleme mehr.

Interessant waren die Bezüge. Der Leutnant bekommt 120 Dinar (840 DM), der einfache Soldat (Wehrpflicht: zwei Jahre) 20 Dinar (140 DM). Jordanien hat 100000 Mann unter Waffen, bei einer Bevölkerung von etwa 1,5 Millionen (was übrigens dem gleichen Prozentsatz wie in der Bundesrepublik entspricht). Es ergab sich eine lange, ausführliche Unterhaltung, die dann mit dem Austausch der Adressen und dem Versprechen der schriftlichen Kontaktaufnahme endete.“

## Das Führungsmodell auf dem „Prüfstand“

Den Ausbildungsstand der Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes getestet – Anlaufprobleme und Schwierigkeiten auf dem Fernmeldesektor – Bei zeitlich eng begrenzten Schadenfällen keinen „großen“ Stab aufbauen

Das Kreisverwaltungsreferat der Landeshauptstadt München legte jetzt den umfassenden Erfahrungsbericht über die Katastrophenschutzübung „Alabama 1981“ vor. Diese Übung, die im November 1981 stattgefunden hat, war die bisher größte in München – rund 1500 Übennde und 160 Gäste nahmen daran teil bzw. verfolgten das Übungsgeschehen. Das Zivilschutz-Magazin druckt nachstehend den Erfahrungsbericht wegen der grundsätzlichen Erkenntnisse – auch im Hinblick auf das angewandte Führungsmodell der Katastropheneinsatzleitung – gekürzt ab.

Nach Plangesprächen und einer Planübung im Jahr 1979 stand für 1981 eine Katastrophenschutzvollübung an. Als Übungsannahme wurde von einem Flugzeugabsturz ausgegangen. Zum Einsatz sollte sowohl das Potential des friedensmäßigen wie auch des erweiterten Katastrophenschutzes kommen. Dabei sollte u.a. erprobt werden, ob sich das vom Bund entwickelte Führungsmodell für Schadenfälle dieser Art und Größenordnung eignet.

Das Übungskonzept wurde in Vorgesprächen mit der Branddirektion, dem Polizeipräsidium München, dem Flughafen München-Riem und Vertretern der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen festgelegt. Das Kreisverwaltungsreferat suchte danach ein geeignetes Übungsobjekt aus. Gerade dies bereitete erhebliche Schwierigkeiten, da im Stadtgebiet München kein Objekt zur Verfügung steht, das für das Gesamtpotential des Katastrophenschutzes ausreichend wäre. Deshalb mußte auch die Beteiligung der Berufsfeuerwehr und des Rettungsdienstes stark reduziert werden. Die Übung sollte vor allem Gelegenheit geben, den Ausbildungsstand der in den Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes mitwirkenden Helfer unter ernstfallmäßigen Voraussetzungen zu prüfen.

### Ausgangslage

Der Katastrophenschutz-Vollübung „Alabama 1981“ lagen als allgemeine und besondere Lage zugrunde:

### Allgemeine Lage

Ruhig, ein normaler arbeitsfreier Samstag. Das Kreisverwaltungsreferat hat seinen



Blick in den Führungsraum der Katastropheneinsatzleitung im Katastrophenschutzzentrum München.



Der angenommenen Schadenlage entsprechend wurde nur eine Örtliche Einsatzleitung eingerichtet.

turnusmäßigen Bereitschaftsdienst eingeteilt. Der Beamte vom Dienst (BvD) ist über die üblichen Nachrichtenwege erreichbar.

### Besondere Lage

Der BvD wird am 14. November um 7.30 Uhr durch die Einsatzzentrale der Berufsfeuerwehr (EZ-BF) verständigt, daß zwei Löschzüge und mehrere Sonderfahrzeuge zu einer überörtlichen Hilfeleistung nach Burghausen ausgerückt sind. Um 7.40 Uhr meldet die EZ-BF einen Wohnungsbrand im Süden Münchens, bei dem ein Löschzug und weitere Sonderfahrzeuge tätig werden.

Um 7.50 Uhr wird von der Rettungsleitstelle München ein Großunfall zweier Schulbusse in Waldtrudering mit etwa 60 Verletzten gemeldet. Der BvD verständigt den im Zentrum für Katastrophenschutz (ZfK) befindlichen Abteilungsleiter KatS. Dieser veranlaßt, daß der BvD mit dem Dienstwagen zur Unfallstelle fährt und Berichte über Funk an das ZfK absetzt.

Um 8.20 Uhr meldet der BvD, der Rettungsdienst bewältige das Ereignis mit eigenen Mitteln.

### Erklärungen zur Lage

Dieser fiktive Vorlauf war notwendig, um das große Hilfspotential der Berufsfeuerwehr und des Rettungsdienstes zu binden. Die geplante Übung war allen Beteiligten bekannt, es handelte sich nicht um eine Alarmübung.

Die Einheiten des erweiterten KatS befanden sich an ihren Ausrückestandorten, die Stabsmitglieder alarmbereit in ihren Wohnungen.

Einige Dienstkräfte der Abteilung Katastrophenschutz hielten sich – wie üblich – zur Überwachung der Ausbildung im Zentrum für Katastrophenschutz an der Heßstraße auf.

### Auslösendes Ereignis

Um 8.30 Uhr meldet die Flugsicherung München, daß ein Passagierflugzeug im Luftraum nördlich von München in Schwierigkeiten geraten ist. Eine Notlandung in München-Riem wird vorbereitet.

Um 8.35 Uhr geht die Meldung ein, daß das Flugzeug im Raum Feldmoching-Hasenberg-Harthof am Radarschirm verlorengegangen ist, vermutlich Absturz. Bei den Notrufzentralen von Polizei und Feuerwehr gehen aus der Bevölkerung unterschiedliche Anrufe über den genauen Absturzort ein.

### Übungsvorbereitungen

Mit der Übungsvorbereitung wurde der Ausbildungsleiter des Katastrophenschutzes beim Kreisverwaltungsreferat beauf-

tragt. Fachliche Unterstützung gaben je ein Vertreter des Polizeipräsidiums und der Branddirektion.

### Übungskonzeption

Der Übung lag die Konzeption zugrunde, daß die Einsatzleitung (KEL) durch die Katastrophenschutzbehörde übernommen wird. Die Übung mußte deshalb in einem entsprechend großen Rahmen angelegt werden.

Desgleichen sollte die Zusammenarbeit in einer Örtlichen Einsatzleitung (ÖEL) und auf der Ebene der Einsatzabschnitte erprobt werden.

### Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen für die Übung waren:

- das Bayer. Katastrophenschutzgesetz (BayKSG)
- das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG)
- das Polizeiaufgabengesetz (PAG).

### Übungsschwerpunkte

Der Schwerpunkt der Übung lag im Bereich des Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätsdienstes. Demzufolge wirkten in verstärktem Umfang Katastrophenschutzleistungen dieser Fachdienste mit.

### Übungsgebiet, Schadens- und Einsatzschwerpunkte

Das Hauptübungsgebiet lag im Gelände des umzäunten Alabama-Depots. Mit einbezogen wurde eine Halle an der Knorrstraße als angenommenes Altenpflegeheim und die ostwärts der Knorrstraße liegende Siedlung Am Hart bis zum Straßenbahngleis.

Die Absturzstelle lag im umzäunten Bereich des Alabama-Depots. Dort befinden sich fünf leerstehende Lagerhallen und ein Kantinegebäude. Es war angenommen worden, daß in ihnen ein kunststoffverarbeitendes Werk im Drei-Schichten-Betrieb arbeitet. Explosionen durch auslaufenden Treibstoff führten zu Zerstörungen im gesamten Werksbereich. Der Umstand, daß das Flugzeug als Frachtgut auch nichtmilitärische radioaktive Präparate mitführt und in den Labors des Betriebes mit Radionukliden umgegangen wurde, ließ eine Gefährdung der Umgebung durch Strahlung und Kontamination erwarten. Einen weiteren Schadensschwerpunkt bildete ein durch das Werksgelände führender Gleisstrang, auf dem sich mehrere Kesselwagen mit Methylacrylat und zum Absturzzeitpunkt ein durchfahrender Personenzug befanden.

Im Verlauf der Übung war vorgesehen, die Bewohner des Altenpflegeheims zu retten und zu evakuieren. Ebenso sollten ca. 200

Personen aus der Siedlung Am Hart evakuiert, versorgt und vorläufig untergebracht werden.

### Aufgaben der Polizei

– Räumung des unmittelbaren Gefahrenbereichs und Errichtung einer inneren Absperrung

– Errichtung einer äußeren Absperrung um das gesamte Betriebsareal

– Ableiten des auflaufenden Verkehrs an der äußeren Absperrung

– Freihalten eines Katastrophennotweges

– Einsatz eines Strahlenmeßtrupps zur Lageerkundung

– Mitwirkung bei der Suche nach verschütteten Personen

– Unterstützung der Einsatzkräfte in strahlengefährdeten Bereichen

– Einsatz einer kriminalpolizeilichen Katastrophenkommision zur Leichen- und Streugutbergung, Ermittlung und Beweissicherung zur Aufklärung der Unfallursache und Einleitung strafverfolgender Maßnahmen, Errichten einer Nachrichtensammelstelle mit einem Verbindungsbeamten beim Kreisaukunftsbüro des Bayer. Roten Kreuzes

– Dokumentation des Einsatzablaufs mit Film, Foto und Video

– Aufklärung und Dokumentation durch Fernsehübertragung und -aufzeichnung mit Fernsehaufnahme- und Übertragungswagen sowie Polizeihubschrauber

– Überprüfung und Instandhaltung der eigenen fernmeldetechnischen Anlagen

– Bereithalten eines Zuges Bereitschaftspolizei als Reserve.

### Übungsteilnehmer

Behörden und Dienststellen:

Katastrophenschutzbehörde, Kreisverwaltungsreferat (Katastrophenschutz, Branddirektion, Gesundheitsbehörde), Presse- und Informationsamt, Amt für Umweltschutz, Sozialreferat, Werkreferat (Verkehrsbetriebe), Baureferat (Stadtentwässerung), Planungsreferat (Lokalbaukommission).

Andere Dienststellen und Einrichtungen:

Polizeipräsidium München mit den zuständigen Polizeidirektionen, Rettungsleitstelle München, Katastrophenschutzschule Bayern (Lehrgruppe Fernmeldedienst), Katastrophenschutz-Zentralwerkstätte Hohenbrunn, Bundesbahndirektion München, Flughafen München-Riem, Gesellschaft für Strahlenforschung Neuherberg, Bayer. Landesamt für Umweltschutz, Rettungshubschrauberstation „Christoph 1“, Mün-

chen-Harlaching, Kassenärztliche Vereinigung mit dem ärztlichen Notdienst, Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr mit Schminktrupps, Werkfeuerwehr der Firma BMW.

Organisationen, Einheiten/Einrichtungen:

Brandschutzdienst: Branddirektion mit Direktionsdienst und Einsatzzentrale, Örtliche Einsatzleitung und 3 Einsatzabschnittsleitungen, Löschzüge der Feuerwachen 4 und 7 sowie eine Reihe von Sonderfahrzeugen.

Kommando der Freiwilligen Feuerwehr mit Personal für eine Einsatzabschnittsleitung und 8 Abteilungen, zur Wachbesetzung 3 Abteilungen.

Technisches Hilfswerk (THW), Ortsverbände 1, 2, 3, 4: Bergungs- und Instandsetzungsdienst, Personal für die ÖEL und eine Einsatzabschnittsleitung, 4 Bergungszüge, 1 Instandsetzungszug.

Rettungsdienst: ein leitender Notarzt, 3 Notärzte, Einsatzleiter „Rettungsdienst“, 6 Rettungswagen und die Rettungsleitstelle.

Sanitätsdienst: Arbeiter-Samariter-Bund: 1 Sanitätszug; Bayer. Rotes Kreuz: Einsatzleiter „Sanitätsdienst“, 1 Sanitätszug, 1 Krankentransportzug, 1 Verbandplatzzug; Johanniter-Unfall-Hilfe: 1 Sanitätszug; Malteser-Hilfsdienst: 1 Sanitätszug, 1 Krankentransportzug; Betreuungsdienst (Einheiten des BRK): 1 Betreuungszug, 1 Betreuungsstelle.

Versorgungsdienst: je 1 Verpflegungstrupp von FFM, BRK, THW und Betreuungsdienst.

Regieeinheiten/Einrichtungen: 1 ABC-Zug, Fernmeldezentrale Abschnitt Nord in der KEL, Fernmeldezentrale Abschnitt Ost bei der Übungsleitung.



Lagebesprechung mit dem örtlichen Einsatzleiter.



Dienst an der Fernsprechvermittlung: Wie so oft war der Fernmeldedienst besonders gefordert.

## Darstellende Kräfte

### Verletzten-/Evakuierungsdarsteller

Die im KatS mitwirkenden Organisationen stellten insgesamt 540 Verletzten- und Evakuierungsdarsteller.

### Schadendarstellung

Die Schadendarstellung erfolgte durch Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehr, Werksfeuerwehr der Firma BMW, Deutsche Bundesbahn, die Sanitätsorganisationen, die Sanitätsakademie der Bundeswehr und das Landesamt für Umweltschutz.

### Vorbereitung des Schadengeländes

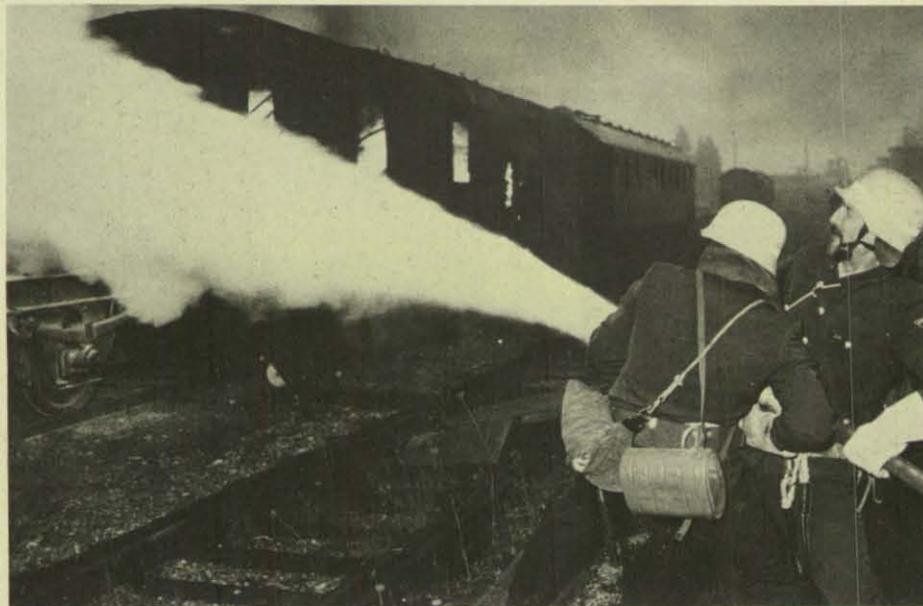
Die Vorbereitung wurde vom THW, der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr durchgeführt. Insgesamt wurden dafür 1360 Arbeitsstunden aufgewendet.



Brennender Personen- und Güterzug an der Absturzstelle des Flugzeugs.



Sehr viel Mühe war zur realistischen Darstellung der Katastrophe aufgewandt worden.



Einsatz des Schaumrohrs zur Bekämpfung der brennenden Züge.



Heftige Brände und starke Verqualmung des gesamten Geländes zeigt diese Aufnahme.

## Darstellungsmaterial

Als Darstellungsmaterial wurden eingesetzt: Flugzeugwrackteile, Kessel- und Güterwagen sowie Personenwaggons der Bundesbahn, Kraftfahrzeuge vom Schrotthandel, Bauholz von Münchner U-Bahn-Baustellen, Gasleitungsbrandanlage, Rauch- und Nebelkerzen, Knallkörper, Schaufensterpuppen, alte Koffer, Schirme, Taschen, Brillen und dergleichen.

## Leistungs- und Schiedsrichterdienst

Im Leistungs- und Schiedsrichterdienst fungierten Angehörige des Kreisverwaltungsreferates, der Branddirektion, der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen und der Katastrophenschutzschule Bayern (Lehrgruppe Fernmeldedienst) sowie des Landesamtes für Umweltschutz.

## Übungszweck

Es sollten erprobt werden:

- die Zusammenarbeit innerhalb der KEL beim Einsatz verschiedener Fachdienste, Behörden und Dienststellen.
- die vorläufige Stabsdienstordnung
- das Zusammenwirken der KEL mit der ÖEL, der Einsatzleitung der Polizei, dem Flughafen Riem und der betroffenen Fluggesellschaft
- das Funktionieren der ÖEL
- die Zusammenarbeit der Fachdienste untereinander und mit verschiedenen städtischen Dienststellen
- die Einsatzfähigkeit und der Ausbildungsstand der im Katastrophenschutz mitwirkenden Einheiten und Einrichtungen
- die Funktions- und Leistungsfähigkeit der vorhandenen Fernmeldemittel.

## Führungsorganisation

Die Führungsorganisation war in die vier Führungsebenen gegliedert

Katastropheneinsatzleitung (KEL)

Örtliche Einsatzleitung (ÖEL)

5 Einsatzabschnitte (EAS)

Fachdiensteneinheiten überwiegend in Zugstärke nach Stärke- und Ausrüstungsnachweisung des Bundes.

## Gliederung der KEL

Die KEL wurde nach dem Modell des Bundes eingerichtet. Die Besetzung der einzelnen Positionen erfolgte weitgehend wie

im K-Plan festgelegt. Der Stab befand sich im Zentrum für Katastrophenschutz (ZfK) in dem Führungsraum der Abschnittsbefehlsstelle Nord und dem Sachbearbeiterraum. Das Stabpersonal, soweit es dem Kreisverwaltungsreferat angehört, und die Fachberater wurden vor der Übung in den Führungsvorgang und den Gebrauch der Nachrichtenvordrucke eingewiesen.

## Gliederung der ÖEL

Aufgrund des Schadensereignisses war nur eine ÖEL erforderlich. Die Leitung wurde der Branddirektion übertragen, die auch das Fernmeldpersonal stellte. Die sonstigen im Schadengebiet eingesetzten Fachdienste und Organisationen ordneten jeweils Fachberater ab.

## Einsatzabschnitte (EAS)

Es wurden fünf Einsatzabschnitte gebildet. Die Führung wurde in drei Einsatzabschnitten von der Feuerwehr, in je einem vom THW und den Sanitätsorganisationen übernommen. Als Führungspersonal standen jeweils ein Leiter, ein Stellvertreter und zwei Fernmelder zur Verfügung.

## Fachdienstleistungen

Soweit die Fachdienstleistungen in Züge gegliedert waren, wurden sie von Zugtrupps geführt.

## Ablauf der Übung

Nach dem Einsatztagebuch und den Aufzeichnungen der Übungsleitung ist folgender Übungsablauf festgehalten:

- 7.30 Berufsfeuerwehr rückt zur überörtlichen Hilfeleistung nach Burghausen aus (fiktiv)
- 7.40 Wohnungsbrand Thalkirchen (fiktiv)
- 7.50 Großunfall mit zwei Schulbussen in Waldtrudering (fiktiv)
- 8.30 Absturzwarnung von Flughafen Riem an Polizeipräsidium
- 8.35 Meldung von EZ-BF an Polizeipräsidium über starke Rauchentwicklung im Bereich Schleißheimer/Knorrstraße
- 8.44 Bestätigung des Absturzes im Alabama-Gelände durch EZ-Pol
- 8.45 Verständigung des Kreisverwaltungsreferenten und der Stabsmitglieder

- 9.00 Einsatzbefehl für Bergungs- und Sanitätszüge
- 9.16 Erklärung des K-Falles, Bestimmung des örtlichen Einsatzleiters
- 9.26 Einsatzbefehl für 3. ABC-Zug
- 9.35 2 weitere Bergungszüge zum Alabama-Depot
- 9.45 Alarmierung Kreisaukunftsbüro beim Bayer. Roten Kreuz
- 10.18 Verpuffungen in der Kanalisation
- 10.23 Evakuierung Altenheim
- 10.37 Passagierliste eingetroffen
- 11.00 Gesamtlagebesprechung
- 11.14 Lagebericht an Regierung von Oberbayern und Lagezentrum
- 11.30 Evakuierung der Wohnbevölkerung besprochen
- 11.59 Bombendrohung
- 12.14 Evakuierung angeordnet
- 12.20 Evakuierung abgebrochen
- 12.27 Lagebericht: 211 Verletzte, bisher 8 Tote geborgen
- 12.28 K-Fall beendet.

## Auswertung

Die Übung hat auf allen Ebenen eine Vielzahl von Erkenntnissen gebracht, die systematisch erfaßt, ausgewertet und anschließend in Maßnahmen umgesetzt werden müssen. Dabei muß unterschieden werden zwischen Erfahrungen, die typisch für diese spezielle Übung waren, und Erkenntnissen, die das System betreffen. Vor einer Umsetzung der Erfahrungen müssen noch eine Reihe von fachspezifischen Gesprächen mit den einzelnen Fachdiensten geführt werden.

## Bewährung des Modells der KEL

Die Landeshauptstadt München hat das Modell der KEL während eines Lehrgangs an der Katastrophenschutzschule des Bundes 1979 bei einer Stabsrahmenübung, bei den Einweisungen vor der Übung und bei der jetzigen Vollübung angewandt.

Nach den Erfahrungen aus der Übung 1979 wurde das Modell überwiegend positiv beurteilt. Diese Beurteilung gilt nach wie vor für lang andauernde oder weiträumige Katastrophen mit mehreren Schadenstellen sowie für den Spannungs- und Verteidigungsfall, für den das Modell auch geschaffen wurde.

Bei einer friedensmäßigen Katastrophe, wie sie bei der Übung „Alabama 81“ angenommen war, kann in der Regel nicht davon ausgegangen werden, daß der Stab bei

Eintritt des Ereignisses bereits arbeitsbereit ist. Mit Ausnahme von erkennbaren Lageentwicklungen (z. B. bei einem Hochwasser) kann die Alarmierung der Mitglieder des Stabes erst zu einem Zeitpunkt erfolgen, in dem die Einsatzkräfte mit der Schadenabwehr vor Ort schon begonnen haben und eine örtliche Führungsorganisation aufbauen. Nach der Alarmierung dauert es zwangsläufig noch längere Zeit, bis das erforderliche Hilfspersonal eintrifft und ausreichende Nachrichtenverbindungen hergestellt sind. Erst dann aber kann die KEL die Einsatzleitung übernehmen. Es ist anzunehmen, daß zwischen dem Eintritt eines nicht vorhersehbaren, begrenzten Schadenereignisses und der Einsatzbereitschaft der KEL zuviel Zeit vergeht, um noch rechtzeitig führen zu können. Es erscheint daher nicht richtig, bei örtlich und zeitlich begrenzten Schadenfällen, die innerhalb von etwa 6 Stunden bewältigt werden können, eine KEL nach dem Stabsmodell aufzubauen.

Diese Erkenntnis zwingt dazu, das Führungskonzept für Schadenereignisse von begrenzter Dauer zu überarbeiten und in Übungen zu erproben. Nach dem jetzigen Stand der Überlegungen sollte ein Teilstab mit dem Katastropheneinsatzleiter vor Ort führen, der sich über die Lage auch durch eigene Wahrnehmungen informieren kann. Der Vollzug der beschlossenen Maßnahmen soll dann zum überwiegenden Teil durch die in ihrer gewohnten Umgebung arbeitenden Dienstkräfte der Abteilung Katastrophenschutz im Kreisverwaltungsreferat erfolgen.

Da bei anderen Katastrophenfällen weiter nach dem Stabsmodell mit den vier Sachgebieten geführt werden muß, kann auf die Ausbildung in diesem Modell nicht verzichtet werden.

## Führungsräume der KEL

Die im Zentrum für Katastrophenschutz vorhandenen Führungsräume und ihre Ausstattung haben sich bei der Übung als unzureichend herausgestellt. Es mußte dort sehr beengt unter einem erheblichen Lärmpegel und ohne die Möglichkeit gearbeitet werden, zu einem Einzelgespräch in einen Nebenraum ausweichen zu können.

Diese Räume, die für eine Abschnittsbefehlsstelle im Verteidigungsfall konzipiert sind, können daher für den Katastrophenfall und mehr noch für den Verteidigungsfall nur eine längerfristig zu behebbende Notlösung sein.

## Führungsvorgang

Der Führungsvorgang in der KEL wurde vor der Übung nur mit Angehörigen der Abteilung Katastrophenschutz regelmäßig an Beispielen durchgesprochen und praktisch erprobt. Die Fachberater dagegen waren



Der Sanitätsdienst im Einsatz: 540 Verletzten- und Evakuierungsdarsteller waren zu versorgen.



Die Einrichtung einer Verletzensammelstelle sowie umfangreiche Evakuierungen gehörten zum Übungsprogramm.

nur einmal kurz vor der Übung bei einer Einweisung anwesend. Durch das zeitlich sehr unterschiedliche Eintreffen der Stabsmitglieder und den zeitweiligen Ausfall des S2 durch andere Aufgaben gelang es nur sehr schwer und spät, alle Stabsmitglieder einheitlich und voll zu informieren.

Ferner wurde der Stab durch Einspielungen der Übungsleitung mit Nebensächlichkeiten belastet. Es ist daher eine vordringliche Aufgabe, den Ausbildungsstand so zu heben, daß das Wesentliche schnell erkannt und Unwesentliches rechtzeitig ausgesondert wird.

#### Nachrichtenwege im Stab

Nach den Berichten haben trotz vorheriger Einweisung beträchtliche Unsicherheiten

bezüglich der Nachrichtenwege bestanden. Dadurch sind Verzögerungen bei der Information eingetreten, die sich erheblich auf die Entscheidungsfindung ausgewirkt haben.

In die Überlegungen für die Führungsorganisation bei örtlich und zeitlich begrenzten Schadenfällen müssen auch Fragen der Nachrichtenwege mit einbezogen werden. Für die Fälle, in denen nach dem Stabsmodell geführt wird, ist die Notwendigkeit vermehrter Übungen offenkundig geworden.

Verwirrung stifteten teilweise die nicht allen Stabsmitgliedern geläufigen, aber üblichen Abkürzungen sowie die Verwendung selbsterfundener Abkürzungen. Auch dieser Mißstand kann nur durch Übungen behoben werden.

#### Zusammenarbeit der Führungsebenen

Die Zusammenarbeit zwischen den Führungsebenen geschah nach der sogenannten Auftragstaktik. Die ÖEL und die Polizei waren bestrebt, die KEL über wesentliche Lageveränderungen zu unterrichten. Daß dies nicht im erforderlichen Umfang möglich war, ist auf den zeitweiligen Ausfall der Fernmeldeverbindungen zurückzuführen. Die Nachrichten aus dem Einsatzgebiet liefen teilweise mit erheblichen Zeitverzögerungen bei der KEL ein.

#### Fachdienstleistungen

In München wurden erstmalig auf verhältnismäßig engem Raum eine Vielzahl von Einheiten verschiedener Fachdienste des erweiterten Katastrophenschutzes eingesetzt. Obwohl einige Ausbildungsmängel erkannt worden sind, kann der Leistungsstand insgesamt als zufriedenstellend bezeichnet werden. Der Ausbildungsstand ist naturgemäß bei den Einheiten höher, die ständig praktische Erfahrungen in Einsätzen sammeln können als bei solchen, die überwiegend nur Ausbildung betreiben.

Die Ausrüstung des erweiterten Katastrophenschutzes ist vor allem im Sanitätsdienst noch nicht vollständig, andererseits entspricht sie in weiten Bereichen schon nicht mehr dem Stand der Technik. Im Brandschutz- und Bergungsdienst steht eine Reihe von Fahrzeugen und Geräten zur Ausmusterung heran. Teilweise ist die schon vorhandene Ausrüstung vom Land noch nicht ausgeliefert, wie beispielsweise die Sprechfunkgeräte für die Einheiten. Der ABC-Dienst besitzt nur die vom Bund für den Verteidigungsfall ausgelieferte Ausrüstung, die aber für den friedensmäßigen Einsatz nicht ausreichend ist. Aus diesem Grund beschafft gegenwärtig der Freistaat Bayern eine zusätzliche Ausstattung, die noch in diesem Jahr ausgeliefert werden soll.

#### Kommunikation

An das Kommunikationssystem des Katastrophenschutzes wurden bei der Übung erhebliche Anforderungen gestellt, um einen Aufschluß über die Leistungsfähigkeit zu erbringen. Dieser Teil des Übungsziels wurde voll erreicht. Die gewonnenen vielfältigen Erkenntnisse bedürfen einer gründlichen Analyse. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß Kommunikationssysteme des Katastrophenschutzes immer den Nachteil haben, daß sie nicht ständig in Betrieb und damit nicht eingespielt sind. Es wird auch immer eine kurze Anlaufzeit benötigt werden, die um so kürzer ist, je höher der Ausbildungsstand und je sicherer die Technik ist.

An Kommunikationsmitteln waren vorhanden: Fernschreibverbindungen, Fernsprechverbindungen, Telekopierverbindungen.

dungen, Fernsehverbindungen, Sprechfunkverbindungen und Melder.

Bei den Fernsprechverbindungen wurde überwiegend das öffentliche Fernsprechnetz genutzt. Die im ZfK an der Nebenstellenanlage auflaufenden Fernsprechverbindungen wurden auf die Fernsprechvermittlung der KEL umgeschaltet.

Dieses Verfahren hat sich nicht bewährt, weil es zu umständlich und störanfällig ist, durch die Umschaltung alle Teilnehmer im ZfK abgeschaltet werden und mit einer zeitraubenden Handvermittlung erfolgen muß, Fernsprechanchlüsse derzeit nicht auf Endapparate geschaltet werden können, unterschiedliche Betriebssysteme mit und ohne Erdtastenfunktion auftreten.

Ferner war die Anzahl der Amtsleitungen bei der Größe des Stabes zu gering; dadurch entstanden lange Wartezeiten.

Die Fernsprechstandleitung zur Einsatzzentrale der Feuerwehr hat sich sehr bewährt. Eine Standleitung sollte auch noch zum Polizeiführungsstab im Polizeipräsidium geschaltet werden.

Für die ÖEL waren im Übungsgelände zwei Fernsprechanchlüsse in das Netz der Deutschen Bundespost nach der auch für den Katastrophenschutz gültigen Richtlinie S411 geschaltet. Diese Anschlüsse haben sich als zweckmäßig erwiesen.

Erstmalig wurden Telekopierverbindungen zwischen der KEL, der ÖEL und dem Polizeipräsidium betrieben. Diese Nachrichtenverbindung ist sehr leistungsfähig. Sie kann für die Übertragung von Lageberichten, Personallisten und sonstigen längeren Schriftstücken, die sie mühelos, fehlerfrei und schnell bewältigt, hervorragend geeignet sein.

Aus dem Schadengebiet wurden durch die Polizei Fernsbilder übertragen. Aufgrund der ungünstigen Lage und der nicht mehr auf dem neuesten Stand der Technik befindlichen Anlage war das Ergebnis für die KEL unbefriedigend. Bei verbesserter technischer Ausstattung ist eine Fernsehverbindung sicher förderlich.

Alle Führungsebenen waren über Sprechfunk erreichbar. Hierbei hat sich wiederum gezeigt, daß dieses Fernmeldemittel sehr störanfällig ist. Im Katastrophenfall kommt als weitere Schwierigkeit hinzu, daß sich bei den Einsatzzentralen der Berufsfeuerwehr, der Polizei und des Rettungsdienstes die vom alltäglichen Dienstbetrieb her eingespielten Betriebsbedingungen ändern. Es kommen eine Vielzahl neuer und ungewohnter Begriffe auf, alle Nachrichten müssen daher erst sinngemäß aufgeschrieben und dann an die Empfänger weitergeleitet werden. Da auf Sprechfunkverbindungen nicht verzichtet werden kann, muß durch gemeinsame Übungen der Ausbildungsstand aller verbessert werden.

Durch technische Maßnahmen ist die Relaisstellensituation umgehend zu verbessern. Die gegenwärtigen Voraussetzungen gewährleisten keine Betriebssicherheit.

Auch im Zeitalter modernster Technik kann auf das älteste Fernmeldemittel – Melder – nicht verzichtet werden, das nach wie vor am sichersten ist.

## **Erfahrungen und Bewertungen**

Etwa sechs Minuten nach der Alarmierung trafen die ersten Kräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes ein. Diese mußten fast ausschließlich für die Menschenrettung eingesetzt werden, weil die ebenfalls für die Rettung vorgesehenen Einheiten des Bergungs- und Sanitätsdienstes teilweise erst mit erheblicher Verspätung zum Einsatz kamen.

Der Direktionsdienst der Berufsfeuerwehr, der nach dem Katastrophenschutzplan die Führung der ÖEL übernimmt, traf – durchaus realistisch – 15 Minuten nach der Alarmierung an der Schadenstelle ein. Aufgrund der Vorinformation und der Tatsache, daß sich alle vorgesehenen Kräfte abrufbereit in ihren Ausrückstandorten befanden, konnten die über die EZ der BF alarmierten geschlossenen Einheiten der Feuerwehr schnell der Einsatzstelle zugeführt werden. Dagegen verzögerte sich der Einsatz der Bergungs- und Sanitätseinheiten, weil die Fernmeldeverbindungen im ZfK überlastet und teilweise sogar ausgefallen waren, weil die Zuständigkeiten beim Einsatz nicht immer genau genug erkannt wurden und schließlich die Einheitsführer in den zugewiesenen Räumen nicht erreicht werden konnten.

Das Fehlen von Sanitätskräften war am Anfang besonders prekär, da der Rettungsdienst nach Übungsanweisung nur in sehr geringem Umfang zur Verfügung stand.

Zum vorgesehenen Einsatz des kompletten ABC-Zuges kam es nicht, weil seine Ausstattung für die vorgesehene Schadenlage nicht ausgelegt ist. Der Leitungsdienst war zu schwach besetzt, um durch eine entsprechende Übungseinlage den Einsatz zu erreichen.

Für die Evakuierung des Altenpflegeheims war der Bergungsdienst vorgesehen. Wegen einer eigenmächtigen Schiedsrichter-einspielung kam es dann zu einer anderen Entscheidung der ÖEL. Auch hier konnte der zu schwach besetzte Leitungsdienst nicht mehr rechtzeitig eingreifen.

Bedauerlicherweise ist die Evakuierung durch das Fehlverhalten der verantwortlichen Führungskräfte der Darsteller und durch fehlende Eigeninitiative der Einsatzkräfte und der verspäteten Einspielung in die KEL nicht mehr durchgeführt worden. Dadurch kam der Betreuungsdienst nicht zum Einsatz.

## **Zusammenfassung**

Die Übung ließ eine große Einsatzbereitschaft aller Beteiligten erkennen. Trotzdem konnten die Übungsziele erwartungsgemäß nicht in vollem Umfang erreicht werden. Zu berücksichtigen ist, daß die Übung die erste dieser Art und Größenordnung in München war.

Unbefriedigend war der Informationsfluß in der Anfangsphase der Übung. Die üblichen Anlaufprobleme, die Notwendigkeit, in der Anfangsphase eine Vielzahl von Entscheidungen zu fällen, obwohl der Stab noch nicht vollzählig ist, führte zu einer erheblichen Belastung der Beteiligten.

Hinzu kommen die leider bei allen Übungen auftretenden Schwierigkeiten auf dem Fernmeldesektor: Mangelndes Einfühlungsvermögen, schlechte Funkdisziplin und die Weitergabe unwesentlicher Details führten stellenweise zu einer erheblichen Überbelastung bis zum zeitweiligen Totalausfall durch technische und betriebliche Mängel. Dadurch konnten zum Teil die Alarmierung und dringende Nachrichten nicht rechtzeitig abgesetzt werden.

Der Ausbildungsstand des Personals der Hilfsorganisationen ist recht unterschiedlich. Die Organisationen und die mit der Ausbildung befaßten Stellen werden dies zum Anlaß nehmen müssen, die bereits entwickelten Initiativen zu verstärken. Dies gilt schwerpunktmäßig für die Fernmelde-, Unterführer- und Führungsausbildung. Vor allem sind Maßnahmen zu ergreifen, die von Anfang an einen reibungslosen Informationsaustausch sicherstellen.

Für Katastrophenfälle, die ähnlich dem angenommenen Ereignis ablaufen, ist es nicht sinnvoll, einen Stab der geschilderten Größe aufzubauen. Hier scheint ein personell begrenzter Führungsstab vor Ort wesentlich wirksamer.

Die personellen Voraussetzungen sind über die Abteilung Katastrophenschutz hinaus zu erweitern, da nicht sichergestellt werden kann, daß in kurzer Zeit alle Bediensteten dieser Abteilung erreichbar sind.

Die Übung stellt einen wertvollen Beitrag zur weiteren Vorbereitung von Maßnahmen des Katastrophenschutzes dar. Sie bot Gelegenheit, die Probleme vor allem des erweiterten Katastrophenschutzes – und hier besonders Fragen der Führung – zu erfassen. Sie zeigte Mängel auf, deren Beseitigung jetzt gezielt angegangen werden kann. Das allein rechtfertigt die regelmäßige Durchführung von Übungen.

Stabsrahmenübungen und Vollübungen sollten vorerst aber allenfalls als Teilübungen abgehalten werden.

Bundesinnenminister gibt Überblick über Förderung des Schutzraumbaus

# 1979 bis 1981: 300 000 Schutzplätze bezuschußt

Beträchtliche Nachfrage nach Zuschüssen für Hausschutzräume – Bislang keine Anträge abgelehnt

Die Forderung nach Bereitstellung ausreichender Mittel zur Förderung des öffentlichen und privaten Schutzraumbaus hat der F.D.P.-Bundestagsabgeordnete Jürgen W. Möllemann in einem Schreiben an Bundesminister Gerhart Rudolf Baum übermittelt. Möllemann führte aus:

„Der zuständige F.D.P.-Bundesfachauschuß 2 hat erneut gefordert, trotz notwendiger Kürzungen im Bundeshaushalt ausreichende Mittel zur Förderung des öffentlichen und des privaten Schutzraumbaus sowie der Errichtung von Mehrzweckanlagen bereitzustellen. Auf diesem Gebiet besteht bekanntlich seit Jahren ein erheblicher Nachholbedarf.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir hierzu einen Sachstandsbericht geben könnten. Dabei sollte auch deutlich werden, wie viele Anträge in den einzelnen Bereichen gestellt wurden und wie viele und aus welchen Gründen abgelehnt werden mußten.“

Der Bundesminister des Innern unterrichtete den F.D.P.-Politiker ausführlich über die bisherigen Aufwendungen für den Schutzraumbau und über die weitere Entwicklung:

„Im Dezember 1977 hat das Bundeskabinett beschlossen, die Förderung des Schutzraumbaus wieder aufzunehmen. Dieser Beschluß konnte allerdings erst im Haushaltsjahr 1979 zum Tragen kommen.

In den Jahren seit 1979 standen für Schutzbaumaßnahmen insgesamt folgende Haushaltsansätze zur Verfügung:

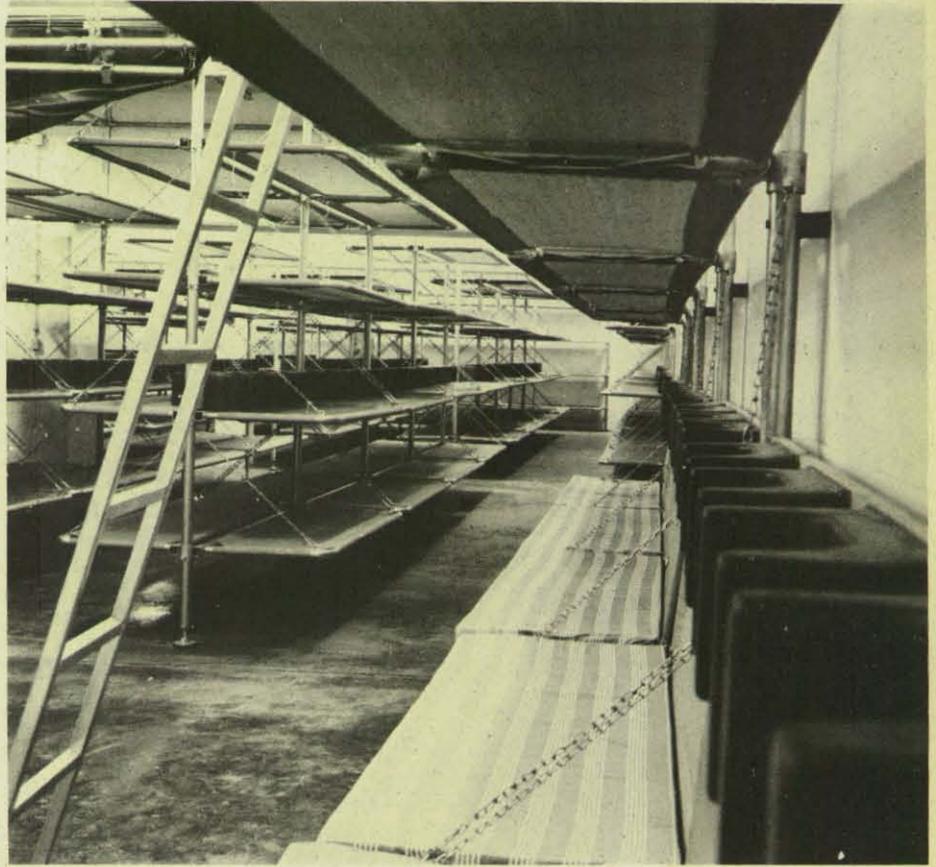
1979	42,6	Mio. DM
1980	59,1	Mio. DM
1981	68,15	Mio. DM
1982	89,244	Mio. DM

Mit diesen Mitteln konnten in dem Zeitraum von 1979 bis 1981 rund 300000 Schutzplätze bezuschußt werden.

Die Entwicklung der gegenwärtigen Schutzbauaktivitäten stellt sich im einzelnen wie folgt dar:

Von den Schutzbauwerken des Zweiten Weltkrieges, die sich nach der Qualität ihrer Bausubstanz für eine Nutzbarmachung eignen, befinden sich

- in der Baudurchführung 50 Objekte mit rund 58000 Schutzplätzen



Blick in eine moderne Mehrzweckanlage: Der Großschutzraum ist mit Sitz/Liege-Kombinationen ausgestattet; normalerweise parken hier Autos.

- in der Planung 107 Objekte mit rund 123000 Schutzplätzen.

Im Bereich der Mehrzweckanlagen befinden sich

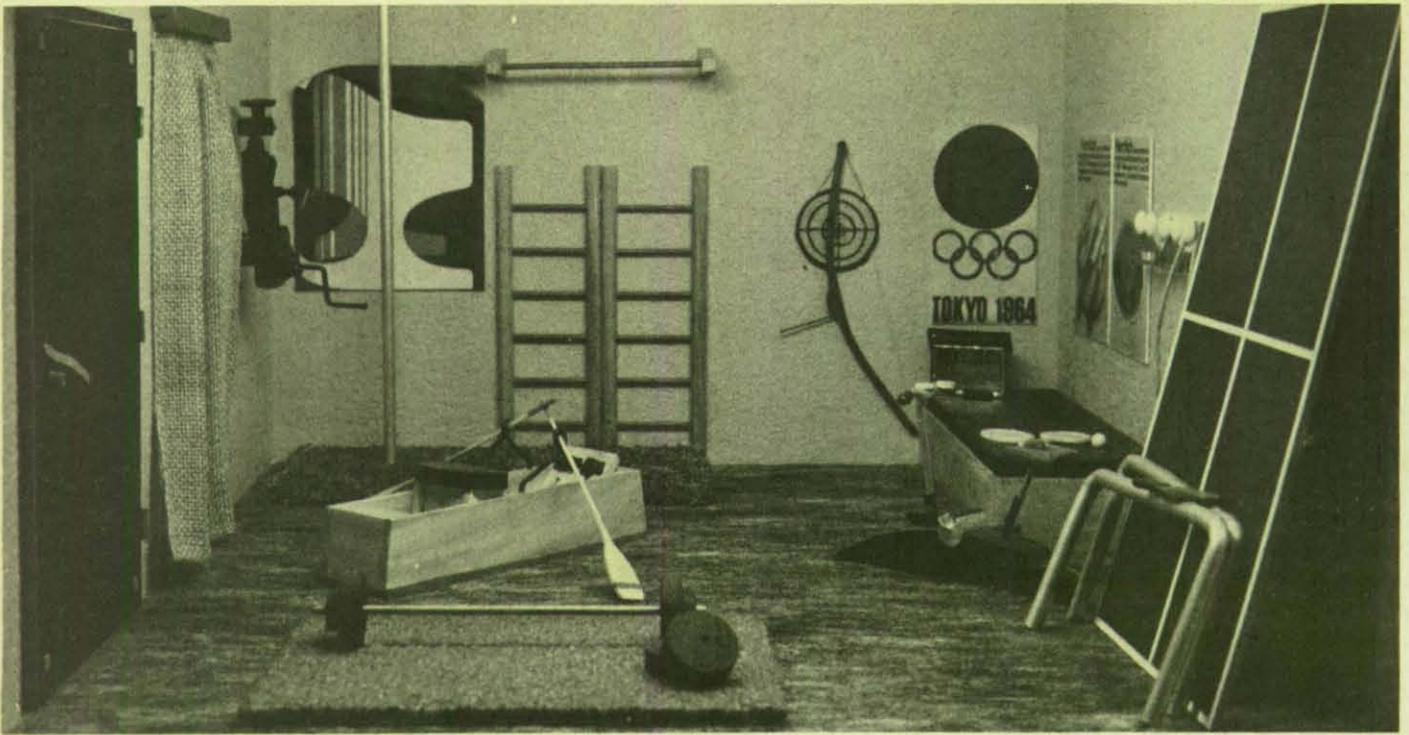
- in der Baudurchführung 67 Objekte mit rund 118000 Schutzplätzen
- in der Planung 86 Objekte mit rund 154300 Schutzplätzen.

Darüber hinaus werden z.Z. 34 Schulschutzräume mit rd. 21000 Schutzplätzen gebaut. Weitere 102 Schulschutzräume mit rd. 53000 Schutzplätzen befinden sich in der Planung.

Für den Bereich der Hausschutzräume stehen mir zuverlässige Zahlen nicht zur Verfügung, weil die Förderung dieser Schutzbauart von den Ländern in Bundesauftragsverwaltung durchgeführt wird und der Bund nur die erforderlichen Haushaltsmittel zuweist. Die Nachfrage nach den Förde-

rungszuschüssen des Bundes ist allerdings so beträchtlich, daß der zur Verfügung stehende Haushaltsmittelansatz schon in den vergangenen Jahren jeweils voll in Anspruch genommen worden ist. Die Ständige Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder hat durch Beschluß vom 2. Oktober 1981 den Bundesminister des Innern gebeten, für ausreichende Haushaltsmittel und Verpflichtungsermächtigungen zur Förderung dieses Schutzbaubereiches zu sorgen. Dies ist sichergestellt, weil das Instrument der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Schutzbautitel es ermöglicht, im Bedarfsfall durch Umschichtung die erforderlichen Deckungsmittel für die Förderung des Hausschutzraumbaus zur Verfügung zu stellen.

Zu Ihrer abschließenden Frage, wie viele Anträge und aus welchen Gründen in den einzelnen Schutzbaubereichen in der Ver-



Ein Hausschutzraum (Modell), dem seine Bestimmung nicht ohne weiteres anzusehen ist – ein Beispiel der sinnvollen Nutzung des Schutzraums.

gangenheit abgelehnt werden mußten, bemerke ich folgendes:

Bislang ist in keinem Falle ein Antrag auf Förderung eines Schutzbauvorhabens, das den bautechnischen und zivilschutztaktischen Erfordernissen entsprach, abgelehnt worden. In den Fällen, in denen

eine Bereitstellung der Bundeszuschüsse in wünschenswerter zeitlicher Nähe zur Baudurchführung nicht möglich war, sind die Bauherren jeweils aufgefordert worden, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob sie

● das Bauvorhaben verschieben,

● bei sofortigem Baubeginn die zivilschutzbedingten Mehrkosten zwischenfinanzieren oder

● ihre Bauabsicht aufgeben wollen. Der Verzicht auf die Baudurchführung hat sich erfreulicherweise nur auf Einzelfälle beschränkt.“

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Leiter/-in der BVS-Schule Körtlinghausen (NRW)**  
(Verg.-Gr. III BAT) – ab 1. 2. 1983
2. **Leiter/-in der BVS-Dienststelle Nienburg**  
(Verg.-Gr. IVa BAT) – sofort –
3. **Leiter/-in der Fahrbaren Zivilschutzausstellung bei der BVS-Landesstelle Niedersachsen**  
(Verg.-Gr. IVb BAT) – sofort –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **30. September 1982** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz  
– Bundeshauptstelle –  
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung (auf dem Dienstweg).

Jürgen W. Möllemann, Mitglied des Deutschen Bundestages

Für eine leistungsfähige zivile Verteidigung

## Aus humanitären Gründen ist es Aufgabe des Staates, einen Mindestschutz für jeden Bürger zu garantieren

Bundesfachausschuß für Friedens- und Sicherheitspolitik der F.D.P. beschließt Programm zum Schutz der Zivilbevölkerung

Auf seiner letzten Arbeitssitzung am 22. Mai 1982 in Darmstadt hat der zuständige Bundesfachausschuß der F.D.P. ein ausführliches Programm zur Gesamtverteidigung und zum Schutz der Zivilbevölkerung im Katastrophen- und Verteidigungsfall beschlossen. Dieses Grundsatzprogramm, das jetzt den entsprechenden Parteigremien der Liberalen zugeleitet wird, stellt nachstehend der Vorsitzende des Bundesfachausschusses und sicherheitspolitische Sprecher der F.D.P.-Bundestagsfraktion, Jürgen W. Möllemann, vor.

### Grundsatz

Dem Schutz der Person ist alle staatliche Gewalt verpflichtet. Für die F.D.P. gilt dies für alle Maßnahmen, sei es bei Katastrophen im Frieden, sei es im Verteidigungsfall, dem Krieg als der größten der denkbaren Katastrophen.

Die F.D.P. ist der Auffassung, daß jedes Konzept der Gesamtverteidigung – wie auch die militärische Abschreckung selbst – die Kriegsverhinderung als oberstes politisches Ziel anstreben muß. Wenn die Bundesrepublik Deutschland jedoch verteidigt werden muß, genügt es nicht, dies allein militärisch zu tun. Unerläßliche Elemente der Gesamtverteidigung sind militärische Verteidigungsbereitschaft und eine leistungsfähige zivile Verteidigung mit einem Mindestschutz für die Bevölkerung.

Die F.D.P. fordert daher insbesondere:

– Der Schutz der Bevölkerung durch zivile Verteidigung muß gleichrangig neben die Aufgaben der Streitkräfte treten. Voraussetzung hierfür ist ein Gesamtplan, der auch bei Katastrophen im Frieden Hilfe garantiert.

– Die F.D.P. will eine verstärkte Aufklärung der Bürger, damit sie wissen, daß neben staatlichen Maßnahmen auch ihre Mitwirkung erforderlich und möglich ist.

– Die F.D.P. will weiter, daß die bereits im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen besser ausgestattet werden.

Zur Verbesserung der Gesamt- und Zivilverteidigung fordert die F.D.P. im einzelnen:



Jürgen W. Möllemann, sicherheitspolitischer Sprecher der F.D.P.-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Bundesfachausschusses für Friedens- und Sicherheitspolitik, mißt dem Schutz der Zivilbevölkerung im Katastrophen- und Verteidigungsfall große Bedeutung zu. Unser Archiv-Bild zeigt Möllemann bei einer Aktion der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz, als die Bürger aufgefordert wurden, Vorschläge für ein Zivilschutz-Plakat zu machen.

### 1. Gesamtverteidigung

Voraussetzung für eine ausgewogene Gesamtverteidigung sind entsprechende Rahmenrichtlinien. Die F.D.P. fordert, den vorliegenden Vorentwurf unverzüglich abzustimmen und dem Bundessicherheitsrat vorzulegen.

Die Bundesregierung hat ein klares Konzept zur Führung der Gesamtverteidigung den jeweiligen Bedürfnissen anzupassen. Durch ein einheitliches Führungssystem muß auch die Hilfeleistung bei Katastrophen im Frieden erleichtert werden. Dies erfordert vorbereitete und koordinierte Organisationsstrukturen unter Berücksichtigung bestehender Gliederungen sowie Durchführungspläne auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Es sind Voraussetzungen zu schaffen, daß die Maßnahmen auf allen Ebenen effektiv parlamentarisch kontrolliert werden können.

Der Bundessicherheitsrat erhält einen ständigen Arbeitsstab mit Inspektionsrecht zugeordnet. Der ständige Arbeitsstab wird nach Funktionen gegliedert. Vorhandene Referate in den Ministerien können zusam-

mengelegt und auf dem Abordnungsweg durch die im Bundessicherheitsrat vertretenen Ressorts verstärkt werden.

Die Fragen der Gesamtverteidigung sind im Bundestag durch einen Ausschuß wahrzunehmen, in den die übrigen, mit Einzelfragen auf dem Gebiet der Gesamtverteidigung befaßten Ausschüsse Mitglieder entsenden. Der Ausschuß kontrolliert die Arbeit des Bundessicherheitsrates auf dem Gebiet der Gesamtverteidigung. Er übt bei der einschlägigen Gesetzgebung eine Koordinierungsfunktion aus.

Die Parlamente von Ländern, Gebietskörperschaften und Gemeinden verfahren analog.

### 2. Zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ)

Ein Netz militärischer und ziviler Dienststellen zur Führung, Unterstützung und Versorgung verknüpft beide Elemente der Verteidigung miteinander. Ein enges Zusammenwirken zwischen den militärischen und zivilen Fachbereichen erhöht auch die Fähigkeit, nach Katastrophen den Schadensumfang zu begrenzen und schnelle

Hilfe zu leisten. Die Zusammenarbeit muß bereits im Frieden sichergestellt sein und auf allen Führungsebenen geübt werden.

Das setzt ein funktionierendes Kommunikationssystem voraus. Verbindungsorgane des Territorialheeres erfüllen dabei eine wichtige Aufgabe.

Da das Territorialheer zu 90 Prozent von einer Ergänzung durch Mobilmachung (Mob-Ergänzung) abhängt, sind eine ausreichende Zahl von Mob-Alarmübungen in überschaubarem Rahmen (etwa Regierungsbezirk, Verteidigungsbezirkskommando) unter Beteiligung aller erforderlichen zivilen und militärischen Dienststellen durchzuführen.

Nicht mob-beordnete Reservisten der deutschen Bundeswehr sind auch für den Schutz ziviler Objekte, im zivilen Katastrophenfall und für Aufgaben der zivilen Verteidigung insgesamt einzuplanen. Der personelle Bedarf für fachspezifische Aufgaben der humanitären Hilfsorganisationen\*) ist auch in Zukunft sicherzustellen.

### 3. Zivile Verteidigung und Zivilschutz

Aus grundsätzlichen humanitären Gründen gehört es zu den Aufgaben eines Staates – auch unseres Staates – einen Mindestschutz für jeden Bürger zu garantieren.

Zivile Verteidigung bedeutet nach Auffassung der F.D.P. keineswegs die Absicht, eine Kriegführungsstrategie entwickeln zu wollen. Die F.D.P. fordert die Fortschreibung des von der Bundesregierung beschlossenen „Berichts über das Konzept der zivilen Verteidigung und das Programm für die Zeit bis 1972“ (Bundestagsdrucksache 5/3683) mit dem Ziel, die zivile Verteidigung gegenüber der militärischen nicht zu vernachlässigen. Mit diesem Beschluß hat das Parlament den NATO-Forderungen entsprochen. Die Mittelansätze der zivilen Verteidigung müssen angemessen erhöht werden.

Alle bisherigen Gesetze zur zivilen Verteidigung und ihrer organisatorischen Gliederung sowie noch ausstehende Gesetze sind in einem umfassenden Gesetzeswerk zusammenzufassen. Die Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz\*) sind dazu zu hören. Alle Rechtsgrundlagen, die sich auf Bundes- und Landesebene mit Sicherheitsfragen (z.B. Arbeitssicherheit, Katastrophenschutz in Arbeitsstätten, Bauord-

nungen) befassen, und die auch die zivile Verteidigung betreffen, sind ressortübergreifend abzustimmen.

Zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen des Bundes, der Bundesländer und der Organisationen des Katastrophenschutzes sind Themenabgrenzung, Lehrmeinung, Auslastung und wechselseitige Hinweise besser abzustimmen.

Jeder Angehörige des öffentlichen Dienstes hat die Pflicht, sich für die speziellen Aufgaben vorzubereiten und an Übungen teilzunehmen.

### Selbstschutz

Die F.D.P. will eine verstärkte, ehrliche Aufklärung der Bürger, damit sie wissen, daß neben staatlichen Maßnahmen auch ihre Mitwirkung erforderlich und möglich ist. Die Gemeinden haben hierbei ihren Gesetzauftrag zu erfüllen. Der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) soll in die Lage versetzt werden, dabei besser zu unterstützen.

Die Kultusministerkonferenz ist aufzufordern, neben der Friedenserziehung Aufgaben und Möglichkeiten der Gesamtverteidigung, insbesondere des Selbstschutzes, an allen auf die Grundschulen folgenden Schularten als obligatorisches Thema einzuführen.

Behörden des Bundes, der Länder und der Kommunen sollen auch unter extremen Bedingungen funktionsfähig bleiben. Alle Bundesbehörden und Körperschaften haben daher einen internen Selbstschutz aufzubauen. Länder, Gebietskörperschaften und Kommunen sollten analog verfahren.

Der betriebliche Katastrophenschutz ist zu aktivieren. Entsprechende Maßnahmen der Unternehmen sind steuerlich zu berücksichtigen.

### Schutzbau

Ein Grundschutz hat Vorrang vor der technischen Perfektion einer geringen Anzahl von Schutzplätzen. Gefordert wird insbesondere:

– Finanzielle Förderung des privaten Schutzbaus

– Die Gemeinden sollen ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen und für die Errichtung von Schutzbauten werben

– Stärkere finanzielle Förderung des Baus sog. Mehrzweckanlagen (Tiefgaragen, unterirdische Verkehrsanlagen), damit der Bund ggf. die Schaffung öffentlicher Schutzplätze durchsetzen kann

– Schutzbauten in allen öffentlichen Neubauten.

## Katastrophenschutz

Bund, Länder und Gemeinden haben die bereits im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen angemessen zu unterstützen. Dazu gehört, daß die Helfer mit modernen, einheitlichen Materialien ausgerüstet werden. Fachsprache und Führungsmittel müssen einheitlich sein. Die Ausbildung der Mitarbeiter des Katastrophenschutzes, der Gesundheitsämter und Krankenhäuser muß harmonisiert werden und der erforderlichen Hilfe entsprechen.

Für den Einsatz der Bundeswehr bei Katastrophen im Frieden bestehen feste verfassungsrechtliche Grenzen; die im Rahmen des Grundgesetzes und der Zivil- bzw. Katastrophenschutzgesetze gegebenen Möglichkeiten müssen allerdings frühzeitig eingeplant und ausgeschöpft werden. Vertreter der Bundeswehr sollen daher allen Katastrophenschutzstäben beratend angehören.

### Versorgung und Bevorratung

Für einen Katastrophen-, Krisen- und Verteidigungsfall sollen größere Vorräte als bisher bereitgestellt werden. Dazu gehört vor allem die Bereithaltung von Lebensmitteln und die Vorbereitung von Maßnahmen zu deren Verteilung. Hierbei ist der Bedarf der Bevölkerung ebenso zu berücksichtigen wie die Bezugsmöglichkeiten unter Katastrophenbedingungen. Das Programm zur Trinkwassernotversorgung (Notbrunnen, Verbundleitungen u.a.) ist zügig fortzusetzen.

### Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung

Bei Katastrophen im Frieden und auch bei der größten denkbaren Katastrophe, dem Verteidigungsfall, darf dem Menschen ärztliche Hilfe nicht verweigert werden. Es wird immer Zonen geben, in denen eine vorbereitete gesundheitliche Versorgung einer großen Anzahl von Menschen Hilfe zum Überleben und zur Selbsthilfe bedeutet.

Die F.D.P. ist der Ansicht, daß jeder mögliche Schutz durch den Staat angestrebt werden muß. Dazu gehören auch die Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung, die nicht einfach aus ideologischen Gründen unterlassen werden dürfen. Der 1980 erstellte Entwurf eines sog. „Gesundheitssicherstellungsgesetzes“ ist jedoch unter finanziellen und sachlichen Gesichtspunkten zu überprüfen und in das Gesetzeswerk zur zivilen Verteidigung einzubringen.

\*) Feuerwehren, Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, Technisches Hilfswerk, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Abschlußbericht über die Zukunftsinvestitionen im Bereich der Trinkwasser-Notversorgung

## Die Trinkwasser-Notversorgung ist jetzt für 20 Millionen Bürger sichergestellt

Rund 3690 der 6000 benötigten Trinkwasser-Notbrunnen fertiggestellt –  
Beispiele der durchgeführten Maßnahmen in einigen Bundesländern

### 1. Zukunftsinvestitionen

Im Jahre 1977 ist von der Bundesregierung zur Konjunkturförderung das der umwelt- und wachstumspolitischen Vorsorge dienende Programm für Zukunftsinvestitionen (abgekürzt: ZIP) beschlossen worden. Im Rahmen dieses Programms sind Aufträge mit einem Investitionsvolumen von insgesamt nahezu 21 Mrd. DM bei einem Anteil des Bundes von rund 8,2 Mrd. DM (knapp 40%) vergeben worden. Aufgrund höherer Beteiligung von Gemeinden und Dritten wurden die ursprünglich geplanten Ausgaben in Höhe von 16 Mrd. DM um etwa 5 Mrd. DM überschritten. Der Schwerpunkt der Auftragsvergaben lag in den Jahren 1978/1979. Mehr als 80% der Aufträge des Programms entfielen auf den Bereich des Bauwesens. Auftragschwerpunkte waren im wesentlichen:

- Verbesserung im Verkehrssystem, wie Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge und von Unfallschwerpunkten im Bundesfernstraßennetz, Bau von Ortsumgehungen, Autobahnverbindungen, Maßnahmen für den Schallschutz

- Rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung, wie z. B. Fernwärmeversorgung

- Verbesserung der Wohnumwelt, wie Verbesserung der Lebensbedingungen in Städten und Gemeinden, Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunkttorten, Erhaltung und Wiederaufbau von Baudenkmalern sowie Kulturbauten, Dorferneuerung

- Wasserwirtschaftliche Zukunftsfürsorge, wie Rhein-Bodensee-Programm, Abwasserreinigung und Gewässergüte, Maßnahmen zur Abwehr von Erosion und Überschwemmung durch Bau von Talsperren, Hochwasserrückhalte- und Speicherbecken, Wildbachverbauung, Gewässer Ausbau zur Verhütung von Hochwasserschäden, Küstenschutz, **Sicherung der Trinkwasserversorgung sowie Trinkwasser-Notversorgung.**

### 2. Teilprogramm Wasser „Notversorgung und großräumiger Ausgleich“

Im wasserwirtschaftlichen Bereich des Zukunftsinvestitionsprogramms konnte für Zwecke der Trinkwasser-Notversorgung aus dem Sondertitel 88370 bei Kapitel 3604 des Bundeshaushaltes vom Bundesministerium des Innern den für den Vollzug des Wassersicherstellungsgesetzes verantwortlichen Bundesländern ein Betrag in Höhe von rund 105,6 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden. Diese Summe liegt nur um 10% unter dem Gesamtfinanzvolumen, das seit 1968 bis einschließlich 1980 aus dem ständigen Titel 88301 für wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen für den Verteidigungsfall im Rahmen des laufenden sogenannten Schwerpunktprogramms „Trinkwasser-Notversorgung aus Brunnen und Quelfassungen“ nach dem Wassersicherstellungsgesetz bereitgestellt worden ist. Dank guter Projektauswahl und -vorbereitung sind trotz der kurzen Zeit bis zum Anlaufen des Programms ausgezeichnete Ergebnisse erzielt worden. Nachdem die im Programm für Zukunftsinvestitionen, Teilprogramm Wasser „Notversorgung und großräumiger Ausgleich“, finanzierten und geförderten Maßnahmen zur Trinkwasser-Notversorgung fertiggestellt sind, soll hierüber nunmehr zusammenfassend und abschließend berichtet werden.

### 3. Art und Zweck der Maßnahmen

Über die Zweckbestimmung der für wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen ausgewiesenen Mittel heißt es in den Erläuterungen zum Sondertitel im Bundeshaushalt:

„Die Maßnahmen beruhen auf dem Wassersicherstellungsgesetz und dienen der lebensnotwendigen Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, Betriebswasser sowie Löschwasser im Verteidigungsfall. Im Vordergrund steht der Aufbau einer Trinkwasser-Notversorgung. Das Programm bezieht sich sowohl auf den Bau,

Umbau und die Erhaltung von Brunnen und Quelfassungen als auch auf die Herstellung eines Versorgungsausgleichs durch Verbundleitungen. Die Planung erfolgt unter zivilschutztaktischen Gesichtspunkten. Hiernach werden in erster Linie Ballungsgebiete versorgt.

Die für den Verteidigungsfall vorgesehenen Anlagen und Einrichtungen stehen auch der Wasserversorgung im Frieden zur Verfügung ...“

Für die Auswahl der im Rahmen des Programms zu finanzierenden bzw. zu fördernden Maßnahmen waren u. a. folgende Kriterien maßgebend:

- Zivilschutztaktisch bedingte Notwendigkeit, d. h. die Sicherstellung der Trinkwasser-Notversorgung im Verteidigungsfall steht im Vordergrund.

- Die Maßnahmen sind neben den vorhandenen Anlagen und Einrichtungen sowie den unabhängig von Verteidigungszwecken zu treffenden Maßnahmen erforderlich, weil anderenfalls die Versorgung für die Zivilbevölkerung im Versorgungsgebiet in Frage gestellt ist.

- Der Einsatz der im Zuge des Programms errichteten Anlagen muß im Notfall jederzeit gewährleistet sein.

Die von den nach § 26 Wassersicherstellungsgesetz zuständigen Behörden (Regierungspräsidenten bzw. Bezirksregierungen) und den für die Wasserwirtschaft und das Wasserrecht zuständigen obersten Landesbehörden vorgeschlagenen und dem zuständigen Referat ZV 5 im Bundesministerium des Innern zur Entscheidung vorgelegten Projekte betrafen vorrangig den Bau von Verbundleitungen und die Herstellung von Verbundsystemen in insgesamt acht Bundesländern, und zwar zwischen Fernwasserversorgungsunternehmen mit überregionalen Aufgaben, Fernwasserversorgungsunternehmen und von diesen beziehenden Gruppenwasserwerken sowie Wasserbeschaffungsverbänden.

Sie erstreckten sich weiter auf Verbundmaßnahmen in

den Verteilungsgebieten von Fernwasserversorgungsunternehmen,

Lfd. Nr.	Bundesland	Bauzeit	Zivilschutztaktisch erforderliche Verbundleitung (Auftrag)				Zusätzliche Aufwendungen	Versorgte Einwohner			Spezifische Kosten			Rohrdurchmesser verlegt	Rohrmaterial							
			Anzahl	Durchmesser	Gesamtlänge	Bundesmittel		insgesamt	je Verbundleitung (-system)	je lfdm. Verbundleitung	je Stück Verbundleitung (-system)	je lfdm. Verbundleitung	je versorgten Einwohner		Duktiler Guß (dG)		Kunststoff (K)		Asbestzement (AZ)		Stahl (St) Leichtmetall (LM)	
															Stück	DN (mm)	m	DM	DM	E	E/VB	E/m
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1	Baden-Württemberg	1977-80	7	100-500	45 870	10 099 793	11 655 093	572 777	81 825	13	1 442 828	220	17,63	100- 600	15 806	34	-	-	-	-	30 064	66
2	Bayern	1977-80	8	100-700	31 917	15 761 453	6 667 100	512 500	64 062	16	1 970 182	494	30,75	150-1000	22 055	69	4 064	13	-	-	5 798	18
3	Berlin (kein Auftrag)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	Bremen (kein Auftrag)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5	Hamburg (kein Auftrag)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6	Hessen	1977-80	12	100-700	68 479	23 426 584	12 656 993	1 249 550	104 129	18	1 952 215	342	18,75	100-1000	28 755	42	18 607	27	11 722	17	9 395	14
7	Niedersachsen	1977-80	13	100-600	132 615	21 992 771	5 712 966	509 742	39 211	4	1 691 752	166	43,14	150- 700	79 512	60	10 627	8	42 476	32	-	-
8	Nordrhein-Westfalen	1977-79	15	125-600	62 295	11 869 919	1 519 729	748 540	49 903	12	791 328	191	15,86	200- 600	3 600	6	58 655	94	-	-	40	0
9	Rheinland-Pfalz	1977-80	5	250-300	18 553	4 592 987	586 000	148 000	29 600	8	918 597	248	31,03	250- 500	3 466	19	-	-	15 087	81	-	-
10	Saarland	1977-80	5	200-300	14 813	5 504 640	-	154 100	30 800	10	1 100 928	372	35,72	200- 300	14 813	100	-	-	-	-	-	-
11	Schleswig-Holstein	1978-79	4	150-300	28 226	3 689 617	24 555	172 101	43 025	6	922 404	131	21,44	150- 300	-	-	-	-	28 226	100	-	-
	Summe bzw. Bundesdurchschnitt		69		402 768	96 937 149	38 822 436	4 066 810	58 939	10	1 404 886	241	23,84		168 007	42	91 953	23	97 511	24	45 297	

Tabelle 1: Gesamtzusammenstellung und statistische Auswertung der im Programm für Zukunftsinvestitionen, Teilprogramm Wasser „Notversorgung und großräumiger Ausgleich“ im Rahmen des Wassersicherstellungsgesetzes aus dem Bundeshaushalt bei Kapitel 3604 Titel 88370 nach dem Stand vom 31. 12. 1980 in den Bundesländern finanzierten und geförderten Verbundmaßnahmen.

den Versorgungsgebieten von Wasserbeschaffungsverbänden,

städtischen Versorgungsgebieten (Kernzonen) und mit

diesen eng verzahnten Umlandgemeinden,

städtischen Versorgungsnetzen,

städtischen Versorgungsunternehmen und das Umland versorgenden Kreiswasserwerken sowie Wasserverbänden,

städtischen Versorgungsgebieten und den der Trinkwasser-Notversorgung dienenden Wasservorkommen,

bisher noch getrennten städtischen, gemeindlichen, in Wasserverbänden oder auf Kreisebene zusammenfassenden Versorgungsgebieten, womit zugleich Möglichkeiten geschaffen wurden, bestehende Gefahrenbereiche und -punkte in den Verteilungssystemen zu umgehen, bei Ausfall gefährdeter Wasserwerke aus benachbarten vorhandenen und in Grundwasserüberschußgebieten noch zu errichtenden Gewinnungsanlagen Trinkwasser zu beziehen oder zu liefern.

Bei Auswahl der finanzierten oder geförderten Maßnahmen wurde den effektivsten und wirtschaftlichsten Projekten, d. h. solchen, bei denen mit einem Minimum an Aufwendungen eine möglichst große Bevölkerungszahl notversorgt werden kann, Vorrang eingeräumt.

Aufgrund der ausschließlichen Verpflichtung des Bundes zu Maßnahmen für den Schutz der Zivilbevölkerung gemäß Artikel 73 Grundgesetz und der sich aus Artikel 104a Ziffer 2 des Grundgesetzes ergebenden ausschließlichen Finanzierungskompetenz wurden die Kosten für die Vorhaben der Trinkwasser-Notversorgung gemäß § 24 Wassersicherstellungsgesetz in dem nach zivilschutztaktischen Gesichtspunkten notwendigen Umfang vom Bund in voller Höhe übernommen [1]. Hierzu ge-

hörten auch die Baunebenkosten, wie für die Aufstellung der Bauentwürfe und die Bauleitung. Die Maßnahmen wurden von den Landkreisen und kreisfreien Städten bzw. den Leistungspflichtigen im Sinne des Wassersicherstellungsgesetzes geplant. Ein von der nach § 26 Wassersicherstellungsgesetz zuständigen Behörde erlassener Verpflichtungsbescheid an den jeweiligen Leistungspflichtigen, also das für die Sicherstellung der Trinkwasser-Notversorgung verantwortliche Unternehmen und Werk, die Körperschaft usw., bestimmte Art und Umfang der im einzelnen zu treffenden Maßnahmen. Seitens des Bundes als Kostenträger wurden keine Einwendungen erhoben, wenn vom Leistungspflichtigen aufgrund friedensmäßiger Erwägungen z. B. gegenüber dem nach zivilschutztaktischen Gesichtspunkten ermittelten Rohrlängendurchmesser ein größerer Querschnitt gewählt worden ist. Die hierdurch entstandenen Mehrkosten waren vom Leistungspflichtigen zu übernehmen.

#### 4. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die im Programm für Zukunftsinvestitionen, Teilprogramm Wasser „Notversorgung und großräumiger Ausgleich“ nach dem Wassersicherstellungsgesetz in den Jahren 1977 bis 1980 in acht Bundesländern finanzierten und geförderten **Verbundmaßnahmen** sind in Tabelle 1 zusammengestellt. Diese enthält Angaben über Bauzeit (Spalte 3), Anzahl (Sp. 4), aus zivilschutztaktischen Gründen erforderlicher Durchmesser sowie Gesamtlänge der hergestellten Verbundleitung (Sp. 5 und 6), eingesetzte Bundesmittel (Sp. 7) und zusätzliche Aufwendungen des Leistungspflichtigen für Maßnahmen ohne zivilschutztaktisches Erfordernis (Sp. 8), mit den getroffenen Verbundmaßnahmen zu

versorgende Gesamteinwohnerzahl (Sp. 9), Durchschnittswerte der notversorgten Einwohner je Verbundleitung bzw. je lfdm. Verbundleitung (Sp. 10 und 11), spezifische Kosten je Verbundleitung, je lfdm. Verbundleitung und je versorgter Einwohner (Sp. 12 bis 14), unter Berücksichtigung der Erfordernisse friedensmäßiger Versorgung tatsächlich verlegte Rohrdurchmesser (Sp. 15) sowie statistische Angaben über das für die Verbundleitungen verwendete Rohrmaterial (Sp. 16 bis 23).

Im Rahmen des Programms sind insgesamt 69 Verbundleitungen in einer Gesamtlänge von rd. 402,8 km mit zivilschutztaktisch erforderlichen Rohrdurchmessern DN 100-700 und tatsächlich verlegten Rohrenweiten DN 100-1000 mit Bundesmitteln in Höhe von rd. 96,94 Mio. DM sowie zusätzlichen Aufwendungen Dritter von rd. 38,8 Mio. DM errichtet worden. Die für Zwecke der Trinkwasser-Notversorgung vom Bund eingesetzten Mittel liegen im Gesamtdurchschnitt mit 23,84 DM je versorgtem Einwohner verhältnismäßig günstig. Der Bau von Verbundleitungen stand gegenüber dem seit 1968 laufenden Schwerpunktprogramm, dessen Mittelpunkt die Errichtung und der Umbau netz-unabhängiger Trinkwasser-Notbrunnen bildet, bei diesem Sonderprogramm im Vordergrund. Wie sich aus Tabelle 2 ergibt, sind jedoch im Zuge des Zukunftsinvestitionsprogramms in den fünf Bundesländern Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein zusätzlich insgesamt 118 **Trinkwasser-Notbrunnen** mit Gesamtbaukosten in Höhe von rd. 8,65 Mio. DM (Sp. 5) errichtet worden, aus denen die Trinkwasser-Notversorgung für weitere rd. 704 000 Einwohner der Bundesrepublik sichergestellt werden kann (Spalte 6). In den Spalten 7 bis 11 der Tabelle 2 sind die durchschnittlichen Aufwendungen je errichtetem Trinkwasser-Notbrunnen, der

Lfd. Nr.	Bundesland	Trinkwasser-Notbrunnen				Durchschnittswerte je Notbrunnen					Bemerkungen	
		Bauzeit	Anzahl	Baukosten	Versorgte Einwohner	Kosten	Förderstrom	Brunnentiefe	Versorgte Einwohner	Kosten je versorgter Einwohner Sp.7/Sp.10		
												Stck.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1	Baden-Württemberg		—	—	—							kein Auftrag kein Auftrag
2	Bayern	(1978–80)	39	3 050 352	322 305	78 214	16,2	43,9	8 264	9,46		
3	Berlin		—	—	—							
4	Bremen		—	—	—							
5	Hamburg		—	—	—							
6	Hessen		—	—	—							
7	Niedersachsen		—	—	—							
8	Nordrhein-Westfalen	(1977–80)	40	2 167 826	220 066	54 196	20,3	33,2	5 502	9,85		
9	Rheinland-Pfalz	(1978–80)	8	513 992	44 700	64 249	15,6	31,9	5 588	11,49		
10	Saarland	(1978–79)	30	2 871 607	110 750	95 720	5,7	41,0	3 692	25,92		
11	Schleswig-Holstein	1979	1	47 104	6 000	47 104	36,0	31,0	6 000	8,80		
	Summe/ Bundesdurchschnitt		118	8 650 881	703 821	73 313	12,2	33,8	5 965	12,29		

**Tabelle 2: Gesamtzusammenstellung und statistische Auswertung der im Programm für Zukunftsinvestitionen, Teilprogramm Wasser „Notversorgung und großräumiger Ausgleich“ im Rahmen des Wassersicherstellungsgesetzes aus dem Bundeshaushalt bei Kapitel 3604 Titel 88370 nach dem Stand vom 31. 12. 1980 in den Bundesländern finanzierten Trinkwasser-Notbrunnen.**

mittlere Wasserförderstrom, die durchschnittliche Brunntiefe, die versorgte Einwohnerzahl sowie die spezifischen Kosten je versorgtem Einwohner angegeben. Der mittlere Wasserförderstrom der errichteten Trinkwasser-Notbrunnen beträgt 12,2 m<sup>3</sup>/h und liegt damit über dem nach der Zweiten Wassersicherstellungsverordnung und den vom Bundesministerium hierzu eingeführten Arbeitsblätter für den Regelbrunnen angesetzten Wasserförderstrom [2].

Die durchschnittliche Zahl der versorgten Einwohner von 5965 entspricht jedoch nahezu dem Regelwert von rd. 6000 innerhalb des einem Notbrunnen zugeordneten Versorgungsbereiches zu versorgenden Einwohnern bei einer Betriebszeit von 15 Stunden je Tag [3].

Die Verteilung der im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms hergestellten Verbundleitungen und Trinkwasser-Notbrunnen über das Gebiet der Bundesrepublik ist in Abb. 1 (siehe Seite 30) schematisch dargestellt.

Als Grundlage diente die „Prioritätenkarte für die Durchführung von Vorsorgemaßnahmen nach dem Wassersicherstellungsgesetz“, in welcher durch verschiedenartige Rasterung die Ballungsgebiete für Bevölkerung und Industrie (Kernzonen mit Priorität I) bzw. die Ballungsrandzonen (Priorität II) und möglichen Auffanggebiete für Personen aus den Ballungsgebieten (Priorität III) gekennzeichnet sind, für die vorrangig die Trinkwasser-Notversorgung sicherzustellen ist. Gemäß Abb. 1 erstreckten sich die Vorsorgemaßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsprogramm nicht nur auf Gebiete mit den Prioritätsstufen I bis III.

### 5. Augenblicklicher Stand der Trinkwasser-Notversorgung

Faßt man die aus den im laufenden

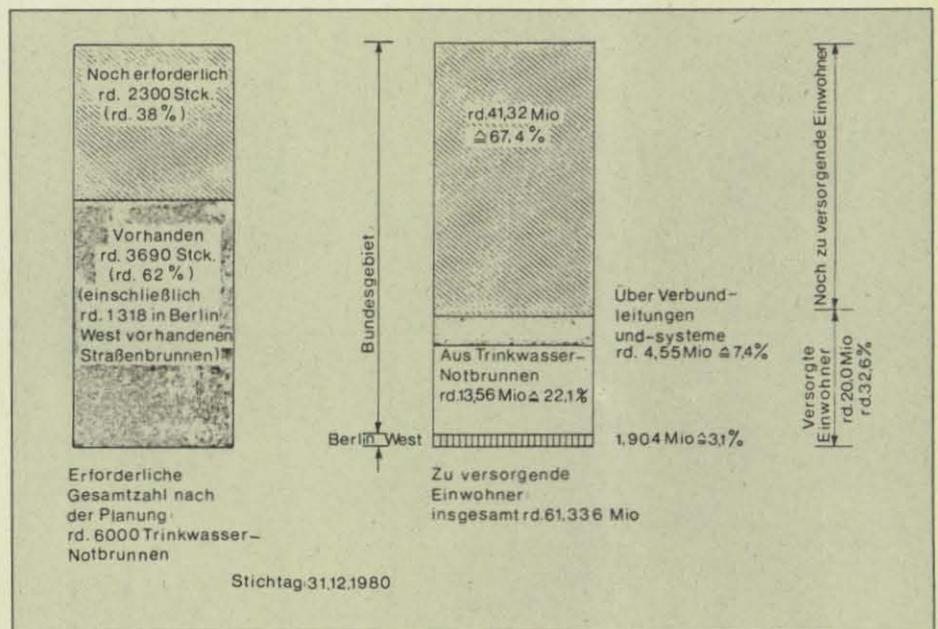
Schwerpunktprogramm bisher im wesentlichen errichteten netzunabhängigen Trinkwasser-Notbrunnen nach dem Stand vom 31. Dezember 1980 und die aus den im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms errichteten Verbundleitungen sowie zusätzlichen Trinkwasser-Notbrunnen notzuversorgenden Einwohner der Bundesrepublik zusammen, so ergibt sich die in Abb. 2 dargestellte Gesamtübersicht: Die linke Säule zeigt die bisher errichteten bzw. umgebauten rd. 3690 Trinkwasser-Notbrunnen, das sind etwa 62% der nach der ursprünglichen Planung zur Sicherstellung der Trinkwasser-Notversorgung in der Bundesrepublik benötigten insgesamt rd. 6000 Notbrunnen.

In der rechten Säule sind die aus den in beiden Programmen errichteten Trinkwasser-Notbrunnen und Verbundleitungen insgesamt zu versorgenden Einwohner

aufgetragen. Danach können etwa rd. 20 Mio. Einwohner in der Bundesrepublik, das sind rd. 32,6% der Gesamtbevölkerung, mit dem lebensnotwendigen Trinkwasser im Rahmen des Wassersicherstellungsgesetzes versorgt werden. Die angegebene Einwohnergesamtheit enthält allerdings einen aus statistischen Gründen nicht zu trennenden Bevölkerungsanteil, für den aufgrund der Vorsorgeplanung nach dem Wassersicherstellungsgesetz eine zusätzliche oder mehrfache Sicherung der Trinkwasserversorgung vorgesehen ist.

### 6. Vorsorgemaßnahmen im Zukunftsinvestitionsprogramm in den Bundesländern

Zur Erläuterung der dargelegten Grundsätze des Programms sollen nachstehend einige charakteristische Beispiele von in



**Abb. 2: Stand der Durchführung von Maßnahmen zur Trinkwasser-Notversorgung nach dem Wassersicherstellungsgesetz (Stichtag 31. 12. 1980).**

**Schematische Darstellung  
der Maßnahmen im Rahmen  
des Zukunftsinvestitions-  
programms, Teilprogramm  
Wasser  
"Notversorgung und groß-  
räumiger Ausgleich"**

Bundesrepublik  
Deutschland

**PRIORITÄTENKARTE**

für die Durchführung von Vorsorgemaßnahmen  
nach dem Wasserversicherungsgesetz

Stand: 15. Dezember 1977

1:3000000

Priorität I
  Priorität II
  Priorität III

Stand der Grenzen 1.1.1977

Nachträge in Niedersachsen

Kreisgrenzen 1.8.1977

Regierungsbezirksgrenzen 1.2.1978

Nachträge in Rheinland-Pfalz

Stand der Grenzen 1.1.1978

Grundlage: Kreisgrenzenkarte 1:500000  
bearbeitet und herausgegeben von der  
Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung

Der Bundesminister des Innern  
Abteilung ZV - Zivile Verteidigung  
- Referat ZV 5 -

Berlin - West



Orte um Saarbrücken

- S Saarbrücken
- V Völklingen
- Sb Sulzbach
- P Püttlingen
- H Heusweiler
- Q Querschied
- F Friedrichthal
- Kl Kleinbittersdorf
- G Großsalsen
- St. I St. Ingbert
- Sp. E Spiesen-Elversberg
- N Neunkirchen
- Sch Schifflweiler
- Hu Hüttigweiler
- I Illingen
- M Merxweiler
- Hg Homburg
- Rb Rebach
- B Beckingen
- Rf Reilingen
- D Dillingen
- W Wallerfangen
- Wg Wadgasen
- Si Saarlouis
- Sch Schwalbach

Orte um München

- 1 Karlstald
- 2 Unterföhring
- 3 Haar
- 4 Neuburg
- 5 Ottobrunn
- 6 Unterhaching
- 7 Grünwald
- 8 Pullach
- 9 Neudorf
- 10 Gauting
- 11 Krailing
- 12 Planegg
- 13 Gräfelfing
- 14 Germering
- 15 Dachau
- 16 Unterschleißheim
- 17 Oberschleißheim
- 18 Garching
- 19 Ismaning
- 20 Höhenbrunn
- 21 Oberhaching
- 22 Schäftlarn
- 23 Icking
- 24 Starnberg
- 25 Baierbrunn
- 26 Puchheim
- 27 Eichenau
- 28 Gröbenzell

Orte um Nürnberg

- A Lauf a. d. Pegnitz
- B Stein
- C Oberasbach
- D Zirndorf
- E Langenzenn
- F Veitshausen
- G Rothenbach a. d. Pegnitz
- H Schwab
- I Feucht
- J Wendelstein

**Erläuterung:**

— Verbundleitungen

17N 17 Stück Trinkwasser-  
Notbrunnen

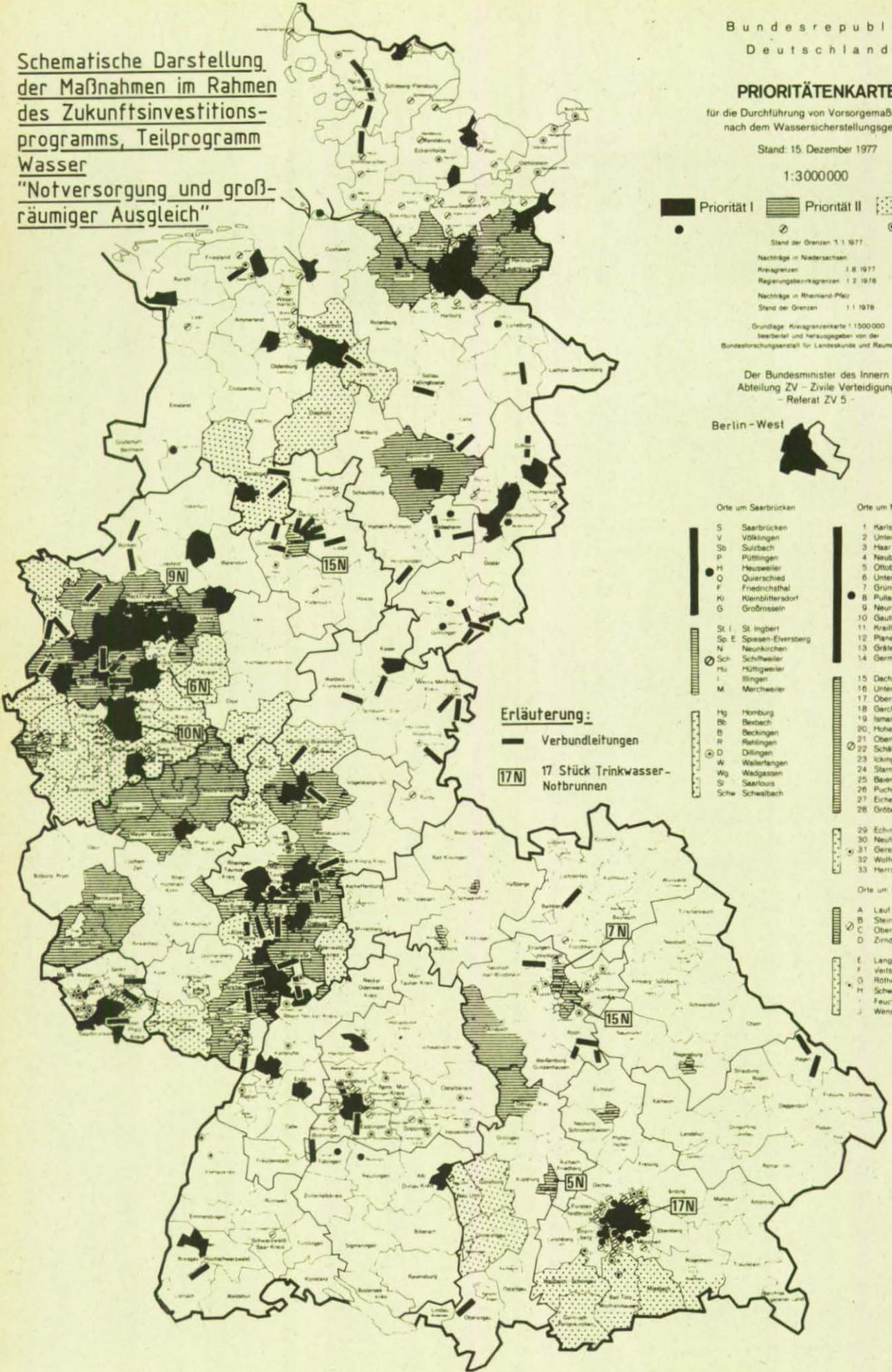


Abb. 1: Schematische Darstellung der Maßnahmen (Verbundleitungen, Trinkwasser-Notbrunnen) im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms, Teilprogramm Wasser „Notversorgung und großräumiger Ausgleich“.

den Bundesländern ausgeführten Maßnahmen zur Trinkwasser-Notversorgung geschildert werden.

## 6.1 Baden-Württemberg

### 6.1.1 Verbund zwischen Bodensee- und Landeswasserversorgung

Die beiden Zweckverbände Bodensee-Wasserversorgung und Landeswasserversorgung sind die tragenden Säulen der überregionalen Trinkwasserversorgung im dichtbesiedelten und stark industrialisierten Bundesland Baden-Württemberg. Sie bilden insbesondere das Rückgrat der Versorgung im Ballungsraum mittlerer Neckar um die Landeshauptstadt Stuttgart. Der Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung (BWV) in Stuttgart, das größte Fernwasserversorgungsunternehmen der Bundesrepublik, im Jahre 1954 gegründet, liefert heute an seine Mitglieder, das sind rund 65 Städte und Gemeinden sowie 19 Wasserversorgungs-Zweckverbände mit insgesamt etwa 2,5 Mio. Abnehmern, bis zu maximal 7755 l/s aus dem Bodensee gewonnenes und aufbereitetes Trinkwasser über zwei Haupttransportleitungen DN 600–1300 bzw. 1300–1600. Der Zweckverband Landeswasserversorgung (LW) in Stuttgart, dessen Anlagen seit 1918 in Betrieb sind, fördert aus insgesamt vier Werken Grundwasser im Donautal, Quellwasser sowie aufbereitetes Donauwasser über drei Haupttransportleitungen für 68 Städte, Gemeinden und Wasserversorgungs-Zweckverbände mit ebenfalls rd. 2,5 Mio. Einwohnern. Im Jahre 1980 haben die Bodensee-Wasserversorgung rd. 120 Mio. m<sup>3</sup> und die Landeswasserversorgung rd. 80 Mio. m<sup>3</sup> Trinkwasser geliefert.

Die Fernleitungssysteme der beiden Zweckverbände treffen sich im Großraum der Landeshauptstadt Stuttgart. Zwischen Stuttgart und Ludwigsburg verlaufen die zwei Bodensee-Fernwasserleitungen und die 1. Zubringerleitung Ludwigsburg der Landeswasserversorgung unmittelbar nebeneinander. Auf dieser Strecke sind zwei Übergaben für den beiderseitigen Verbund eingerichtet worden, über die bei Ausfall von Anlagen eines Unternehmens ein gegenseitiger Austausch von Trinkwasser erfolgen kann (siehe Abb. 3). Allerdings ließ bisher der im Bereich der beiden Übergaben vorhandene geringe Rohrleitungsquerschnitt DN 300 der Landeswasserversorgung die Einspeisung größerer Wassermengen nicht zu.

Zur Überwindung dieses Engpasses und damit zur Herstellung eines wirksamen Verbundes wurden im Rahmen des Zu-

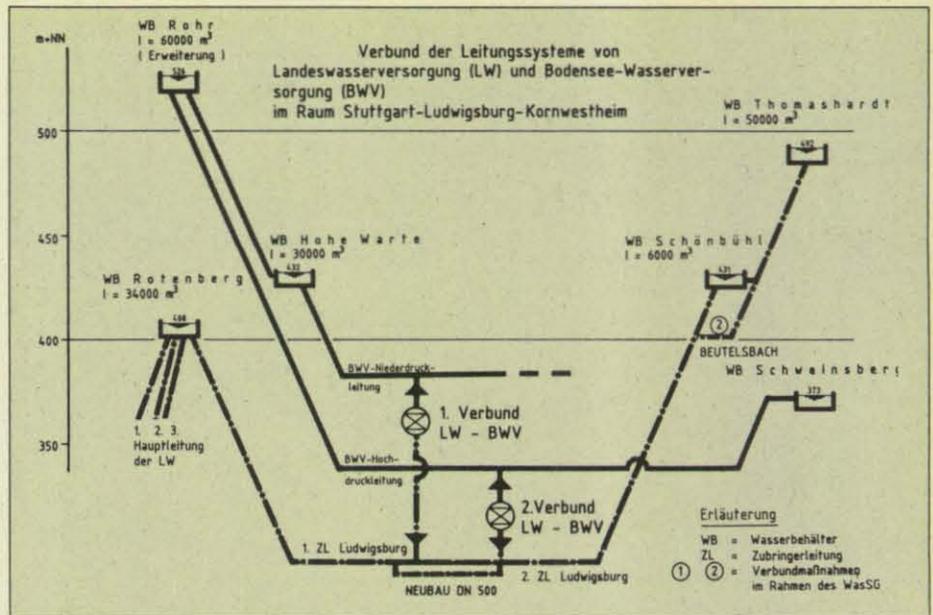


Abb. 3: Verbund zwischen Bodensee-Wasserversorgung und Landeswasserversorgung im Raum Stuttgart-Ludwigsburg-Kornwestheim.

kunftsinvestitionsprogramms dem Zweckverband Landeswasserversorgung zur anteiligen Finanzierung des Baues je einer Verbindungsleitung DN 500 von 2,28 km Länge bei Kornwestheim im Zuge der 1. Zubringerleitung sowie zwischen seiner Hauptleitung 3 und der 2. Ludwigsburger Zubringerleitung bei Beutelsbach Bundesmittel in Höhe von 1,17 Mio. DM zur Verfügung gestellt (siehe Abb. 3). Die Verbindung bei Beutelsbach bietet die Möglichkeit, den Druck des höhergelegenen Wasserbehälters Thomashardt im System der Landeswasserversorgung zu nutzen.

Der nunmehr geschaffene leistungsfähige Verbund erlaubt den gegenseitigen Austausch von etwa 300 bis 400 l/s. In den Verbund können zusätzlich auch die von den angeschlossenen Städten und Gemeinden ständig genutzten eigenen Wasservorkommen einbezogen werden. Damit ist es möglich, unter Ansatz von 100 l je Einwohner und Tag im Gebiet der Landeswasserversorgung die Notversorgung von insgesamt 853000 Einwohnern in den Landkreisen Göppingen und Ludwigsburg (nördlicher Teil), im Rems-Murr-Kreis und den Versorgungsgebieten der Zweckverbände Wasserversorgung Blau-Lautergruppe (Landkreis Eßlingen) und Nordostwürttemberg (Rems-Murr-Kreis und Landkreis Schwäbisch-Hall) sicherzustellen. Ebenso ist im Bedarfsfall die Notversorgung von 397000 Einwohnern im Versorgungsgebiet der Bodensee-Wasserversorgung, und zwar in den Landkreisen Böblingen, Heilbronn, Ludwigsburg, Oehringen (Nordostwasserversorgung), im Main-Tauber-Kreis und Neckar-Odenwald-Kreis (Gebiet der Fernwasserversorgung Rheintal) sowie in der Stadt Heilbronn gewährleistet. Im Rahmen des Programms

dem Zweckverband Gäu-Wasserversorgung verlegt worden.

Von den beiden Zweckverbänden sind neben den genannten, vom Bund anteilig finanzierten Verbundmaßnahmen mit eigenen Mitteln weitere Verbundmöglichkeiten südlich von Stuttgart geschaffen worden. Hiermit können die zentralen Speicher- und Verteileranlagen beider Unternehmen, nämlich der Hochbehälter Rohr (BWV) und der Hochbehälter Rotenberg (LW) in einen Notverbund mit einbezogen werden.

### 6.1.2 Fliegende Verbundleitungen

Neben den Zuschüssen zum Bau erdverlegter Verbundleitungen sind den beiden Zweckverbänden BWV und LW im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms Bundesmittel in Höhe von 250000 DM zur Beschaffung von Schnellkupplungsrohren DN 108, 159 und 216 von insgesamt rd. 9000 m Länge mit Kardangelkupplungen zur Verfügung gestellt worden. Die Rohrmaterialien stehen in zentralen Betriebshöfen der beiden Unternehmen für alle Wasserwerke, vor allem auch kleinere Unternehmen, sowie Behörden und Hilfsorganisationen in Baden-Württemberg zu Zwecken der Trinkwasser-Notversorgung bereit (Abb. 4a, b)

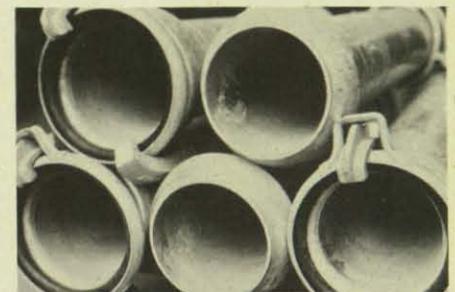


Abb. 4a: Aus Bundesmitteln des Zukunftsinvestitionsprogramms in Baden-Württemberg beschaffte Schnellkupplungsrohre.

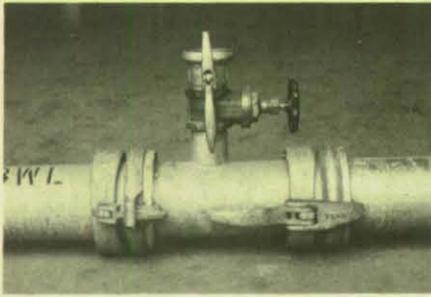


Abb. 4b: Schnellkupplungsrohre für Notstände in der Wasserversorgung: Rohrzwichenstück mit absperrbarem Anschlußstutzen zur Aufstellung von Gruppenzapfstellen für die Bevölkerung.

## 6.2 Bayern: Fernwasserversorgung Bayerischer Wald

Zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung im Gebiet des Zweckverbandes Bayerischer Wald mit Sitz in Deggendorf errichtet der Freistaat Bayern östlich von Zwiesel im Tal des Kleinen Regens die Trinkwassertalsperre Frauenau unweit der Staatsgrenze zur ČSSR. Sie dient bei einem Ausfall der Gewinnungsanlagen im Donautal mit dem Grundwasserwerk Moos ausschließlich und größtenteils im freien Gefälle der Notversorgung von rd. 406 000 Einwohnern in den sieben bayerischen Landkreisen Cham, Deggendorf, Straubing-Bogen, Regen, Freyung-Grafenau, Passau, Dingolfing-Landau und der großen Kreisstadt Deggendorf über ein im weiteren Ausbau begriffenes System von Fern- und Verteilungsleitungen mit im Endausbau bis zu 40 Pumpwerken sowie 40 Hoch- und Tiefbehältern bzw. Wassertürmen (Abb. 5).

Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms sind der Bau der rd. 1,7 km langen Rohrwasserleitung zwischen dem Absperrbauwerk der Talsperre und dem Tiefbehälter mit Trinkwasseraufbereitung Flanitz sowie ein Abschnitt der Trinkwasserhauptleitung von rd. 5,56 km Länge zum zentralen Erdbehälter und Pumpwerk Regen unter Zugrundelegung eines zur Trinkwasser-Notversorgung angesetzten Rohrleitungsquerschnittes DN 700 mit Bundesmitteln in Höhe von insgesamt rd. 4,35 Mio. DM gefördert worden (Abb. 5).

## 6.3 Verbundleitung zwischen Wasserverband Kinzig und Frankfurt

Der Großraum Frankfurt mit den in einem Umlandverband zusammenarbeitenden Städten und Gemeinden bildet ein besonderes Ballungsgebiet für Bevölkerung, Gewerbe, Handel und Industrie. Der Wasserverband Kinzig (WVK) erschließt in den hessischen Mittelgebirgen Spessart und Vogelsberg tieferes Grundwasser, das von einer zentralen Aufbereitungsanlage bei Wächtersbach über eine rd. 42 km lange Transportleitung durch das Kinzigtal bis

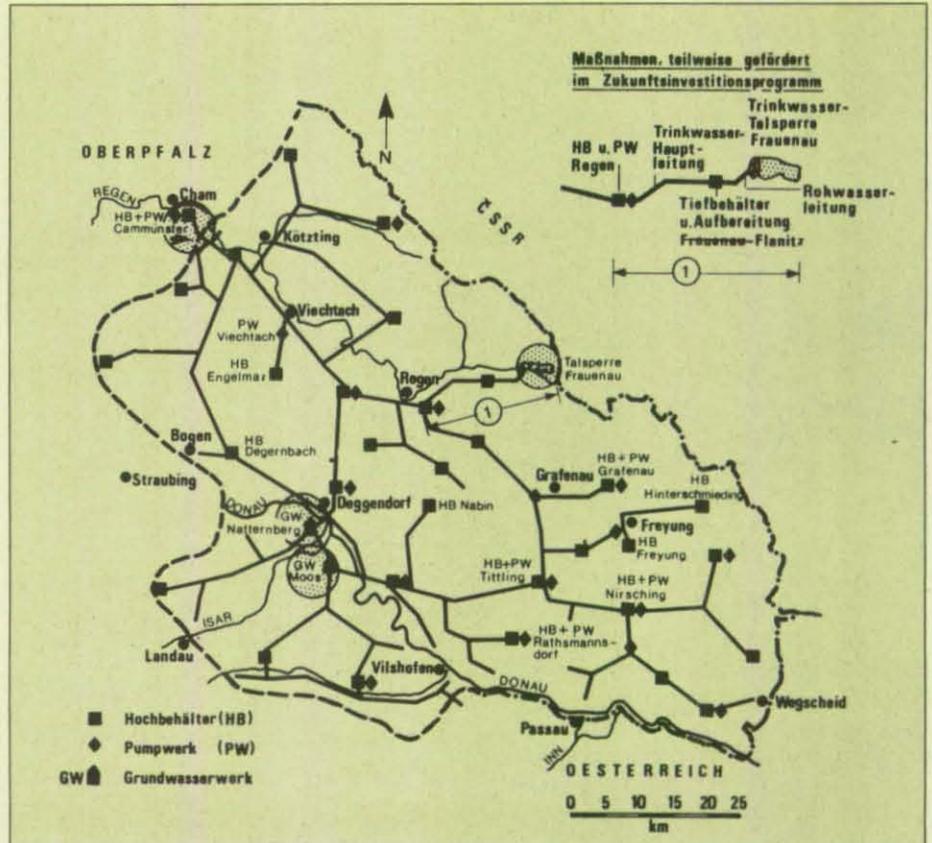


Abb. 5: Verteilungssystem der Fernwasserversorgung Bayerischer Wald mit im Zukunftsinvestitionsprogramm geförderten Maßnahmen.

nach Frankfurt geleitet wird. Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms sind 9 Mio. DM Bundesmittel zur anteiligen Finanzierung eines Abschnittes der Transportleitung zwischen Hanau-Hochstadt und der östlichen Stadtgrenze Frankfurt bei Bergen-Enkheim von rd. 5,345 km Länge geleistet worden. Die Maßnahme führte zu einem großräumigen Verbund zwischen den neuen Grundwassergewinnungsanlagen des WVK sowie der Stadt Frankfurt und schuf die Voraussetzungen zur Trinkwasser-Notversorgung im Zentrum des Main-Taunus-Ballungsgebietes mit 24 Städten und Gemeinden des Umlandverbandes Frankfurt.

Die bereitgestellten Bundesmittel sind auf einen für Zwecke der Trinkwassernotversorgung erforderlichen Rohrleitungsquerschnitt DN 700 gegenüber dem zur friedensmäßigen Versorgung ausgeführten Rohrleitungsquerschnitt DN 1200 abgestellt.

Über den als Gefälleleitung zu betriebsenden Notverbund können

die Bevölkerung von Frankfurt mit insgesamt rd. 650 000 Einw.,

abzüglich des bereits durch andere Maßnahmen (Verbundleitungen, Trinkwasser-Notbrunnen) notversorgten Anteils von rd. 86 000 Einw., so daß verbleiben rd. 584 000 Einw.,

sowie von weiteren 20 Städten und Gemeinden des Umlandverbandes, die an das Frankfurter Versorgungsnetz angeschlossen sind und über keine ausreichend gesicherten Eigenanlagen zur Trinkwasser-Notversorgung verfügen + rd. 170 000 Einw., insgesamt demnach rd. 734 000 Einw.

unter Ansatz eines spezifischen Wasserverbrauchs von 100 l je Einwohner und Tag notversorgt werden.

In den Schachtbauwerken entlang der Rohrleitung wurden absperrbare Stutzen für A-Schlauchkupplungen zum Anschluß von Gruppenzapfstellen für Zwecke der Notversorgung eingebaut. Beim Bau der Rohrleitung mußten infolge ungünstiger Untergrundverhältnisse (Moor- und Torfschichten) aufwendige Standsicherheitsmaßnahmen getroffen werden (siehe Abb. 6).

## 6.4 Niedersachsen: Verbund zwischen Bremen und dem Trinkwasserverband Landkreis Verden

Als Beispiel für die im Land Niedersachsen durch den Bund im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms finanzierten und

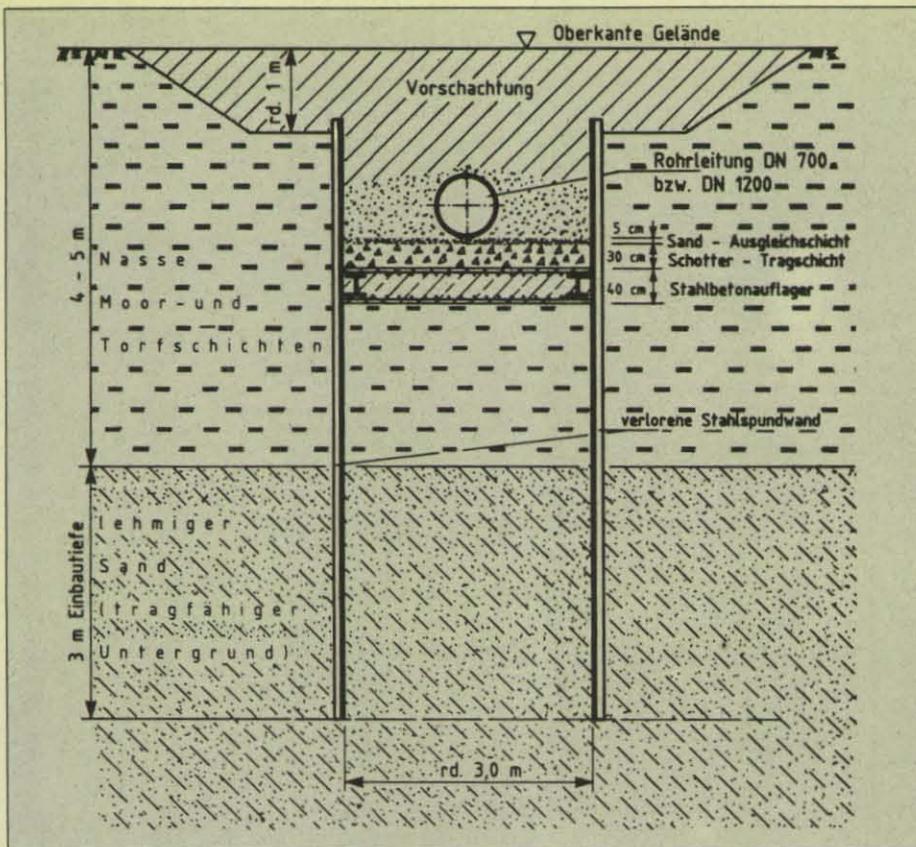


Abb. 6: Verbundleitung Wasserverband Kinzig-Frankfurt/Main: Rohrgrabenquerschnitt im Bereich von Moor- und Torfschichten.

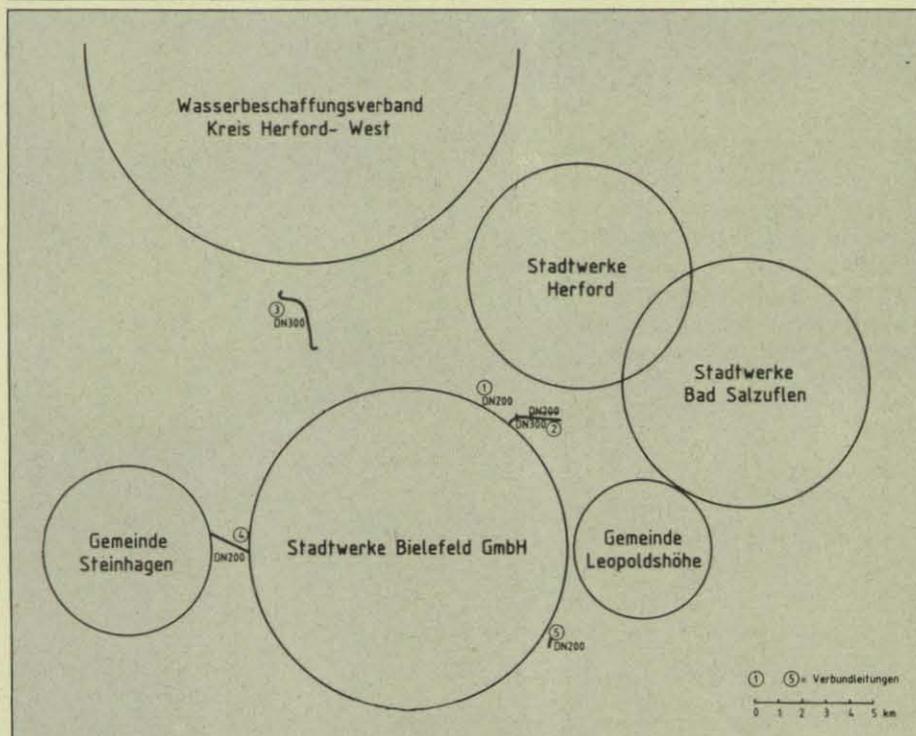


Abb. 7: Verbundmaßnahmen im Raum Bielefeld/Ostwestfalen-Lippe.

geförderten insgesamt 13 Maßnahmen soll der Bau einer Verbundleitung zwischen den Wasserversorgungsnetzen der Stadt Bremen und des Trinkwasserverbandes für den Landkreis Verden genannt werden. Bundesmittel in Höhe von 900000 DM wurden für den Bau einer Verbundleitung DN 300 von rd. 5,9 km Länge sowie mit Querschnitt DN 150 von rd. 1,1 km Länge

für einen wechselseitigen Austausch von Trinkwasser geleistet. Dabei ist die Lieferung einer Notwassermenge von rd. 93,5 l/s aus dem Grundwasserwerk Wittkopenberg nordöstlich der Stadt Achim/Landkreis Verden für rd. 81000 Personen in der Stadt Bremen (Gesamtbevölkerung: etwa 540000 Einw.) bzw. von rd. 16 l/s zur Notversorgung von rd. 21600 Personen im

Gebiet des Trinkwasserverbandes Landkreis Verden vorgesehen. Die zusätzliche Übergabemöglichkeit im Südosten des Stadtgebietes besitzt für die Stadt größere Bedeutung, weil die Eigengewinnungsanlagen sowie die Übergabe der Harzwasserwerke des Landes Niedersachsen aus der rund 200 km langen Fernwasserleitung von der Söse-Talsperre mit Aufspeisung aus unterwegs gelegenen Grundwasserwerken und der Verbund mit dem Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband verhältnismäßig weit auseinander liegen.

## 6.5 Nordrhein-Westfalen: Verbundmaßnahmen in Ostwestfalen-Lippe

Von den insgesamt 15 im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm finanzierten oder geförderten Maßnahmen zur Trinkwasser-Notversorgung soll auf die Verbundprojekte hingewiesen werden, die von der Großstadt Bielefeld als dem Wirtschafts-, Verkehrs-, Kultur- und Verwaltungsmittelpunkt ausgehend dem überörtlichen Verbund im Verdichtungsraum Ostwestfalen-Lippe dienen. Das Versorgungsgebiet der Stadtwerke Bielefeld wird durch den schmalen Höhenzug des Teutoburger Waldes in je einen Nord- und Südteil mit voneinander getrennten Netzen geteilt, in die neben örtlichen Grundwasservorkommen von geringer Kapazität und Fremdbezug aus dem Raum Paderborn im wesentlichen aus sechs im Bereich der Senne-Sande gelegenen Grundwasserwerken über je eine Haupttransportleitung nördlich und südlich des Gebirges mit Hochbehältern eingespeist wird. Über diese werden im Norden des Versorgungsgebietes rd. 250000 Einwohner und im Süden etwa 70000 Einwohner mit einem Gesamtbedarf von jährlich rd. 26,3 Mio m<sup>3</sup> (1976) versorgt. Die mit Unterstützung durch das Zukunftsinvestitionsprogramm getroffenen Maßnahmen erstrecken sich auf einen Verbund zwischen den Netzen der Stadtwerke Bielefeld (Abb. 7) und

1. den Stadtwerken Herford, die rd. 70000 Einwohner mit einem Jahreswasserbedarf von rd. 5 Mio. m<sup>3</sup> (1976) aus vier kleinen eigenen und zwei weiteren, gemeinsam mit den Stadtwerken Bad Salzuflen betriebenen Wasserwerken sowie mit Fremdbezug versorgen, über eine Verbundleitung DN 300 von rd. 500 m Länge, zugleich dem Notverbund mit Bad Salzuflen gemäß Nr. 2 dienend, sowie DN 200 von rd. 600 m Länge,

2. den Stadtwerken Bad Salzuflen, die rd. 60000 Einwohner aus sechs kleineren eigenen bzw. mit den Stadtwerken Herford gemeinsam betriebenen Wasserwerken versorgen, unter Verlängerung der unter

Nr. 1 genannten Verbundleitung DN 200 um rd. 1,9 km,

3. dem Wasserbeschaffungsverband Kreis Herford-West, der aus drei eigenen Wassergewinnungsanlagen zur Zeit rd. 120 000 Einwohner versorgt, über eine Verbundleitung DN 300 von rd. 3,65 km Länge, mit Drucksteigerung bei Abgabe an die Stadtwerke Bielefeld,

4. dem Versorgungsgebiet der Gemeinde Steinhagen, die aus einem eigenen Wasserwerk rd. 20 000 Einwohner mit einem Bedarf von rd. 600 000 m<sup>3</sup>/a versorgt, durch eine Verbundleitung DN 200 in einer Länge von rd. 2,1 km, und

5. dem Versorgungsgebiet der Gemeinde Leopoldshöhe durch eine Verbundleitung DN 200 von nur 205 m Länge zwischen dem vorhandenen gemeindeeigenen Behälter und der nördlichen Haupttransportleitung DN 700 der Stadtwerke Bielefeld, um bei einer möglichen Beeinträchtigung der in unmittelbarer Nähe einer strategisch wichtigen Bundesstraße gelegenen Wassergewinnungs- und Speicheranlagen die Trinkwasser-Notversorgung für die rd. 14 000 Einwohner der Gemeinde sicherzustellen.

Die Übergabestationen für den Verbund wurden auf wirtschaftliche Weise aus Großrohr bei unterirdischer Ausführung (Abb. 8) sowie als Stahlbetonfertigteilkonstruktion bei oberirdischer Anordnung hergestellt (Abb. 9). Die Bemessung der dem Notverbund dienenden Anlagen erfolgte für den lebensnotwendigen Trinkwasserbedarf von 15 l je Einwohner und Tag gemäß § 2 der Ersten Wassersicherstellungsverordnung ohne Berücksichtigung eines zusätzlichen Bedarfs für öffentliche Einrichtungen, lebensnotwendige Betriebe und Anstalten sowie Viehhaltung, jedoch unter Nichteinbeziehung vorhandener privater Eigen- und öffentlicher Reservegewinnungsanlagen, durch wechselseitige Einspeisung über täglich bis zu maximal 24 Stunden.

Zur Wasserverteilung im Notversorgungsfall dienen die Ortsnetze. Dabei wird vorausgesetzt, daß diese entweder vollständig oder zumindest noch teilweise betriebsbereit sind. Um das über den Notverbund verfügbare Trinkwasser möglichst verlustlos verteilen zu können, sind die vom Bundesministerium des Innern in Arbeitsblatt 8 gegebenen Hinweise zu beachten [4]. Danach werden im Notversorgungsfall die privaten Hausanschlüsse abgesperrt, die Wasserabgabe an die Bevölkerung erfolgt allein über Zapfstellen (Hydranten) möglichst im Bereich von öffentlichen Freiflächen.

Für die geschilderten Verbundmaßnahmen im Raum Bielefeld wurden Bundesmittel in Höhe von rd. 2,18 Mio. DM bereitgestellt.

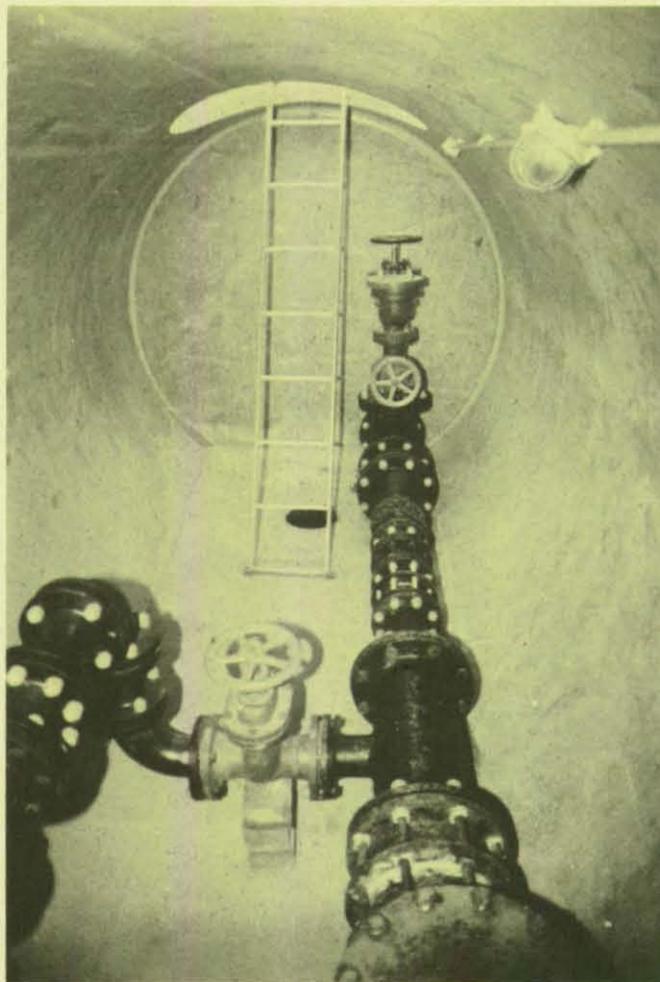


Abb. 8: Blick in die Übergabestation unter Flur zwischen den Stadtwerken Bielefeld und Bad Salzuflen aus Großrohr DN 2000.

Weiterhin sind für den Umbau von 15 im Stadtgebiet auf Gewerbe- und Industriegrundstücken sowie öffentlichen und privaten Flächen vorhandenen Eigenbrunnen für Zwecke der Trinkwasser-Notversorgung, z. B. durch Ausrüstung mit Hydranten für C-Anschlüsse zur Wasserverteilung, zusätzliche Bundesmittel in Höhe von rd. 367 000 DM bewilligt worden.

### 6.6 Rheinland-Pfalz: Verbundleitung zwischen Ludwigshafen und der Pfälzischen Mittelrhein-Gruppe Schifferstadt

Mit der stellvertretend für die fünf in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms geförderten Maßnahmen genannten Rohrleitung DN 300 von ca. 6,1 km Länge wurde ein Verbund zwischen der stark industriell geprägten Großstadt Ludwigshafen (rd. 172 000 Einwohner) und dem mit ihr räumlich eng verflochtenen, angrenzenden Versorgungsgebiet des Zweckverbandes Wasserversorgung Pfälzische Mittelrhein-Gruppe mit Sitz in Schifferstadt geschaffen. Hierdurch wird die Trinkwasser-Notversorgung für rd. 60 000 Einwohner in den südlichen Stadtteilen von Ludwigshafen bzw. für rd. 55 000 Personen



Abb. 9: Oberirdische Übergabestation im Verbundsystem Bielefeld-Ostwestfalen als Stahlbetonfertigteilkonstruktion.

im Versorgungsgebiet des Zweckverbandes durch wechselseitige Einspeisung von ca. 430 m<sup>3</sup>/h sichergestellt.

Weiterhin wurde im Rahmen des gleichen Programms der Bau einer Verbundleitung DN 250 von rd. 3,0 km Länge zwischen dem Versorgungsgebiet der Pfälzischen Mittelrhein-Gruppe und der südlich angrenzenden Stadt Speyer (rd. 61 000 Einwohner) mit Bundesmitteln in Höhe von rd. 730 000 DM finanziert, um damit zusätzlich zu den dort bereits errichteten Trinkwasser-Notbrunnen die Notversorgung zu gewährleisten.

## 6.7 Saarland: Verbundleitung zwischen benachbarten Versorgungs- gebieten

Die insgesamt fünf im Saarland durch das Zukunftsinvestitionsprogramm mit Bundesmitteln in Höhe von insgesamt rd. 5,5 Mio DM finanzierten Maßnahmen erstreckten sich u.a. auf den Bau von Verbundleitungen

DN 200 von rd. 2,7 km Länge zwischen den Stadtteilen Klarenthal (versorgt durch die Saarbergwerke AG) und Gersweiler (Netz der Stadtwerke) im Ballungsraum der Landeshauptstadt Saarbrücken als Gefälleleitung zwischen bestehenden Wasserbehältern zur Trinkwasser-Notversorgung von rd. 15000 Einwohnern,

DN 300 von rd. 760 m Länge zwischen den benachbarten Städten Zweibrücken/Rheinland-Pfalz (rd. 37300 Einw.) und Homburg/Saar (etwa 43000 Einw.) zur gegenseitigen Sicherstellung der Trinkwasser-Notversorgung,

DN 300 von rd. 2,6 km Länge als Verbindung zwischen den bisher selbständigen

Versorgungsgebieten Merzig-West und Merzig-Ost sowie weiterer Gemeinden beiderseits der Saar. Der Verbund stellt die wechselseitige Trinkwasser-Notversorgung von rd. 25000 Einwohnern, einer Bundeswehrgarnison sowie mehrerer überörtlich bedeutsamer Krankenhäuser sicher,

DN 300 von rd. 3,1 km Länge zwischen den Netzen des Zweckverbandes Wasserversorgung Landkreis Neunkirchen in Ottweiler und der Kommunalen Energie- und Wasserversorgung AG (KEW) zur Versorgung der stark industriell geprägten Stadt Neunkirchen/Saar mit rd. 42000 Einwohnern und zusätzlich etwa 3000 Pendlern. Aufgrund der ungünstigen geohydrologischen Verhältnisse (Steinkohlenabbau) ist die Sicherstellung der Notversorgung durch Trinkwasser-Notbrunnen problematisch und aufwendig,

DN 300 von 5,6 km Länge zwischen den Wasserversorgungsanlagen der Saarbergwerke AG und dem Wasserwerkszweckverband Schwalbach-Püttlingen-Saarwellingen, in dessen Versorgungsgebiet im Verteidigungsfall mehrere Hilfskrankenhäuser geplant sind.

## 6.8 Schleswig-Holstein: Trinkwasserverbund Nordfriesland

Einen Schwerpunkt der im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms in Schleswig-Holstein eingesetzten Bundesmittel bildeten der Bau von Verbundleitungen im Landkreis Nordfriesland mit rd. 130000 Einwohnern, 200000 Großvieheinheiten, einigen Molkereien und Gewerbebetrieben mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 1,2 Mio DM. Abb. 10 zeigt die errichteten Verbundleitungen

DN 150 von rd. 10,8 km Länge zwischen den beiden Wasserbeschaffungsverbänden Nord und Drei Harden bei Weesby-Ellhöft,

DN 150 in einer Länge von rd. 1,9 km zwischen den beiden Wasserbeschaffungsverbänden Nord und Treene bei Arlewatt und Ahrenshöft,

DN 250 in einer Länge von 4,56 km zwischen den Wasserbeschaffungsverbänden Nord und Treene bei Ahrenviöl und Behrendorf

zur Trinkwasser-Notversorgung von insgesamt rd. 99500 Einwohnern nebst Viehbestand. Weitere noch durchzuführende Maßnahmen betreffen den Verbund zwischen der Stadt Husum und dem Wasserbeschaffungsverband Eiderstedt bei Rantrum und Rosendahl, dem Wasserversorgungsverband Uthlande, den Städten Flensburg und Schleswig sowie einen Teil des Landkreises Schleswig-Flensburg.

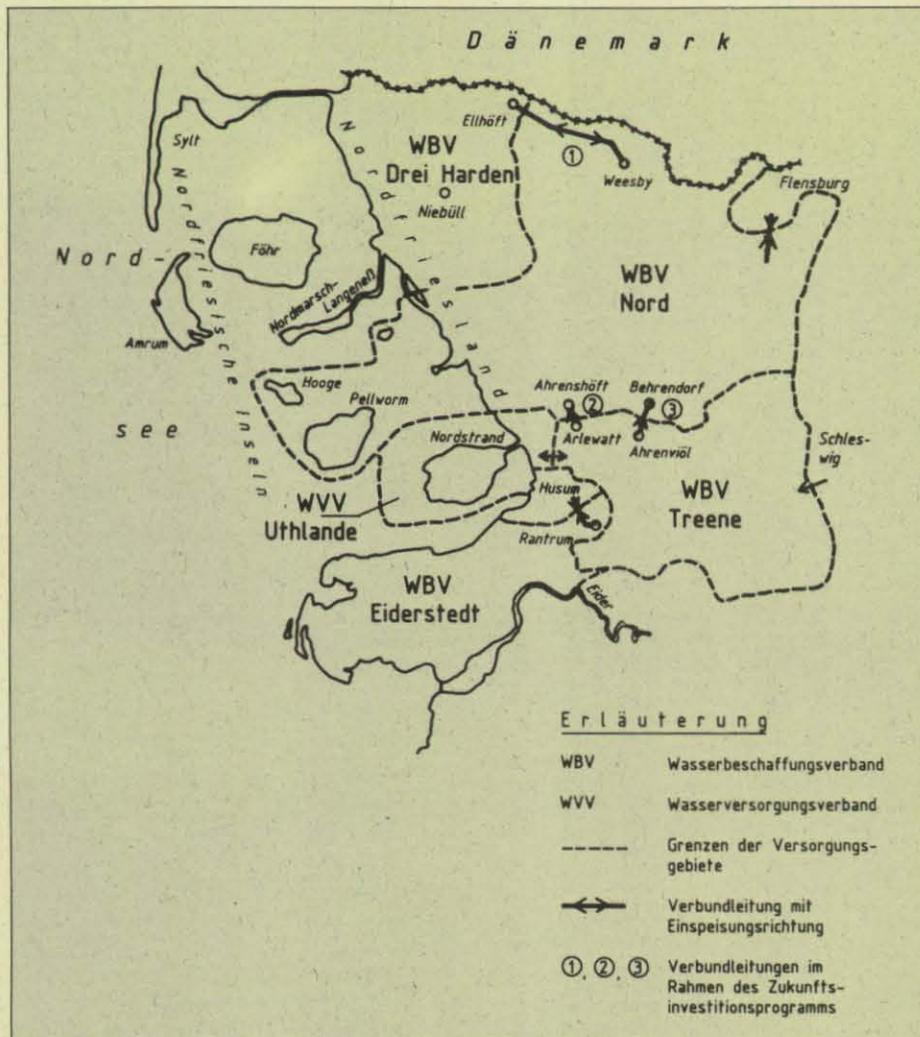


Abb. 10: Notversorgungs-Verbundplanung im nördlichen Schleswig-Holstein (Nordfriesland-Husum-Eiderstedt-Flensburg-Schleswig).

## Literaturverzeichnis

- [1] Roeber, Dr. H., Such, W. u. Hampel W.: Wassersicherstellungsgesetz, Band 2: Leitfaden für den Praktiker – Erläuterungen der Durchführungsmaßnahmen (Kommentar als Loseblattsammlung). Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, 8000 München 80
- [2] Hampel, W.: Das Wassersicherstellungsgesetz – Grundlagen – Durchführung – Bilanzen. ZS-MAGAZIN, Heft 10 und 11/1976
- [3] Bundesministerium des Innern: Arbeitsblatt Nr. 2 – Planung von Einzelbrunnen zur Trinkwasser-Notversorgung nach der 1. WasSGVwv vom 10. 2. 1971. Bonn, im August 1972, abgedruckt in [1]
- [4] Such, W. – Hampel, W.: Neue Richtlinien des Bundes für den Verbund zur Trinkwasser-Notversorgung: Verbund in der Wasserwirtschaft gewährleistet ein Höchstmaß an Sicherheit – Maßnahmen des Wasserverbundes kommt wachsende Bedeutung zu – Arbeitsblatt Nr. 8 gibt Hinweise für Planung, Bau und Betrieb von Verbundleitungen und -systemen im Rahmen der Trinkwasser-Notversorgung. ZS-MAGAZIN, Heft 1/1981, S. 12–16

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Barnstedt.** Anlässlich einer Fahrrad-Rallye, veranstaltet von der Polizei Barnstedt, informierte die BVS-Dienststelle Itzehoe auf dem Vorplatz der Feuerwache die Bürger über Selbstschutzmaßnahmen und zeigte verschiedene Filme. Prominentester Gast am BVS-Stand war Landtagsabgeordneter Rainer-Ute Harms (CDU). Die nächste Fahrrad-Rallye soll mit einem BVS-Sicherheitswettbewerb verbunden werden, bei dem jeder Bürger die Möglichkeit hat, seine Selbstschutzkenntnisse zu überprüfen.

**Lübeck.** Mit umfangreichen Informationen wartete die „Lübecker Selbstschutzwoche“, die vom 7. bis 13. Juni 1982 gemeinsam von der Hansestadt und dem BVS veranstaltet wurde, auf. Ziel der Aktion war es, die Bevölkerung auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes hinzuweisen, auf die Katastro-

phenschutz-Organisationen aufmerksam zu machen und die Möglichkeiten einer umfassenden Ausbildung aufzuzeigen.

„Vorsorge läßt sich planen, Selbstschutz zur Abwehr von Gefahren läßt sich erlernen“ – dieser Satz zog sich wie ein roter Faden durch die vielseitigen Programmpunkte. Am „Tag der offenen Tür“ im Katastrophenschutzzentrum der Stadt informierten sich die Bürger über das Löschen brennender Pkw, Erste Hilfe am Unfallort, die Bergung von Verschütteten sowie Menschenrettung.

An allen Tagen der Selbstschutzwoche war ein „Bürgertelefon“ eingerichtet, an dem Ratschläge zu verschiedenen Bereichen des Selbstschutzes gegeben wurden. Eine Übung aller Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes mit 1200 Helfern und rund 100 Fahrzeugen beendete die optischen Darstellungen.

Neben den Ausstellungen nahmen jedoch auch Vorträge einen breiten Raum

im Programm der Selbstschutzwoche ein. Der Innensenator der Hansestadt, Egon Hilpert, erinnerte in der Eröffnungsveranstaltung daran, daß bereits vor zwanzig Jahren eine solche Woche in Lübeck stattgefunden habe. Selbstschutz, so Hilpert, bedeute heute Vorsorge vor Unfällen aller Art, die durch die technisierte Umwelt – vom Arbeitsplatz bis zur Küche – auftreten können. BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender ergänzte, daß zu den Aufgaben seines Verbandes die Information über Waffenwirkungen zähle.

Das Stichwort „Pflicht“ stand im Mittelpunkt eines Vortrages des Kieler Soziologen Wolf Dombrowsky. Er vertrat die Auffassung, daß die Werte und Normen in unserer Gesellschaft erodiert seien. Alle schauten nur auf ihre Rechte, aber nicht auf die Pflichten in einer Demokratie. Die Menschen seien zu bequem geworden. In Notfällen erfolge immer erst der Ruf nach dem Staat, statt selbst anzupacken.

# Hamburg



## Berichte aus Hamburg

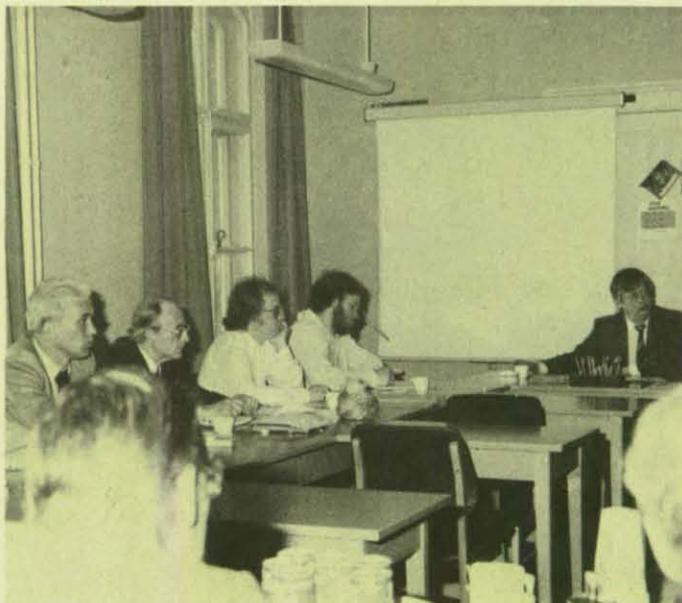
**Hamburg-Nord.** Die langjährige BVS-Fachlehrerin Monica Bartheidel, BVS-Dienststelle Hamburg-Nord, erzielte einen großen Sporterfolg. Seit einem schweren Arbeitsunfall 1978 ist Frau Bartheidel querschnittsgelähmt. Um nicht den Kontakt zur Umwelt zu verlie-

ren, betreibt sie seit 1981 aktiv Rollstuhlsport. Nachdem sie bereits am 19. März 1982 Deutsche Vizemeisterin im Tischtennis-Damendoppel in ihrer Schadensklasse wurde, brachte sie jetzt drei deutsche Meistertitel heim. Bei den Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften der Roll-

stuhlfahrer in Bad Wildungen errang sie in ihrer Schadensklasse (Rollstuhlfahrer werden nach der Schwere ihrer Verletzung in verschiedene Klassen eingestuft) mit 6,60 m im Kugelstoßen, 11,24 m im Speerwerfen und 17,36 m im Diskuswerfen jeweils Sieg und Titel.



11,24 m erreichte Monica Bartheidel im Speerwerfen und wurde damit Deutsche Meisterin.



Schon seit langem stellt der Bezirksamtsleiter von Hamburg-Altona, Dr. Werner Maschek, BVS-Beauftragten Olaf Beyer für die Abendstunden und Wochenenden einen Unterrichtsraum und einen Platz für die praktische Selbstschutz-Ausbildung zur Verfügung. Neben Selbstschutz-Grundlehrgängen, die regelmäßig alle 14 Tage durchgeführt werden, werden auch die Ergänzungslehrgänge und Informationsvorträge von der Bevölkerung gut besucht.

## Quer durch Niedersachsen

**Bremervörde.** Daß die Helfer des THW-OV Bremervörde nicht nur ihr Handwerk bei einem Katastropheneinsatz verstehen, sondern auch selbstschutzmäßiges Verhalten erlernt haben, zeigten 30 Helfer nach einem Selbstschutz-Grundlehrgang in einer abschließenden Übung. Der THW-Ortsbeauftragte dankte zum Abschluß den BVS-Mitarbeitern für die abwechslungsreiche Ausbildung.

**Bederkesa-Großenhain.** Vor über 60 Teilnehmern des Seniorenkreises Lintig-Großenhain referierte BVS-Dienststellenleiter Hauser über die besonderen Probleme des Selbstschutzes in landwirtschaftlichen Betrieben. Die Teilnehmer erkannten die besondere Notwendigkeit der Selbst- und Nachbarschaftshilfe in ländlich strukturierten Gebieten bei Unglücksfällen und Katastrophen.

**Cuxhaven.** An einem „Tag der offenen Tür“ in Cuxhaven beteiligte sich neben den Katastrophenschutz-Organisationen THW, DLRG und DRK auch der BVS und Regieeinheiten der Stadt. Nach einem Helferabend am Vortag eröffnete Oberstadtdirektor Dr. Eilers die Veranstaltung: In seiner Ansprache ging Dr. Eilers auf organisatorische, materielle und personelle Probleme der Hilfsorganisationen ein und versicherte, sich persönlich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen.

**Sahlenburg.** Etwa 250 Bewohner eines Hochhauses sowie Interessenten aus der Nachbarschaft hatten sich zu einer Informationsschau mit praktischen Vorführungen der BVS-Dienststelle Cuxhaven eingefunden. Die Hausverwaltung hatte diese Aktion vorgeschlagen; Feuerwehrgeschichte und DRK unterstützten die Veranstaltung. Gemeinsames Ziel war es, die Bewohner – 180 Familien – über das Verhalten bei Bränden in Hochhäusern zu informieren. Die Hausverwaltung nutzte diesen Anlaß gleichzeitig zur Überprüfung ihrer Alarmanlage und Löschgeräte.

Als erste Resonanz sind Anmeldungen zur Teilnahme an einem Selbstschutz-Grundlehrgang und erhebliche Nachfrage nach Informationsmaterial zu verzeichnen.

**Oldenburg.** In einem Aufruf unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ appellierte der Oberstadtdirektor von Oldenburg an alle Bürger, an einer Selbstschutzausbildung teilzunehmen. Ferner forderte er in einem Rundschreiben die Mitarbeiter der Stadtverwaltung auf, Selbstschutz-Grund- und -Ergänzungslehrgänge zu besuchen. Alle Lehrgänge werden in Zusammenarbeit mit dem Amt für Zivilschutz im Katastrophenschutz-Zentrum der Stadt durchgeführt.

**Barsinghausen.** Auf der 2. Deisterschau Barsinghausen war auch die BVS-Dienststelle Hannover mit einem Informationsstand vertreten. Am Eröffnungstag konnte Dienststellenleiter Koy den



Minister Hasselmann (rechts) auf dem BVS-Stand im Gespräch mit BVS-Dienststellenleiter Koy.

Niedersächsischen Minister für Bundesangelegenheiten, Wilfried Hasselmann, Bürgermeister Rothmund und Stadtdirektor Künnmann auf dem BVS-Stand begrüßen. Von einem auf dem BVS-Stand aufgestellten Computer ließ sich Minister Hasselmann einen Lebensmittelbedarf als Notvorrat für zwei Wochen errechnen.

**Aurich.** Zu einer Podiumsdiskussion hatte das 1. Fernmelderegiment 34 Vertreter des Warnamtes II Bassum, des Landkreises Aurich und des BVS, Dienststelle Wilhelmshaven, geladen. In Kurzreferaten wurden die Soldaten zunächst über Art und Umfang der Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung informiert. Anschließend folgte eine lebhafte Diskussion, in der viele Problembereiche angesprochen wurden.

Das Ausbildungsangebot des BVS wurde besonders begrüßt; im Herbst sollen Selbstschutz-Grundlehrgänge für Familienangehörige der Soldaten durchgeführt werden.

# Nordrhein-Westfalen

## Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

**Olpe.** Ein nächtlicher Fehlalarm im Herbst vergangenen Jahres in Olpe, der die Bürger in Angst und Schrecken versetzte, deckte einen mangelhaften Informationsstand der Bevölkerung über die Bedeutung der Sirensignale auf. Eine Selbstschutzwoche sollte hier Abhilfe schaffen.

Der Oberkreisdirektor des Kreises Olpe veranstaltete deshalb gemeinsam mit der BVS-Dienststelle die „Selbstschutztage '82“, ein Vorhaben, das sich nicht nur auf Olpe beschränkte, sondern kreisweit mit vier Schwerpunkorten durchgeführt wurde.

48 Veranstaltungen verschiedenster Art, Ausstellungen und Informationsstände gaben der Bevölkerung die Möglichkeit, sich über Sirensignale und Selbstschutzmaßnahmen zu informieren.



Zur Eröffnung der „Selbstschutztage '82“ hatte Oberkreisdirektor Dr. Grünwald Repräsentanten der Städte und Gemeinden des Kreises Olpe in den Ratssaal nach Finnentrop eingeladen.

**Soest.** Für seine Verdienste auf dem Gebiet des Selbstschutzes wurde Friedrich Redmer, Soest, das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die Auszeichnung überreichte stv. Landrat Georg Ehrich im Rittersaal des Burghofmuseums.

Redmer hat zur Verbreitung und Festigung des Selbstschutzgedankens wesentlich beigetragen. Schon während seiner 14jährigen Tätigkeit als Amtsdirektor des Amtes Borgeln-Schwefe hatte er es sich zur Aufgabe gemacht, die Bevölkerung für den Selbstschutz zu interessieren und Behörden und Betriebe zur Bildung von Einsatzgruppen anzuregen.



Aus der Hand von stv. Landrat Georg Ehrich nahm Friedrich Redmer die Auszeichnung entgegen.

Bereits seit 1956 gehört Redmer dem BVS als ehrenamtlicher Helfer an. Nach Auflösung des Amtes Borgeln-Schwefe wurde er 1971 als Leiter der BVS-Dienststelle Köln in das hauptamtliche Beschäftigungsverhältnis übernommen. Er war dann von 1973 bis 1979 Bereichsbeauftragter der BVS-Landesstelle NRW für die Regierungsbezirke Arnsberg und Detmold. Lange Jahre war Redmer auch Mitglied des Bezirks- und Hauptpersonalrates als Vertrauensmann der Schwerbehinderten. 1980 übernahm er die Funktion eines ehrenamtlichen BVS-Beauftragten für den Kreis und die Stadt Soest.

**Düren.** „Es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, daß die von Ihnen durchgeführte Veranstaltung bei den Beteiligten gut angekommen ist. Dafür möchte ich dem BVS danken!“ schrieb der Sicherheitsbeauftragte der Kernforschungsanlage Jülich an BVS-Fachlehrer Jörres.

Aufbauend auf Besprechungen im September 1981 entstand ein Ausbildungskonzept für Einsatzleiter und Ingenieure vom Dienst und Führungskräfte der Werkfeuerwehr der Kernforschungsanlage. Entsprechend den Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz entwickelte die BVS-Dienststelle Düren einen Lehrstoffplan, der auf die besonderen Belange des Teilnehmerkreises abgestimmt war.

**Paderborn.** Mit zwei Informationsständen beteiligte sich die BVS-Dienststelle Paderborn an einem Straßenfest im Industriegebiet, zu dem die anliegenden Firmen eingeladen hatten. Neben dem BVS waren auch Polizei, THW und Feuerwehr vertreten. Das Programm mit Besichtigungsmöglichkeiten vieler Betriebe, Hubschrauber-Rundflügen, Fallschirmspringen, Ponyreiten, Torwandschießen und Oldtimer-Show lockte viele tausend Besucher an den Veranstaltungsort und somit auch an die Informationsstände des BVS. Praktische Vorfürungen der BVS-Mitarbeiter taten ein übriges, um die Besucher für den Selbstschutz zu interessieren.

**Köln.** „Sicherheit auch für Sie“ war das Motto von Informationstagen in einem Einkaufszentrum im Kölner Norden. BVS-Mitarbeiter gaben den Bürgern Auskunft über die Lebensmittelbevorratung, dem Schwerpunkt dieser Veranstaltung. Viele Kunden, aufgeschreckt durch die Ereignisse um die Falkland-Inseln, waren zu einem intensiven Gespräch bereit. So wurden rund 12000 Besucher angesprochen und ca. 250 Einzelgespräche geführt.

**Oberhausen.** Für 25jährige Tätigkeit im BVS wurde Blanka Vinalmont, Bürosachbearbeiterin der BVS-Dienststelle Oberhausen, geehrt. In einer kleinen Feierstunde überreichte Fachgebietsleiter Wagner, BVS-Landesstelle, der Jubilarin eine Dankurkunde.

Seit Mai 1957 ist Frau Vinalmont Mitarbeiterin der BVS-Dienststelle, zuerst als Schreib- und Bürohilfskraft, nach der Strukturänderung des Verbandes als Bürosachbearbeiterin. Ihre ausgezeichneten Fachkenntnisse und ihr immer freundliches Wesen haben sie bei allen Mitarbeitern beliebt gemacht.

**Dortmund.** Am „Hafentag '82“ in Dortmund erlebten rund 40000 Besucher viele Attraktionen. Einer der Höhepunkte war der BVS-Sicherheitswettbewerb für Fußgänger: An acht Stationen konnten die Teilnehmer ihre Kenntnisse im Selbstschutz, lebensrettenden Sofortmaßnahmen und Brandschutz überprüfen. Betreut wurden die Stationen von der Polizei, Feuerwehr, DLRG, JUH, MHD und BVS.

Prominentester Teilnehmer war Schirmherr Stadtdirektor Bernhard Sträter. Er erreichte die drittbeste Punktzahl und erhielt eine Urkunde sowie den BVS-Ehrenteller. „Dieser Ehrenteller wird einen gebührenden Platz in meinem Arbeitszimmer bekommen, zumal ich ihn mir wirklich erarbeitet habe“, betonte Sträter.



BVS-Dienststellenleiter Stammberger übergab die Ehrenpreise: Die höchste Punktzahl erreichte Frauke Bons (Bildmitte), den zweiten Preis errang Peter Morgan (links), direkt gefolgt von Stadtdirektor Bernhard Sträter (rechts).

**Bonn.** BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann überreichte in einer kleinen Feierstunde Dieter Berndt anlässlich seines 25jährigen Dienstjubiläums eine Urkunde und dankte für die langjährige Zusammenarbeit.

Berndt kam 1964 vom Bundesgrenzschutz zum damaligen Bundesluftschutzverband. Er war zunächst bei der BLSV-Kreisstelle Bonn, dann als Fachbearbeiter bei der BVS-Dienststelle Siegburg tätig und ist jetzt Leiter einer Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Bonn.

**Aachen.** Seit Beginn des Jahres bauen die Helfer des THW-OV Übach-Palenberg unter der Leitung von Ing. Delahaye für die BVS-Dienststelle Aachen auf dem Übungsplatz in Alsdorf-Olden einen Bergeturm. Die Arbeiten werden auch von der Oberpostdirektion Köln unterstützt. Besonders dem Engagement von Bezirkskatastrophenschutzleiter Huppertz ist es zu verdanken, daß dieser Turm erstellt werden kann. Die Statik übernahm BVS-Mitarbeiter Dipl.-Ingenieur Weber.

**Essen.** Ein weithin sichtbarer Übungsturm des BVS lockte die Besucher der diesjährigen Messe „Mode und Heim“ in die Halle 7 der Gruga. Hier hatte die BVS-Dienststelle einen Filmwagen und Stand aufgebaut und informierte über den Behörden- und Betriebsselbstschutz. Die Messeleitung hatte dem BVS 600 Freikarten zur Verfügung gestellt; dadurch konnten viele Betriebs- und Behördenleiter gezielt zu dieser Sonderschau eingeladen werden. Daneben war die BVS-Dienststelle mit der Informations-Koje „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“ auf der Messe vertreten.

## Nachruf

Die BVS-Dienststelle Düren trauert um ihren ehrenamtlichen Mitarbeiter

### Will Pütz

Pütz war als langjähriger Helfer besonders bei den BVS-Mitarbeitern im Bereich Eifeler Land beliebt. Bereits 1959 kam er als ehrenamtlicher Mitarbeiter zum BVS und war in der Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes tätig.

1969 übernahm Pütz die Aufgaben des BVS-Beauftragten in Heimbach und organisierte dort den Selbstschutz.

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Düren trauern um einen guten Kameraden und werden sein Andenken in Ehren halten.

## Hessenspiegel

30 Behördenselbstschutzkräfte der Deutschen Bundesbank besuchten einen Wiederholungslehrgang an der BVS-Schule Birkenfeld. Aufgeteilt in je zehn Bergungs-, Brandschutz und Sanitätshelfer wurden alle Mitarbeiter in die Handhabung von Feuerlöschern eingewiesen sowie im Gebrauch von Leinen und deren Sicherung unterwiesen.

Die Ausrüstung der Bank mit Selbstschutzgerät ist um einiges erweitert worden. Jetzt stehen auch Schaumlöschgeräte für die Brandschutzeinheiten zur Verfügung. Die Helfer wurden deshalb mit dem Löschsatz vertraut gemacht und demonstrierten den Einsatz. Zusätzlich übte der Brandschutz den Wassertransport über weite Entfernungen, Wasserentnahme aus Brunnen und Hydranten sowie das Vortragen eines Löschangriffes.

Die Bergung arbeitete mit dem Greifzug, schwere Lasten wurden gehoben und gezogen; an einer fast 50 m langen Rutsche wurden vom Übungshaus aus „Verletzte“ – auf einer Trage sicher eingebunden – abgelassen.

Die Sanitätsstaffel schminkte mit viel Geschick Verletztendarsteller und leistete danach die entsprechende Erste Hilfe. Gerade hier mußte viel improvisiert werden, so wurden u. a. behelfsmäßige Tragen hergestellt.

Bei der großangelegten Abschlußübung aller drei Einheiten übernahm Günther Greulich – Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank – die Aufgabe des Zugführers. Es galt, „Verletzte“ aus dem brennenden Übungshaus zu bergen, sie zu versorgen und abzutransportieren. Eng arbeitete die Bergung mit dem Sanitätsdienst zusammen, die Brandschutzeinheit hatte das Feuer und einen großen Ölbrand vor dem Haus zu löschen.

Engagement und Einsatzzeifer traten bei allen Helfern stark in den Vordergrund, so daß die Übung unter fast wirklichkeitsnahen Verhältnissen einen guten Verlauf nahm.

**Friedberg.** Vom 24. April bis 2. Mai 1982 fand zum dritten Male die Regionalausstellung „Info '82 Friedberg“ statt. Rund 88000 Besucher waren zu diesem „Schaufenster der Wetterau“ gekommen. Der BVS war mit einem Informa-



**Hoher Besuch am BVS-Stand (von links): Bundestagsabgeordneter Dr. Schwarz-Schilling, BVS-Dienststellenleiter Wagner, Landtagsabgeordneter und Präsident der Handwerkskammer Wiesbaden Arnold Spruck.**

tionsstand sowie einer Zivilschutz-Ausstellung vertreten und informierte die Besucher über den Selbstschutz.

**Inheiden.** Die Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG) führte für ihre Einsatzkräfte des betrieblichen Katastrophenschutzes eine Schulung mit anschließender Übung im Wasserwerk Inheiden durch. Prokurist Michel wies zu Beginn darauf hin, daß der betriebliche Katastrophenschutz eine ernste und wichtige Aufgabe auch in Friedenszeiten zu erfüllen habe. Bei Unfällen, Bränden oder Explosionen sei der Selbstschutz zunächst gefordert, bis Hilfe von außen komme. So soll erreicht werden, daß Leben und Gesundheit der Mitarbeiter besser geschützt werden und bedeutende Sachwerte erhalten bleiben. Anschließend gab Michel einen Überblick über die Entwicklung des betrieblichen Katastrophenschutzes innerhalb der OVAG.

Um die ausgebildeten Kräfte ständig einsatzbereit zu halten, ist es notwendig, von Zeit zu Zeit wirklichkeitsnahe Übungen durchzuführen. Dafür stehen neben dem BVS auch innerbetriebliche Ausbilder und Referenten in den drei Berei-

chen Sanitätsdienst, Brandschutz und Bergung zur Verfügung. Im theoretischen Teil der Ausbildung sprach OVAG-Mitarbeiter Günther Scheibel zunächst über Erste-Hilfe-Maßnahmen. Dabei wurden auch die stabile Seitenlage, das sichere Einbinden und Transportieren eines Verletzten auf der Trage, die Beatmung und das Abbinden von Schlagaderblutungen demonstriert.

Im zweiten Referat erläuterte OVAG-Mitarbeiter Volker Müller die Grundsätze der Brandbekämpfung, die Löschtaktik und -technik. Auf die verschiedenen Arten von Bränden ging Müller ebenso ein wie auf die Brandklassen. Genau erklärt wurde der Löschvorgang und wie man das Löschen eines Brandes am effektivsten erreicht.

Zum Thema Bergung sprach OVAG-Mitarbeiter Dipl.-Ing. Dollinger. Er stellte die verschiedenen Schadenselemente dar, die man bei der Zerstörung von Gebäuden unterscheidet, und zeigte dabei jeweils die günstigste Rettungsmöglichkeit auf. Anschließend wurden die Fünf-Phasen-Taktik und die Verwendungsmöglichkeiten des Bergetuches erklärt.

Am Nachmittag wurden einige praktische Übungen durchgeführt. Im Anschluß daran fand eine Besprechung statt, an der auch OVAG-Direktor Hans B. Schmidt teilnahm. In der Kritik kam zum Ausdruck, daß eine solche Schulung sehr positiv zu werten ist, weil im Ernstfall nur der wirklich helfen kann, der rechtzeitig und planmäßig helfen gelernt hat. Direktor Schmidt dankte den Teilnehmern für ihre Bereitschaft, sich freiwillig für diesen Dienst an ihren Mitmenschen zur Verfügung zu stellen und betonte: „Es ist eine Beruhigung zu wissen, daß das betriebliche Rettungswesen der OVAG so gut formiert ist.“ Auch BVS-Dienststellenleiter Wagner, Friedberg, der als Beobachter an der Veranstaltung teilnahm, hob die Einsatzbereitschaft der Helfer hervor.



**Zu den Übungsaufgaben gehörte auch das Ablöschen eines Brandes mit dem Feuerlöscher.**

## Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

**Mainz.** In der Eingangshalle des Rathauses Mainz zeigte das Bundesamt für Zivilschutz eine Wanderausstellung mit dem Titel „Mehr als schöne Worte“. Die Bilderschau informiert über Zivil- und Katastrophenschutz sowie humanitäre Organisationen des In- und Auslandes. Der Präsident des BZS, Dr. Kolb, eröffnete in Anwesenheit vieler Gäste die Ausstellung, die drei Wochen lang aufgebaut war. Zusätzlich hatte die BVS-Dienststelle Mainz einen Informationsstand errichtet und beriet die Besucher über Fragen des Selbstschutzes.

**Mainz.** Ministerialrat Roland Boiselle, Haushalts- und Liegenschaftsreferent in der Forstabteilung des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz, wurde in Anerkennung seiner Verdienste um den Selbstschutz die Ehrennadel des BVS verliehen.

Boiselle, der in Kürze in den Ruhestand tritt, ist es ein besonderes Anliegen, die Forstbeamten des Landes Rheinland-Pfalz mit den Erfordernissen des Selbstschutzes vertraut zu machen. So wurden 765 leitende Forst- und Forstrevierbeamte in dreitägigen Informationsseminaren an der BVS-Schule Birkenfeld über die Belange des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes informiert. In den Folgeveranstaltungen, zu denen die Forstrevierbeamten ihre Mitarbeiter entsandten, wurde ein weiterer Personenkreis angesprochen bzw. ausgebildet.

Besonders im ländlichen Bereich, in dem der Forstrevierbeamte gute Kontakte sowohl zur Gemeindeverwaltung wie auch zum Bürgermeister hat, zeigten sich große Erfolge.

Boiselle gebührt nicht nur Dank für die jahrelange Unterstützung des BVS, sondern auch für seine Zusage, alles zu tun, damit diese von der Landesregierung als gelungene bezeichnete Aktion fortgeführt wird.

**Mainz.** Eine erhebliche Verbesserung der Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall fordert Hans-Günther Hein, Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender der F.D.P. Rheinland-Pfalz. Gegenwärtig besteht nach Meinung des Abgeordneten ein eklatantes Mißverhältnis zwischen der militärischen und zivilen Verteidigung. Durch verstärkte Information könnten die Bürger erkennen, daß neben staatlichen Maßnahmen auch ihre Mitwirkung erforderlich ist.

**Kaiserslautern.** Seit einigen Jahren schon werden die Mitarbeiter eines großen Werkes in Rockenhausen durch die BVS-Dienststelle Kaiserslautern im Brandschutz ausgebildet. Inzwischen wurde der betriebliche Katastrophenschutz als Werkfeuerwehr anerkannt und belegte bei einem Wettkampf mit den Freiwilligen Feuerwehren den 3. Platz. Aufgrund dieses Erfolges veranstaltete das Werk in Verbindung mit der BVS-

Dienststelle eine Brandschutzwoche, bei der die Einsatzkräfte ihre fachlichen Kenntnisse bewiesen.

Bei einem Gespräch zwischen dem Leiter der BVS-Dienststelle Kaiserslautern, Matheis, und dem Werkleiter, Groß, wurde vereinbart, daß jährlich ein Wochenendlehrgang an der BVS-Schule in Birkenfeld stattfinden soll und die Selbstschutzausbildung im Werk Kaiserslautern weitergeführt wird.

**Kaiserslautern.** Der ehemalige Leiter der BVS-Dienststelle Kaiserslautern, Herbert Wittmer, wurde im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft von den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern verabschiedet.

Wittmer, der sich nach fast 30jähriger Tätigkeit beim BVS wieder in die Reihe der ehrenamtlichen Helfer einreicht, kam 1953 zum damaligen BLSV. Im Jahre 1965 übernahm er die Leitung der Dienststelle Pirmasens, die er mit Umsicht und viel Geschick führte. Bei Behörden und in weiten Kreisen der Bevölkerung gelang es ihm, das Interesse für den Selbstschutz zu wecken. Nach Auflösung der Dienststelle übernahm Wittmer die Leitung der BVS-Dienststelle Kaiserslautern, die er bis zur Erreichung der Altersgrenze innehatte.

In Anwesenheit der Vertreter der Stadt und des Landkreises Pirmasens sowie einer Abordnung des THW überreichte sein Nachfolger, Hilmar Matheis, dem Scheidenden im Namen der Mitarbeiter einen Kupferstich.

# Saarland

## Saarland-Rundschau

**Schmelz.** Zu einer weiteren Tagung im Rahmen des Modellversuchs zur Intensivierung des Selbstschutzes trafen sich die Kommunalpolitiker des Ortesrates von Schmelz im Rathaus. BVS-Landesstellenleiter Koch informierte die Teilnehmer über den Aufbau des Selbstschutzes in den saarländischen Gemeinden. Er stellte insbesondere die Notwendigkeit der Besetzung der Selbstschutz-Beratungsstellen heraus, womit inzwischen auch in der Großgemeinde Schmelz erfolgreich begonnen wurde.

Auch für den Ortsbeirat ergibt sich in diesem Aufgabenbereich eine Mitverant-

wortung, was in der recht lebhaft geführten Diskussion sowohl von Ortsvorsteher Braun als auch von verschiedenen Kommunalpolitikern unterstrichen wurde. Einige Ortsratsmitglieder verwiesen hierbei auf die vom BVS erzielten guten Ergebnisse. Es wäre zweckmäßig, die Arbeit des Verbandes bezüglich des Aufbaus des Selbstschutzes uneingeschränkt fortzusetzen, führten sie an. Der Ortsrat von Schmelz will sich jetzt verstärkt für die Einrichtung von Selbstschutz-Beratungsstellen einsetzen.

**Saarbrücken.** Das saarländische Innenministerium will verstärkt auch die füh-

rungstechnischen Voraussetzungen des Katastrophenschutzes erheblich verbessern. Diesem Ziel dienten insbesondere die in den beiden letzten Jahren stattgefundenen Stabsrahmenübungen. Durch die Mitwirkung von BVS-Landesstellenleiter Koch als Fachberater für den Bereich des Selbstschutzes machte das Innenministerium sehr deutlich, daß es dem Selbstschutz eine besondere Beachtung schenkt.

In einer Besprechung betonte der Leiter der Stabsrahmenübung, Ministerialrat Hans Grundmann, bei künftigen Übungen den selbstschutzmäßigen Erfordernissen noch mehr als bisher Rechnung tragen zu wollen.

## Südwest aktuell

**Heidelberg.** Vor kurzem befaßte sich Götz Göbel, Moderator der Sendereihe „Nahaufnahme von Kurpfalzradio und Studio Heidelberg“, mit dem Thema „Zivilschutz“. Als Sachverständige saßen im Studio der Leiter der BVS-Dienststelle Mannheim, Jürgen Albert, BVS-Ausbildungsleiter Josef Wojtischek, Architekt und BVS-Bauberater Adolf Sikinger und vom Bürgerverein Zivilschutz e. V. Mannheim Bernd Siegholt. Nachdem die Gesprächsteilnehmer den gesetzlichen Auftrag und die Aufgaben des BVS kurz umrissen hatten, kamen die Hörer zu Wort. Die besorgten Anrufer klagten immer wieder: „Die Bevölkerung wird zu wenig informiert über die Fragen des Zivilschutzes; der Staat müßte für ausreichend Schutzräume sorgen, so wie es bei unseren europäischen Nachbarn und anderen Ländern der Erde zum Teil vorbildlich geschieht;

die staatliche Förderung des privaten Schutzraumbaus ist viel zu gering.“ Den Hörern wurde erläutert, daß die BVS-Dienststelle Mannheim die Bevölkerung über Selbstschutzfragen informiert und berät. Der Selbstschutz sei in erster Linie – auch was den privaten Schutzraumbau betrifft – der Verantwortung und Initiative des einzelnen Bürgers überlassen. Diese Bemühungen würden durch gesetzliche Maßnahmen ergänzt.

**Ditzingen.** Als zweite Stadt im Bereich der BVS-Dienststelle Ludwigsburg führte Ditzingen eine Selbstschutzwoche durch. Bei der Eröffnungsveranstaltung machte Oberbürgermeister Alfred Fögen, Schirmherr der Veranstaltung, auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes im Frieden und im Verteidigungsfall aufmerksam. Es sei wichtig, rechtzeitig ehrenamtliche Selbstschutzberater zu gewinnen, die den Bürger in Krisen- und Notzeiten betreuen.

In zahlreichen Presseberichten wurden die Einwohner aufgerufen, an Selbstschutz-Veranstaltungen teilzunehmen.

**Offenburg.** Bei der Bereitschaftspolizei in Lahr führt die BVS-Dienststelle Offenburg schon seit Jahren Fachlehrgänge „Strahlenschutz“ durch. Hierbei ergaben sich, bedingt durch teilweise sehr kurzfristige Terminvereinbarungen, häufig Engpässe in der Durchführung der Veranstaltungen, da nicht immer ein BVS-Fachlehrer zur Verfügung stand.

Drei Polizeibeamte, die bereits an Selbstschutzlehrgängen teilgenommen haben, zeigten großes Interesse an einer Mitarbeit beim BVS. Sie absolvierten die vorgesehene BVS-Ausbildung und sind jetzt berechtigt, Selbstschutz-Grundlehrgänge bei der Bereitschaftspolizei durchzuführen. Im nächsten Jahr beginnen sie mit der Ausbildung zum BVS-Fachlehrer IV.

# Bayern

## Bayern heute

**Kaufbeuren.** „Kennen Sie Selbstschutz?“ – auf diese Frage sollte eine Selbstschutzwoche in Kaufbeuren, die die Stadt in Zusammenarbeit mit dem BVS durchführte, eine Antwort geben. 90 Prozent der befragten Bürger glauben, daß Selbstschutz sinnvoll ist, und viele zeigten Interesse an einem Selbstschutz-Grundlehrgang.

Was wollten die Veranstalter mit dieser Selbstschutzwoche erreichen? Es kam ihnen darauf an, die Notwendigkeit des Selbstschutzes aufzuzeigen und Möglichkeiten wirksamer Selbstschutzmaßnahmen im Wohn- und Arbeitsbereich an praktischen Beispielen darzustellen.

Verbunden mit der BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ im Rathaus waren Vortrags-, Film- und Informationsveranstaltungen, die vorrangig den Zielgruppen Frauen, Betriebe, Behörden und Pädagogen zugeordnet waren. Die Podiumsdiskussion „Der Selbstschutz und Schutzraumbau aus aktueller Sicht“ löste eine lebhaft diskutierte Diskussion aus und trug dazu bei, Vorurteile abzubauen und Ressentiments zu überwinden.

An einem Sicherheitswettbewerb, bei dem es darauf ankam, theoretisches



**Oberbürgermeister Krause (3. v. l.) und BVS-Dienststellenleiter Schmalz (2. v. r.) mit den Erstplazierten des BVS-Sicherheitswettbewerbs.**

Wissen und praktische Kenntnisse auf dem Gebiet des Selbstschutzes, aber auch auf dem Sektor Hilfeleistung am Unfallort unter Beweis zu stellen, beteiligten sich viele jugendliche Mitbürger. Alle Teilnehmer wurden mit einer Urkunde bedacht, den besten Akteuren überreichte Oberbürgermeister Rudolf Krause wertvolle Ehrenpreise.

Im Rahmen der Selbstschutzwoche waren auch Informationsstände in Verbrauchermärkten aufgebaut, und eine Apotheke verdeutlichte anhand eines anschaulichen Beispiels, wie eine Hausapotheke aussehen und bestückt sein muß, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll.

Mit dieser vielfältigen Aktionspalette gelang es, die Bedeutung der Selbsthilfe aufzuzeigen und die interessierten Bürger für Selbstschutzmaßnahmen zu motivieren.

**Haßfurt.** Mit einer Informationsveranstaltung auf dem Marktplatz in Haßfurt machte die BVS-Dienststelle Würzburg die Bevölkerung auf die Aufgaben des Selbstschutzes aufmerksam mit dem Ziel, möglichst viele Bürger anzuhalten, sich in der Selbst- und Nächstenhilfe aus- und weiterzubilden zu lassen.

Mit der Stadt Haßfurt, deren Bürgermeister Rudolf Handwerker die Schirmherrschaft der Veranstaltung übernommen hatte, sowie mit der Freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk, dem Bayerischen Roten Kreuz, der Verkehrswacht und der Landespolizei wurde gleichzeitig ein Sicherheitswettbewerb unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ durchgeführt.

Der BVS hatte zwei Stände aufgebaut und informierte die Bürger über seine Aufgaben sowie das Ausbildungsangebot des Verbandes. Ferner wurde das Bergen von Menschen aus einem verunglückten Fahrzeug demonstriert und



**Prominentester Besucher war Staatssekretär und BRK-Kreisvorsitzender Albert Meyer (3. v. l.), hier im Gespräch mit Kreisbrandinspektor Geheeb, Kreisbrandrat Leykauf sowie BVS-Dienststellenleiter Richard Bräu, BVS-Fachgebietsleiter Fritz Polster und Kommandant Rainer Schuster (von links).**

das Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke gezeigt.

Unter den Besuchern waren nicht nur zahlreiche Jugendliche, sondern auch viele Frauen, die für die Einrichtungen der mitwirkenden Hilfsorganisationen großes Interesse zeigten. Prominentester Gast war Staatssekretär Albert Meyer vom Finanzministerium.

Die Freiwillige Feuerwehr Haßfurt hatte auf dem Platz vor der Pfarrkirche ihre Geräte plaziert und zeigte u. a. eine 30 m lange Drehleiter, eine Lichtgiraffe, einen Ölschaden-Anhänger sowie ein Tanklöschfahrzeug. Das Bayerische Rote Kreuz hatte ein Sanitätszelt auf dem Marktplatz aufgebaut, einen Krankentransportwagen aufgestellt, und die BRK-Kochgruppe Knetzgau versorgte die Besucher mit einem leckeren Erbseneintopf. Die Wasserwacht Haßfurt präsentierte ein Rettungsboot mit Taucherausrüstung und testete die Kenntnisse der Besucher in Erster Hilfe und Wasserrettung.

Der THW-OV Haßfurt demonstrierte die Bergung aus einem „einsturzgefährdeten Gebäude“ durch Abseilen und bot eine Geräteschau. Verkehrswacht und Landespolizei gaben Fragebögen aus, in denen es um Verkehrsprobleme und -schilder ging. Die Kreisverkehrswacht Haßberg führte einen Seh-, Farb- und Reaktionstest durch, während die Landespolizei im Vorraum der Sparkasse Verkehrsfilm vorführte.

**Weiden.** In Zusammenarbeit mit dem Warnamt IX in Claffheim führte die BVS-Dienststelle Weiden sechs Fachlehrgänge für das Warnstellenpersonal durch. Das Bemühen wurde von der Stadt Amberg, den Landkreisen Amberg-Sulzbach, Schwandorf und Cham durch Bereitstellung der Unterrichtsräume unterstützt.

Ziel des Lehrgangs war es, das Warnstellenpersonal in seine Aufgaben einzuweisen und über ABC-Gefahren zu unterrichten. Praktische Arbeit und ein Er-



**Landrat Hans Schuierer, BVS-Mitarbeiter Franz Weinberger, Werner Stieger sowie Hans Forster beim Lehrgang im Landratsamt Schwandorf (von rechts).**

fahrungsaustausch bereicherten den Lehrstoff.

**Weiden.** Die Auerbacher Bürger hatten am 4. Juni 1982 auf dem Marktplatz die Möglichkeit, sich über Maßnahmen des Selbstschutzes zu informieren. Die BVS-Dienststelle Weiden bot der Bevölkerung die Gelegenheit, sich zu einem Selbstschutz-Grundlehrgang anzumel-



**Die Broschüren zum Thema Selbstschutz fanden große Aufmerksamkeit.**

den. Weitere Aktionen fanden in Teublitz, Maxhütte-Haidhof, Eschbach, Grafenwöhr und Pressath statt

**Kempten.** In Zusammenarbeit mit der Stadt Kempten präsentierte die BVS-Dienststelle Kaufbeuren in der Sparkasse Kempten die Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“, die Zeichnungen des Künstlers Henry Moore. Oberbürgermeister Dr. Josef Höß erklärte bei der Eröffnung, diese Bilder sollen für den Selbstschutzgedanken in der Gegenwart werben. Selbstschutz sei die Basis des Zivilschutzes; damit soll möglichst vielen Menschen Chance des Überlebens gegeben werden. Doch sei die Bereitschaft der Bevölkerung, sich im Selbstschutz zu engagieren, bislang gering. Um die Aufklärung der Öffentlichkeit zu verstärken, sollen demnächst für das Stadtgebiet Kempten sechs bis zehn Selbstschutzberater ausgebildet und bestellt werden, betonte Dr. Höß.

BVS-Dienststellenleiter Willibald Schmalzl führte aus: Der Ruf nach dem Staat allein, den Zivilschutz umfassend zu verwirklichen, verdränge das Problembewußtsein und könne sogar

selbstgefährdend sein. Der Bürger müsse sich veranlaßt fühlen, eigenverantwortlich Vorsorge für den Krisen- und Verteidigungsfall zu treffen.

Zu den zahlreichen Gästen, die die Sparkassen-Direktoren Karl Amthor und Eugen Stier zur Eröffnung der Ausstellung begrüßen konnten, zählten Stadtdirektor Herbert Schiek, Stadtschulrat Dr. Felber, Stadtbrandrat Karl Binai, Vertreter der Stadtverwaltung, des Stadtrates und der Schulen.

**Bad Tölz.** Neben Informationsständen im gesamten Stadtgebiet wurden anlässlich der Selbstschutzwoche in Bad Tölz die Ausstellung „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“, ein Informations-Nachmittag für Hausfrauen sowie eine Aktion „... damit Hilfe auch im Urlaub kein Zufall bleibt“ durchgeführt.

Bei der Eröffnung der Selbstschutzwoche sprach Bürgermeister Dr. Eckart Fadinger die Hoffnung aus, daß durch die Konzentrierung von Veranstaltungen zu diesem Thema eine Intensivierung der Selbstschutz-Vorbereitungen einsetze. Dr. Fadinger bezeichnete Vorsorge und Selbsthilfe als ein Gebot der Stunde.

**Ansbach.** Folgendes Schreiben richtete der Rektor der Hauptschule Rothenburg, Schulz, an BVS-Dienststellenleiter Peter, Ansbach:

„Nachdem Ihre Dienststelle schon ein Jahrzehnt an unserer Hauptschule Selbstschutz-Grundlehrgänge durchführt, möchte ich Ihnen heute einmal mitteilen, wie die Lehrgänge von Lehrern und Schülern unserer Hauptschule aufgenommen wurden: Der Lehrgang macht fast allen Schülerinnen und Schülern großen Spaß. Er bringt eine Fülle wissenswerter Information. Die Teilnehmer erhalten einen Einblick in Gefahrenquellen, über die man sich wenig bzw. keine Gedanken macht.

Besonders gut werden die praktischen Vorführungen angenommen. Diese sollten noch verstärkt und die Theorie wesentlich verkürzt werden. Auch die Filmbeiträge kommen bei den Schülern an, nur sollten veraltete Filme durch neue ersetzt werden.

Die Unterweisungen in der Ersten Hilfe müßten noch verstärkt und durch mehr praktische Übungen der Schüler gesichert werden. Besonders positiv wird von den Schülerinnen und Schülern gewertet, daß ihnen bescheinigt wird, an einem Kurs über Sofortmaßnahmen am Unfallort erfolgreich teilgenommen zu haben.

Ich bitte Sie, sich mit der Schulleitung Ende September 1982 in Verbindung zu setzen, um die Kurstermine für das Schuljahr 1982/83 festzulegen.“

## THW-OV Niebüll half bei Deicheinweihung

Das deutsch-dänische Gemeinschaftswerk, der Deichbau vor der Tonderner Marsch von 1979 bis 1982, ist weit über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus bekannt geworden. Am 10. Mai 1982 weihte Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens und die Königin von Dänemark, Margarete II., den Deich an der Nordsee ein, der ca. 22000 Menschen vor dem „Blanken Hans“ schützen soll.

Bei den umfangreichen Vorarbeiten zu den Einweihungsfeierlichkeiten leistete der THW-OV Niebüll auf Ersuchen des Amtes für Land- und Wasserwirtschaft (ALW), Husum, Hilfestellung.



Die THW-Helfer bei der Montage des Zelt-daches.

Die Arbeiten wurden unter der Leitung von Zugführer Szeimis und Gruppenführer Petersen ausgeführt. Bei strömendem Regen montierten 25 THW-Helfer zwei 15 m lange und 2,50 m breite Zelt-dachteile.

Ein vom THW-OV Flensburg ausgeliehener Kran setzte das Dach auf die Seitenteile, konnte es aber wegen mangelnder Reichweite nicht an die richtige Stelle bringen: Das Problem wurde durch Muskelkraft bewältigt, jeweils ca. 800 kg wurden „verrückt“.

Wer sich nicht an der Montage beteiligen konnte, half beim Aufbau einer Pressetribüne, die 7,50 m breit und stufenweise ca. 3 m hoch war. Hundert Journalisten sollten hier Platz finden. Während der Aufbauarbeiten wurden noch einige „kleinere“ Arbeiten wie das Aufstellen eines Mastes für Lautsprecher durchgeführt.

Am Tage der Einweihung waren acht THW-Helfer als zusätzliche Ordnungskräfte eingesetzt. Zwei von ihnen rollten übrigens auch den „roten Teppich“ für die Prominenz aus. Am Abend des denkwürdigen Tages bauten dann auch 20 THW-Helfer in kürzester Zeit alles wieder ab. H. S.

## Großfeuer auf Hof Bast

Ein Toter, ein Schwerverletzter und ein Sachschaden von rund 700000 DM sind die traurige Bilanz eines Großfeuers auf dem bekannten Reiterhof Bast zwischen Eutin und Malente in der Holsteinischen Schweiz. Über 100 Helfer der Feuerwehren der Gemeinde Malente sowie der Stadtfeuerwehr Eutin und des THW-OV Eutin bekämpften gemeinsam den kilometerweit sichtbaren Brand.

Während der ersten Bergungsarbeiten wurde in der in Flammen stehenden Scheune noch ein Pferd entdeckt. Mehrere Feuerwehrleute wollten dem Tier helfen, als plötzlich eine Giebelwand auf die Retter stürzte. Dabei kam ein Feuerwehrmann in den Trümmern um, ein weiterer erlitt schwere Verletzungen und wurde mit dem Rettungshubschrauber ins Krankenhaus gebracht. Da während des Einsturzes noch ein dritter Feuerwehrmann im Gebäude war, begann eine stundenlange Suche aller Helfer.

Erst in der Nacht zum Freitag, acht Stunden nach Ausbruch des Feuers, stellte sich heraus, daß der vermißte Feuerwehrkamerad sich noch rechtzeitig in Sicherheit hatte bringen können und unter Schockwirkung stand. C. B.

## Nachrufe

Im 79. Lebensjahr verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit am 21. April 1982

Oberstudienrat i. R.

### Fritz Jatho

Jatho gehörte seit 1956 zu den besonders engagierten Führungskräften des THW. Im Januar 1962 übernahm er als Ortsbeauftragter die Leitung des THW-OV Heide und stand mit diesem Ortsverband bereits im Februar des gleichen Jahres anlässlich der großen Sturmflut im Einsatz.

Gemeinsam mit dem THW-Landesverband erarbeitete er ein Schnellausbildungsverfahren, das es ermöglichte, die Helfer der im Anschluß an die Flutkatastrophe neugegründeten Ortsverbände Albersdorf, Meldorf, Hochdonn-Burg, Büsum und Tönning einsatzfähig zu machen.

Auch in den folgenden Jahren, in denen Jatho zugleich THW-Bereitschaftsführer und Kreisbeauftragter im Kreise Dithmarschen wurde, galt sein Hauptaugenmerk der Förderung der neuen und jungen Ortsverbände.

Die Persönlichkeit dieses herausragenden THW-Mannes war gekennzeichnet durch Geradlinigkeit und Offenheit, durch Verständnis für die Mentalität junger Menschen und durch Fürsorge für die ihm anvertrauten THW-Helfer.

Unter seiner verantwortlichen Führung wuchs das Ansehen des THW nicht nur im Umfeld seines Ortsverbandes Heide, sondern auch im gesamten Kreis Dithmarschen und weit darüber hinaus. Für seine herausragenden Verdienste im organisatorischen Bereich wurde er durch den Direktor des THW mit dem „Helferzeichen in Gold“ und mit dem „Helferzeichen in Gold mit Kranz“ ausgezeichnet. Der Bundespräsident verlieh ihm 1974 das Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland für seine großen Verdienste, die er sich um seine Heimat und die Gesellschaft, der er sich stets verpflichtet fühlte, erworben hatte.

THW-Landesbeauftragter Meier würdigte in seiner Trauerrede die Persönlichkeit Jathos und seine Verdienste um den Aufbau und das heutige Ansehen des THW. Er betonte auch die herausgehobene Stellung des Verstorbenen als langjähriges Mitglied des LV-Ausschusses und seiner ratgebenden Funktion, die weit darüber hinaus ging.

Der Landesverband Schleswig-Holstein hat durch den Tod Fritz Jathos einen herben Verlust erlitten. Wir alle trauern um ihn und danken ihm für seine Treue, für sein Bekenntnis zu unserer Gemeinschaft und seinen Einsatz für unsere Ziele.

Der Landesbeauftragte für Schleswig-Holstein  
Helmut Meier

Am Ostermontag 1982 verstarb nach einem tragischen Verkehrsunfall der Helfer

### Kay Stockhaus

des THW-OV Norderstedt im Alter von 21 Jahren.

Stockhaus war seit dem 1. September 1978 Helfer des THW und versah seinen Dienst im 1. Instandsetzungszug Segeberg.

Der Verstorbene war durch seine Einsatzbereitschaft und durch seine Einstellung zum THW-Dienst seinen Kameraden ein gutes Vorbild und bei den Helfern beliebt.

Der Ortsverband Norderstedt wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



## Vollübung der Hamburger Katastrophenschutzeinheiten

Bei der Feuerwehreinsatzleitung ging folgender Notruf ein:

„Hier ist Hauptbrandmeister E., ich befinde mich auf dem Gelände der Landesfeuerweherschule. Unmittelbar vor der Schule hat sich eine Explosion ereignet. Hier herrscht große Hitze, auf dem Schulgelände liegen viele Verletzte...“

So begann die „besondere Lage“ für eine Vollübung, an der sich die Freiwillige und Berufsfeuerwehr, das THW und die Sanitätsorganisationen beteiligten.

Im einzelnen sollte erprobt werden:

– Zusammenwirken der Führungs- und Einsatzkräfte der Feuerwehr, des THW, der Sanitätsorganisationen sowie der Gesundheitsbehörde unter einheitlicher Führung;

– Ausbildungsstand, Leistungsfähigkeit, Einsatzbereitschaft;

– Funktionsfähigkeit der Führungs- und Einsatzmittel;

– Alarm- und Einsatzpläne sowie Organisation des Versorgungsablaufes der Krankenhäuser in Katastrophenfällen;

– Funktionsfähigkeit eines Kreisaukunftsbüros des DRK;

Verpflegung von Einsatzkräften.

Die Übungslage sah vor, daß es während eines „Tages der offenen Tür“ an der Landesfeuerweherschule infolge eines Verkehrsunfalls zu einer Gasexplosion gekommen war.

250 Schwer-, Mittel- und Leichtverletzte, u. a. dargestellt durch 50 Junghelfer des THW Hamburg, befanden sich auf dem Schulgelände. Weiterhin wurden verschiedene brennende und verkrümmerte Gebäude dargestellt, an denen die Brandschutz- und Bergungseinheiten eingesetzt wurden.

Mit in die Übung einbezogen waren folgende Kräfte: Feuerwehreinsatzleitung (FEL), Technische Einsatzleitung (TEL), Krankenhausbettennachweis (KBN), drei Schwerpunktkrankenhäuser, drei Löschzüge (LZR und LZW), drei Bergungszüge, fünf Sanitätszüge, sechs Verpflegungstrupps.

Die zwei Bergungszüge des THW übernahmen zusammen mit dem Bergungszug der Freiwilligen Feuerwehr die Rettung der „Verletzten“ aus einem nahegelegenen Kanal, zusammengebrochenen Gebäuden und zerstörten Kraftfahrzeugen. Weiterhin wurde in einem Ge-



Innenminister Pawelczyk (3. von links) im Gespräch mit den Helfern.



Das Anheben einer schweren Last gehörte zu den Übungsaufgaben.

bäude eine umfangreiche Abstützung durchgeführt. In den verschiedenen Einsatzabschnitten arbeiteten die Helfer des Bergungsdienstes mit den Sanitätseinheiten eng zusammen.

Die Fachberater des THW waren in den Führungsstäben vertreten, um dort während der Übung ihre Kenntnisse in Führung, Stabsarbeit und Organisation zu vertiefen.

Zusammenfassend wurde durch Innenminister Alfons Pawelczyk den Einheiten gutes fachliches Können bescheinigt. Verschiedene Schwierigkeiten traten allerdings in der Gesamtführungsstruktur auf, wobei der Informationsfluß nicht immer optimal war und eine Lagebeurteilung erschwert wurde. Es muß aber berücksichtigt werden, daß in dieser Zusammensetzung zum ersten Male geübt wurde. Pawelczyk kündigte eine weitere Übung im Herbst dieses Jahres an, um auch anderen Einheiten die Möglichkeiten zu geben, sich in größerem Rahmen auf ihre Einsatzaufgaben vorzubereiten.

A. K.

## „Blaues Band der Elbe“ bei hartem Wind

Zum vierten Male beteiligte sich das THW Hamburg mit seinen Mehrzweckbooten in einem Vorlauf an der Ausscheidung der Hafengeburtstags um das „Blaue Band der Elbe“. Anlässlich des 763. Hafengeburtstags zeigten die



Der siegreiche Bootsführer des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Bergedorf.

Bootsführer des THW vor einer großen Zuschauerkulisse und prominenten „Gästen“ – wie dem Segelschiff der Bundesmarine „Gorch Fock“ und dem sowjetischen Segelschiff „Sedov“ – bei stürmischem Wetter ihr Können.

In einer THW-internen Überprüfung wurden Ausstattung und Ausrüstung, der Zustand des Bootes und die erforderlichen Begleitpapiere mitbewertet. Nach der Auswertung hatte diesmal der Bezirksverband Hamburg-Bergedorf die Nase vorn, und der Bootsführer nahm den Siegespokal unter dem Beifall seiner Kameraden aus den Händen von THW-Landesbeauftragten Günter Trautvetter entgegen.

A. K.

## Kraftfahrer-Pokalwettkampf in Hamburg-Harburg

Mit 26 Einsatzfahrzeugen (Führerscheinklasse II und III) nahmen alle sieben Hamburger THW-Bezirksverbände an einem Geschicklichkeits-Turnier in Hamburg-Harburg teil. Der örtliche Automobil-Club hatte diese Veranstaltung ausschließlich für das THW und die Freiwillige Feuerwehr ausgeschrieben und für jede Organisation Wanderpokale gestiftet. Der Innenminister der Freien und Hansestadt Hamburg, Alfons Pawelczyk, eröffnete die Veranstaltung.

Der Parcours stellte große Anforderungen an die Kraftfahrer, und es zeigte



Ihr ganzes fahrerisches Können müssen die Kraftfahrer aufbringen, um möglichst ohne Fehlerpunkte den Wettkampf zu bestehen.

sich sehr schnell, wo Fahrer und Beifahrer gut oder weniger gut zusammenarbeiteten. Insgesamt dreimal mußte die Wertungsstrecke durchfahren werden, wobei der Lauf mit den wenigsten Fehlerpunkten bewertet wurde.

Die zehn Wertungsaufgaben beinhalteten u. a. das Durchfahren einer Slalomstrecke, Schätzen der Durchfahrtschöpfung, Heranfahren an eine Haltelinie, vorwärts und rückwärts, sowie einseitiges Fahren in eine Spurgasse.

Nach spannendem Kampf um Zentimeter und Punkte standen die Sieger fest: Den Wanderpokal der Führerscheinklasse II gewann der Bezirksverband Hamburg-Wandsbek, den der Klasse III der Bezirksverband Hamburg-Harburg. A. K.

### Wochenendausbildung in Schönböken

Der THW-Bezirksverband Hamburg-Altona führte seine diesjährige Wochenendausbildung an der Katastrophenschutzschule des Landes Schleswig-Holstein in Schönböken durch. Beteiligt waren drei Bergungszüge, ein Instandsetzungszug, die Jugendgruppen, ein Materialerhaltungstrupp, ein Verbrauchsgütertrupp, ein Verpflegungstrupp, eine Führungsgruppe TEL und ein Rettungstransportwagen der Johanniter-Unfallhilfe – insgesamt ca. 170 Helferinnen und Helfer mit 33 Fahrzeugen.



Nur noch wenige Handgriffe und der Hängesteg ist fertig.

Auf dem Schulgelände war der Schwerpunkt des Ausbildungsbetriebes. Dort entstanden zwei Hängestege (bis über 40 m Länge) sowie eine Seilbahn. Außerdem wurden Atemschutz- und Bergungsausbildung durchgeführt und eine Trinkwasser-Aufbereitungsanlage eingesetzt. Die E-Gruppe stellte Freileitungsmasten auf und rüstete eine Freileitung für Drehstrom aus. Mit der Parallel-Schaltanlage wurden sechs 5-kVA-Aggregate gekoppelt und der Strom über die Freileitung zu einer Pumpengruppe geleitet, die Wasser von einem Seearm in den nächsten pumpte.

Am Schulgebäude stationiert war die Küche und der Materialerhaltungstrupp, der während der gesamten Übung mit der Reparatur ausgefallener Geräte beschäftigt war.

Etwa 50 Kilometer entfernt wurde bei dem Ort Groß-Nordsee Sprengausbildung für Helfer der 4. Gruppen der

Bergungszüge durchgeführt. Auf dem nahegelegenen Wasserübungsplatz Groß-Nordsee trainierten die Helfer mit den Allzweckbooten für das Rennen um das „Blaue Band der Elbe“. Über Flüsse und Seen sollten eine Jugendgruppe des THW-BV Hamburg-Altona mit dem Schlauchboot und eine weitere Gruppe mit den Floßsäcken der Acht-Tonnen-Fähre zum Wasserübungsplatz paddeln.

Am Sonnabend besuchten Schulleiter Lau, der ehemalige THW-Bezirksbeauftragte Bockholt, der ehemalige THW-Geschäftsführer Buße, die Führungsmannschaft des Bezirksverbandes Hamburg-Wandsbek und THW-Landesbeauftragter Günter Trautvetter mit seinem Stellvertreter, Erich Leppke, die Wochenendausbildung.

Erheblich mit zum Erfolg trug die Kooperationsbereitschaft der Schule und die unkomplizierte Zusammenarbeit mit dem Lehrer vom Dienst, Salomon, bei, der während der gesamten Zeit anwesend war und speziell die Sprengausbildung ermöglichte.

Am Sonntagabend konnten THW-Bezirksbeauftragter Klock und Einsatzleiter Buch zufrieden sein mit dem Verlauf dieser Wochenendausbildung, die neben der Erfüllung fachlicher Aufgaben auch das Führen eines größeren Verbandes speziell mit dem Führungsmittel Sprechfunk und das Zusammenleben in einer größeren Gemeinschaft auf beengtem Raum beinhaltete. D. B.

## Bremen



### Gemeinsame Fahrübung der Hilfsorganisationen

Im Frühjahr dieses Jahres wurde es Wirklichkeit: THW, ASB, JUH und MHD unternahmen gemeinsam eine Orientierungsfahrt. Beteiligt waren 17 Gruppen mit je einem Fahrzeug, Gruppenführer und Kraftfahrer. Es galt, verschiedene Ziele anzufahren, zum Teil dort noch Aufgaben zu erfüllen – und vor allem am richtigen Endpunkt anzukommen.

Die Strecke hatte eine Länge von 100 Kilometern und führte rund um Bremen, teilweise durch kleine Dörfer. Und gerade diese Dörfer hatten es „in sich“, denn dort mußten oft bestimmte Punkte angefahren bzw. im Fragebogen Gebäude – die nur mit Koordinaten angegeben waren – genannt werden.

Wenn es einzelnen Fahrern auch etwas schwerfiel, auf Antrieb die Aufgaben zu lösen, so gab es doch am Ende ein großes Hallo, als alle am Ziel eintrafen.

G. B.

### Gute Zusammenarbeit

Bei einer gemeinsamen Übung am Mahndorfer See in Bremen zeigten vor einigen Wochen THW, DLRG und JUH eine gute Zusammenarbeit. Die Helfer des THW-OV Bremen-West (1. Bergungszug) sollten lernen, sich mit Hilfe eines Mehrzweck- und Schlauchbootes



Mit Mehrzweck- und Schlauchbooten üben die Helfer den Wassereinsatz.

auf dem Wasser zu bewegen. Vor allem wurde der Transport von Lasten, die Überführung von „Verletzten“ auf einer Trage sowie der Einsatz eines Notstromaggregats geübt.

Die Helfer der DLRG vom Achterdieksee leisteten sehr gute Hilfe, wobei auch der Rettungsdienst der Übung übernommen wurde. Um der Veranstaltung einen kleinen Anstrich einer Einsatzübung zu geben, übernahmen die Helfer der JUH den Sanitätsdienst.

Da alle Organisationen über andere Funkkanäle im 2-m-Band verfügen, war eine übergreifende Funkübung nicht ohne weiteres möglich. Die Geräte mußten ausgetauscht werden. Hier gilt es, für die Zukunft eine annehmbare Lösung zu finden.

Beim abschließenden Mittagessen gab es noch einen regen Erfahrungsaustausch zwischen den Organisationen.

G. B.

## 30 Jahre THW-OV Cloppenburg

Sechs Brücken im Erholungsgebiet Thülsfelder Talsperre hat der THW-OV Cloppenburg im Rahmen seiner Ausbildung „Holzbearbeitung“ unter übungs-mäßigen Bedingungen seit 1975 gebaut. Am Freitag, dem 14. Mai 1982, wurden die zuletzt errichteten drei Brücken vom stv. Vorsitzenden des Zweckverbandes „Erholungsgebiet Thülsfelder Talsperre“, Heinrich Niehaus, der Öffentlichkeit übergeben.

Besonders beeindruckt die „Mühlenbrücke“ mit einer Baulänge von 14,40 m, bei der das Rammen der 7 m langen Bongossipfähle mit einer 300 kg schweren Spezialramme erhebliche Mühe bereitet hatte. Die technische Leitung lag bei Lehrgruppenleiter Wolfgang Wiedemeyer, Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.

Die 9,50 m lange „Mitternachtsbrücke“ wurde im Rahmen einer dreitägigen Wochenendübung von den Prüflingen der Grundausbildung rund um die Uhr – daher der Name – gebaut.

Als Dank für den Einsatz beim Brückenbau und bei der Renovierung des Trimpfadens gab es Bronzeplaketten vom Zweckverband; eine für THW-Ortsbeauftragten Gerhard Hase – stellvertretend für alle Helfer – und zwei weitere für Zugführer Gerhard Wollenhaupt und Gruppenführer Gerhard Fangmann, die sich persönlich besonders engagiert hatten.



Symbolisch schlägt THW-Kreis- und Ortsbeauftragter Gerhard Hase einen letzten Holznagel in das Geländer der Mühlenbrücke.

Landrat Georg Bührmann (links) bedankt sich für die THW-Plakette; rechts THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser.



Nur eine Woche nach der Brückenübergabe erlebte der THW-OV Cloppenburg am Sonnabend, dem 22. Mai 1982, einen weiteren Höhepunkt: Mit einem Festakt wurde die Übergabe der neuen THW-Unterkunft vorgenommen und mit einem Jubiläumsball des 30jährigen Bestehens des Ortsverbandes gedacht.

Dazwischen vollzog sich ein „Tag der offenen Tür“ mit Fahrzeug- und Geräteschau sowie Demonstrationsvorführungen. Vielen hundert interessierten Zuschauern wurde dabei die Leistungsfähigkeit des THW vor Augen geführt.

Diese Leistungsfähigkeit wurde auch von Landrat Georg Bührmann gewürdigt, der bei seiner Ansprache anlässlich des Festaktes betonte, der Landkreis könne nicht auf die Hilfe des THW verzichten.

THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser würdigte die vorbildliche Willenskraft und den Idealismus der Cloppenburger THW-Helfer bei der Überwindung der Schwierigkeiten in der Vergangenheit. Die vom Landkreis Cloppenburg für das THW erbaute neue Unterkunft bezeichnete er als mustergültig. Damit seien Maßstäbe gesetzt worden. Ein großes Lob zollte Leiser THW-Orts- und -Kreisbeauftragten Gerhard Hase, der es verstanden habe, Helfer und Junghelfer für ihren humanitären Dienst zu motivieren. Beim Jubiläumsball im Cloppenburger Schützenhof waren auch Frauen und Freundinnen der Helfer mit von der Partie. Diese Veranstaltung bildete den Abschluß einer auch für den aktiven Ortsverband Cloppenburg außergewöhnlichen Veranstaltungswoche. R. B.

## Brückenbau am Wochenende

Über ein Feuchtraumbiotop im Naherholungsgebiet der Stadt Sarstedt bei Hannover mußte ein Fußgängerüberweg erstellt werden, der die Niederung in einer Breite von 55 m überbrücken sollte – eine reizvolle Aufgabe für das THW. Die Besonderheit dieser Brücke bestand darin, daß das zur Verfügung stehende Material aus dem Abbruch einer großen Lagerhalle stammte. Voraussetzungen also, wie sie bei einem echten Einsatz eintreten können: nämlich aus dem vor Ort vorhandenen Material Optimales herstellen zu müssen.

Zur gleichen Zeit mußte ca. 60 km entfernt eine weitere Fußgängerbrücke von 35 m Länge in freitragender Konstruktion über die Leine gebaut werden; für einen Bergungszug und die E-Gruppe des Instandsetzungszuges eine wahrhaft große Aufgabe. Ziel war es, beide Brücken am Sonntag Punkt 12 Uhr für den Verkehr freizugeben.

Am Freitag, dem 14. Mai, um 15 Uhr, wurde mit den Arbeiten begonnen. Während die E-Gruppe als erstes den Auftrag hatte, das Zeltlager aufzubauen, begann der Bergungszug truppweise mit den bereits im voraus festumrissenen Aufgaben. Der Einsatz endete um 22 Uhr. Die 2. Bergungsgruppe, Helfer des Stützpunktes Elze, rückten am Samstagmorgen zum Bau der zweiten Brücke bei Alsfeld ab. Die Brücke befindet sich im Überflutungsgebiet der Leine und ist aus diesem Grund auf ca. zwei Meter hohen Uferfundamenten aufgelegt. Fundamente und das tragende Element der Brücke waren bereits von einer Firma erstellt worden. Zur Überwindung des Höhenunterschiedes mußten an beiden Seiten Plattformen und Treppen hergestellt werden. Das anschließende Einbringen der Unterkonstruktion zur Aufnahme des Brückenbelages brachte einige Probleme mit sich. Bedingt durch die Bogenform und die in Längsrichtung



Der Brückenbau steht kurz vor dem Abschluß, nur noch die Gehwegplanken sind anzubringen.

zu montierenden Kanthölzer waren erhebliche Spannungen zu überwinden.

Mit einer enormen Arbeitsleistung konnte diese Brücke bereits am Abend fertiggestellt werden. Gegen 22 Uhr traf die 2. Bergungsgruppe wieder im Lager ein.

Am Sonntagmorgen um 6 Uhr wurden die Arbeiten fortgeführt. Es war noch

eine Menge zu tun, um den gesetzten Termin einzuhalten. Punkt 12 Uhr konnte der Bürgermeister der Stadt Sarstedt, Walter Gleitz, eine Brücke übernehmen, die sogar schon mit einem Schutzanstrich versehen war. Abgekämpft, aber zufrieden mit dem Resultat, beendeten die Sarstedter THW-Helfer ihre dreitägige Großübung. R. E.

### „Tag der offenen Tür“ beim THW-OV Hameln

Die Besonderheit, die die Jubiläumsveranstaltung des THW-OV Hameln zum 30jährigen Bestehen am Samstag, dem 15. Mai 1982, kennzeichnete, war, daß

am gleichen Tag auch auf den zehnjährigen Bestand einer Jugendgruppe zurückgeblückt werden konnte. Beide Jubiläen waren Anlaß zu einem umfangrei-



Viele interessierte Zuschauer verfolgten die Bergung eines „Verletzten“ mit Hilfe der Seilbahn und des Schleifkorbs.

chen Programm, in dessen Mittelpunkt ein Festakt und anschließend ein „Tag der offenen Tür“ mit vielseitigen Vorführungen standen. Zu den prominentesten Gästen zählten Oberkreisdirektor Dr. Kallmeyer, Regierungsdirektor Ferdinand Ständer, BZS, und THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser. Zu Beginn gab Helmut Wellner, ehemaliger Ortsbeauftragter und Althelfer, einen Überblick über die Entwicklung des Ortsverbandes.

THW-Landesbeauftragter Leiser würdigte in seiner Ansprache die Aufbauarbeit des Ortsverbandes, zu dessen ersten Unterkunftsräumen u. a. ein mit Eigenmitteln hergerichteter Schafstall gehörte. Heute allerdings könne die Unterkunftsituation als befriedigend und die Ausstattung der 70 Helfer mit Gerät und Bekleidung als gut bezeichnet werden. Mit einem Rückblick auf die lange Liste der Einsätze des Ortsverbandes im In- und Ausland, die hervorragende Jugendarbeit seit nunmehr zehn Jahren und einem Dankeschön an alle Führungskräfte und Helfer schloß Leiser seine Ausführungen. Anschließend übergab er Urkunden für 20jährige Zugehörigkeit an Günter und Willi Wedecke sowie das Helferzeichen in Gold mit Kranz an den Sprecher des Ortsausschusses – der Ortsverband verfügt z. Z. über keinen Ortsbeauftragten – Klaus-Peter Strösau.

Sehr großzügig zeigte sich der Landkreis Hameln-Pyrmont, repräsentiert durch Oberkreisdirektor Dr. Kallmeyer, der Worte des Dankes und der Anerkennung an die Angehörigen des Ortsverbandes richtete und besonders auch die Jugendarbeit würdigte, durch die Übergabe von Zusatzausstattung zum Rollgliss-Gerät.

Vor den abschließenden Grußworten der Vertreter ortsansässiger Organisationen und benachbarter Ortsverbände überbrachte Regierungsdirektor Ferdinand Ständer die Grüße des THW-Direktors Hermann Ahrens.

Nach dem Mittagessen begann das umfangreiche Vorführungsprogramm, das sehr wirklichkeitsnah mit dem Einrücken der Fahrzeuge des Bergungsdienstes mit Blaulicht und Sirene begann. An einem Übungsturm wurde das Bergen aus Höhen mit dem Leiterhebel, dem Rollgliss-Gerät und der Seilbahn demonstriert. Besonders interessiert beobachtet wurde eine simulierte Einbruchsprengung unter Verwendung von Sauerstofflanze und Kernloch-Bohrgerät an einem Betonblock. Feldschmiedearbeiten, Elektroschweißen, Brennschneiden und Holzbearbeitung rundeten das Programm ab, welches insgesamt mehrere tausend Zuschauer mit großem Interesse verfolgt hatten. R. B.

## Ronald Reagan in Berlin

Der Besuch des amerikanischen Präsidenten in Berlin wurde von der überwiegenden Mehrheit der Berliner freudig begrüßt. Nach den Erfahrungen des Haig-Besuches und nach den Demonstrations-Ankündigungen verschiedener Gruppierungen war es klar, daß außerordentliche Sicherheitsvorkehrungen zu treffen waren, um den hohen Staatsgast zu schützen. Hierbei war jedoch zu berücksichtigen, daß der Präsident nicht total von der Bevölkerung isoliert werden durfte. Gelegenheit zu Kontakten sollte deshalb eine große Veranstaltung im Park des Charlottenburger Schlosses geben, wo Präsident Reagan vor über 25000 geladenen Berlinern eine Rede halten wollte.

Der THW-Landesverband wurde schon frühzeitig von der AMK (Ausstellungs-, Messe- und Kongreßgesellschaft), einem Eigenbetrieb des Landes Berlin, die für diesen Teil des Präsidentenbesuches verantwortlich zeichnete, um Mithilfe gebeten. Die Planung des großen Schloßparkfestes war äußerst schwierig, da sowohl deutsche als auch ausländische Sicherheitsspezialisten mit größter Akribie jede Aktivität überprüften und genehmigen mußten.

Dem THW fielen schließlich folgende Aufgaben zu:

1. Bau einer Acht-Tonnen-Brücke über den Schloßgraben als Zu- und Abgang für Rettungsfahrzeuge,
2. Verstärkung einer vorhandenen Brücke mit Sd-Gerät zum Befahren von Schwerfahrzeugen,
3. Stromversorgung mit 5-kVA-Aggregat für verschiedene Abnehmer,
4. Einsatz des Funkleitwagens als Koordinierungsstelle,
5. Aufbau einer Wascheinrichtung,
6. Bereitstellung einer technischen Einsatzgruppe für sonstige Notfälle.

Da der Schloßpark schon Tage vor dem Präsidentenbesuch für die Öffentlichkeit gesperrt war und unter polizeilicher Überwachung stand, konnten die Brückenarbeiten und die Stromversorgung schon im voraus aufgebaut bzw. eingerichtet werden.

Am Besuchstag sind die Einsatzkräfte schon Stunden vor dem Besuchstermin

in den Schloßpark eingezogen, der hermetisch abgesperrt war. Nun konnten die letzten Arbeiten ausgeführt werden, und ansonsten begann das große Warten und Bangen, was auf Berlin zukommen sollte. Hierbei kann gleich gesagt werden, daß es innerhalb des Schloßparks relativ ruhig war.

Noch am gleichen Tage wurden dann alle Einrichtungen wieder abgebaut. Ein sicherlich denkwürdiger Tag ging zu Ende. Hierbei ist nicht nur der überzeugende Einsatz der THW-Helfer hervorzuheben, sondern auch die großartige Zusammenarbeit mit allen Stellen, die für den Ablauf dieser Veranstaltung Verantwortung trugen. G.B.

## Berliner in Korbach

Am 16. Juni 1982 trafen sich 22 Helfer des THW-Bezirksverbandes Schöneberg/Tempelhof in ihrer Unterkunft. Sie empfingen die vom Versorgungstrupp vorbereitete Reiseverpflegung und bestiegen gegen 17.00 Uhr die Einsatzfahrzeuge. Unter der Leitung ihres Zugführers Michael Wagner brachen sie zu ihrem Partnerschafts-Ortsverband, dem THW-OV Korbach, auf. Tief in der Nacht wurden sie um 1.30 Uhr vom Korbacher Ortsbeauftragten Dieter Stede begrüßt und in ihr Quartier eingewiesen.

In einer Busrundfahrt lernten die Berliner Helfer am 17. Juni die Heimat ihrer Korbacher Partner kennen. So sahen sie den Edersee mit Schloß Waldeck, gingen in Bad Wildungen und Arolsen spazieren. Am Nachmittag übten die Berliner THW-Unterführer das Fahren nach Koordinaten – für die „Inselbewohner“ eine völlig neue Situation, die erfolgreich gemeistert wurde. Hier sei ein Wort des Dankes den Korbachern gesagt, die alle Übungen bestens vorbereitet und für einen erfolgreichen Ablauf der Tage gesorgt hatten.

Auch der zuständige THW-Geschäftsführer, Albert, und der Sachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit im Landesverband Hessen, Johann Schwepfinger, hatten sich für die Tage der Begegnung freigemacht und an allen Veranstaltungen teilgenommen.

Der 18. Juni sah die Berliner im Hartsteinbruch Wachenfeld. Zur Vorbereitung von Demonstrationssprengungen wurden mit dem Wackerhammer und dem Gesteinsbohrhammer 16 Bohrlöcher in den Felsen gebohrt. Erfreut registrierten die Berliner Helfer den mehr-



Endlich hatten die THW-Helfer aus Berlin wieder einmal Gelegenheit, Sprengarbeiten durchzuführen.

stündigen Besuch von THW-Landesbeauftragten Lossen. In den Mittagsstunden wurde das imponierende Pumpspeicherwerk Waldeck II besichtigt. Anschließend wurden Sprengarbeiten unter Aufsicht des Sprengberechtigten Ludwig Schmidt durchgeführt, auf die alle besonders gespannt waren, zumal Sprengungen für das THW in Berlin doch recht selten sind.

Gezeigt wurde, wie man einen umgestürzten Baum, der eine Straße versperrt, mit Sprengschnüren beseitigen kann. Weiterhin wurde die Wirkung von Haftladungen an Baumstämmen bzw. von Sprengstoff in Bohrlöchern demonstriert. Die Wirkung von Sprengkapseln in verschiedenen Gefäßen und die Zertrümmerungssprengungen großer Felsbrocken und Gesteinswände waren ein eindrucksvolles Erlebnis, das die Berliner Helfer dem Korbacher Zugführer verdanken.

Auch der folgende Tag brachte Überraschungen: Der Einsatzauftrag lautete, vier „Verletzte“ zu bergen, auf deren Auto im Wald ein Baum gestürzt war. Nach Koordinaten war der Einsatzort anzufahren. Die Korbacher Helfer hatten es den Berliner Einsatzkräften nicht leicht gemacht. Keine der Türen des Autos ließ sich öffnen. Auch die eingesetzten Brechstangen versagten. Mit Trennschleifer, Asbestdecken und Brechstangen wurde dann der Zugang zu den „Verletzten“ geschaffen. Die „Verunglückten“ wurden geborgen und die Erstversorgung durchgeführt.

In den folgenden Stunden konnten die Berliner unter Leitung des zuständigen Försters ihr Können beim Fällen gut hundertjähriger Baumstämme zeigen.

Die abendliche Abschlußfeier vertiefte die junge Freundschaft zwischen den Helfern aus Korbach und Berlin. N. W.



## THW-Helfer zur Ausbildung in Hoya

An einem Freitag fuhren 120 THW-Helfer aus dem Kreis Kleve mit 25 Fahrzeugen und Booten in zwei Kolonnen zur Wochenendausbildung zum Wasserübungsplatz der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya. Begleitet wurden sie von zwei Sanitätsfahrzeugen des DRK Kleve. Nach siebenstündiger Fahrt trafen alle Fahrzeuge in der Nacht dort ein.

Ein Vorauskommando hatte am Tag zuvor notwendige Vorbereitungen wie Zeltaufbau, Einrichten von Schlafgelegenheiten usw. getroffen und schwere Wasserfahrzeuge mit Hilfe eines Krans zu Wasser gelassen, damit Samstagmorgen der Ausbildungsbetrieb zeitig starten konnte.

Die Stationsausbildung, die im Wechsel durchgeführt wurde, hatte folgende Schwerpunkte: Motorenkunde; Bau eines behelfsmäßigen Anlegers; Betreiben eines Behelfsfloßes mit Hilfsmitteln; Fahren mit Schlauchboot ohne Motor mit und ohne Steuermann; Fahren mit Schlauchbooten unter Motorkraft; Fahren mit Mehrzweckbooten mit Motorkraft und verschiedenen Manövern wie An- und Ablegen im Strom; Mann über Bord; Fahren mit dem Großraum-Schlauchboot ohne Motor sowie Fahren mit Leichtmetallpontons.

Der Bergungszug des THW-OV Geldern führte am Landübungsplatz Stationsausbildung im Behelfsbrückenbau durch. Ausgebildet wurde u. a. in Vermessung, Errichten von Endauflagern und Jochen sowie Herstellen eines Bocksprengwerksteges.

Am Abend fand ein zünftiger Kameradschafts- und Grillabend statt. Dabei wur-



Das Paddeln mit dem Großraum-Schlauchboot machte allen Helfern viel Spaß.



Zu den Übungsaufgaben gehörte auch der Bau eines behelfsmäßigen Anlegers.

den zwei verdiente Helfer aus Emmerich und Geldern mit dem THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz ausgezeichnet.

Am Sonntag wurde dann die Ausbildung bis in die Mittagsstunden weitergeführt. Ab 13.00 Uhr fuhren die Helfer mit ihren Fahrzeugen, in Einzelkolonnen aufgeteilt, zu ihren Standorten zurück.

Die verlagerte Standortausbildung hat bei allen Beteiligten einen tiefen Eindruck hinterlassen. Ein Teil der Helfer erklärte spontan seine Bereitschaft, weitere Lehrgänge „Wasserdienst“ an der Schule Hoya zu besuchen. Für alle stellte die Ausbildung eine Auffrischung der Kenntnisse dar und dürfte den fast jährlichen Hochwassereinsätzen am Niederrhein zugute kommen. P. F.

## Jugendlager im Steinbruch

Auch in diesem Jahr wurde das schon traditionelle Pfingstlager der Jugendgruppe des THW-OV Köln-Nord durchgeführt. Diesmal ging es zu einem stillgelegten Steinbruch bei Hesborn. Dieser Steinbruch, ca. einen Kilometer breit, mit verschiedenen Plateaus, erwies sich als ideales Gelände. Unter dem Motto „Bergen aus Höhen und Tiefen“ wurde an folgenden Stationen ausgebildet: Aufbau einer Seilbahn mit Hilfe des GWK und dem Lkw als zweitem Verankerungspunkt, Einsatz des Rollgliss-Gerätes sowie Gesteinsbearbeitung und Umgang mit der Hydropresse.

Am Sonntag stand ein Orientierungsmarsch auf dem Programm, der nach ca. drei Stunden auf einem 705 m hohen Berg endete. Der Tag klang mit einem gemütlichen Beisammensein mit der Jugendgruppe des THW-OV Wetter aus, die ebenfalls ihr Lager im Steinbruch aufgeschlagen hatte.

Am Montag mußten dann die Zelte und eine 250 m lange Schlauchleitung abgebaut werden, die das Lager mit Brauchwasser aus dem 50 m tiefer fließenden Bach versorgt hatte. Gegen 14.30 Uhr fuhren die Helfer zurück nach Köln.

B. A.

## Nachruf

Am 5. Juni verstarb an den Folgen eines tragischen Verkehrsunfalls im Alter von 26 Jahren

### Theo de Ryck

Seit 1974 war der Verstorbene Helfer des 5. Bergungszuges Kleve im Stützpunkt Straelen des THW-OV Geldern.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsbeauftragter und Helfer des THW-OV Geldern

# Hessen



## Säure im Klärwerk ausgeflossen

Ein undichter Blindflansch, so heißt die Abdichtung eines Behälters in der Fachsprache, hatte in einer Kläranlage für Aufregung gesorgt: Aus einem Spezialtank waren rund 8000 Liter Eisenchlorid – eine säureähnliche Flüssigkeit – ausgelaufen. Zum Glück floß die gefährliche, schmutzig-gelbe Brühe in eine

Schutzwanne, so daß keine Umweltschäden entstanden.

Der Spezial-Einsatzzug „Chemie“ der Hanauer Berufsfeuerwehr sowie die Helfer des THW-OV Bad Orb waren bis in die Abendstunden mit den Aufräumarbeiten beschäftigt. Die zuerst alarmierten THW-Helfer versuchten zunächst vergeblich, das Eisenchlorid mit einer Ölpumpe in Plastikbehälter zu

pumpen, um die Schadenstelle ausfindig zu machen. Schon nach kurzer Zeit versagte die Pumpe, weil die säurehaltige Flüssigkeit die Eisenteile des Gerätes angeätzt hatte. Gegen Mittag alarmierten die Verantwortlichen schließlich die Hanauer Berufsfeuerwehr, die mit ihren Spezialfahrzeugen und -geräten anrückte und die Flüssigkeit nach einer Zwischenlagerung in Plastikbehältern wieder in den reparierten Tank füllte. M. R.

## THW sprenge in Wehrheim

Auf dem ehemaligen Gelände einer Silberbronze- fabrik am Ortsrand von Wehrheim führte der THW-OV Bad Homburg Sprengarbeiten durch. Auf dem zwischenzeitlich von Mischwald bedeckten Grundstück waren die beiden Stampfhäuser sowie zwei Türme zu sprengen.



Der Riese ist gefällt: Die starke Eisenarmierung machte den Helfern zu schaffen.

Die Sprengarbeiten der 16 THW-Helfer wurden nach Zündung der letzten Sprengladung um 18.00 Uhr unter Beifall der Beteiligten erfolgreich abgeschlossen. P. Sch.

## 22. Hessentag 1982

Wie bereits in den vergangenen Jahren haben THW-Helfer die Hessentagsleitung bei der Organisation des 22. Hessentages auf die vielfältigste Weise unterstützt. In den acht Tagen, die dieses Fest der Hessen dauerte, haben neben der Feuerwehr und den Sanitätsorganisationen auch THW-Einheiten des Kreises und der benachbarten Bereiche mitgewirkt und dabei eine Beleuchtungsanlage auf dem Sportplatz aufgebaut und betrieben, das Aufstellen und die Lenkung des Festzuges durchgeführt, die Versorgung von Einsatzkräften sichergestellt und Ordnungsdienste an einigen Schwerpunkten geleistet.

Ministerpräsident Holger Börner und THW-Landesbeauftragter Lossen dankten den Helfern für ihren Einsatz.

J. Sch.

## THW-Ehrenzeichen für Hans-Peter Walter

Im Rahmen der Feier zum 30jährigen Bestehen des THW-OV Darmstadt zeichnete THW-Direktor Hermann Ahrens Hans-Peter Walter, stv. Ortsbeauftragter, mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold aus.

In den 29 Jahren seiner Mitarbeit im THW hat Walter an der Gründung und am Aufbau des Ortsverbandes entscheidend mitgewirkt. Es ist ihm mit zu verdanken, daß der Ortsverband zu einem festen Bestandteil des Katastrophenschutzes der Stadt Darmstadt geworden ist. J. Sch.

## 30 Jahre THW-Landesverband Hessen

Unter der Schirmherrschaft des Hessischen Staatsministers des Innern, Ekkehard Gries, feierten am 22. Mai 1982 in Wächtersbach 384 THW-Angehörige sowie Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Dienststellen den 30. Geburtstag des THW in Hessen. Im Rahmen einer Sternfahrt kamen 54 Abordnungen der hessischen Ortsverbände zum „Fest der Hessen“ in das Main-Kinzigtal. Innenminister Gries begrüßte die Sternfahrtteilnehmer und überreichte den Vertretern der Ortsverbände einen Freizeit- und Ferien-Atlas.

Anschließend fand im Bürgerhaus die Festveranstaltung statt. Unter den zahlreichen Gästen waren Innenminister Gries, THW-Direktor Ahrens, Bürgermeister Heinrich Heldmann mit dem Hessentagspärchen sowie THW-Bundes- und Landessprecher Peter Merck. In den Grußworten und Ansprachen wurden immer wieder die Leistung der ehrenamtlichen Helferschaft, das Engagement und die Bereitschaft zum Helfen hervorgehoben. Zahlreiche Einsätze und Hilfeleistungen hätten gezeigt, daß die Helfer mit der vom Bund beschafften, durch Sondergeräte des Landes verstärkten Ausstattung wirksam eingesetzt werden können. Die Integration der THW-Einheiten in das in den Kreisen und Städten vorhandene Potential der Hilfsorganisationen habe sich allerorts bewährt.

Minister Gries, der besonders das Miteinander hervorhob, dankte allen THW-Helfern für ihr uneigennütziges Wirken



Hohe Gäste bei der Festveranstaltung (von links): Regierungspräsident Dr. Hartmut Wierscher, THW-Bundessprecher Merck, THW-Direktor Ahrens, Innenminister Gries, THW-Landesbeauftragter Lossen.



Innenminister Gries (Bildmitte) mit Vertretern der Hilfsorganisationen am gemeinsamen Ausstellungsstand.

und versicherte, anstehende Probleme würden gemeinsam, schnell und unbürokratisch gelöst.

Zum Ausklang dieses „Geburtstages“ hatte man noch Gelegenheit, die 34. Wächtersbacher Messe mit der Landesausstellung zu besuchen und die Internationale Sport- und Musikschau – Höhepunkt eines jeden Hessentages – mitzuerleben. J. Sch.

## Gemeinsame Übung der Jugendgruppen

Die diesjährige gemeinsame Übung der Jugendgruppen des THW-OV Bensheim, der Feuerwehren Bensheim und Auerbach sowie des DRK Auerbach fand an einem Samstagvormittag auf dem Gelände einer Firma in Bensheim-Auerbach statt. Neben einer Überprüfung der Einsatzbereitschaft stand auch die Zusammenarbeit der Organisationen im Vordergrund.

Als Brandobjekt wurde die große Fabrikations- und Lagerhalle der Firma angenommen. Die Jugendfeuerwehr Auerbach stellte mit einem Löschangriff und der Wasserversorgung über längere Strecken ihre gute Ausbildung unter Beweis. Die THW-Jugendgruppe barg drei „Verletzte“ aus dem Keller des „brennenden“ Gebäudes. Außerdem übernahmen die THW-Junghelfer die Ausleuchtung der Schadensstelle. Die Jugendfeuerwehr Bensheim trug vom Fabrikhof aus einen Löschangriff vor und barg zwei „Verletzte“. Das Jugendrotkreuz Auerbach war für den Verletztentransport verantwortlich und errichtete eine Sammelstelle, um die „Verletzten“ zu versorgen.

THW-Jugendgruppenleiter Ralph Stühling, der die Gesamtleitung hatte, und seine Kollegen Gründer, Plaschke und Weyrauch lobten den guten Ausbildungsstand und die Einsatzbereitschaft der Jugendlichen. R. S.

## Neues Sprengverfahren

Ein 15 Meter hoher Lüftungskamin eines Tunnels hatte durch die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Frankfurt-Fulda ausgedient und stellte für den Bahnkörper eine Gefahr dar. Eine Sprengung im Frühjahr dieses Jahres mußte wegen des Verkehrs auf der nahe vorbeiführenden Bundesstraße abgesagt werden. Deshalb entschloß sich der THW-OV Wächtersbach zu einer „kalten“ Umliegung. Dabei wurde ein neues Verfahren angewandt: In einem Ring von zahlreichen Bohrlöchern im Kaminsockel verfüllten die THW-Helfer Sprengzement, der nach einigen Stunden durch starke Dehnung den Kamin rundherum von seinem Fundament löste. Nach achtstündiger Arbeit fiel der auf starken Beinen stehende Riese um. J. S.



## Mit Motorsäge im Einsatz

Das Stadtbauamt Zweibrücken hatte den THW-OV Zweibrücken beauftragt, eine zehn Meter hohe und 1,50 Meter dicke Weide, die in einen Bachlauf gestürzt war, zu bergen. Zwölf Helfer des Bergungszugs unter Leitung von Zugführer Klensch übernahmen die Aufgabe. Zunächst galt es, mit der Ein-Mann-Motorsäge den Baum teilweise zu entasten. Anschließend wurden die größeren Äste sowie auch später der Stamm mit Seilwinden über die Uferböschung geborgen. Mit der Zwei-Mann-Motorsäge zerteilten die Helfer dann den Koloß. Nach vier Stunden harter Arbeit war der Einsatz beendet. W. L.

## Landjugend beim THW-OV Zweibrücken

Eine besondere Besuchergruppe konnte Ortsbeauftragter Kurt Mayer in der Unterkunft des THW-OV Zweibrücken begrüßen: die Kreisgruppe der Landjugend, die einer Einladung des THW gefolgt war.

Die 35 jungen Leute wurden in verschiedenen Kurzvorträgen über die Arbeit der Katastrophenschutz-Organisationen informiert. Zunächst gab stv. Ortsbeauftragter Leopold einen Überblick über die Organisation des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik. Rechtliche Grundlagen, die in den verschiedenen Fachdiensten mitwirkenden Organisationen sowie deren Ausbildung und Aufgaben bildeten den Schwerpunkt der Erläuterungen.

Daran schlossen sich Ausführungen über das THW an, die Besucher lernten das THW als eine bundesweite Katastrophenschutz-Organisation kennen. Eine Vorführung des Filmes „THW live“ veranschaulichte das Gesagte.

Nachdem die Gäste die in Zweibrücken stationierten Fahrzeuge und Geräte besichtigt hatten, bestand Gelegenheit zu einer Aussprache, von der lebhaft Gebrauch gemacht wurde. W. L.

## THW-Leistungswettkampf in Staudt

Sieger beim THW-Leistungswettkampf in Staudt wurde der zweimalige Landessieger THW-OV Neuwied, der den Wanderpokal mit einem äußerst knappen Ergebnis vor dem Ortsverband Montabaur mit nach Hause nehmen durfte. Zu diesem Leistungswettkampf der vier Bergungszüge des Geschäftsführerbereiches Neuwied hatte THW-Geschäftsführer Eberhard Rott nach Staudt eingeladen. Die Veranstaltung stand unter der Schirmherrschaft des Landtagsabgeordneten Karl Hoppe, Simmern.

Am Samstagvormittag stellte sich der Geschäftsführerbereich Neuwied mit insgesamt 120 THW-Helfern, vielem technischen Gerät, seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten der einzelnen Fachdienste einer breiten Öffentlichkeit auf dem Kirmesplatz in Staudt vor. Die Veranstaltung umfaßte vier Hauptgebiete, bei denen der Leistungswettkampf der THW-Bergungszüge aus Betzdorf, Neuwied, Montabaur und Westerborg im Vordergrund stand. Eine Wettkampfgruppe mit jeweils zwölf Helfern hatte die



Eine Vielzahl von Hindernissen mußte überwunden werden, um zu den „Verletzten“ zu gelangen.

Aufgabe, einen „Verletzten“ zu bergen, jedoch mußte vorher eine Vielzahl von Hindernissen überwunden und durchdrungen werden.

Die Demonstration der Arbeit mit der Sauerstofflanze in den Pausen zwischen den Wettkampfrunden durch Helfer des THW-OV Neuwied war ein Anziehungspunkt dieser Veranstaltung. Ferner fand die Ausstellung des Bergungs- und Instandsetzungszugs Lahnstein großes Interesse bei den Zuschauern.

Der Fernmeldezug des THW-OV Westerborg hatte für die Fernmeldeverbindungen auf dem Wettkampfgelände zu sorgen. Der Verpflegungstrupp des THW-OV Lahnstein sorgte für das leibliche Wohl der Helfer und Gäste. Die Johanniter-Unfall-Hilfe, Ortsverein Höhr-Grenzhausen, stellte die Sanitätsbetreuung sicher.

Die Leistungen der Helfer fanden Anerkennung bei den zahlreichen Gästen, unter ihnen der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes, Kurt Schwaderlapp, sowie Kreisvorsitzender Hans Schmidt, Landesjugendfeuerwehrwart Fritz Strauß, Kreisfeuerwehriinspekteur Werner Hammer und Vertreter der Bundeswehr, der Polizei, des DRK und der Kreisverwaltung. W. O.

# Saarland



## Seeüberquerung wurde zur „Höllenfahrt“

„Einsatz für die Helfer des THW-OV St. Wendel“ tönt es mehrmals aus den Funkalarmempfängern. Schnell fahren die Helfer zur THW-Unterkunft, wo sie in die Übungslage eingewiesen werden: „Starke Regenfälle haben weitreichende Gebiete überschwemmt. Das Überschwemmungsgebiet ist zu erkunden.“

Eine Wagenkolonne, bestehend aus Kombi, zwei MKW, GWK und Lkw, setzt sich zum Bostalsee in Marsch. Im Kreissegelhafen warten bereits Helfer des THW-OV Nohfelden mit den S-Booten.

Letzte Handgriffe, die Lichterführung wird gesetzt, der 40 PS starke Außenbordmotor läuft bereits. Die Gerätegruppe leuchtet den Anlegeplatz aus. Ein weiterer Beleuchtungssatz wird im Boot verstaut, die erste Gruppe eingeschifft, Blinkzeichen am gegenüberliegenden Seeufer signalisieren den Weg. Schnell schneiden sich die Boote durch die hohen Wellen; für geübte Bootsführer kein Problem. Aufatmen am Anlegesteg. Die „Höllenfahrt“ ist zu Ende. Flutlicht sorgt auch hier, von einem Notstromaggregat gespeist, für ausreichende Sicht.

Während die nächste Gruppe übersetzt, sind die ersten Helfer, ausgerüstet mit

einem leichten Gerätesatz, bereits wieder unterwegs. Sie erkunden anhand von vorgegebenen Koordinaten nach Karte und Kompaß das Einsatzgebiet und erreichen nach einem Marsch von sechs Kilometern durchnäht den Treffpunkt „Römerhof“.

Bei der Manöverkritik äußern sich die Helfer begeistert über die harte, wirklichkeitsnahe Alarmübung, wenn auch die nicht alltägliche Seeüberquerung noch manchem in den Knochen saß. Ortsbeauftragter Leo Kuhn zeigt sich beeindruckt und lobt die schnelle Einsatzbereitschaft der unverhofft alarmierten Helfer. E. M.

## THW – umweltbewußt

An einem Samstag veranstaltete der Heimat- und Verkehrsverein Riegelsberg für einheimische Verbände und Organisationen eine „Aktion Sauberer Wald“. Ziel der Unternehmung war es, den von verantwortungslosen Mitbürgern im Waldgebiet um Riegelsberg gelagerten Müll und Unrat zu beseitigen und das Umweltbewußtsein der Bürger zu stärken.

Mit von der Partie war auch eine Gruppe von THW-Helfern unter der Führung des Ortsbeauftragten Helmut Klein. Vom alten Autoreifen bis zur Waschmaschine; vom Sofa bis zum Bauschutt – die Palette war breit gefächert. Alles, was nicht in den Wald gehört, wurde gesammelt und an der richtigen Stelle deponiert.

Doch die Aktivitäten des THW gingen darüber hinaus: Zum Abschluß der Aktion hatte der Ortsverband seine mobile Feldküche zur Lampennesthütte beordert, wo Küchenchef Bernd Riebe und seine Männer für alle Teilnehmer der Aktion einen schmackhaften Eintopf zubereiteten. R. B.

## Gemeinsame Ausbildung mit der Jugendwehr

Erstmals fanden zwei gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen mit der Jugendwehr der Freiwilligen Feuerwehr Spiesen-Elversberg und den THW-Junghelfern statt. Die von den Jugendgruppenleitern gemeinsam erarbeiteten Veranstaltungen sollten den jungen Helfern die Aufgaben beider Katastrophenschutz-Einheiten veranschaulichen und die unterschiedliche Führungs- und Aufbaustruktur aufzeigen.

Man traf sich je einmal im Feuerwehrgerätehaus und in der THW-Unterkunft. Wehrführer Herrmann Lutz und THW-Ortsbeauftragter Hans Müller referierten über die Geschichte, die Aufgaben und den Aufbau der beiden Organisationen. Mit besonderem Interesse wurden anschließend die Einsatzfahrzeuge inspiert, deren spezielle Ausrüstung sich die Jugendlichen von den Fahrzeugführern erläutern ließen.

Höhepunkt waren natürlich die gemeinsamen Rundfahrten in den Einsatzwagen; schließlich ist es nicht alltäglich, einmal in den Fahrzeugen einer anderen Organisation mitfahren zu können. Sehr lehrreiche Informationen über beide Organisationen erhielten die Jugendlichen auch durch verschiedene Filme über praktische Einsätze und Übungen der Wehr bzw. über eine THW-Bergungs-

übung und die Sprengung eines Fabrikschornsteins in Spiesen. D. L.

## Neues Ölbindemittel vorgestellt

Aufgrund der tiefgreifenden biologischen Wirkungen müssen Ölunfälle rasch und wirksam bekämpft werden. Deshalb fand eine Informationstagung für THW-Führungskräfte des Instandsetzungsdienstes zum Thema: „Probleme der Abfallbeseitigung im Katastrophenfall unter Berücksichtigung von Sonderabfällen“ statt. Referent war Dr. Peter Chrometzka, Biologe an der Universität des Saarlandes.

Eine anschließende Diskussion, die von Hauptsachgebietsleiter Ballnus und Dr. Chrometzka geführt wurde, zeigte auf, daß Komposte im Rahmen der Wiederverwendung von Rohstoffen für die Ölschadensbekämpfung genutzt werden können. Diese Diskussion gab für Dr. Chrometzka den Anstoß, sich in Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro in zweijähriger wissenschaftlicher Arbeit und vielen praktischen Versuchen mit der Aufbereitung von Kompost als Ölbindemittel zu beschäftigen. Die Ergebnisse konnten alsbald vorgestellt werden.

Auf der THW-Geschäftsführerebene fand in Saarlouis eine Reihe von Veranstaltungen zum Thema „Vorstellung des neuen umweltfreundlichen Ölbindemittels“ statt. THW-Geschäftsführer Rudolf Werth hatte alle Wehrführer der Feuerwehren, Vertreter der Wasserwerke, eine Reihe von Öllieferfirmen sowie Vertreter verschiedener Großbetriebe des Landkreises Saarlouis eingeladen. Neben Dr. Chrometzka standen Mitarbeiter der Herstellerfirma zur Beantwortung technischer, wirtschaftlicher und sonstiger Fragen zur Verfügung.

Zur Ergänzung eines Referates von Dr. Chrometzka über die technischen Daten des Ölbindemittels hatten die THW-Helfer des I-Zuges Saarlouis unter der Leitung von Zugführer Sebastian Hafner und Gruppenführer Ferdi Müller Vorführungen zur Bekämpfung von leichten und schweren Heizölen zu Lande und zu Wasser vorbereitet. So konnte den etwa 60 Gästen, unter ihnen auch THW-Helfer der Ortsverbände Dillingen, Lebach und Saarwellingen, die Wirksamkeit des Bindemittels demonstriert werden.

Im einzelnen wurden fünf Schadenstationen gestellt und die Bekämpfung bzw. Beseitigung demonstriert: Auslaufendes Öl auf einer Werkbank, auslaufendes Öl auf einer schiefen Ebene, auslaufendes Öl bei Autoreparaturarbeiten in einer Abschmiergrube, auslaufendes Öl bei einem Autounfall und Bekämpfung von Öl

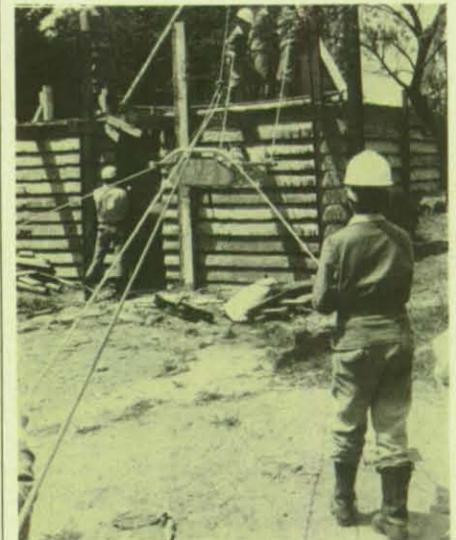
auf dem Wasser durch Abschöpfen des vollgesogenen Ölbindemittels bzw. Ausbrennen des gesättigten Bindemittels. R. W.

## 20. Geburtstag gefeiert

Groß war der Andrang der Bürger aus Blieskastel-Aßweiler und Umgebung, als der THW-OV Blieskastel sein 20jähriges Bestehen feierte. Aus diesem Anlaß war an einem Sonntag die Bevölkerung zu einem „Tag der offenen Tür“ mit Geräte- und Fahrzeugschau eingeladen.

Bereits Wochen vorher hatten die Helfer des Ortsverbandes die notwendigen Vorbereitungen getroffen, so daß am Veranstaltungstag die Unterkunft und Einrichtung in einer vorbildlichen Weise vorgestellt werden konnten.

So hatte Ortsbeauftragter Stolz das Glück des Tüchtigen auf seiner Seite, als er bei strahlendem Wetter neben Abordnungen verschiedener THW-Ortsverbände auch Oberamtsrat Martini, in Vertretung des Landrats, THW-Landesbeauftragter Faß, Vertreter des Gemeinderates und der Ortsräte sowie der politischen Parteien, ortsansässigen Vereine, der Feuerwehr und des DRK begrüßen konnte.



Die Jugendgruppe demonstrierte das Ablassen eines „Verletzten“ mit Hilfe einer Seilbahn.

Im Verlauf des Nachmittags fand eine Übung statt, an der die Junghelfer und eine Bergungsgruppe beteiligt waren. Hierbei zeigte sich, daß die vom Ortsverband errichteten Anlagen im Übungsgelände vielfältige Möglichkeiten der Bergung bieten.

Eingeleitet wurde die Jubiläumsveranstaltung am Samstagabend mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Kfz-Halle des Ortsverbandes. Anschließend fand ein Kameradschaftsabend der Helfer statt, bei dem Ortsbeauftragter Stolz auf die 20jährige Geschichte des Ortsverbandes einging. G. F.

## Bundes- und Landespolitiker beim THW-OV Ellwangen

Vor kurzem konnte Ortsbeauftragter Weber Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Manfred Abelein (CDU) und Landtagsabgeordneten Dr. Eugen Volz (CDU) beim THW-OV Ellwangen begrüßen. Dr. Volz, der den Ortsverband während einer Ausbildungsveranstaltung besuchte, erinnerte an die beiden Auslandseinsätze 1970 in der Türkei und 1980 in Italien. Dabei habe der Ortsverband der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Baden-Württemberg, aber auch der Stadt Ellwangen im Ausland zu Ansehen verholfen.

Prof. Dr. Abelein konnte den Ortsverband aus Termingründen nicht während der Ausbildung besuchen, ihm standen die Führungskräfte als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Gespräche mit den beiden Politikern hatten eine Fülle von Anliegen zum Inhalt. Ortsbeauftragter Weber hatte einen Themenkatalog mit einer Auflistung aller Probleme, die dem Ortsverband unter den Nägeln brennen, vorbereitet.

Hauptwunsch ist der Neubau einer Unterkunft. Die alte Unterkunft an der Neunheimer Steige platzt buchstäblich aus den Nähten. Für einen Neubau hat die Stadt Ellwangen bereits ein geeignetes Grundstück zum Kauf angeboten.



Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Abelein (2. v. l.) besichtigt die Einsatzfahrzeuge des Ortsverbandes.



Das besondere Interesse des Landtagsabgeordneten Dr. Volz gilt der Geräteausstattung des THW.

Der Kaufantrag, so Weber, sei beim Bund gestellt, jedoch sei mit der Finanzierung vor 1986 nicht zu rechnen. Das bedeute, daß mit dem Bau vor 1988 nicht begonnen werden könne. Dies ist nach Meinung aller zu lang und kaum zumutbar.

Dr. Volz sowie Prof. Abelein informierten sich im Anschluß an die Gespräche bei einem Rundgang durch die Unterkunft über den Stand der Ausbildung und die Ausstattung des THW. Beide Politiker sagten zu, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Belange des Ortsverbandes zu verwenden. W. R.

## „Tag des Helfers“

Am Samstag, dem 8. Mai 1982, veranstaltete der THW-OV Bad Säckingen einen „Tag des Helfers“, um erstmals den Instandsetzungszug vorzustellen. Mitbeteiligt waren die DLRG-Ortsgruppen Bad Säckingen und Rheinfeldens sowie die Freiwillige Feuerwehr.

Um 10.00 Uhr eröffneten THW-Ortsbeauftragter Karl Buck und DLRG-Bezirksvorsitzender Maier die Veranstaltung. Sie konnten neben Bürgermeister Dr. Nufer Vertreter aus Behörden und Betrieben sowie Abordnungen der Hilfsorganisationen begrüßen.

Nach der Eröffnung besichtigten die Gäste die aufgebauten Schauobjekte. Viel Mühe hatten sich die Helfer mit der Demonstration ihrer Leistungsfähigkeit gegeben. So zeigten sie u. a. eine Freileitungsstraße auf drei Masten, mit Strom versorgt durch ein Notstromaggregat 5 kVA. Daneben wurde bei einem angenommenen Ölunfall mit einem Tankfahrzeug das Anbringen eines Leckdichtkissens, mehrerer Schachtabdichtungen und das Abpumpen von ausgelaufenem Heizöl in einen aufgestellten Fallbehälter demonstriert.

Die GW-Gruppe hatte eine Druckwasserrohrstrecke aus gußeisernen Muffendruckrohren aufgebaut, ergänzt durch einen Unterflurhydranten und einen Hauswasseranschluß. Außerdem wurde das Ansetzen von Zugschellen und das Abdichten eines Rohrbruches vorgeführt. Die von der GW-Gruppe hergestellte Notwascheinrichtung fand ebenfalls lebhaftes Interesse bei den Besuchern.

Auch an eine Attraktion für Kinder hatten die Helfer gedacht. So war eine ca.

25 qm große Bodenfläche mit einer Sandschicht bedeckt, unter der ein Helfer nummerierte Lose aus Blech eingegraben hatte. Diese Lose galt es, mit dem Metallsuchgerät zu orten.

Die Feuerwehr zeigte die Rettung einer in einem Fahrzeug eingeklemmten Person mit Hilfe der Hydraulikschere und des Spreizers.

Die DLRG simulierte auf dem Rhein die Rettung eines Ertrinkenden und an Land die künstliche Beatmung an der Phantompuppe. Außerdem hatten die DLRG-Helfer ihren Informationsstand aufgebaut.

Als Dank an Bürgermeister Dr. Nufer und den Gemeinderat für die stets gezeigte Aufgeschlossenheit für die Anliegen des THW-Ortsverbandes hatten die Helfer zwei rustikale Bänke aus Holz gefertigt. Als Aufstellungsplatz ist die „Rötekopfhütte“ vorgesehen. K. B.

## Ehrung für Polizeidirektor Rapp

Für seine Verdienste um die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Verkehrszügen der Polizei und den Ortsverbänden des THW wurde Polizeidirektor Rapp mit dem Helferzeichen in Gold ausgezeichnet.



Mit dem THW-Helferzeichen in Gold wird Polizeidirektor Rapp (Bildmitte) ausgezeichnet.

Rapp setzt sich seit Jahren für eine gute Zusammenarbeit zwischen den Polizeidienststellen und den THW-Ortsverbänden ein. H. F.

## Dr. Heer ausgezeichnet

In einer kleinen Feierstunde überreichte THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schneider Ltd. Ministerialrat Dr. Heer das THW-Helferzeichen in Gold. Dr. Heer hat sich in der Zeit seiner Zugehörigkeit zum Innenministerium Baden-

Württemberg als Leiter des Referates „Katastrophenschutz“ besonders um die Einbindung des THW in den friedensmäßigen Katastrophenschutz und das Rettungswesen sowie die verzahnte Alarmierung Feuerwehr-THW mit großem Erfolg bemüht.

### 500 Helfer im Übungseinsatz

„Setzen Sie sofort Ihre Schnelleinsatzgruppe in Marsch, Bereitstellungsraum Stettener Höhe, UTM-Koordinate 320 MV 676355, Kreuzung Stadtweg. Funkverkehr Kanal 486, Unterband Tonruf 1. Die Einsatzanordnungen für die weiteren Einheiten erhalten Sie über Ruf (0741) 42224. Dies ist eine Übung.“

Diese Meldung erhielten die THW-Ortsbeauftragten in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg und die im Raum Rottweil stationierten DRK-Einheiten an einem Freitag kurz nach 16.30 Uhr. Folgende Lage war der Übung zugrunde gelegt worden: „Zwei Flugzeuge, darunter eine große Luftfrachtmaschine, sind über Rottweil zusammengestoßen und explodiert. Wrackteile stürzten auf eine große Industrieanlage, Gebäude wurden zerstört, aus den Trümmern treten chemische Stoffe aus.“

Während der Schneefälle des vergangenen Winters war ein Hohlweg durch zusammengebrochene Bäume unpassierbar geworden. Dieser Weg war für die Übung als einzige Zufahrt ausgewiesen: Ein sehr realistischer Hintergrund.

Nachdem sich die ersten Schnelleinsatzgruppen „durchgebissen“ hatten – Motorsägen, Greifzüge und die Seilwinden des GWK wurden eingesetzt – war der Weg zu einem stillgelegten Betriebsgelände frei. Hier galt es, die „verunglückten“ Firmenangehörigen aufzuspüren und zu bergen. Beißender Qualm machte den Einsatz von Atemschutzgeräten notwendig.

Aus einem weitverzweigten Bau wurden „Verletzte“ geborgen und den Helferinnen und Helfern des DRK zur Versorgung und Betreuung übergeben. Als der Qualm sich verzogen hatte, wurden mit Erfolg auch Rettungshunde eingesetzt.

Auf einem Bahnhof war ein Zug von Flugzeugtrümmern getroffen worden. Aus den zerstörten Waggons mußten die eingeschlossenen Fahrgäste geborgen werden. Hier war vor allen Dingen das DRK eingesetzt.

Die THW-Helfer bauten eine Ölsperre auf einem Zufluß des Neckars. Aus geborstenen Tanks war Öl in das Gewässer gelaufen.

Den Stadtteil Gölldorf bedrohte ein

Waldbrand. Die Hydranten brachten nicht genügend Wasser, und die einzige Zufahrt für die Tankfahrzeuge der Feuerwehr war durch die Zerstörung der Brücke unpassierbar geworden: Ein Bach mußte aufgestaut und eine Wasserentnahmestelle sowie eine Schlauchbrücke über eine stark befahrene Straße gebaut werden. Mit Hilfe von Pumpen wurde der Höhenunterschied überwunden. Außerdem galt es, eine Schneise zu schlagen, um den „Waldbrand“ einzudämmen.

Eine Jugendgruppe, durch den Waldbrand bedroht, sollte über eine baufällige Brücke aus dem Gefahrengebiet geschleust werden. Vorher mußte der Übergang aber erst provisorisch instandgesetzt werden. Die Jugendlichen mußten eine geraume Zeit warten, bis sie aus ihrer Jugendherberge evakuiert werden konnten.

Auf der Stettener Höhe hatte sich die Einsatzleitung, der die THW-Ortsbeauftragten aus Donaueschingen, Rottweil, Schramberg, Tuttlingen und Villingen-Schwenningen angehörten, stationiert.

Von hier wurden alle eingesetzten Kräfte über Funk an ihre Einsatzorte geführt. Diese ausfindig zu machen, war bei völliger Dunkelheit trotz der Angaben nach dem UTM-Gitter nicht immer einfach.

Auf der Höhe waren auch die Verpflegungstrupps untergebracht, die in Kürze in der Lage waren, die eingesetzten 500 Helferinnen und Helfer zu versorgen.

Die aufgetretenen Mängel werden, nachdem die Schiedsrichter ihre Unterlagen ausgewertet haben, noch besprochen. Sinn und Zweck einer Übung ist es ja, aus Unzulänglichkeiten zu lernen, um im Einsatzfall möglichst perfekt helfen zu können. Sch.

### Regionalausscheidung um den „Genscher-Pokal“

Am 5. Juni 1982 fand im Katastrophenschutzzentrum Aalen der Regionalwettkampf um den „Genscher-Pokal“ statt, der 1971 vom damaligen Bundesinnenminister dem THW gestiftet wurde und alle zwei Jahre vergeben wird. In diesem Jahr nahmen die Instandsetzungszüge der Ortsverbände Aalen, Heidenheim, Esslingen und Gröbingsen teil. Der Wettbewerb wurde ganz eindeutig und mit klarem Vorsprung vom Instandsetzungszug des THW-OV Aalen gewonnen, der bereits nach 47 Minuten die nicht einfache Aufgabe gelöst hatte.

Die Aufgabe war in drei Hauptbereiche aufgeteilt: Der Elektro-Trupp mußte eine Notstromversorgung aufbauen und die Schadensstelle ausleuchten. Erschwe-

rend war dabei, daß ein Kabelschaden instandgesetzt werden mußte. Dazu war der Bau einer Gießbarzmuffe erforderlich. Außerdem mußten für Zu- und Ableitungen die beiden Kabelüberhangskästen angebracht werden.



Schweiß- und Gewindeschneidarbeiten sind beim Wasser-Trupp erforderlich.



Der Elektro-Trupp baut eine Notstromversorgung auf.



Einen Notbehälter aus Holzbohlen hat der Abwasser-Trupp zu erstellen.

Der Wasser-Trupp mußte eine Wasser-versorgungsleitung instand- und ein Stahlrohr zwischen Schläuche einsetzen. Dazu waren Schweiß- und Gewin-deschneidarbeiten erforderlich.

Der Abwasser-Trupp hatte die Aufgabe, einen Notbehälter aus Holzbohlen zu bauen, diesen abzudichten und Vorsorge zu treffen, damit das Wasser ungehindert durchfließen kann.

Höchstes Lob zollten auch die Ehrengäste den THW-Mannschaften, unter ihnen Landtags-Vizepräsident Dr. Geisel, Staatssekretär Dr. Volz, Landrat Dr. Winter, Oberamtmann Hahn, Polizeidirektor Martin und Verwaltungsdirektor Ackermann.

R. R.



Im Rahmen einer Übung, an der Feuerwehr, DRK, MHD und THW beteiligt waren, bauten die Helfer des THW-OV Wiesloch ein Floß. Sie sollten damit Bergungsarbeiten auf einem See nach einem angenommenen Flugzeugabsturz vornehmen.

## Nachruf

Wir trauern um unseren guten Kameraden

### Horst Quosbarth

der im Alter von 56 Jahren nach schwerer Krankheit starb.

Quosbarth gehörte dem THW-OV Öhringen seit der Gründung an. Ab 1973 leitete er als Ortsbeauftragter in seiner ruhigen, gütigen Art die Geschicke des Ortsverbandes und übernahm 1976 auch das Amt des Kreisbeauftragten.

Der Landesbeauftragte für Baden-Württemberg Dipl.-Ing. Rolf Schneider

Die Helferschaft des THW-OV Öhringen

# Bayern



## THW-Information in Straubing

Einige Wochen lang brachte ein Informationsstand in der Schalterhalle der Sparkasse Straubing das THW der Bevölkerung näher. Der Stand findet seit vier Jahren im THW Bayern Verwendung, und das mit besten Erfolgen.

Auf Ausstellungen, Messen, Präsentationen und bei Informationen über das THW wird dieser Info-Stand eingesetzt. Er ist variabel aufzustellen, in einem Kombi zu transportieren und leicht zusammenzubauen. Bilder und Texte sind austauschbar und das Transportgewicht ist relativ gering. Zwei Personen montieren den Stand mit einem Schraubenzieher und einer Klappleiter in kurzer Zeit.

Die mit Scharnieren fest zusammengefügt vier Alu-Rahmen von je 190 x 70 cm können mit Aufsteckschildern 50 x 70 cm auf eine Gesamthöhe von 240 cm verlängert werden. Der gesamte Stand kann durch Spots beleuchtet werden.



Mit großem Erfolg setzt das THW Bayern diesen Informationsstand ein.

## Spende stellt schnellere Hilfe sicher

Eine namhafte Firma spendete dem THW-OV Starnberg mehrere Funkalarmempfänger. Ortsbeauftragter Dieter Wimmer betonte in seinem Dank an den Spender die Notwendigkeit derartiger Unterstützung von privater Seite. Bei der angespannten Finanzlage des Bundes seien private Initiativen sehr willkommen, um die Voraussetzungen, der Bevölkerung bei Unglücksfällen eine rasche und wirksame Hilfe leisten zu können, weiter zu verbessern.

C.D.M.

## „Nur schönes Wetter können wir nicht machen...“

... unter diesem Motto hätte eine Präsentation des Starnberger THW stehen können, als an einem Samstag im Juni die Ausrüstung und die Fahrzeuge des Instandsetzungsdienstes der Bevölkerung vorgestellt werden sollten.

Der Veranstaltungstag rückte näher, und

ein ausgedehntes Tiefdruckgebiet bestimmte das Wetter – am Samstagmorgen goß es wie aus Kübeln, so daß die Veranstaltung um ein Haar hätte abgesagt werden müssen.

Im Laufe des Tages gestaltete sich das Wetter recht wechselhaft, aber trotzdem nahmen viele Starnberger Bürger die Gelegenheit wahr, sich über das THW zu informieren. Während die Erwachsenen die Arbeit der Pumpengruppe beobachten und die Geräte der Elektrogruppe kennenlernen konnten, fanden bei den Kindern besonders die Luftballons Anklang, die am Stand der THW-Helfervereinigung verteilt wurden. Interesse fand auch die mobile Netzersatzanlage 61 kVA des Landkreises, dessen Betreuung vom THW-OV Starnberg übernommen wurde.

Wenn auch bei schönem Wetter erheblich mehr Besucher zu den Vorführungen gefunden hätten, kann trotzdem ein positives Resümee gezogen werden. Zumindest die „wetterfesten“ Besucher konnten sich über die vielgestaltige Arbeit des THW umfassend informieren.

C.D.M.

Die Pumpengruppe hat ihre Geräte aufgebaut und demonstriert die Leistungsfähigkeit der Aggregate.



## Tausende am See – keiner hörte Hilferufe

Obwohl sich einige tausend Menschen an einem See aufhielten und sich im Wasser tummelten, hörte keiner die Hilferufe von zwei Ertrinkenden. Erst eine Stunde nach dem Unglück wurde die Wasserwacht verständigt, daß ein 20 Jahre alter Mann und dessen elfjähriger Neffe vermißt wurden.

Der Mann war mit seinem Neffen sowie dessen Schwester (5 Jahre) und Bruder (8 Jahre) in einem Schlauchboot am späten Nachmittag auf den See hinausgefahren. Begleitet wurden sie von einem 17jährigen Bekannten, der auf einer Luftmatratze nebenher schwamm. Außerhalb des mit Bojen abgegrenzten



Der Einsatz bis tief in die Nacht muß ergebnislos abgebrochen werden.

Schwimmerbereiches sprangen der Elfjährige und sein Onkel in die warmen Fluten. Wie die Polizei annimmt, ist vermutlich einer der beiden anschließend in eine Notsituation geraten, wobei der andere helfen wollte.

Der 17jährige hat eigenen Angaben nach Hilferufe gehört. Darauf vertrauend, daß sie auch von anderen wahrgenommen würden, brachte er die beiden noch im Schlauchboot sitzenden Kinder zur Anlegestelle zurück. Anschließend inspierte er ohne Erfolg das Gelände rings um den See.

Als die Wasserwacht von dem Vorfall erfuhr, suchten die Helfer sofort den See ab. Zwischenzeitlich war auch der THW-OV Gunzenhausen zur Unterstützung der Aktion alarmiert worden. Fünf Taucher suchten an der Stelle, wo die beiden Verunglückten zuletzt gesehen worden waren.

Nach mehrstündigem Einsatz fanden sie gegen 20.30 Uhr den elfjährigen Jungen. Trotz des Einsatzes von fünf Scheinwerfern, mit denen die Unglücksstelle ausgeleuchtet wurde, verlief die weitere Suche nach dem Erwachsenen ergebnislos.

Um 6.30 Uhr des folgenden Tages nahmen Mitglieder der Wasserwacht ihre Arbeit wieder auf. Sechs Taucher an einer vom THW geführten Leine tasteten den Grund ab. Eineinhalb Stunden später wurde auch der 20jährige Mann tot geborgen.

G. K.

## Hilfe bei Verkehrsunfall

Nur noch tot aus seinem Auto geborgen werden konnte ein 19 Jahre alter Maurer aus Treuchtlingen-Bubenheim. Der Pkw-Fahrer war vermutlich infolge zu hoher Geschwindigkeit und aus Unachtsamkeit in einer langgezogenen Linkskurve mit seinem Wagen zunächst nach rechts auf das Bankett geraten. Als er versuchte, den Wagen wieder unter Kontrolle zu bringen, hat er ihn wahrscheinlich übersteuert. Das Auto schleuderte quer über die Straße und prallte mit der Fahrerseite gegen einen Baum. Dabei wurde der Wagen buchstäblich in zwei Teile auseinandergerissen. Helfer des THW-OV Gunzenhausen borgen den Toten aus den Trümmern.

G. K.



Nach der Bergung des Toten werden die Fahrzeugtrümmer mit Hilfe des GKW zum Abtransport auf die Straße gehievt.

## 1,2-Millionen-Projekt des THW gesichert

THW-Direktor Hermann Ahrens besuchte den THW-OV Oberviechtach, in seiner Begleitung befanden sich Referatsleiter Dunzelt sowie Hans Schelzig vom THW-Landesverband Bayern. In der Unterkunft des Ortsverbandes hieß Ortsbeauftragter Hermann Utz die Gäste willkommen. Die Besucher wurden über den Stand des geplanten Neubaus einer Unterkunft an der Schönseer Straße unterrichtet. Zur Freude der Helfer bestätigte Ahrens, daß die Finanzierung des 1,2-Millionen-Projektes als gesichert betrachtet und 1983 mit dem Baubeginn gerechnet werden könne.

Zugleich zollte Ahrens dem Ortsverband für seine Einsätze hohe Anerkennung und würdigte die Einsatzbereitschaft und



THW-Direktor Ahrens (2. v. l.) beim Ortsverband Oberviechtach.

den Idealismus der Helfer sowie die vielfach erprobte vorbildliche Zusammenarbeit des Ortsverbandes mit der Polizei.

## Premiere: Der Maibaum steht

Die Helfer des THW-OV Freising stellten auf ihrem Übungsgelände dieses Jahr erstmals einen prächtigen Maibaum auf. Nachdem die Idee geboren war, ging man auf Suche nach einem geeigneten Baum und fand einen spendablen Landwirt aus dem Landkreis Freising. Die 32 m hohe Fichte wurde sachgerecht gefällt und zum Schmücken nach Freising gebracht. Am Vorabend des 1. Mai waren diese Arbeiten getan.

Den für das THW stiltgerechten Baumschmuck bilden Kupfertafeln mit den Symbolen der Einheiten der Organisation und den Kennzeichen für Sonderausbildung des THW.



Die Kennzeichen für die Sonderausbildung des THW schmücken den Maibaum in reizvoller Weise.

Wie es sich gehört bei einer technischen Hilfsorganisation wurde der Maibaum mit Hilfe von Seilwinden und Kranwagen aufgestellt. Diese Methode wäre zwar bei der traditionellen Aufstellung verpönt, war aber aus Sicherheitsgründen die bessere und schnellere Lösung.

M. S.

## Landkreis verbessert Alarmierung des THW

Der THW-OV München-Land stellt für den Katastrophenschutz des Landkreises München einen Bergungs- und Instandsetzungszug sowie einen Verpflegungs- und Materialerhaltungstrupp.

Gegenwärtig besteht der Fahrzeugpark



Landrat Dr. Joachim Gillissen (Bildmitte) übergibt dem THW die Funkmeldeempfänger.

aus zwölf Kraftfahrzeugen und drei Anhängern. Das THW verfügt damit über eine zweckmäßige Ausrüstung, um den Anforderungen im Katastrophenschutz im Landkreis München gerecht zu werden.

Der Landkreis hat die vom Bund gelieferte Ausrüstung durch Funkgeräte, Funkalarmempfänger und eine mobile Ölsperre ergänzt. Auf Vorschlag von Landrat Dr. Joachim Gillissen hat die Kreissparkasse München dem THW einen Lastkraftwagen als Zugfahrzeug für die Feldküche zur Verfügung gestellt.

Bei verschiedenen Einsätzen in der letzten Zeit hat sich gezeigt, daß die Alarmierung des THW gewisse Schwierigkeiten bereitet. Die Ursache hierfür liegt in einem Mangel an mobilen Funkalarmempfängern. Für 85 Helfer standen bisher lediglich 13 Geräte zur Verfügung. Hinzu kommen 15 Funkwecker, die aufgrund ihrer Größe nicht jederzeit von den Helfern mitgeführt werden können.

In seinen Haushalten 1981 und 1982 hat der Landkreis deshalb Ausgaben veranschlagt, um zusätzliche Funkalarmempfänger zu beschaffen. Für 9000 DM wurden nun neun tragbare Meldeempfänger erworben, die Landrat Dr. Gillissen THW-Ortsbeauftragten Klaus Rampf übergab.

Die Beteiligten hoffen, daß damit bestehende Unzulänglichkeiten in der Alarmierung überwunden sind.

### Würzburger Oberbürgermeister besucht THW

Für die Hilfeleistungen in „entscheidender Situation“ bei der letzten Überschwemmung in der Würzburger Altstadt dankte Oberbürgermeister Dr. Zeitler den Helfern des THW-OV Würzburg und überreichte einen wertvollen Gedenkteller mit Motiven der Stadt.

In seiner Ansprache betonte der Oberbürgermeister die „vorbildliche Arbeit des THW – rund um die Uhr.“ Anschließend informierten sich Dr. Zeitler und der Sicherheitsreferent der Stadt Würzburg, Mack, über die Einsatzbereitschaft der Züge sowie über das Ausbildungsniveau der THW-Helfer.

A. K.

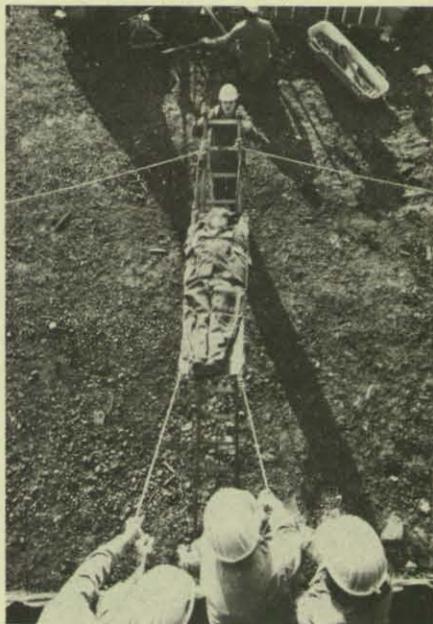
### THW-OV Bamberg zu Gast in Bayreuth

Der THW-OV Bamberg führte im gut ausgebauten Übungsgelände des Ortsverbandes Bayreuth eine großangelegte Katastrophenschutzübung durch. Als Lage wurde angenommen: Mehrere Kesselwagen auf nahegelegenen Gleisanlagen sind explodiert. Zur Ablösung und Ergänzung der bereits im Einsatz befindlichen Bayreuther THW-Einheiten wird der Ortsverband Bamberg nachts um 3.00 Uhr alarmiert. Zwei Bergungszüge und ein Instandsetzungszug setzen sich in Marsch zum 60 km entfernten Einsatzort.

Die Übungsleitung und damit gleichzeitig die örtliche Einsatzleitung hatte Zugführer Seebach mit seinem Trupp übernommen. Die Führungskräfte standen vor unbekanntem Aufgaben und mußten ihre Entscheidungen wie im Ernstfall spontan treffen.

„Verletzte“ wurden aus unzugänglichen oberen Geschossen, aus vergasteten und verträmmerten Kellern, aus brennenden Dachstühlen und von hohen Gittermasten geborgen.

Der Instandsetzungszug wurde in den ersten Bergungsphasen speziell zur Un-



Das gut ausgebaute Übungsgelände ist eine ideale Übungsstrecke für die Helfer des THW-OV Bamberg.



Das Bergen aus Höhen nimmt einen großen Raum bei der Übung in Anspruch.

terstützung der Bergungszüge eingesetzt und erst später für Instandsetzungsarbeiten wie Freileitungsbau herangezogen. Die „Verletzten“ und die Aufgaben waren durch Helfer des Ortsverbandes Bayreuth so realistisch dargestellt, daß die Bamberger THW-Helfer all ihr Können unter Beweis stellen mußten.

Nach sechs Stunden anstrengender Arbeit konnten die Bamberger Zugführer der örtlichen Einsatzleitung den erfolgreichen Abschluß der Übung melden. In der anschließenden Besprechung wurde mit Lob, aber auch mit Kritik nicht gespart. Ziel der Übung war es, in unbekanntem Gelände mit vorher unbekanntem Aufgaben konfrontiert zu werden und diese zu lösen.

H. J.

### Besuch aus Italien

Das Landratsamt Bamberg begrüßte Gäste aus dem italienischen Innenministerium, die sich auf einer Informationsreise durch Oberfranken befanden. Dr. Dr. Bellini, zuständig für das Beschaffungswesen und die Materialprüfung, sowie seine Begleiter, Riggion und Fiori, ließen sich Geräte und Fahrzeuge des THW-OV Bamberg vorführen. Regierungsrat Ensner vom Landratsamt erläuterte zusammen mit THW-Geschäftsführer Ferri Aufgaben, Ausstattung und Organisation des THW und des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik.



Sehr interessiert zeigen sich die italienischen Gäste (rechts) an der technischen Ausstattung des THW.

Die italienischen Fachleute, die am Aufbau des Katastrophenschutzes in Italien mitarbeiten, waren sehr beeindruckt von den Einsatzmöglichkeiten des THW.

### Nachruf

Am 19. Mai 1982 ist unser Junghelfer  
**Thomas Ruppel**

durch einen tragischen Verkehrsunfall im Alter von 15 Jahren für immer von uns gegangen.

Wir haben einen guten Kameraden verloren, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Der Ortsbeauftragte, die Helferinnen und Helfer des THW-OV Lohr am Main.

## Informationsbesuch aus Spanien im Warnamt VII

Nach der Aufnahme Spaniens in das NATO-Verteidigungsbündnis besuchte eine vierköpfige spanische Delegation der „Ceseden“ am 3. Juni 1982 das Warnamt VII in Bad Kreuznach. Die Gäste wurden begleitet vom Abteilungsleiter „Warndienst“ im Bundesamt für Zivilschutz, LtD. Baudirektor Dr. Maske, und Oberregierungsrat Dr. Butz vom Bundesministerium des Innern.

Warnamtsleiter Dipl.-Ing. Utischill ging in seinem Vortrag auf die Aufgabenstellung der zivilen Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland ein, und hierbei besonders auf die Aufgaben, die Organisation und Funktion des Warndienstes auch in seiner Zusammenarbeit mit den angrenzenden NATO-Nachbarländern.

Darüber hinaus wurde den Gästen die ABC-Melde- und Warnorganisation im nationalen Bereich vorgestellt und die entsprechenden ABC-Melde- und Warnverfahren erläutert. Den Vorträgen schloß sich an eine Besichtigung des Warnbunkers und eine Vorstellung des WD-Meßstellensystems, das besonderes Interesse fand.

Zum Verständnis der vorgetragenen Ausführungen trug wesentlich die vorzügliche Übersetzung in die spanische Sprache durch Ulla Held von der Spanischen Botschaft in Bonn bei. Eine angeregte Aussprache und Ergänzungen zu den einzelnen Fachfragen rundeten den Informationsbesuch ab.

Mit dem Dank für die gastliche, ja freundschaftliche Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland sowie beim Warnamt VII verabschiedeten sich die Gäste mit dem Hinweis, gerne als nunmehrige NATO-Verbündete auf die Erfahrungen des deutschen Warndienstes zurückgreifen zu wollen.



Warnamtsleiter Utischill (rechts) erläuterte der spanischen Delegation die Aufgaben des Warndienstes.

## „Tag der offenen Tür“

Das Warnamt II in Bassum veranstaltete einen „Tag der offenen Tür“. Da das Hauptinteresse der Besucher meist auf die Besichtigung des Warnbunkers gerichtet ist, wurde ein Plan entwickelt, der Führungen in fünfminütigen Abständen vorsah, wobei jeweils ein Einsatzleiter und ein weiterer Mitarbeiter eine 15köpfige Gruppe betreuten.

Jede Führung dauerte etwa 25 Minuten. Ergänzend zur Bunkerbesichtigung wurden in einem Informationszelt technische Geräte des Warndienstes, wie Warngestell, Warnstellenapparat, Fernkopierer, WD-Meßstellenmodell, Zentralstation sowie das Funktionsschema des Warndienstes ausgestellt. Eine vom Warnamt II produzierte Tonbildreihe vermittelte den Besuchern einen umfassenden Einblick in die Aufgaben und Betriebsabläufe im Warndienst.

Gleichzeitig fand auf dem Warnamtsgebäude ein Sicherheitswettbewerb des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Dienststelle Nienburg, unter dem Titel „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ statt. Die Teilnehmer konnten an acht Stationen ihr Wissen und ihre Fertigkeiten bei der Hilfeleistung nach angenommenen Unfällen beweisen, wobei sie von Schiedsrichtern der beteiligten Organisationen – Feuerwehr, THW, DLRG, DRK, BVS und Polizei – bewertet wurden. Den Siegern winkten ansprechende Preise.

Eine Fahrzeug- und Geräteschau des örtlichen Katastrophenschutzes vervollständigte das Angebot, einen Überblick über die Aufgaben und Möglichkeiten des Zivilschutzes zu gewinnen.

Rund 500 Besucher fanden bei hochsommerlichen Temperaturen den Weg zum Warnamt Bassum und waren interessierte Zuschauer sowie engagierte „Wettkämpfer“. Die Betreuung der Kin-



Zu den Führungen durch den Warnamtsbunker herrschte stets großer Andrang; hier eine Besuchergruppe im Einsatzraum.

der und Jugendlichen hatten die Pfadfinder übernommen. Sie veranstalteten mit den jungen Gästen Spiele. G. A.

## Turbulentes Wochenende im Warnamt VIII

Zum Abschluß einer Selbstschutzwoche, die von der Dienststelle Reutlingen des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) in Zusammenarbeit mit der Stadt Balingen durchgeführt wurde, besichtigte eine Besuchergruppe das Warnamt Rottenburg. Den Ausführungen des Warnamtsleiters folgten die Gäste mit viel Interesse. Beeindruckt waren sie von der Einrichtung und Arbeitsweise eines Warnamtes.

Kurz darauf besuchte der ABC-Zug des Ostalbkreises das Warnamt. Die Führung übernahm der Maschineningenieur des Warnamtes. Es ist nicht immer leicht, die Organisation, den Einsatz und die Arbeitsweise eines Warnamtes so darzustellen, daß Außenstehenden ein sachgerechter Eindruck nachhaltig vermittelt wird. Auch hier zeugten die Fragen der fachlich vorgebildeten Besucher vom großen Interesse am Warndienst.

Noch während dieser Besichtigung trafen die ersten Teilnehmer einer in dieser Form erstmaligen bundesweiten Wiedersehensveranstaltung ehemaliger Referenten des Bundesamtes für Zivilschutz und Warnamtsleiter ein.

Um 15 Uhr begann der offizielle Teil. In seiner Ansprache drückte Warnamtsleiter Welf König seine besondere Freude darüber aus, daß dieses Treffen in „seinem“ Warnamt stattfindet, denn er gehöre ja selbst noch zu den Männern aus der Anfangszeit des Wiederaufbaus des Warndienstes.

Die Begrüßung der Gäste übernahm der ehemalige Warnamtsleiter III, Verwaltungsobererrat Ebeling, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß Kameradschaft und gemeinsame Arbeit auch in Zukunft das Interesse an solchen Wiedersehensveranstaltungen wachhalten möge.

Bemerkenswert war die Anwesenheit von zwei früheren Leitern des Warnamtes VIII, Oberst a. D. Heinrich Kenzler (1958 bis 1965) und Verwaltungsobererrat Franz Weiser (1965 bis 1975). In den Reden und Gesprächen spiegelte sich die ganze Wiederaufbauzeit des Warndienstes nach 1948 wider.

Mit dem Versprechen, sich im nächsten Jahr im Warnamt VI wieder zu treffen, ging man auseinander. W. K.



## Rotes Kreuz und Frieden – 12 Thesen

Die Friedensfrage beherrscht gegenwärtig die gesamte öffentliche Diskussion. Trotz aller schrillen, unechten und gefährlichen Töne in dieser Diskussion dürfen wir nicht übersehen, daß darin eine tiefe Friedenssehnsucht zum Ausdruck kommt, die von uns eine Antwort erheischt.

### 1. These:

Das Rote Kreuz ist in seinem inneren Wesen nach eine auf den Frieden zielende Bewegung.

**Erläuterung:** Seit Henri Dunant, dem Gründer des Roten Kreuzes, und Gustave Moynier, dem Organisator, kreist das Denken des Roten Kreuzes um den Frieden. Sein Wirken wurde fünfmal mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (1901 Henri Dunant; 1917, 1944 und 1963 IKRK; 1963 Liga).

Sehr schön drückt den Kerngedanken Professor Dr. Hans Haug, Präsident des Schweizerischen Roten Kreuzes, aus: „Der Friede ist die Erfüllung des Rotkreuz-Gedankens“.

### 2. These:

Der Friedensgedanke des Roten Kreuzes ist untrennbar mit der **Menschlichkeit** verbunden.

**Erläuterung:** Der Friede wird im Rahmen der 7 Grundsätze des Roten Kreuzes unter Punkt 1 „Menschlichkeit“ behandelt. Es heißt dort: „Es (= das Rote Kreuz) fördert gegenseitiges Verständnis, Freundschaft, Zusammenarbeit und einen dauerhaften Frieden unter allen Völkern“.

1954 hat Präsident Dr. Weitz diesen Gedanken in dem Motto „Humanitati et paci“ – „Der Menschlichkeit und dem Frieden“ in dem Foyer unseres DRK-Hauses zum Ausdruck gebracht.

1961 nahm die Liga auf Vorschlag des damaligen Schweizerischen Rotkreuz-Präsidenten Professor von Albertini in ihre Satzung folgende Devise auf: „Per humanitatem ad pacem“ – „Durch die Menschlichkeit zum Frieden“. In dieser, nach meiner Meinung gut formulierten Devise kommt ein dreifacher Gedanke zum Ausdruck:

„Der Friede ist das Ziel der Menschlichkeit – der Friede kann nur durch die Menschlichkeit verwirklicht werden – Menschlichkeit und Friede bilden eine innere Einheit“.

Hier liegt allerdings auch eine wesentliche Grenze des Friedensgedankens des Roten Kreuzes. Der Friede hat ja auch noch viele andere Aspekte, wie die innerstaatliche und internationale Ordnung in Gerechtigkeit und Freiheit, der interne Ausgleich durch eine internationale Gerichtsbarkeit, die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und vieles andere. All das geht weit über die Möglichkeiten des Roten Kreuzes hinaus: Ich meine aber doch, daß mit dem Wort „Menschlichkeit“ oder auch „Nächstenliebe“ das Herzstück des Friedens angesprochen wird.

### 3. These:

Bei ihrem Eintreten für den Frieden haben die Rotkreuzgesellschaften auch die übrigen **Grundsätze des Roten Kreuzes** zu beachten. Dies gilt besonders für die Neutralität und Unparteilichkeit, die Einheit und Universalität des Roten Kreuzes.

**Erläuterung:** Die Grundsätze des Roten Kreuzes sind für sein ganzes Handeln verbindlich, also auch für seinen Friedensweg.

Die einzelnen Grundsätze wirken sich allerdings nicht in gleichem Umfang auf diese Tätigkeit aus. So hat die Freiwilligkeit und Unabhängigkeit des Roten Kreuzes keinen wesentlichen Einfluß auf seine Friedensmission; demgegenüber beeinflussen die Neutralität und Unparteilichkeit auf der einen Seite, die Einheit und die Universalität auf der anderen Seite das Denken des Roten Kreuzes hinsichtlich des Friedens in wesentlichem Maße.

### 4. These:

Die **Neutralität** und **Unparteilichkeit** des Roten Kreuzes gebietet, daß es sich auch bei seiner Arbeit für den Frieden nicht auf politische, gesellschaftliche, soziale, rassische und weltanschauliche Auseinandersetzungen einläßt.

**Erläuterung:** Das Rote Kreuz ist seiner inneren Natur nach eine Institution, die die trennenden Gegensätze zwischen den verschiedenen Menschengruppen und Staaten zu überbrücken versucht. Es kann daher seiner inneren Natur nach nicht für die eine oder andere Gruppe Partei ergreifen, sondern sieht ausschließlich den Menschen in seiner Not und versucht, ihm zu helfen. In diesem Punkt ergeben sich Differenzen mit vielen anderen Institutionen in unserem Lande und in anderen Län-

dern. Im Unterschied zum Roten Kreuz werden von diesen Organisationen meist daneben politische und gesellschaftliche Zwecke verfolgt. Hier muß das Rote Kreuz Zurückhaltung üben. Auf der internationalen Ebene liegt hier übrigens auch innerhalb des Roten Kreuzes ein Differenzpunkt mit östlichen Rotkreuzgesellschaften vor, die gerne eine Zusammenarbeit mit östlichen pazifistischen Organisationen sähen. Das Deutsche Rote Kreuz hat sich jedoch immer in Übereinstimmung mit dem IKRK und der weit überwiegenden Zahl der Rotkreuzgesellschaften erfolgreich gegen solche Versuche zur Wehr gesetzt.

### 5. These:

Die **Einheit** und **Universalität** des Roten Kreuzes erfordert, daß sich jede nationale Gesellschaft ihrer Verpflichtung gegenüber der Weltgemeinschaft des Roten Kreuzes sowie gegenüber den anderen nationalen Gesellschaften bewußt bleibt und alles vermeidet, was die Einheit und Universalität gefährden könnte.

**Erläuterung:** Das Rote Kreuz zeichnet sich vor allen anderen Organisationen in der Welt durch seine ungebrochene Einheit und seine die ganze Welt umspannende Universalität aus (128 Gesellschaften). Sie ist nur durch ein starkes gegenseitiges Vertrauen und unbedingte gegenseitige Hilfsbereitschaft zu erhalten.

Für die Friedensarbeit wirkt sich dies insofern aus, als das Rote Kreuz strikt vermeiden muß, dieses Vertrauen zu untergraben und dadurch die Einheit zu gefährden.

### 6. These:

Die speziellen Möglichkeiten des **Friedensbeitrages der Rotkreuzgesellschaften** liegen in allen Aktionen, die das „gegenseitige Verständnis, die Freundschaft und Zusammenarbeit“, mit anderen Gesellschaften und Völkern fördern.

**Erläuterung:** Herkömmlicherweise wird innerhalb des Roten Kreuzes hier zwischen mittelbaren und unmittelbaren Aktionen unterschieden:

**Mittelbare** Aktionen sind die internationalen Hilfsaktionen für Katastrophenopfer, Flüchtlinge und Vertriebene, die Entwicklungshilfe, die vielfältigen Bemühungen des Jugendrotkreuzes um Völkerverständnis, die sozialen Hilfen und vieles andere.

**Unmittelbare** Aktionen kommen nur wesentlich seltener in Betracht. Als Beispiele seien genannt die Bereitschaft des IKRK bei der Lösung der Cuba-Krise mitzuwirken (vergl. auch Haug: „Rotes Kreuz“, Seite 150); weiterhin die Resolution Nr. XXI der XXI. Internationalen Rotkreuz-Konferenz in Istanbul 1969: „Kontakte zwischen nationalen Gesellschaften bei bewaffneten Konflikten“, um die sich auch Präsident Bar-gatzky besonders verdient gemacht hat. In den jüngsten Konflikten gehören dazu auch die häufig sehr intensiven Bemühungen der Delegierten des IKRK, konfliktverhindernd und konfliktmildernd einzugreifen und den jeweiligen Konfliktopfern beizustehen.

### 7. These:

Friedenssehnsucht ist nicht identisch mit der **Gewißheit**, daß es keine bewaffneten Konflikte mehr geben kann. Realistisches Denken ist notwendig, keine Illusionen.

**Erläuterung:** Hier liegt der wunde Punkt der Friedensdiskussion, wie sie gegenwärtig weitgehend geführt wird. Viele glauben, daß ihr eigener Wille, sich nicht an Konflikten zu beteiligen, dazu führt, daß es keine Konflikte mehr geben wird. Die 126 Konflikte, die wir seit 1945 hatten (die Zahl stammt vom Schweizer Generalstab), lassen für eine solche Illusion keinen Raum.

### 8. These:

Daher bleibt die ebenso auf das Gebot der Menschlichkeit sich gründende Verpflichtung bestehen, im Falle eines Konfliktes **den Konfliktopfern zu helfen**. Dieser Dienst ist für uns ein Friedensdienst, keine Verstärkung der Kriegsbemühungen. Die qualifizierte Hilfe setzt eine qualifizierte Ausbildung voraus.

**Erläuterung:** In diesem Punkte finden heute die meisten Auseinandersetzungen statt. Es muß uns gelingen, die Jugend davon zu überzeugen, daß die Hilfe für das Opfer, für den Wehrlosen, für die Alten, Kranken und Schwachen, für die Kinder und die Gefangenen auch im Falle eines Krieges eine Gewissenspflicht ist. Es ist tief bestürzend, daß diese Gewissenspflicht als solche nicht mehr gesehen wird. Gänzlich absurd ist es, diesen echten Friedensdienst und die Vorbereitung dazu als eine den Krieg begünstigende Maßnahme darzustellen.

### 9. These:

Um die Hilfe für die Konfliktopfer zu ermöglichen, brauchen wir das **Humanitäre Völkerrecht**, also die Genfer Rotkreuz-Abkommen vom 12. August 1949 und die beiden Zusatzprotokolle von 1977. Sie dienen der Menschlichkeit und damit dem Frieden.

**Erläuterung:** Der unbeirrbar Kampf des IKRK um die Einhaltung der Genfer Abkommen und ihre Weiterentwicklung ist eine der wenigen erfolgreichen Bemühungen, Humanität im Zusammenleben der Menschheit gewisse Geltung zu verschaffen.

Sicher ist das Humanitäre Völkerrecht heute noch nicht vollständig und weist Lücken auf; die Einhaltung der Genfer Abkommen, sowie die Ratifikation der Zusatzprotokolle stellen aber wesentliche Schritte in Richtung auf den Frieden dar.

### 10. These:

Im Rahmen des Humanitären Völkerrechts ist die **Ursprungsaufgabe** des Roten Kreuzes, auf die nie verzichtet werden kann, die Hilfe auf dem Schlachtfeld und im militärischen Sanitätsdienst.

**Erläuterung:** In seiner Schrift „Eine Erinnerung an Solferino“ hat Henri Dunant genau dies gefordert; seitdem sind alle nationalen Rotkreuzgesellschaften dazu verpflichtet. Diese Verpflichtung ist auch in den Genfer Abkommen (vgl. Artikel 26 des 1. Abkommens) enthalten. Darüber hinaus hat die XVII. Internationale Rotkreuz-Konferenz in Stockholm 1948 diese Verpflichtung in ihren Anerkennungsbedingungen für die nationalen Rotkreuzgesellschaften festgehalten (vgl. Ziff. 3 der Anerkennungsbedingungen, abgedruckt in „Satzung des Deutschen Roten Kreuzes“, Seite 22). Auch das Anerkennungsschreiben der Bundesregierung vom 27. 9. 1956 enthält die Ermächtigung der Bundesregierung für das Deutsche Rote Kreuz „unter ihrer Verantwortung in dem ständigen Sanitätsdienst der Bundeswehr mitzuwirken“ (abgedruckt Satzung, Seite 19).

### 11. These:

In gleicher Weise beruht auf dem Humanitären Völkerrecht die **Hilfe für zivile Kriegsopfer**. Daher arbeiten wir im Zivilschutz mit.

**Erläuterung:** Der moderne Krieg trifft die Zivilbevölkerung besonders hart. Ihr zu helfen ist Gewissenspflicht. Die Rotkreuzgesellschaften haben sich einmütig zu dieser Aufgabe bekannt (vergl. Resolution XXXIV der XX. Internationalen Rotkreuz-Konferenz in Wien 1965).

Im Rahmen der 10. und 11. These haben die Schwesternhelferinnen eine entscheidend wichtige Funktion.

### 12. These:

Das Rote Kreuz hat von Anfang an die Anwendung von atomaren, biologischen

und chemischen Waffen (sog. **ABC-Waffen**) als einen fundamentalen Verstoß gegen den Grundsatz der Menschlichkeit betrachtet.

Weiterhin hat es sich unbedingt für das Anwendungsverbot der Waffen ausgesprochen, die „geeignet sind, **überflüssige Verletzungen** oder **unnötige Leiden** zu verursachen“. Schließlich tritt es für eine möglichst weitgehende völlige **Abrüstung** ein.

**Erläuterung:** Das IKRK hat sich seit August 1945 strikt gegen die atomaren Waffen gewandt. Sein Gedanke ist am besten in Artikel 14 des Entwurfs von Neu-Delhi 1957 ausgedrückt, der allerdings bei den Regierungen keinen Anklang fand. Er lautet: „Unbeschadet eines bestehenden oder künftigen Verbotes bestimmter Waffen ist der Gebrauch von Kampfmitteln verboten, deren schädliche Wirkung – insbesondere durch Ausbreitung von brandstiftenden, chemischen, bakteriologischen, radioaktiven oder anderen Stoffen – sich unter Gefährdung der Zivilbevölkerung in unvorhersehbarer Weise ausbreiten oder räumlich oder zeitlich der Kontrolle desjenigen entziehen könnte, der sie anwendet.“

Der zweite Satz dieser These ist ausgesprochen in Artikel 35, Ziff. 2 des Ersten Zusatzprotokolls. Er lautet: „Es ist verboten, Waffen, Geschosse oder Material sowie Methoden der Kriegsführung zu verwenden, die geeignet sind, überflüssige Verletzungen oder unnötige Leiden zu verursachen.“

Die Forderung nach allgemeiner Abrüstung wurde im Mai 1981 auf der europäischen Rotkreuz-Konferenz in Budapest, sowie in Resolution XIII der XXIV. Internationalen Rotkreuz-Konferenz in Manila 1981 ausgesprochen.

Aber gerade auf dem Gebiet der Waffenfrage muß das Rote Kreuz besonders vorsichtig sein, um nicht unversehens durch einseitige oder politische und militärisch unausgewogene Vorschläge gegen seine Neutralität zu verstoßen. Die Frage, ob bestimmte Waffen in einem bestimmten Gebiet stationiert werden dürfen oder nicht, ob eine einseitige Abrüstung zweckmäßig ist oder nicht, all diese politisch sicher hochwertigen und interessanten Probleme gehören nicht zu den Fragen, zu denen sich das Rote Kreuz äußern kann. Daher kann es weder positiv noch negativ zum Nato-Doppel-Beschluß oder ähnlichen Problemen Stellung nehmen.

### Schluß

Das Rote Kreuz ist eine Gemeinschaft aktiven Helfens. Nur wer bereit ist, bei dieser Hilfe persönlich sich einzusetzen, dient wirklich dem Frieden.

**Dr. Anton Schlögel**

Freiwilligkeit – tragende Säule des Hilfeleistungssystems

## Mitwirkung im Katastrophenschutz eine elementare Aufgabe

Ein Auszug aus dem Geschäftsbericht 1981 des ASB-Bundesvorstandes

Der ASB sieht in seiner Mitwirkung im Katastrophenschutz eine elementare Aufgabe, der sich alle Organisationsgliederungen mit der Aufstellung von Sanitäts-, Betreuungs-, Funk- und Versorgungseinheiten verpflichten.

Insgesamt hat der ASB 184 Einheiten (Züge) aufgestellt. Das Engagement des ASB bezieht sich dabei auf die Mitwirkung im Sanitätsdienst, Betreuungsdienst, Fernmeldedienst und ABC-Dienst.

In den Bundesländern werden folgende KatS-Einheiten bereit gehalten:

s. Tabelle rechts ▶

Ohne die freiwillige, ehrenamtliche und aktive Beteiligung der Bürger innerhalb und außerhalb der humanitären Hilfsgemeinschaften ist ein wirksamer Katastrophenschutz nicht möglich. Das Prinzip der Freiwilligkeit ist eine tragende Säule dieses Hilfeleistungssystems. Dazu ist es notwendig, die Quote der für den Katastrophenschutz vom Wehrdienst freizustellenden Helfer deutlich zu erhöhen.

Für die Mitarbeit in den Zügen und Einheiten des ASB-Katastrophenschutzes stehen neben den ehrenamtlichen Helfern 4341 vom Wehrdienst oder vom Zivildienst freigestellte Helfer (1980 = 4080 = + 6,4%) zur Verfügung.

Am stärksten im Katastrophenschutz engagiert sind folgende Ortsverbände:

s. Tabelle rechts ▶

### Ausstattung

An Ausstattung stehen insgesamt zur Verfügung:

377 Katastrophenschutzfahrzeuge  
(1980 = 378)

94 KS-Anhänger (1980 = 89)

377 Zelte (1980 = 343)

119 Notstromaggregate (1980 = 117)

76 Feldküchen (1980 = 65)

15 Trinkwasseraufbereitungsanlagen  
(1980 = 17)

372 Sanitätskästen K 50 (1980 = 400)

458 Beatmungsgeräte (1980 = 467)

Landesverband	Sanitätsdienst	Betreuungsdienst	Fernmeldedienst	ABC-Dienst
Baden-Württemberg	8	4	--	--
Bayern	13	4	--	--
Berlin	1,2	1	--	--
Bremen	8	1	--	--
Hamburg	3,5	2	2	--
Hessen	19	1	--	--
Niedersachsen	9,5	7	--	--
Nordrhein-Westfalen	47	7	2	1
Rheinland-Pfalz	14	2	--	--
Saarland	1	1	--	--
Schleswig-Holstein	11,5	13	1	--
<b>Gesamt:</b>	<b>135</b>	<b>43</b>	<b>5</b>	<b>1</b>

Ortsverband	Helfer in Sanitätszügen	Helfer in sonstigen Zügen	Gesamt-Helfer
1. Köln	463	56 Betreuungsdienst 14 Fernmeldedienst	533
2. Bremen (LV)	378	34 Betreuungsdienst	412
3. Düsseldorf	257	34 Betreuungsdienst	291
4. Hamburg (LV)	159	69 Betreuungsdienst 11 Fernmeldedienst	239
5. Essen	220		220
6. Dortmund	64	62 Betreuungsdienst 31 ABC - Dienst 30 Fernmeldedienst	187
7. München	170		170
8. Wiesbaden	118	38 Betreuungsdienst	156
9. Heiligenhafen	65	75 Betreuungsdienst 5 ABC - Dienst 9 Fernmeldedienst	154
10. Bochum	150		150
11. Kassel	149		149
12. Bad Segeberg	122	21 Betreuungsdienst	143
13. Pirmasens	117	6 Betreuungsdienst	123
14. Bottrop	109	12 Betreuungsdienst	121
15. Kiel	60	60 Betreuungsdienst	120
16. Oberhausen	79	34 Betreuungsdienst	113
17. Frankfurt	100	8 Fernmeldedienst	108
18. Stormarn	50	34 Betreuungsdienst 4 ABC - Dienst 12 Fernmeldedienst	101
19. Hannover-Stadt	32	68 Betreuungsdienst	100
Herne	100		100

### Über 133000 Helfer

Im gesamten Katastrophenschutz sind 133282 Helfer vom Dienst in der Bundeswehr freigestellt, teilte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur Einsatzbereitschaft im Katastrophenschutz mit. Der

überwiegende Teil dieser Helfer leistete etwa 200 Stunden im Jahr und damit rund 2000 Stunden bei der erforderlichen zehnjährigen Verpflichtung.

Wehrpflichtige leisteten in 15 Monaten bei einer 40-Stunden-Woche rund 2400 Stunden, die Bundesregierung betont, daß die Differenz von 400 Stunden in

Landesverband	Fahrzeuge	Anhänger	Zelte	Notstrom-aggregate	Feld-küchen	Wasseraufbe-reitungsanlagen	Sanitäts-kästen ( K 50 )	Beatmungs-geräte
Baden-Württemberg	7/4	7	18	3/3	1	-/2	31/11	13/4
Bayern	16/27	22	26/7	8/4	6/1	1/1	34/7	35/11
Berlin	2/4	4	11	8	1	1	7	6
Bremen	9	2	2/8	1/4	/4	/2	/20	2/4
Hamburg	6/25	5	8/5	2/3	2/4	-	2/3	12/10
Hessen	31/18	16	39/13	9/8	3/3	2/1	25/20	72/23
Niedersachsen	56/4	14	46/3	15/3	10/2	1	42/11	58/11
Nordrhein-Westfalen	8/79	5	27/32	2/19	1/3	/2	18/72	44/42
Rheinland-Pfalz	10/8	15	33/14	8/6	7/2	--	16/26	35/11
Saarland	--	--	--	--	--	--	--	--
Schleswig-Holstein	26/37	14	30/15	10/3	7/19	1/1	16/11	48/17
Gesamt:	171/206	94	240/97	66/53	38/38	6/9	191/181	325/133

Erläuterung: Die Zahl vor dem Schrägstrich ist ASB-Eigentum / die Zahl hinter dem Schrägstrich ist vom Hauptverwaltungsbeamten zur Verfügung gestellt.

Anbetracht der langen Verpflichtungszeit und der Tatsache, daß die Ausbildung im Katastrophenschutz grundsätzlich an Wochenenden stattfindet, angemessen ist.

### Selbstbewirtschaftung

Die ursprüngliche Zielvorgabe der bisherigen KatS-Konzeption, nämlich 1 % der Bevölkerung (rund 600 000) als Helfer für den Katastrophenschutz auszubilden und auszurüsten, konnte wegen der beschränkten finanziellen Mittel nicht annähernd erreicht werden. Mit Wirkung vom 1. Januar 1982 hat das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) eine neue Verwaltungsvorschrift über die Jahresbeträge und die Selbstbewirtschaftung für die Einrichtungen und Einheiten des Katastrophenschutzes (KatS-Jahresbeträge-VwV) erlassen. Das BZS stellt über die Landesbehörden und den Hauptverwaltungsbeamten die entsprechenden Jahresbeträge direkt den Trägern der Einheiten und Einrichtungen zur Verfügung.

Der Hauptverwaltungsbeamte überweist dabei den Trägern auf Anforderung, nach Vorlage der Ausbildungs- und Dienstpläne, Abschlagszahlungen. Sie müssen noch im selben Haushaltsjahr durch eine Schlußabrechnung abgewickelt werden. Die Istausgaben bei den Selbstbewirtschaftungsmitteln im Katastrophenschutz haben jeweils den Haushaltsansatz entsprochen, pro Jahr werden dafür ca. 25 Mio. DM von der Bundesregierung aufgewendet. Die neue Selbstbewirtschaftung ist auch Teil eines Vorschlags der KatS-Organisationen, die umfangreiche Administration im Katastrophenschutz in Form von Verwaltungsvorschriften und Einzelregelungen zu vereinheitlichen.

### BGS-Fahrzeuge

In den vergangenen Jahren wurde vom ASB gerne das Angebot des Bundesgrenzschutzes für die Abgabe von unentgeltlichen Fahrzeugen aufgegriffen, weil diese Fahrzeuge für Zwecke des Katastrophenschutzes eingesetzt werden dürfen. Bei Fahrzeugen der Bundeswehr ist dies, aus verständlichen Gründen, nicht möglich.

Die BGS-Fahrzeuge werden von den Helfern in mühevoller Arbeit, ohne daß der Katastrophenschutz der einzelnen Ortsverbände finanziell in irgendeiner Form belastet wurde, so aufgearbeitet, daß sie für den ASB nutzbar waren. Diese BGS-Fahrzeuge wurden zum überwiegenden Teil für den Transport von Materialien des Katastrophenschutzes eingesetzt, denn die vom KatS zur Verfügung gestellten Fahrzeuge sind für den Transport kaum nutzbar, da es sich meistens um 4-Tragen-Wagen oder kleinere Materialwagen handelt.

Der Transport von Materialien im Rahmen des Auslandskatastrophenschutzes ist mit diesen Fahrzeugen möglich.

Völlig unverständlich sind nun die Bemühungen des BMI, ausgesonderte BGS-Kraftfahrzeuge und bundeseigene Kraftfahrzeuge der Bereitschaftspolizeien der Länder nicht mehr an die Hilfsorganisationen abzugeben, sondern nur noch gegen Werterstattung über die bundeseigene Verwertungsgesellschaft VEBEG. Der ASB hat hier eine Initiative gestartet, damit diese Anordnungen zurückgenommen werden.

### Konsolidierungsprogramm gesichert

Der KatS-Haushalt ist, wie alle anderen Bereiche des Bundeshaushaltes, in den

nächsten Jahren rückläufig. 1981 standen für den Katastrophenschutz sächliche Verwaltungsausgaben in Höhe von 76 Mio. DM und für Beschaffung 114 Mio. DM, insgesamt 190 Mio. DM, zur Verfügung. Das sind zwar 12 Mio. DM mehr als 1980, trotzdem ist das Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung für die Beschaffung von KatS-Fahrzeugen gesichert. Allerdings ist stark eingeschränkt das Ausgabenprogramm für die Folgekosten der Kraftfahrzeugunterhaltung und der Mieten. Das hat zur Folge, daß die Wartungsintervalle für die Fahrzeuge ausgedehnt werden müssen. Die Fahrzeuge können nicht mehr wie bisher bewegt werden, und das Ausbildungsprogramm und die Übungen werden stark eingeschränkt.

Im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes für die Fahrzeugbeschaffungen wurden bisher von der Bundesregierung 1665 4-Tragen-Wagen beschafft, geplantes Soll sind 2200 Fahrzeuge. Die zur Zeit noch vorhandenen 692 Großraumkrankenwagen werden ausgesondert, sobald der nach der neuen STAN vorgesehene Arztruppkraftwagen beschafft ist. Beschafft werden auch zunächst 120 Ford-Transit als Sanitätstruppfahrzeuge.

### Übersicht über Aufstellungsstand

In verschiedenen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik fehlen noch Einheiten für die Verstärkung, die zur Zeit noch nicht aufgestellt sind. Die komplette Aufstellung der Verstärkungseinheiten ist noch nicht abgeschlossen. Dazu hat der ASB-Bundesverband eine Übersicht erstellt und den ASB-Gliederungen zur Kenntnis gegeben.

## Novellierung geplant

Die Bundesregierung bekundete ihre Absicht, das seit 1968 gültige Gesetz zur Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) zu novellieren. Beabsichtigt ist, den Zivilschutz für die Öffentlichkeit, aber auch für die beteiligten Personen transparenter zu machen. Die Organisationen befürchten allerdings, daß mit dem neuen Gesetz das Helferrecht tangiert wird. Hier sollten keine Zugeständnisse gemacht werden, wie es in einem Schreiben der vier Katastrophenschutzorganisationen ASB, DRK, JUH und MHD an den Bundesinnenminister zum Ausdruck kam.

Die Organisationen gehen auch davon aus, daß der Bund auch künftig die benötigte technische Ausstattung im Rahmen der STAN-Festlegungen beschafft und die Ausbildungskosten für den Ausbildungsteil „Besondere Ausbildung“ trägt. Eine weitere Forderung der Organisationen ist auch, daß das BMI nicht so, wie geplant, den Verstärkungsteil auf zur Zeit 140000 Helfer fest schreibt, sondern daß nach wie vor anzustreben ist, daß 1% der Bevölkerung für den Katastrophenschutz ausgebildet und ausgerüstet werden soll.

Gesetzlich zu verankern ist zukünftig das Anhörungsrecht für die im KatS mitwirkenden Organisationen.

## Gesundheitssicherstellungsgesetz

Begrüßenswerterweise wurde vom BMJFG ein Referentenentwurf des Gesundheitssicherstellungsgesetzes vorgelegt. Der ASB begrüßt zwar grundsätzlich ein solches Gesetz, ist jedoch der Ansicht, daß zusammen mit den anderen Hilfsorganisationen seine Besonderheiten in einem gesonderten Programm festgehalten werden müssen.

Dies wird wie folgt begründet:

- Der ASB wirkt bereits im Gesundheitswesen mit, zum Teil über den Rettungsdienst, zum anderen Teil über den Erweiterten Katastrophenschutz und zum Teil auch über Mobile Soziale Dienste sowie als Träger von Krankenhäusern und Alteneinrichtungen.

Der ASB hat dadurch eine Vielzahl von freiwilligen Helfern. Diese sind teilweise eine Verpflichtung in Form eines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses über das Katastrophenschutzgesetz eingegangen und wirken zugleich auch in vielen anderen Diensten mit.

- Der ASB sieht Probleme auf seine Organisation zukommen hinsichtlich der „Mitwirkung freiwilliger Helfer“, der „Melde- und Auskunftspflicht“ und

„Aus-, Fortbildungs- und Übungspflicht“.

- Es ist deshalb notwendig, diese Besonderheiten der Mitwirkung der Sanitätsorganisationen in ein besonderes Programm unterzubringen, das eine koordinierte Mitwirkung und Abstimmung zu den anderen Aufgaben, die gesetzlich geregelt sind, im Katastrophenschutz und Rettungswesen sicherstellt.

Entsprechende Änderungsvorschläge wurden dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit bereits vorgelegt. Zwischenzeitlich hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen eigenen Gesetzesentwurf vorgelegt.

## Vor 20 Jahren: Sturmflut

Vor genau 20 Jahren überschwemmte die größte Sturmflut in der Geschichte Deutschlands die Nordseeküste, vor allem war Hamburg sehr stark betroffen. Die Sturmflut überspülte Deiche, Straßen, Versorgungsanlagen, 270 Menschen wurden tot geborgen, 1000 Menschen wurden obdachlos; die Katastrophe hätte noch ein größeres Ausmaß angenommen, wenn nicht so viele freiwillige Helfer der Hilfsorganisationen, insbesondere auch des ASB, unter Einsatz ihres Lebens sich an den Rettungsarbeiten beteiligt hätten. Auch in den Reihen der Helfer waren Todesopfer zu beklagen. Dazu hat der Ortsverband Hamburg-Altona des ASB, zur Erinnerung an diesen größten innerdeutschen Katastropheneinsatz der Nachkriegszeit, eine Broschüre zusammengestellt.

## ASB-Auslandshilfe

Vor mehr als einem Jahr, am 23. November 1980, 19.34 Uhr, erschütterte ein Erdstoß ein 17000 km<sup>2</sup> großes Gebiet in Süditalien. Für diesen Landstrich bedeutete dies das Ende der Welt. Amtliche Zahlen sprechen von 3000 Toten, ca. 9000 Verletzten, von 20000 total zerstörten Wohnungen, weitere 30000 zum Teil verwüstet, fünf oder sechs Gemeinden waren betroffen. Das Erdbebengebiet gehört zu jenen unterentwickelten Landstrichen Italiens, aus denen Hunderttausende von Gastarbeitern in die benachbarten Länder kommen.

Der ASB hatte sich nun informiert, wie es heute, über ein Jahr danach, aussieht. Will man den Zeitungsberichten glauben, ist der provisorische Wiederaufbau in dem weitläufigen Gebiet nahezu abgeschlossen, aber es gibt noch viel zu tun.

Über 100000 Obdachlose sind in der Zwischenzeit aus Zelten, Campingwa-

gen und Baracken umgezogen in Fertighäuser und Metallbungalows. Am Wiederaufbau beteiligte sich im ersten Halbjahr 1981 recht intensiv der Arbeiter-Samariter-Bund. Es wurden geliefert rund 40000 Tonnen Material, so z. B. 32 Kühlschränke, 400 Stühle, 64 Kleiderschränke, 32 Doppelbetten, außerdem über 100 Betten, Unmengen von Geschirr, Matratzen, Lampen und vieles mehr.

Insgesamt wurden für die Aktion „Hilfe für Italien“ in Geld- und Sachspenden mehr als 1 Mio. DM vom ASB aufgebracht.

## Konzeption für Auslandshilfe

In diesem Jahr hat sich beim ASB ein Arbeitskreis gebildet, der die Erfahrungen dieser Hilfsaktion auswertet und eine Konzeption für zukünftige Katastrophenhilfen erarbeitet hat. Im Mittelpunkt der Katastrophen- und Soforthilfe des ASB steht immer der notleidende Mensch, unbeschadet des politisch-sozialen Systems, in dem er lebt.

- Humanitäre Hilfe zielt auf sofortige oder zumindest kurzfristige Beseitigung der Folgen einer akuten Notlage, etwa nach Naturkatastrophen oder anderen schweren Unglücksfällen, die von dem betroffenen Land allein nicht oder nicht umgehend behoben werden können.

- Sie will möglichst schnell und wirksam dazu beitragen, gefährdetes Leben zu retten oder zu erhalten und für die betroffene Bevölkerung wieder tragbare Lebensbedingungen herzustellen.

An Hilfsarten, die für diese Zwecke eingesetzt werden können, sind in erster Linie zu nennen:

- Lebensrettende Maßnahmen zur Bergung von Opfern,

- Soforthilfe zur Lebenserhaltung und medizinische Hilfe (Lieferung von Medikamenten, Impfstoffen, Entsendung von medizinischem Fachpersonal usw.) sowie die Bereitstellung von Verpflegung, Trinkwasser, Unterkunft, Bekleidung, Fahrzeugen usw.,

- Ersthilfe bei der Wiederherstellung der lebensnotwendigen Infrastruktur, z. B. bei der Einrichtung von Wohn- und Gemeinschaftshäusern.

## Einsatzzentrale

Der ASB-Bundesverband ist zur Zeit dabei, eine Einsatzzentrale für seine humanitäre Auslandshilfe aufzubauen. Sie hat folgende Aufgabenschwerpunkte:

- Sie ist Logistikzentrum; betreibt einen Kurzwellensender; hat Fernschreiber; organisierte Transporte von Geräten,

Material, Verpflegung; registriert die Transportkapazitäten, insbesondere der Lastkraftwagen; hat Flugplatzkontakte und Kontakte zu Charterfirmen; hat Firmenkontakte zu Lieferanten von Arzneimitteln, Wolldecken, Sanitätsausstattungen, Betten, Verpflegung usw. und hat personelle Ressourcen, z. B. zum Beladen von KFZ, Sortieren von Bekleidung usw.

● Die ASB-Einsatzzentrale koordiniert zukünftig alle Karteien, Ausrüstungen, Ausbildungen und Vorbereitungen im Vorfeld und veranlaßt auch die notwendigen Zusammenkünfte der Helfer zur Ausbildung und Vorbereitung bei Einsätzen.

Des weiteren stellt sie die Kontakte zu Botschaften und Konsulaten her; führt die Pressearbeit durch; koordiniert die verschiedenen Hilfsmöglichkeiten der ASB-Landesverbände und führt die verwaltungstechnische Abwicklung der Auslandseinsätze durch, z. B. den Abschluß von Versicherungen, Bereitstellung von Geldmitteln, Genehmigungen, Zollformalitäten, Grenzformalitäten im Vorfeld, Dolmetschervermittlung usw.

### Versorgungskrise Polen

Bedingt durch die innenpolitische Situation hatte sich ab Herbst 1980 in der Volksrepublik Polen eine sehr kritische

Versorgungslage entwickelt. Grundnahrungsmittel, Waschmittel und Medikamente sind seitdem in Polen Mangelware. Besonders kinderreiche Familien, Rentner und andere Sozialschwache haben unter diesen Schwierigkeiten zu leiden. Aufgrund dieser Situation hatte der ASB Mitte des Jahres 1981 eine Hilfsaktion für Polen gestartet. Seit diesem Zeitpunkt fahren Woche für Woche LKW-Konvois des ASB in dieses bedrängte Land, um Hunderte von Tonnen an Lebensmitteln und Medikamenten zu liefern.

Ein besonderer Einsatz ergab sich Mitte Januar 1982 bei der größten Überschwemmungskatastrophe, die Polen in diesem Jahrhundert getroffen hatte.

Durch die Überschwemmung der Weichsel waren viele Dörfer von der Außenwelt abgeschnitten und Tausende von Menschen obdachlos. Als eine der ersten Hilfsorganisationen der Bundesrepublik startete der ASB sofort mit einer Sendung von 10000 Wolldecken im Wert von rund 200000 DM in das Katastrophengebiet von Plock an der Weichsel. Die Mittel dafür stellte die norwegische Partnerorganisation des ASB, Norsk Folkehjelp (Norwegische Volkshilfe), spontan zur Verfügung.

Eine weitere internationale Zusammenarbeit ergab sich mit der belgischen ASB-Partnerorganisation, Solidarité So-

cialiste. Hier wurden Medikamente und Lebensmittel im Wert von DM 75000 im Auftrag der belgischen Organisation, die über keine eigenen LKW verfügt, nach Polen gebracht.

Für den ASB kommen positiv die Investitionen auf dem KatS-Sektor zugute. Ca. 85 LKW sind zur Zeit in den ASB-Ortsverbänden stationiert, deren Transportkapazitäten gute Dienste leisten. Die ASB-Hilfsaktion für Polen ist vergleichbar mit der großen ASB-Aktion anläßlich der Ungarnkrise im November 1956. Wie damals, so sind auch heute fast alle Ortsverbände des ASB in der Polenhilfe engagiert und führen Aktionen durch.

Als weitere Großaktionen im Rahmen der Polenhilfe ist der Einsatz für die IG Metall-Aktion zu sehen sowie die Beteiligung an der EG-Nahrungsmittelhilfe. Bei beiden Aktionen sind über mehrere Wochen rund 25 LKW im Einsatz gewesen.

Hier eine vorläufige aktuelle Statistik: Seit Juli 1981 haben ca. 250 ASB-Helfer mit einem geschätzten Aufwand von 70000 Stunden 800 Tonnen Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs mit 150 LKW nach Polen gebracht. Es wurden 250 Visagenehmigungen erteilt, ca. 300000 km zurückgelegt. Der Wert der nach Polen gelieferten Güter beträgt etwa 3 Mio. DM.

Gemeinsame Katastrophenschutzübung aller Hilfsorganisationen

## Großeinsatz für ASB Hamburg

Helferinnen und Helfer bewiesen guten Ausbildungsstand – Katastrophenschutz in Hamburg gut vorbereitet

Rund 750 Helferinnen und Helfer der Katastrophenschutz-Organisationen waren während einer Großübung in Hamburg im Einsatz. Für die 250 Verletzten-darsteller begannen die Vorbereitungen bereits am frühen Morgen. Jeder von ihnen wurde seiner „Verletzung“ entsprechend geschminkt.

Die Übung ging von folgender Lage aus: Ein mit Flüssiggas beladener Kesselwagen der Deutschen Bundesbahn ist nach einem Zusammenstoß mit einem Lastwagen stark beschädigt worden. Es kam zu einer Explosion, zwei Gebäude gerieten in Brand und stürzten ein. Mehr als 250 Teilnehmer einer Veranstaltung in der Nähe des Explosionsortes wurden verletzt oder getötet.

Elf Einsatzzüge mit 500 Helfern des ASB, DRK, MHD, der JUH, des THW, der Freiwilligen Feuerwehr und der Gesundheitsbehörde nahmen an der Übung teil. Der ASB Hamburg entsandte einen Sanitätszug mit rund 50 Helfern, einem Arzt und Beobachtern.

Als zuständige Krankenanstalten wurden drei allgemeine Krankenhäuser bestimmt. Hier sollte das Funktionieren der Alarmpläne und die Aufnahme einer großen Zahl verletzter Personen erprobt und überprüft werden. In den Krankenhäusern wurde eine Sichtung der „Verletzten“ und die Weiterbehandlung vorgenommen.

Das Ziel der Katastrophenschutzübung war außerdem die Erprobung des Zusammenwirkens der Führungs- und Einsatzkräfte der Feuerwehr, des THW und der Sanitätsorganisationen unter Mitwirkung der Gesundheitsbehörde. Hinzu kam die Überprüfung des Ausbildungsstandes, der Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Einheiten, der Funktionsfähigkeit der Führungs- und Einsatzmittel, der Alarm- und Einsatzpläne sowie der Organisation des Versorgungsablaufes der Krankenhäuser in Katastrophen-Situationen und der Funktionsfähigkeit eines Kreisaukunftsbüros.

Die Übung gehörte zu den Maßnahmen,

die der Hamburger Senat nach dem Unfall des Tankers „Afran Zenith“ am 25. Juni 1981 auf der Elbe ergriffen hat, um den Katastrophenschutz in der Hansestadt noch effektiver zu gestalten.

Der Sprecher des ASB Hamburg erklärte zum Verlauf der Übung: „Trotz der schlechten Witterung und der ersten Großübung seit längerer Zeit, haben sich viele Helferinnen und Helfer entsprechend ihrer Ausbildung besonnen und der Lage entsprechend verhalten. Schon nach zwei Stunden hatten die Sanitäter die Situation unter Kontrolle und die „Verletzten“ erstversorgt. Übungsbeobachter werten jetzt ihre Berichte über den Einsatz aus, so daß in nächster Zeit genauere Informationen zur Verfügung stehen.“

Auch Innensenator Alfons Pawelcyk verfolgte die Übung. Der Senator wies auf die Katastrophe in der spanischen Stadt Los Alfaques hin, bei der nach der Explosion eines Tanklastwagens mit Flüssiggas viele Tote zu beklagen waren. „Wir hoffen alle, von solchen Katastrophen verschont zu bleiben“, erklärte Pawelcyk und betonte, es sei unser aller Pflicht, sich jedoch durch Übungen und andere Maßnahmen darauf vorzubereiten, damit Menschen in Not schnell und wirksam Hilfe geleistet werden kann.

## Einsatzbericht: Großbrand Hotel-Pension Umlandseck

An einem Sonntagmorgen um 3.55 Uhr wurde von unserem Helfer Zickmann und der Feuerwehr Bad Nauheim ein Großbrand in dem Hotel Umlandseck über Telefon gemeldet. Von uns rückte daraufhin der NAW A 52 mit der Besatzung: Sedlmayr, Bornträger und Frl. Gaffrey zur Brandstelle aus. Der Helfer Zickmann fuhr sofort zur Wache, um ein zweites Fahrzeug zu besetzen.

Die NAW-Besatzung meldete, daß zwar keine Brandverletzten da seien, aber die Bewohner in Panik aus dem Fenster sprangen, zum Teil sogar aus dem 2. Stock, es befänden sich noch etwa 15 bis 20 Bewohner im Haus, die geborgen werden mußten. Es wurden daraufhin noch mehrere RTW und KTW angefordert. Telefonist Stedler in der Wache meldete daraufhin, nach Rücksprache mit dem diensthabenden Leitstellenfunker Köber (JUH), die Wache ab und fuhr mit Zickmann ins Krankenhaus am Hochwald zum Wagen A 46 – das DRK Wölfersheim besetzte an diesem Wochenende die Außenstelle – deshalb stand der Wagen A 46 am Hochwald-Krankenhaus, und fuhren ebenfalls zur Brandstelle.

Gleichzeitig wurde der RTW des DRK Friedberg RK 44 und der KTW 25 zur Brandstelle geschickt, und ich alarmiert mit der Durchsage, sofort die Wache zu besetzen und nachzualarmieren. Der Alarm kam um 3.58. In der Wache eingetroffen, alarmierte ich sofort nach. Gegen 4.04 trafen die Helfer Wagner und Vogt ein, besetzten den Wagen A 13 und fuhren zur Einsatzstelle. Gegen 4.08 kam OB Schäfer und übernahm für mich den Funk. Gegen 4.14 rückte ich mit Einsatzleiter Hilgert mit dem Wagen A 32 aus, ebenso der Wagen A 31, besetzt mit Einsatzführer Ahlemeyer und Helfer Kost.

Als ich zur Einsatzstelle kam, brannte das Hotel in voller Ausdehnung. Da ich auch Helfer zu Fuß hinschickte, teilte ich an der Einsatzstelle wie folgt um:

EL vor Ort: Friedrich, in der Wache: Schäfer; NAW Sedlmayr, Bornträger; AO 5 Notarzt Dr. Kollig; A 46 Zickmann, Stedler; A 13 Wagner, Vogt; A 31 Ahlemeyer, Kost; A 32 Hilgert, Baranek; A 72 Mehling, Schulte; A 08 Levy, Orth und Danz; Funk: Schäfer, Ahlemeyer.

Die Helferin Gaffrey wurde beim nächsten Transport durch den Wagen A 46 mit zur Wache zur weiteren Verfügung mitgenommen. OB Schäfer schickte sie mit Helfer Levy mit dem Wagen AO 8 ins HWK, um in der Ambulanz zu helfen und die Personalien zu registrieren. In der Wache befanden sich Frl. Danz und Frau Ahlemeyer, die den OB am Funk unterstützten. Die Helferin Orth übernahm die Verpflegung.

Hier kurz der Lagebericht des NAW-Fahrers J. Sedlmayr: Als wir ankamen, waren nur wenige Bewohner an den Fenstern zu sehen. Die Feuerwehr und wir ließen die Preßlufthörner etliche Minuten durchlaufen, um die Leute zu wecken. Es brach Panik aus, als die Menschen merkten, daß die Treppe schon zusammengebrochen war. Sie versuchten, aus den Fenstern zu klettern und hinunterzuspringen. Wir halfen der Feuerwehr, die die Leute mit Leitern zurückzudrücken versuchte, aber etliche sprangen trotzdem.

Andere Feuerwehrmänner hatten mit den Löscharbeiten bereits begonnen. Wir kümmerten uns sofort um die Verletzten, da zwei Frauen aus dem zweiten Stock gesprungen und unglücklicherweise gegen die Bordsteinkante gefallen waren, die eine Frau war hochschwanger. Die beiden Verletzten wurden auf den inzwischen eingetroffenen RTW RK 44 und auf unseren NAW verteilt und nach ärztlicher Erstversorgung durch den Notarzt des DRK und unseren Arzt zusammen mit je zwei Leichtverletzten abtransportiert.

Die anderen Verletzten wurden durch die nachrückenden Fahrzeuge nacheinander abtransportiert. Es waren insgesamt 14 Verletzte, davon hatten fast alle Knöchelfrakturen und Unterschenkel-frakturen sowie starke Prellungen, Riß- und Schnittverletzungen. Sechs Bewohner bewahrten Ruhe und warteten auf einem Balkon und an Fenstern. Sie wurden von der Feuerwehr mit Steckleitern und der Drehleiter geborgen und von den Wagen A 72 und RK 66 in ein anderes Hotel gebracht.

Insgesamt befanden sich außer unseren Fahrzeugen die Kernstadtfeuerwehr mit einer Drehleiter, 1 GTLF, 2 TLF; die

Stadtteilfeuerwehr Nieder-Mörlen mit 2 Löschfahrzeugen; die Stadtteilwehr Rödgen mit einem Löschfahrzeug; das DRK Friedberg mit den Wagen RK 44, RK 25, RK 37, dem Schnelleinsatzzug Ober-Möhrle mit RK 68 und einem Gerätewagen, ebenso der Verpflegungstrupp des DRK Friedberg mit RK 13 an der Einsatzstelle.

Der Wagen A 72 übernahm nach der Evakuierung und Dienstfahrten für die Feuerwehr, Materialtransport, Verpflegung, Ablösung usw. Gegen 4.40 Uhr waren alle Verletzten geborgen und abtransportiert und das Feuer unter Kontrolle. Gegen 4.45 Uhr wurden zwei Fahrzeuge (1 RTW und 1 KTW) des DRK wieder abgezogen, um die Notfallversorgung in Friedberg sicherzustellen. Gegen 5.00 Uhr wurden die restlichen Fahrzeuge des DRK abgezogen, da keine Notwendigkeit mehr zum Verbleib an der Einsatzstelle bestand.

Um 5.31 Uhr wurden die Fahrzeuge von uns bis auf den Wagen A 46 für die Brandwache und den Wagen A 72 für Versorgungsfahrten der Feuerwehr abgezogen. Nach der Verpflegung der Besatzung wurde die Einsatzbereitschaft aufgehoben und die Helfer nach Hause entlassen. Gegen 7.15 Uhr war der Brand gelöscht, die Fahrzeuge A 46 und A 72 ebenfalls zur Wache zurückgezogen.

Der Einsatz war damit für uns beendet. Entgegen der Annahme, daß eventuell sich noch Bewohner im Hotel befanden hätten und verbrannt seien, stellte sich heraus, daß niemand mehr sich im Hotel aufgehalten hatte und somit alle Menschen gerettet wurden. Zwei Feuerwehrleute wurden an der Einsatzstelle ambulant versorgt, sie hatten Anzeichen von Rauchvergiftungen.

G. Friedrich, Dienststellenleiter JUH und an diesem Wochenende HFvD

### JUH-Tag im Arkadenhof der Bonner Universität

Auch Bonns Oberbürgermeister Dr. Hans Daniels ließ sich diese Veranstaltung nicht entgehen. Im Arkadenhof der Universität stellten sich die Johanniter-Dienste von Bonn und Umgebung bei strahlendem Sonnenschein einem



Jung und alt – vereint unter dem Johanniterkreuz.

ebenso großen wie interessierten Bonner Publikum vor.

„Man muß das Gute tun, damit es in der Welt ist“, umschrieb der OB die Verpflichtung, die sich der JUH-Orden seit nunmehr 900 Jahren auferlegt hat. Baron Bernd Freytag von Loringhoven erinnerte anschließend an die Ursprünge des Ordens und wies darauf hin, daß die Hilfe für die Kranken heute weitaus komplexer geworden sei. Die weniger eingeweihten Besucher erfuhren aus seinem Mund, daß die Aufgaben der Johanniter von der Unfall-Hilfe und dem Katastrophenschutz über die Ausbildung von Krankenschwestern und Pflegern bis zur Unterhaltung von Krankenhäusern, Altenheimen und der Betreuung von psychisch Kranken reichen. Nicht unerwähnt bleiben sollte die Unterstützung anderer karitativer Einrichtungen, besonders in der DDR und Polen.

Das Stabsmusikkorps der Bundeswehr unter Leitung von Oberstleutnant Andreas Lukaczy unterhielt die Besucher, während sie sich im Arkadenhof an den Informationsständen über die tägliche JUH-Arbeit informierten. Anschaulich wurden modernste Rettungsgeräte, Rettungsfahrzeuge und Beatmungsgeräte demonstriert. Auf großes Interesse stießen die Ausrüstungen des Katastrophenschutzes. Welche Möglichkeiten es zur Überprüfung des Erfolges von Wiederbelebungsmaßnahmen gibt, präsentierte eine Übungsgruppe mit Hilfe des bekannten Schreibers.

Einen Strich machte die Post durch den Plan der JUH, historische Ordenstrachten vorzuführen. Außer einer Uniform eines Ordensritters aus der Zeit um 1900 gingen alle übrigen Kleidungsstücke verloren.



Im Arkadenhof der Bonner Uni hatte die JUH ihre Informationsstände aufgebaut.



Das Stabsmusikkorps der Bundeswehr gab der JUH-Veranstaltung den musikalischen Rahmen.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Die Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. sucht zum 1. Oktober 1982 für die Bundesgeschäftsführung eine(n)

### Sachbearbeiter(in)

mit Kenntnissen und Erfahrungen auf dem Gebiet des Rettungswesens, Erste-Hilfe-Ausbildung und Organisation. Der Bewerber sollte in Routineverwaltungsangelegenheiten Praxis mitbringen.

Vergütung nach AVR/BAT.

Neben einem sicheren Arbeitsplatz bieten wir darüber hinaus: 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen und verbilligten Mittagstisch.

Bewerbungen sind zu richten an:

**JOHANNITER-UNFALL-HILFE e. V.**  
 – Bundesgeschäftsführung –  
 Sträßchensweg 14, 5300 Bonn 1  
 Ruf (0228) 230075

## Malteser-Jugend veranstaltet ihr erstes Bundeslager

Rund 100 junge Malteser werden zur ersten Freizeitmaßnahme auf Bundesebene erwartet, die in der Zeit vom 1. bis 8. August in der Nähe von Wittlich in der Südeifel stattfinden wird. Dort, im Alfal, ist in der Nähe der kleinen Wallfahrtskapelle Heinzerath ein Platz ausgesucht, auf dem die Gruppen ihre Zelte aufschlagen, und von wo aus sie täglich Wanderungen und Fahrten an die Mosel und in die Eifel unternehmen werden.



Rund 200 Gruppen mit 2500 Mitgliedern im Alter von 12 bis 18 Jahren zählen zur neugegründeten, im Aufbau befindlichen Malteser-Jugend.

Sich als große Gemeinschaft, als Malteser-Jugend, erlebt zu haben, sich angenommen zu fühlen durch diese Gemeinschaft und in ihr die Basis und den Sinn für gemeinsames Helfen gefunden zu haben, das sollen die Teilnehmer am Ende der Wanderwoche als Resultat festhalten können. Freude an der Natur soll die Woche bringen und Spaß am Mithelfen in den verschiedenen Lagerdiensten.

Der Lagertag wird morgens um 7 Uhr mit dem Weckruf beginnen. Bis zur Frühstücksausgabe um 7.45 Uhr ist Zeit zum Waschen, zum Herrichten der Zelte und des Gepäcks für den Wandertag. Dank der Unterstützung durch die örtliche Gemeindeverwaltung stehen morgens und abends Duschen im Ortsbereich zur Verfügung. Mit dem Frühstück empfangen die Teilnehmer auch den Lunchbeutel für unterwegs. Kurz vor dem gemeinsamen Aufbruch in Heinzerath versammelt sich die gesamte Mannschaft um 8.45 Uhr unter der Lagerfahne zur sogenannten „Bannerrunde“. Sie beginnt mit einer Einstimmung auf den Tag durch den Jugendpater, gibt Gelegenheit zum Gebet und zu einem aufwühlenden Lied und dient der Bekanntgabe des Tagesablaufs und der organisatorischen Hinweise.

Auf zum Teil unterschiedlichen Wegen starten die Gruppen anschließend zu sehenswerten Tageszielen. Eine Wande-

rung wird zur ehemaligen Festung Ludwigs XIV., dem Mont Royal auf den Moselbergen bei Kröv, führen, eine andere zur Burg Arras. Der Kondelwald, das Kloster Springiersbach und das malerische Alfal geben weitere schöne Wandermöglichkeiten. Bei der Streckenauswahl behilflich ist der Eifelverein. Interessant dürfte auch ein Besuch bei der Landespolizeischule werden. Für Erfrischung mag ein Schwimmbadbesuch sorgen. Ein Teil der Strecken wird mit Fahrzeugen zurückgelegt. Darüber hinaus sind die Strecken so gewählt, daß sie nicht überstrapazieren und der Spaß an den Wanderungen erhalten bleibt.

Die Gruppen kehren am späten Nachmittag ins Lager zurück, wo ein warmes Abendessen aus der MHD-Feldküche auf sie wartet. Um 8 Uhr gibt die abendliche Bannerrunde Gelegenheit zur Verarbeitung der Eindrücke des Tages. Daran schließt sich der Lagerabend mit Spielen und mit dem Versammeln um das Lagerfeuer an. Um 23 Uhr beginnt die allgemeine Nachtruhe.

Den offiziellen Abschluß der Wanderwoche soll ein Lagerfest bilden, das am letzten Abend, dem 7. August, stattfindet. Es soll mit einem gemeinsam gestalteten Gottesdienst beginnen. Anschließend soll jede Gruppe ihren Beitrag zum Programm leisten können. Eltern, Geschwister und Freunde der Gruppenmitglieder, die das Lager besuchen möchten, sind am Abschlußabend willkommen. Darüber hinaus werden weitere geladene Gäste erwartet.

Für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung des Lagers hat sich ein erfahrenes Team zusammengefunden, das mit den verschiedensten Besorgungen bereits im Winter angefangen hat. Vorbereitet werden soll die Wanderwoche aber auch von den teilnehmenden Gruppen: Nützlich ist beispielsweise die Unterweisung der Gruppenmitglieder in der Kartenkunde. Referenten hierfür findet ein Gruppenleiter bei den Katastrophenschutzeinheiten und über die Ausbildungsreferate der Dienststellen. Aber auch das Einüben von Fahrtenliedern und gängigen deutschen Spirituals wird sich lohnen. Gruppenleiter, die die Gitarre oder ein anderes Musikinstrument beherrschen, haben in dieser Situation „leichtes Spiel“. Einen Anreiz zum Gesang in den Jugendgruppen will das Liederheft für die MHD-Jugend geben, das rechtzeitig vor der Wanderwoche erscheint und allen Teilnehmern zugestellt wird.

Neben der Vorbereitung steht für die teilnehmenden Gruppen die Vorfreude auf eine – so ist zu hoffen – erlebnisreiche Woche.

## Neue Garagen fertiggestellt

Nach 17 Jahren behelfsmäßiger Unterbringung von Fahrzeugen und nach achtmonatiger Bauzeit konnte der Stadtbeauftragte des MHD Balve, Wilhelm Schlinkmann, von Bauunternehmer Anton Schlüter die Schlüssel zu sechs geräumigen Garagen in Empfang nehmen.

Zu einer kleinen Feierstunde begrüßte der Stadtbeauftragte neben den aktiven Helfern Pfarrer Kinkel, Bürgermeister Vedderstute, den stv. Stadtdirektor Werner Traut und als Vertreter der MHD-Diözesanleitung die Bezirksbeauftragten Friedhelm Craes und Erwin Edler. Im Anschluß an die Einweihung feierten die MHD-Mitglieder einen Gottesdienst in der St.-Blasius-Kirche. Nach dem Gottesdienst traf man sich im Gasthof Padberg zur Mitgliederversammlung.

Im Auftrag der Diözesanleitung zeichnete Bezirksbeauftragter Erwin Edler drei aktive Mitglieder für ihren ehrenamtlichen Einsatz im Rahmen des fahrbaren Mittagstisches aus. MHD-Verdienstplaketten in Bronze gingen an Hubert Schulte, Richard Dickgräfer und Rudi Breiffelder. Bei der Auszeichnung wies Erwin Edler darauf hin, daß der fahrbare Mittagstisch in Balve werktags von Rentnern unentgeltlich und an Wochenenden von den Helfern und Helferinnen der Ortsgruppe ebenso ehrenamtlich durchgeführt werde.

## Münchens Malteser ehrten ihre 5000. Schwesternhelferin

Seit nunmehr zwanzig Jahren bildet der Malteser-Hilfsdienst im Auftrag der Bundesregierung Schwesternhelferinnen aus. Als erste Diözesangliederung hat der MHD in der Erzdiözese München und Freising am 21. Mai den Abschluß der Ausbildung seiner 5000. Schwesternhelferin feiern können.

Aus einer Gruppe von 51 Schwesternhelferinnen und einem Pflegedienst-Helfer, die im Vorseminar für soziale Frauenberufe St. Irmengard der Benediktinerinnen-Abtei Frauenwörth im Chiemsee gemeinsam die abschließende Prüfung bestanden hatten, fiel das Los auf die siebzehnjährige Schülerin Elisabeth Schwaiger aus Fischbachau. In diesem

Kloster sind bisher 964 Schwesternhelferinnen ausgebildet worden; die 1000. wird für das nächste Frühjahr erwartet.

Nach der Feier der Heiligen Messe und einem Festakt, in dessen Rahmen den neuen MHD-Schwesternhelferinnen ihre Broschen und Dienstausweise überreicht wurden, bat die Abtei die Ehrengäste zu einem Empfang. An den Feierlichkeiten nahmen neben Repräsentanten der Bayerischen Staatsregierung, des Landkreises und der Gemeinde, der Bundeswehr, der Kirche und des Souveränen Malteser-Ritterordens zahlreiche Vertreter des MHD teil, unter ihnen Generaloberin Rosa Maria Freifrau v. Oer, Diözesanoberin Nadine Freifrau v. Redwitz, Landesbeauftragter Rupert Graf Strachwitz M.A., Kreisbeauftragter Hans Kerschbaumer jr. sowie Diözesan- und Landes-Geschäftsführer Manfred Schulz M.A. Hans-Dieter Rubner D.D.

### **Neue Dienststelle in Konstanz eingeweiht**

Der MHD in Konstanz, der seit 1969 besteht, konnte eine neue Dienststelle einweihen. Der Bezug dieses neuen MHD-Heimes bedeutet den vorläufigen und – so hofft die Gliederung – langfristigen Schlußpunkt unter einer rastlosen Wanderschaft in den letzten Jahren.

Zur Vorgeschichte: Nachdem der MHD in Konstanz durch Franz Egenhofer gegründet ist, der danach acht Jahre lang Beauftragter war, wird ihm zunächst in einem Gebäude der katholischen Gesamtkirche ein Unterrichtsraum zur Verfügung gestellt. Hinzu kommt nach einiger Zeit ein Saal in einem Außenbezirk von Konstanz, den die Stadt dem MHD für Ausbildungszwecke zur Verfügung stellt. 1975 werden die Aufgaben dann so umfangreich, daß Raumnot besteht. Die Stadt Konstanz hilft, indem sie im selben Haus zusätzlich zum Saal eine kleine Drei-Zimmer-Wohnung zur Verfügung stellt, in der der MHD jetzt erstmals eine noch ehrenamtlich besetzte Dienststelle einrichten kann. Rettungsdienste am Wochenende und andere Arbeitsbereiche werden von nun an von dort gelenkt.

In den nächsten drei Jahren reicht dies aus. Ende 1978 wird jedoch der mittlerweile auch hauptamtlich betriebene Behindertenfahrdienst und der Rettungsdienst so umfangreich (neue Fahrzeuge kommen hinzu), daß man sich nach anderen Möglichkeiten umschaute. Der Wegzug französischer Soldaten hilft: In einem ehemaligen Kasernengebiet stellt der Bund ein Haus bereit, das der MHD mietet. Endlich sind Dienststelle und vor allem Fahrzeuge einigermaßen untergebracht.

Die Planungen eines neuen Landratsamtes jedoch sehen den Abriss dieses Hau-

ses vor. Schon nach einem Jahr muß sich der MHD nach neuen Möglichkeiten umsehen. Wieder hilft die Bundesvermögensverwaltung. Ein ebenfalls von den Franzosen genutztes Haus wird angeboten. Der MHD Konstanz greift zu, obwohl das Gebäude in einem verhältnismäßig schlechten Zustand ist. Aber es bietet noch mehr Platz, hat noch bessere Unterstellmöglichkeiten für die mittlerweile neuen Fahrzeuge.

Im Januar dieses Jahres beginnen die Aktiven mit der Renovierung. Über 3500 Stunden arbeiten die Konstanzer Malteser im neuen Haus. Da fachlich nicht alles selber gemacht werden kann, müssen Handwerker bestimmte Arbeiten übernehmen. Trotzdem gelingt es, von veranschlagten 240000 DM nur 120000 DM zu verbrauchen. Dieses Geld wird überwiegend von Stadt und Landkreis zur Verfügung gestellt.

In den neuen Räumen befinden sich die Arbeitsbereiche der drei hauptamtlichen, der fünf Zivildienstleistenden und der 120 ehrenamtlichen Malteser.

Andreas Steckbart

### **Rettungsstation auch in Dörpen**

Durch die Einrichtung einer zusätzlichen Rettungswache in Dörpen verfügt der MHD im Emsland über ein verbessertes Organisationsnetz in der Unfallrettung und im Krankentransport. Die MHD-Rettungsdienste in Papenburg und Esterwegen, die früher den Raum Dörpen mitversorgt hätten, seien nun erheblich entlastet, berichtete Geschäftsführer Hubert Siemer. Die Anfahrtswege seien kürzer, die Faktoren Raum und Zeit im Rettungsdienst stellten sich damit weitaus günstiger dar. Das regionale Einsatzgebiet, so Siemer, könne sanitätsdienstlich so gehalten werden.

Für die Einrichtung der Rettungswache sind Räume angemietet, Umbauten und Anschaffungen vorgenommen worden, die allein aus Eigenmitteln in Höhe von 55000 DM finanziert wurden. Der Wache steht ein Rettungswagen, ein Krankenwagen und ein Pkw für Sitztransporte zur Verfügung.

Der Dienst in der Wache wird von erfahrenen, freiwilligen Helfern versehen. Auch Zivildienstleistende stehen im Einsatz.

### **2. Diözesan-Ausbildertag**

Die Diözesangliederung Paderborn hatte ihre Ausbilder nach Geseke eingeladen, im Rahmen des Ausbildertages erhielten sie weitere Anregungen für ihre Arbeit. Gleichzeitig wurden neue Programmpunkte für die künftige Aus- und Fortbildung gewonnen. Um den Leistungsstand der Ausbilder zu ermitteln, wurde

ein Stationslauf durchgeführt, bei dem die Geseker Ausbilderin Maria Benkel die höchste Punktzahl erreichte.

Der Tag begann am Sonntagmorgen mit einer Meßfeier in der Stadtkirche zu Geseke, die MHD-Pfarrer Heinrich Kothes zelebrierte. Ihm zur Seite standen Ministranten aus der MHD-Jugend Geseke. Diözesanleiter Dr. Peter Freiherr von Fürstenberg sprach sich später dafür aus, die Hl. Messe ganz bewußt in alle Veranstaltungen einzuschließen.



**Der Verbesserung des Ausbildungsstandes dienen die praktischen Übungen.**

Nach dem Gottesdienst versammelten sich die Ausbilder im kleinen Festsaal des Gymnasiums in Geseke. Die organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Tagung hatte die Ortsgruppe Geseke übernommen. Die inhaltliche Ausgestaltung und Leitung lag in den Händen des Diözesanausbildungsreferenten. Diözesanarzt Dr. Gerhard Markus referierte über Herz- und Kreislaufkrankungen. Ein besonderes Schwergewicht legte er dabei auf den Herzinfarkt und dessen Risikofaktoren. Das Referat wurde mit zahlreichen Dias illustriert.

Nachdem sich die Ausbilder aus der „Gulaschkanone“ gestärkt hatten, konnten sie ihr Wissen unter Beweis stellen. An mehreren Stationen, die im Foyer des kleinen Festsaaals aufgebaut waren, lagen „Schwerverletzte“, denen die Verletzungen angeschminkt waren. Die Ausbilder mußten fachgerecht Erste Hilfe leisten und den Schiedsrichtern Rede und Antwort stehen. Dem Abschluß des praktischen Leistungstests schloß sich ein mündlicher Test durch den Diözesanarzt an. Bei diesem Leistungstest errang Maria Benkel aus Geseke den 1. Platz. Sie wurde von Diözesanleiter Dr. Peter Freiherr von Fürstenberg mit einem Präsent belohnt.

Der Diözesanleiter wies zum Schluß auf die wichtige Stellung hin, die die Ausbilder im MHD innehaben. Den gelungenen Diözesan-Ausbildertag bezeichnete er als wichtige Fortbildung, die gleichzeitig die bundesweite Aktion aller Hilfsorganisationen „Werden Sie Ersthelfer!“ unterstützen soll.



## Feuerwehr-Jahrbuch 1982/83

Nach wie vor ist das Feuerwehr-Jahrbuch die einzige Veröffentlichung, in der jährlich über das gesamte Brandschutzwesen in der Bundesrepublik Deutschland berichtet wird. Diese Dokumentation wird vom Deutschen Feuerwehrverband (Bonn) herausgegeben und umfaßt dieses Jahr 276 Seiten. Anfang Oktober liegt das Feuerwehr-Jahrbuch 1982/83 vor und kann zum letztjährigen Preis von DM 9,- pro Stück (einschl. MwSt. zzgl. Versandkosten), beim Versandhaus des DFV GmbH bezogen werden.

Als bisher einzige Veröffentlichung beinhaltet das Feuerwehr-Jahrbuch sämtliche Anschriften der Landes- und Kreisfeuerwehrverbände, der Vorstände der Landesfeuerwehrverbände/Landesgruppen, der Kreis-Jugendfeuerwehrgewerkschaften und der feuerwehrtechnischen Aufsichtsbeamten der Regierungsbezirke, Kreise und kreisfreien Städte in der Bundesrepublik Deutschland. Hinzu kommen die Anschriften der Bundes- und Landesdienststellen aller im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen sowie einer Vielzahl von für die Feuerwehren wichtigen Bundes- und Landesbehörden bzw. -institutionen. Dieser Anschriftenteil umfaßt rd. 70 Seiten und macht das neue Feuerwehr-Jahrbuch in Verbindung mit dem rd. 20 Seiten umfassenden statistischen Teil zu einem unverzichtbaren Nachschlagewerk. Im Abschnitt „Statistik und Tabellen“ ist die komplette Feuerwehrstatistik der Freiwilligen Feuerwehren, Berufsfeuerwehren, Werkfeuerwehren und Jugendfeuerwehren der Bundesrepublik Deutschland (mit Unterteilungen nach Bundesländern) zusammengestellt.

Eine Neuerung im diesjährigen Feuerwehr-Jahrbuch ist der Abschnitt „Normen“. Dieser enthält eine Übersicht aller bestehenden DIN-Normen des Feuerwehrwesens und damit verbundener Themenbereiche. Des weiteren wurde eine umfangreiche Zusammenstellung der bisher durch Normung festgelegten „Begriffe des Feuerwehrwesens“ aufgenommen. Dieser neue Abschnitt (ca. 20 Seiten) macht das Jahrbuch neben einem Dokumentationsbuch auch zu einem unverzichtbaren Nachschlagewerk im Sinne eines Fachbuches.

Inhalt des Feuerwehr-Jahrbuchs 1982/83 sind die Abschnitte:

1. Kalender und Termine
2. Anschriften und Rufnummern
3. Statistik und Tabellen
4. Normen

## Gesamt-Statistik 1981

(Zusammenfassung der Einzelstatistiken)

### Einsätze der Feuerwehren

Art der Einsätze	FF	BF	WF	Summen
Brände	58 770	48 698	17 721	125 189
Technische Hilfeleistungen	117 710	145 132	31 096	293 938
Blinde Alarmer/böswillige Alarmer	16 302	56 337	6 309	78 948
Sonstige Einsätze	27 801	25 746	59 023	112 570
Notfall-/Krankentransporte	540 857	1 077 273	119 374	1 737 504
Einsätze insgesamt	1981 <sup>1)</sup>	761 440	1 353 186	2 348 149
Vorjahr	1980 <sup>2)</sup>	799 120	1 420 872	2 421 720
	1979 <sup>3)4)</sup>	799 353	1 408 599	2 417 085
	1977 <sup>3)</sup>	682 787	1 264 819	2 097 446
	1975	800 841	1 215 807	2 151 698

<sup>1)</sup> ohne Zahlen WF für Bayern

<sup>3)</sup> ohne Zahlen WF für Bayern und Schleswig-Holstein

<sup>2)</sup> ohne Zahlen WF für Bayern und Saarland

<sup>4)</sup> ohne Einsätze FF für Berlin

### Fahrzeuge und Geräte – Kommunale –

Art der Fahrzeuge und Geräte	FF	BF	WF	Summen	
Löschfahrzeuge	28 066	862	1 674	30 602	
Hubrettungsfahrzeuge	1 066	314	121	1 501	
Rüst- und Gerätewagen	2 133	467	256	2 856	
Sonstige Fahrzeuge	5 904	2 480	785	9 169	
Anhängersfahrzeuge	12 635	704	2 071	15 410	
Fahrzeuge insges.	1981	49 804	4 827	4 907	59 538
Vorjahr	1980 <sup>1)</sup>	46 768	4 893	4 644	56 305
	1979 <sup>2)</sup>	45 491	4 487	4 577	54 555
	1977	43 406	4 237	3 222	50 865

<sup>1)</sup> ohne Zahlen WF für Saarland

<sup>2)</sup> ohne Zahlen WF für Schleswig-Holstein

## Feuerwehrstatistik

### Prozentuale Verteilung der Statistikdaten 1981

#### Mitglieder/Aktive:

869 821 ( 84,9%)	in Freiwilligen Feuerwehren (in Städten mit BF = 30 000 Aktive)
20 674 ( 2,0%)	in Berufsfeuerwehren
37 336 ( 3,7%)	in Werkfeuerwehren
96 644 ( 9,4%)	in Jugendfeuerwehren (in Städten mit BF = 4 400 Mitglieder)
1 024 475 (100,0%)	Gesamtmitglieder

#### Anteil der hauptamtlichen Mitglieder:

4 272 ( 0,5%)	in Freiwilligen Feuerwehren
20 674 (100,0%)	in Berufsfeuerwehren
4 722 ( 12,6%)	in Werkfeuerwehren
29 668 ( 2,9%)	in der Gesamtzahl der Aktiven

#### Anteil der weiblichen Mitglieder:

10 685 ( 1,2%)	in Freiwilligen Feuerwehren
8 200 ( 8,5%)	in Jugendfeuerwehren
18 885 ( 1,8%)	in der Gesamtzahl der Aktiven

5. Deutscher Feuerwehrverband e. V.
6. Deutsche Jugendfeuerwehr
7. Freiwillige Feuerwehren und Landesfeuerwehrverbände
8. Berufsfeuerwehren
9. Werk- und Betriebsfeuerwehren
10. Militärfeuerwehren
11. Landesdienststellen für Brandschutz
12. Aufgaben und Einsatz
13. Ausbildung und Schulung
14. Technik und Ausrüstung
15. Wissenschaft und Forschung
16. Sozialwesen
17. Öffentlichkeitsarbeit
18. Internationale Feuerwehrarbeit
19. Landes- und Bundesorganisationen

Diese Dokumentation über das deutsche Brandschutzwesen stellt

- für alle in Führungspositionen der Feuerwehren tätigen Personen
- für die auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindeebene tätigen Behörden, Verwaltungen und Institutionen
- sowie für die Industrie

eine unverzichtbare Arbeitsunterlage dar. Das Feuerwehr-Jahrbuch 1982/83 kann bezogen werden bei: Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes, Postfach 200269, 5300 Bonn 2.

### Feuerwehrfahrzeuge/Gesamt:

49 804	( 83,7%)	in den Freiwilligen Feuerwehren
4 827	( 8,1%)	in den Berufsfeuerwehren
4 907	( 8,2%)	in den Werkfeuerwehren
59 538	(100,0%)	Gesamt

### Löschfahrzeuge:

28 066	( 91,7%)	in den Freiwilligen Feuerwehren
862	( 2,8%)	in den Berufsfeuerwehren
1 674	( 5,5%)	in den Werkfeuerwehren
30 602	(100,0%)	Gesamt

### Einsätze/Gesamt:

125 189	( 20,5%)	Brände
293 938	( 48,1%)	Technische Hilfeleistungen
191 518	( 31,4%)	Sonstige Einsätze (davon 42% blinde Alarme u. 16% böswillige Alarme)

610 645	(100%)	
+ 1 737 504		Notfall- und Krankentransporte
2 348 149		Gesamteinsätze

### Anteil der Gesamteinsätze (ohne Notfall- und Krankentransporte):

220 583	( 36,1%)	in den Freiwilligen Feuerwehren
275 913	( 45,2%)	in den Berufsfeuerwehren
114 149	( 18,7%)	in den Werkfeuerwehren
610 645	(100,0%)	Gesamt

### Anteil der Notfall- und Krankentransporte:

540 857	( 31,1%)	in den Freiwilligen Feuerwehren
1 077 273	( 62,0%)	in den Berufsfeuerwehren
119 374	( 6,9%)	in den Werkfeuerwehren
1 737 504	(100,0%)	Gesamt

Feuerwehren Gesamtübersicht	Aktive Mitglieder (Gesamt) in:					Hauptberufliche Aktive in:				Weibliche Aktive in:		
	FF	BF	WF	JF	Gesamt	FF	BF	WF	Gesamt	FF	JF	Gesamt
Baden-Württemberg	114123	1326	8185	9232	132866	320	1326	214	1860	810	391	1201
Bayern	318160	2245	9309	18805	348519	334	2245	1203	3782	4075	559	4634
Berlin	351	2265	193	84	2893	-	2265	93	2358	9	3	12
Bremen	645	608	217	-	1470	-	608	164	772	-	-	-
Hamburg	3164	2010	679	184	6037	-	2010	152	2162	-	-	-
Hessen	85458	1593	2587	28402	118040	384	1593	584	2561	3193	3999	7192
Niedersachsen	141882	1508	3493	21879	168762	347	1508	686	2541	1807	2757	4564
Nordrhein-Westfalen	83639	6810	10082	7870	108401	2734	6810	1239	10783	262	140	402
Rheinland-Pfalz	59333	1465	1030	3657	65485	52	1465	78	1595	258	125	383
Saarland	12414	155	1196	2531	16296	43	155	128	326	24	29	53
Schleswig-Holstein	50652	689	365	4000	55706	58	689	181	928	247	197	444
Summen 1981	869821	20674	37336	96644	1024475	4272	20674	4722	29668	10685	8200	18885

Feuerwehren Gesamtübersicht	Einsätze der:				Fahrzeuge bei:				ständig besetzte Wachen:			
	FF	BF	WF <sup>1)</sup>	Gesamt <sup>1)</sup>	FF	BF	WF	Gesamt	FF	BF	WF	Gesamt
Baden-Württemberg	30542	26940	38269	95751	9096	361	961	10418	38	14	35	87
Bayern	32437	48183	?	80620	12399	400	872	13671	7	18	42	67
Berlin	7177	159047	1690	167914	54	495	43	592	9	25	4	38
Bremen	223	52875	14562	67660	33	193	35	261	-	7	5	12
Hamburg	519	176231	7773	184523	147	359	127	633	-	18	10	28
Hessen	16714	27117	19253	63084	6099	496	471	7066	21	15	23	59
Niedersachsen	64575	131464	22905	218944	7558	472	597	8627	4	16	?	20
Nordrhein-Westfalen	577494	632569	111575	1321638	6694	1646	1462	9802	105	91	99	295
Rheinland-Pfalz	11800	19513	11808	43121	4119	177	99	4395	11	7	6	24
Saarland	8852	12221	3721	24794	901	53	164	1118	6	2	6	14
Schleswig-Holstein	11107	67026	1967	80100	2704	175	76	2955	27	10	7	44
Summen 1981 <sup>1)</sup>	761440	1353186	233523	2348149	49804	4827	4907	59538	228	223	237	688

<sup>1)</sup> ohne Zahlen für WF in Bayern

Nach 17monatiger Bauzeit fertiggestellt

## DLRG-Ausbildungszentrum eröffnet

DLRG Münster erhielt zugleich neues Rettungsboot

Diese Seiten  
erscheinen in  
Verantwortung der  
Deutschen  
Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.

Am münsterischen Lechtenbergweg herrschte eitel Sonnenschein. Dies nicht nur in natura – sondern auch bei den Mitgliedern der münsterischen DLRG. Kein Wunder: Nach 17monatiger Bauzeit eröffnete Bürgermeister Heinz Lichtenfeld das neue DLRG-Lehr- und Ausbildungszentrum. Gleich anschließend wurde das Rettungsboot „Westfalen IV“ getauft. Und damit gab's auch noch ein dickes Lob vom Ltd. Ministerialrat Hans-Maier-Bode aus dem Düsseldorfer Innenministerium: „Die DLRG ist im Kampf gegen den nassen Tod einsame Spitzenklasse.“

Die 1400 münsterischen DLRGler können diesen „Kampf“ künftig viel besser ausgerüstet aufnehmen. Erstmals besitzen sie jetzt ein eigenes Domizil, Baukosten: 875000 Mark. Stadt und Land steuerten jeweils 110000 Mark bei, 40 Prozent der Bausumme wurden durch Eigenleistung der Mitglieder erbracht. Entstanden sind auf einem ehemaligen Bundesbahn-Gelände, direkt am Dortmund-Ems-Kanal, unter anderem ein Taucherraum, Büros sowie eine geräumige Bootshalle.

In dieser Bootshalle fand die feierliche Einweihungs-Zeremonie statt. DLRG-Bezirksleiter Prof. Günter Willmann konnte dazu auch Richard Winkels, den Vizepräsidenten des Landtages, Bürgermeister Lichtenfeld, Stadtrat Dr. Werner Kelm, Dr. Konrad Gelzer, den Leiter des DLRG-Landesverbandes Westfalen, sowie die Vertreter zahlreicher Vereine begrüßen.

Prof. Willmann skizzierte in groben Zügen die Entstehungsgeschichte des Lehr- und Ausbildungszentrums. Vier Wasserrettungszüge (Rettungsboote samt Trailer und Zugfahrzeug) finden dort ebenso Unterschlupf wie Rettungsschwimmer und Taucher. Bürgermeister Lichtenfeld betonte, er sei der Einladung zur Einweihungsfeier gerne nachgekommen, um seine Wertschätzung für die Arbeit der DLRG und deren Mitglieder zum Ausdruck zu bringen.

Dann verlagerte sich das Geschehen aus der mit Fahnen und Grün geschmückten Halle hinaus ins Freie. Dort wartete das DLRG-Rettungsboot „Westfalen IV“ auf seine Taufe. Zusammen mit einem Kleinbus und einem Bootsan-



Ein Rettungszug der DLRG Münster vor dem neuen Lehr- und Ausbildungszentrum.



Ltd. Ministerialrat Hans Maier-Bode vom NW-Innenministerium (rechts), der die Taufe vornahm, vor dem neuen Einsatzboot „Westfalen IV“.

hänger bildet dieses einen Katastropheneinsatzzug. Er wurde vorwiegend mit Hilfe von Landesmitteln beschafft. Ursprünglich sollte NW-Innenminister Dr. Herbert Schnoor die Boots-Taufe vornehmen. Doch da er im Innenausschuß des Landtages zur selben Stunde anwesend sein mußte, hatte er Ltd. Ministerialrat Hans Maier-Bode geschickt. Der griff im Beisein von Oberstadtdirektor Hermann Fechrup zur Sekt-Flasche – und goß das kühle Naß über die Bordwand des Täuflings: „Ich freue mich, bei

so engagierten und hilfsbereiten Mitbürgern zu Gast sein zu dürfen.“ Nun wollen sich die DLRG-Mitglieder nicht etwa auf ihren Lorbeeren ausruhen. Im Kongreßsaal der Halle Münsterland begann am gleichen Abend ein Benefizkonzert des Luftwaffenmusikkorps 3 unter der Schirmherrschaft von General Günther Westphal und unter der Leitung von Oberstleutnant Ottomar Fabry. Der Reinerlös dieser Veranstaltung soll den weiteren Bauabschnitten des DLRG-Zentrums zugute kommen.

Mit 15 westfälischen und 3 nordrheinischen Rettungszügen in Schleswig-Holstein

## DLRG probte den Ernstfall auf Ostsee und Schlei

Rettungsschwimmer waren die „Stars“ der Fernsehserie „Sicher ist sicher“

Die Überprüfung von Führungskräften, das Schulen von Bootsführern und Tauchern und die Zusammenarbeit mehrerer Rettungseinheiten auf Gewässern außerhalb der eigenen Überwachungsbereiche ist notwendig, um den größeren Ernstfall durchstehen zu können. Die vom DLRG-Landesverband Westfalen Mitte Mai unter LV-TL Gerdt Neumann durchgeführte Ausbildungsveranstaltung diente dazu. Sie war gespickt mit Überraschungen und verlangte von allen Teilnehmern ganzen Einsatz. Die Manöverkritiken und auch die Gesamtkritik zeigten, daß der erwartete Einsatz gebracht worden war und daß man sich im Ernstfall auf Mensch und Material verlassen kann.

Standort war wieder das Ostseebad Damp 2000. Ein Dank der Kurverwaltung mit Kurdirektor Clausmeyer und stv. Kurdirektor Busche, die dafür sorgten, daß die Mannschaften der 15 westfälischen und 3 nordrheinischen Rettungszüge gut untergebracht und auch sonst gut betreut wurden.

Von den vielen Punkten der Veranstaltung sollen hier die drei Sonderprogramme Erwähnung finden:

### Sonderprogramm 1 / Ostsee vor Damp 2000

Auf der Ostsee vor der DLRG-Wache waren Bojenstrecken im Slalomkurs vorwärts und rückwärts zu durchfahren und Rettungsball-Würfe auszuführen. Ferner mußten Rettungstaucher eine Puppe vom Meeresgrund bergen.

Die Taucher wurden danach als „ermüdete Opfer“ angesehen und mußten fachgerecht ins Boot geholt werden. Für Fehler wurden Zeitstrafen verhängt. Es zeigte sich, daß ruhiges Manövrieren die besten Erfolge brachte.

### Sonderprogramm 2 / Olympia-Yachthafen in Kiel-Schilksee

Die Boote fuhren bei dichtem Nebel zunächst von Damp aus über die Ostsee, durch die Eckerförder Bucht in die Kieler Förde zum Olympia-Yachthafen in Kiel-Schilksee. Hier sollte die DLRG unter



Beginn der Übung der DLRG-Wache in Damp.



Geübt wird die Übernahme von „Verletzten“.



„Gerettete“ werden an Land dem Sanitätspersonal übergeben.

der Leitung des Präsidial-TL Dr. Klaus Wilkens an der Live-Fernsehsendung des WDR zum Thema „Sicher ist sicher“ zu Problemen am und im Wasser Stellung nehmen. Mit von der Partie waren die Hamburger „Blödelbarden“ Ascher und Willem, die DGzRS mit ihrem Rettungskreuzer „G. Kuchenbeker“ und der Hubschrauber-Rettungsdienst der Bundesmarine.

Die Hamburger Barden waren als völlig naive „Herren Neureich“ ausgestattet, machten mit ihren Begleiterinnen die riskantesten Manöver und mußten letztlich von der DLRG gerettet werden. DLRG-Rettungstaucher suchten daneben das Hafengebäck nach versunkenen Wertgegenständen ab. Das lebhaftes Publikum begutachtete inzwischen die Ausrüstung der Sportboote und suchte aus einer Vielzahl Schwimmwesten, die sich Statisten angelegt hatten, die ohnmachtsicheren Schwimmwesten heraus. DLRG-Präsidial-TL Dr. Wilkens fungierte als Schiedsrichter. Den größten Beifall aber erhielt der Pulk DLRG-Rettungsboote bei ihrer Einfahrt in den Hafen. Das Wetter hatte sich zum „Fernsehewetter“ gemauert.

### Sonderprogramm 3 / Schlei vor Schleswig

Die DLRG-Rettungszüge setzten ihre Boote bei strömendem Regen an verschiedenen Stellen in der Nähe der Stadt Schleswig in die Schlei. Die Zeitungen sprachen später von „Kollidieren der Übung mit Unwetter und Unfällen“. Zu Auffahrunfällen kam es dann auch, als vom Passagierschiff „Wappen von Schleswig“ eine Explosion ertönte und das Schiff in kurzer Zeit in Flammen stand. Örtliche DLRG-Rettungszüge waren sofort zur Stelle. Auch die Feuerwehr und die Wasserschutzpolizei liefen zur Hilfeleistung aus. Der „Zufall“ wollte es, daß sich 15 westfälische Rettungsboote zu einer Übungsfahrt auf der Schlei befanden und nach Alarmierung in kurzer Zeit zur Stelle waren.

Die Bootsbesatzungen bargen so schnell Verletzte von der „Wappen von Schleswig“, daß das Sanitätspersonal von DRK und JUH bei der Übernahme an Land ins Schwitzen kam. DLRG-Rettungstaucher suchten in Nähe des Passagierdampfers noch nach über Bord gegangenen Passagieren. Die drei Boote aus dem LV Nordrhein waren für Presse, Rundfunk und Fernsehen eingesetzt. Ein „Schirmträger“ sorgte dafür, daß der Kameramann des Norddeutschen Fernsehens die Aufnahmen trocken in den Kasten bekam und ein großes Publikum am Abend von der Übung Kenntnis nehmen konnte.

**Rettungszüge beim Entladen der Boote an der Schlei.**



**WDR-Moderator Werner Zimmer (Mitte) interviewt den Technischen Leiter der DLRG, Dr. Klaus Wilkens (rechts), sowie ein Vorstandsmitglied der DGzRS (links).**



**Vorbesprechung im Yachthafen von Damp.**



**Drei Rettungsboote „Rheinadler“ rüsten zum Einsatz.**



## Alarm für Bremer Rettungstaucher

Schönwetter-Periode brachte eine Vielzahl von schwierigen Einsätzen

Die heißen Tage in der Zeit um Pfingsten dieses Jahres brachten für die Mannschaft des Taucheinsatzzuges der DLRG Bremen-Nord eine Serie von Notfalleinsätzen, wie sie bisher in dieser kurzen Zeitfolge noch nicht dagewesen sind. Das Einsatzprotokollbuch spricht für sich:

**Einsatz 11/82:** Am 28. Mai, 15.40 Uhr, wird der Taucheinsatzzug alarmiert, nachdem an der Wümme nach einer Bootskollision eine 12-m-Motoryacht mit Leck im Bootskörper gesunken ist und in großen Mengen Öl austritt. Bei Eintreffen an der Unfallstelle hat die Feuerwehr Ritterhude bereits eine Ölsperre gelegt. Die Taucher untersuchen das Leck für den anwesenden Versicherungsvertreter und dichten anschließend den Bootskörper so weit ab, daß bei dem nächsten Niedrigwasser leergepumpt werden kann.

**Einsatz 12/82:** Nur wenige Stunden später, am 29. Mai um 3.05 Uhr, erreicht

ein weiterer Alarm den Taucheinsatzzug: Die Polizeileitstelle Osterholz-Scharmbeck teilt mit, daß in einem Baggersee in der Gemarkung Oldendorf eine männliche Person – vermutlich unter Alkoholeinfluß – ertrunken ist. Die Taucher rücken mit Einsatzfahrzeug und unter Einweisung durch Streifenwagen an. Die Unfallstelle ist durch eine Flutlichtanlage der Feuerwehren aus der Umgebung hervorragend ausgeleuchtet. 15 Minuten nach Beginn des Tauchersucheinsatzes wird die ertrunkene Person geborgen.

**Einsatz 13/82:** Am 3. Juni um 22.10 Uhr wird der Taucheinsatzzug Bremen-Nord durch das Lagezentrum der Polizei Bremen alarmiert: In dem Badensee (Bultensee) wird eine männliche Person vermißt. Taucher der DLRG Bremen suchen bereits. Da die Unfallstelle nicht bekannt ist, wird der Taucheinsatzzug zur Unterstützung angefordert. Das Suchgebiet hat die Größe eines Fußballfeldes. Bei Eintreffen des Taucheinsatz-

zuges wird die ertrunkene Person von Tauchern der Mannschaft Achterdieksee Bremen geborgen.

**Einsatz 14/82:** Am 4. Juni um 5.10 Uhr geht ein Alarm durch das Lagezentrum der Polizei Bremen ein: Am Stadtwaldsee werden Kleidungsstücke und Personalpapiere gefunden. Nach den Ermittlungen der Polizei besteht Verdacht, daß die Person ertrunken ist, Taucherhilfe erforderlich. Die Mannschaft rückt aus. Gerade in dem Moment, als die Taucher ins Wasser gehen, taucht die vermißte Person auf – noch deutlich unter Alkohol stehend – und fragt, was wohl los sei und wer sich an den Kleidern zu schaffen mache.

**Einsatz 15/82:** Am 5. Juni geht um 7.19 Uhr ein Alarm der Leitstelle Polizei Osterholz-Scharmbeck ein. Am Campingplatz Ohlenstedt ist, wohl unter Alkoholeinfluß stehend, ein 21jähriger vermutlich ertrunken, Taucherhilfe erforder-



TAUCHEINSATZZUG  
DLRG - Bremen-Nord  
Tel.: 0421 / 60 10 51

lich. Die Mannschaft rückt aus und findet nach nur sieben Minuten Tauchzeit in ca. fünf Metern Wassertiefe den Vermißten. Er hatte in der Nacht seinen 21. Geburtstag gefeiert und war, unter Alkohol stehend, baden gegangen.

**Einsatz 16/82:** Am 5. Juni um 16.30 Uhr alarmiert das Lagezentrum der Polizei Bremen den Taucheinsatzzug. In einem durch ein Hochwasser ausgespültes Wasserloch an der Weser ist vermutlich ein sechsjähriges Kind ertrunken. Die Wasserfläche ist ca. 200 mal 100 Meter groß. Der Untergrund liegt voller Schrott, der Unfall wurde von niemandem bemerkt. Wegen der Größe des Suchgebietes wird die Tauchermannschaft der Wache Achterdieksee zur Unterstützung gerufen. Die Wasserfläche wird mit Grundtaustrecken in drei Suchfeldern abgesucht. Das ertrunkene Kind wird von Tauchern der DLRG-Wache Achterdieksee nach 35 Minuten Tauchzeit gefunden.

**Einsatz 17/82:** Am 5. Juni um 18.35 Uhr erfolgt Anforderung der Taucher im Auftrag der Polizei Osterholz-Scharmbeck über das Lagezentrum der Polizei Bremen. In der Kiesgrube Eggstedt ist ein 17jähriges Mädchen als Nichtschwimmer in tiefes Wasser abgerutscht und ertrunken. Die Mannschaft rückt aus. Nach nur fünf Minuten Tauchzeit wird das ertrunkene Mädchen in drei Metern Wassertiefe gefunden.

**Einsatz 18/82:** Am 17. Juni werden aus dem Badensee Waller See mehrere Mopedrahmen als Diebesgut geborgen und der Polizei übergeben.

**Einsatz 19/82:** Am 19. Juni erfolgt die Alarmierung der Taucher über das Lagezentrum der Polizei Bremen. Im Industriehafen ist ein Pkw ins Wasser gestürzt, eine Person wird vermißt. Der Eigentümer des Pkw ist an Land und steht unter Alkoholeinfluß. Der Polizei berichtet er, eine „Kneipenbekannte“ – Doris, 17 Jahre, blond – habe das Auto gesteuert und sei verschwunden. Fast zwei Stunden lang wird das Hafenkben abgesucht. Niemand ist zu finden. Später stellt sich heraus, daß die angeblich vermißte Fahrerin eine Schutzbehauptung des Pkw-Eigentümers ist, um den Führerschein zu behalten.

Eine solche Häufung von Einsätzen hat es für den Taucheinsatzzug bisher noch nicht gegeben. Normalerweise werden im Laufe eines Jahres etwa 20 Einsätze erforderlich. Es ist leicht zu verstehen, daß die völlig übermüdeten Taucher eigentlich ganz froh waren, als das tropische Klima zunächst einmal ein Ende fand. Nachts und an den Wochenenden Einsätze, tags zur Arbeit, fast nur noch nasse Tauchanzüge im Depot – das war eine große Belastung, die aber mit Brauvour gemeistert wurde.



## DLRG Gelsenkirchen stellte neues Einsatzboot in Dienst

Mit der Taufe seines neuen Motorrettungsbootes „Gelsenkirchen“ im Hafen „Unser Fritz“ am Rhein-Herne-Kanal in Wanne-Eickel begann der DLRG-Bezirk Gelsenkirchen die Wachsaison 1982. Das Boot ist Nachfolger des vor zwanzig Jahren in Dienst gestellten Bootes „Tausendfeuer“. Eine Namensgebung des neuen Bootes auf „Tausendfeuer II“ sei für die heutige Zeit nicht mehr aktuell, so Bezirksleiter Georg Lauf, da die tausend Feuer der 50er Jahre, die Charakterisierung für die Stadt Gelsenkirchen mit ihren damaligen Eisen-, Stahl- und Kohleindustrien, durch Strukturwandel inzwischen erloschen sind.

Auf der Doppelwachstation der Bezirke Gelsenkirchen und Herne werden in Zu-

kunft also die Boote „Alt Crange“, „Unser Fritz“, „Tausendfeuer“ und „Gelsenkirchen“ vor Anker liegen. In seinen Dankesworten für geleistete DLRG-Arbeit stellte Gelsenkirchens Bezirksleiter Georg Lauf ganz besonders die jugendlichen Rettungsschwimmer beider Bezirke heraus, die selbstlos und uneigennützig bereit sind, auf dem Rhein-Herne-Kanal den nassen Tod zu bekämpfen.

Die Taufe des Bootes wurde von Gelsenkirchens Bürgermeister Egon Rossa vorgenommen. Mit einem herzhaften Schluck probierte Bürgermeister Rossa vor der Taufe den Sekt, ob dieser tatsächlich taufwürdig sei, zur großen Freude der vielen Zuschauer und Ehrengäste.



**„Wendalinus-Cup“ 1982  
vor 5000 Zuschauern  
erstmalig ausgetragen**



5000 zahlende Besucher – diese wohl einmalige Rekordkulisse für einen Wettkampf im Rettungsschwimmen bildete den äußeren Rahmen für den „1. Wendalinus-Cup“, den die DLRG-Ortsgruppe St. Wendel anlässlich der 650-Jahrfeier der nordsaarländischen Kreisstadt im dortigen Freibad veranstaltet hatte.

15 DLRG-Ortsgruppen aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg waren in der Altersklasse C (17 Jahre und älter) der männlichen und weiblichen Jugend am Start – darunter so ziemlich alles, was in Südwestdeutschland im Mannschafts-Rettungswettkampf Rang und Namen hat: Bei den Herren Gerolstein als Titelträger von Rheinland-Pfalz, der badische Landesmeister Kurpfalz und die saarländischen Meisterteams aus St. Wendel und Weiskirchen. Auch bei den Damen waren mit Merzig, Gerolstein und Kurpfalz die jeweiligen Landesbesten vertreten.

Hellauf begeistert waren die zahlreichen Besucher von der Badewannenstaffel über 6x25 Meter, die der Veranstalter zum Gaudi aller ins Programm eingebaut hatte. 15 Teams kämpften hier unverdrossen um den Sieg. Und dabei konnten die Fans ihre Lachmuskeln oft bis zur Zerreißprobe strapazieren: Da purzelte so mancher kopfüber ins Wasser, andere drehten sich in ihrem runden Gefährt etliche Male um die eigene Achse und hatten größte Schwierigkeiten, den richtigen Kurs zu finden, und ganz große „Spezialisten“ schafften es gar, beim Wechsel an der Badewanne vorbei ins Wasser zu springen und mußten mit verdutzten Mienen zusehen, wie die Badewanne reißen nahm.

Großdemonstration der DLRG Ludwigshafen

**500 DLRG-Rettungsschwimmer demonstrierten ihre Einsatzbereitschaft**

11. Rettungswettkämpfe von 70 Mannschaften beschickt

Die 11. Rettungswettkämpfe der DLRG Ludwigshafen-Oggersheim im beheizten Willersinn-Freibad in Ludwigshafen um die Ehrenpreise des Ministers des Innern und Sport von Rheinland-Pfalz (Gruppe A), der Stadt Ludwigshafen (Gruppe B) und der BASF (Gruppe C) wurden zur größten Veranstaltung der DLRG innerhalb von Rheinland-Pfalz. Etwa 70 Mannschaften aus fast allen Ländern der Bundesrepublik – rund 500 aktive Lebensretter – demonstrierten ihr Können.

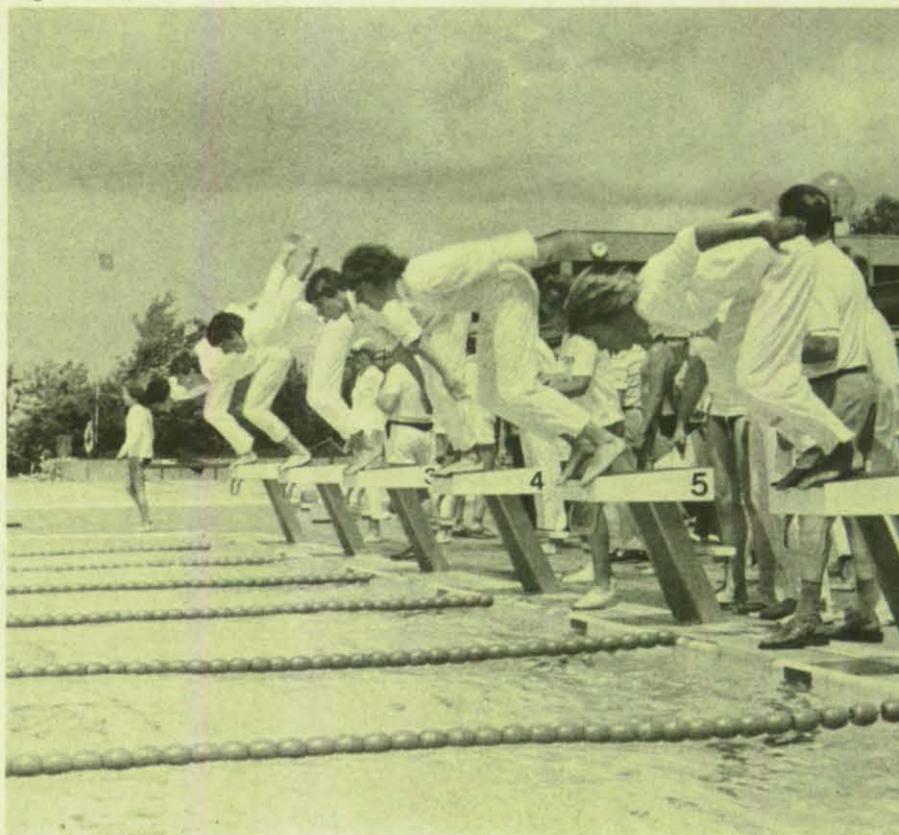
Der Vorsitzende der DLRG Ludwigshafen-Oggersheim, Werner Wirth, freute sich in seiner Begrüßungsrede über den hervorragenden Anklang, den diese Veranstaltung gefunden hat. Der Schirmherr der Rettungswettkämpfe, Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig, erklärte: „Ihr stellt Euch einer guten Sache zur Verfügung“ und dankte allen Wettkämpfern, Kampfrichtern, Betreuern und Helfern, etwa 700 bis 800 an der Zahl, sowie den Zuschauern für ihr Engagement.

Bei der reibungslosen Organisation wurden die Rettungswettkämpfe schnell und zügig abgewickelt, steht doch den Ludwigshafenern eine wunderschöne Anla-

ge mit einem 50-Meter-Sportbecken und acht Bahnen zur Verfügung. Bei der anschließenden Siegerehrung im „Wittelsbacher Hof“ betonte Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig, daß Ludwigshafen mit seinen vielen Freibädern auf den selbstlosen Einsatz der Rettungsschwimmer angewiesen sei. Der Oberbürgermeister überreichte die Ehrenpreise der Stadt Ludwigshafen, Dipl.-Sportlehrer Jürgen Brecht die der BASF und Frau Anneliese Richter, Ortsvorsteherin, die des Ministers und der DLRG Oggersheim. Alle Mannschaften erhielten neben Urkunden und Ehrenpreisen auch Pokale und kleine Einzelgeschenke. Die Begeisterung und der Jubel über die Erfolge war frenetisch.



Den siegreichen DLRG-Mädchen aus Reichenbach/Fils überreichte Oberbürgermeister Dr. Ludwig die Trophäe.



## Presseschau des Inlands

### Bundesverwaltungsgericht: Kommunen müssen Schutzräume unterhalten

Nach dem Schutzbaugesetz der Bundesrepublik sind die Gemeinden verpflichtet, öffentliche Schutzräume und deren Ausstattung zu verwalten wie auch zu unterhalten. So hat es das Bundesverwaltungsgericht in Berlin entschieden. Es ging dabei um einen Rechtsstreit zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Freiburg im Breisgau. Die Stadt hatte rechtliche Bedenken gegen die Unterhaltungs- und Verwaltungspflicht der Kommunen erhoben. In seiner Begründung wies das Bundesgericht nun darauf hin, daß die Unterhaltungspflicht der Gemeinden auch dann bestehe, wenn ein Schutzraum noch nicht in vollem Umfang den Anforderungen des vom Gesetz geforderten „verstärkten Schutzes“ entspreche oder noch nicht mit den erforderlichen Gebrauchsgegenständen und Vorräten ausgestattet sei. Die Richter fügten hinzu, es bestehe auch kein Zweifel daran, daß der Schutz der Bevölkerung am wirkungsvollsten im örtlichen Bereich wahrgenommen werden könne. Damit sei dann der Zusammenhang mit den Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge gegeben.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

### Herzog: Erheblicher Mangel an Schutzräumen

In Baden-Württemberg gibt es nach Auffassung von Innenminister Roman Herzog (CDU) einen erheblichen Mangel an Schutzräumen und Schutzmöglichkeiten für die Zivilbevölkerung. Die Bedeutung der zivilen Verteidigung neben militärischen Maßnahmen werde nicht überall erkannt, meinte Herzog in Böblingen beim Jahresempfang des Deutschen Bundeswehrverbands in Baden-Württemberg.

Die Landesregierung habe die Notwendigkeit der Zivilverteidigung mit dem Beschluß von 1979 unterstrichen, wonach bei Bauvorhaben des Landes Schutzräume vorzusehen sind. Außerdem werde verstärkt für den Bau von privaten

Schutzräumen geworben, meinte Herzog.

Zugleich betonte der Minister, daß die Landesregierung sich nachdrücklich zum Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik in der NATO bekenne. Militärische Sicherheit und Entspannungspolitik seien kein Widerspruch, sondern eine Ergänzung.

Ein einseitiger Gewaltverzicht, den Teile der Friedensbewegung forderten, führt nach Auffassung Herzogs nicht zur Stabilisierung des Friedens, sondern zur politischen und militärischen Erpreßbarkeit des Westens

(Badisches Tagblatt, Baden-Baden)

### Angst ohne Konsequenz

Alle reden von der Angst der Bundesbürger. Die 50 000 Raketen-Sprengköpfe auf dem nördlichen Teil unserer Erde machen ihm psychologisch zu schaffen. Es sind die Ereignisse im Südatlantik, im Nahen und Mittleren Osten; die Nachrüstung; aber auch die offenkundige Unfähigkeit des Parteiensystems, mit den anstehenden Problemen fertig zu werden. Doch die Angst scheint nur Lippenbekenntnis zu sein.

Fast niemand baut sich einen atombombensicheren Bunker. Die Zivilschutzämter klagen darüber, daß sie keine Freiwilligen finden, die im „Falle des Falles“ Organisationsaufgaben übernehmen. Weder enthalten die neuen Hochhäuser Schutzräume, was in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien und Frankreich undenkbar wäre, noch sind die Tiefgaragen oder die Prestige-Untergrundbahnen der Städte auf Notfälle eingerichtet. Kaum jemand in der Bevölkerung hat einen Notvorrat an Lebensmitteln und Wasser. Weder in den Schulen noch in den Beamten-Ausbildungsstätten wird Erste Hilfe ausreichend gelehrt. Gelegentlich hört man eine Sirene üben. Die Leute gehen achtlos weiter. Die F.D.P. hat ja versucht, für den Katastrophenschutz ein wenig Propaganda zu machen; die Programme der beiden anderen Parteien enthalten nichts darüber. So mancher Eigenheimbauer würde in der Lage sein, die Betondecken seines Kellers zu verstärken und für die Abzüge mit Filtern zu sorgen. Gerade wenn die Stimmung gedrückt ist, müßte man reagieren: „Der brave Mann sorgt vor“. Wir hören aber weder von den Grünen noch von den Professoren der Überlebensstrategie konkrete Hinweise, was zu tun ist, wenn ein Damm bricht oder ein Flugzeug an einen Fernsehturm stößt. Noch nicht einmal bei der Führerscheinprüfung wird das Verhalten bei Karambolage ausgiebig geprüft. Glaubte man, man redete das Unglück herbei, wenn man sich davor schützt? Warum

macht eigentlich die Bauwirtschaft keine Propaganda für Unterstände? Ist sie so sicher, daß mit der Einrichtung von Brandschutzmaßnahmen alles getan ist? Die Verteuerung für atombombensichere Unterkünfte sollte wie man hört, die gesamten Baukosten nur um 3 bis 4 Prozent erhöhen. Fordern die Versicherungsgesellschaften nicht solche Anlagen? Mitnichten.

Die Ausgaben für den Zivilschutz betragen etwa 0,3 bis 0,4 Prozent der Ausgaben für die Verteidigung. Die Bevorratung mit Lebensmitteln ist in der Bundesrepublik weit geringer als in den Nachbarstaaten. Vom Bund viel zu erwarten, ist angesichts seiner Finanzmiserie nicht möglich. Die Zuschüsse zum Bau von Schutzräumen sollen bis 1989 vergeben sein; ein Großteil hiervon soll von den gemeinnützigen Wohnungsbau-gesellschaften beansprucht werden. Die steuerlich zulässigen Abschreibungen für privat erstellte Schutzräume sind auf 10 Prozent im Jahr begrenzt und betreffen lediglich die Baukosten. Da man sich heutzutage auf einen längeren Aufenthalt im Bunker – wegen der Strahlengefahr, aber auch wegen der möglichen chemischen und biologischen Risiken – einzustellen hat, müssen die Räume größer sein als im Zweiten Weltkrieg, und sie müssen technisch besser ausgestattet werden, und sie müssen vor allem auch größere Notvorräte an Wasser, an Lebensmitteln, oder an sanitären Gegenständen enthalten. Größtenteils im Ausland sind entsprechende Vorrichtungen speziell für die Ausstattung von Schutzräumen entwickelt worden, zum Beispiel Trocken-Toiletten.

Wenn von seiten des Staates zu wenig geschieht, dann müssen die Bürger in eigener Regie handeln. Das Farmland in Amerika, die Eigentumswohnung in Kanada, reichen als Sicherung nicht aus; zudem werden im Ernstfalle alle Flugzeuge mit wichtigeren Persönlichkeiten als den Privatpersonen besetzt sein. Es hat also auch keinen Sinn, sich ein Ticket zu kaufen, um es wöchentlich erneuern zu lassen. Die Eigentums-garantie ist seit 1917 in Nordamerika für Angehörige von „Feindstaaten“ nicht mehr gegeben, und ein besetztes Land wird durch Präsidenten-Verfügung regelmäßig zum Feindstaat. Die Gefahren drohen hier zum Beispiel in einem Überfall oder in einer nichtkriegerischen Katastrophe. Also muß man hier, in der Heimat, am Wohnort und am Arbeitsplatz, vorbeugen.

Allein schon das Bewußtsein, daß man das Seine getan hat, schafft Selbstbewußtsein.

(Carl Zimmerer in  
„Blick durch die Wirtschaft“, Frankfurt)

## Presseschau des Auslands

### Reagan-Administration will den Zivilschutz verbessern

Die amerikanische Administration plant verstärkte Anstrengungen im Zivilschutz. Regierungskreise bestätigten, 400 Architekturstudenten sollten in insgesamt acht Bundesstaaten dünn besiedelte Gebiete darauf untersuchen, ob große Menschenmengen aus bedrohten Gebieten aufgenommen werden könnten.

Zur Wahl stünden neben Gefängnissen Höhlen, Tunnel, Kirchen, Schulen, Krankenhäuser, Hotels und Fabriken.

Die Reagan-Administration rechnet mit Kosten für die Planungsphase von insgesamt 4,2 Milliarden Dollar, verteilt auf einen Zeitraum von sieben Jahren. Das Zivilschutzprogramm stößt aber im Kongreß auf heftigen Widerstand. Der Senat hat bereits eine Verdoppelung der Ausgaben von derzeit 133 Millionen Dollar in diesem auf 252 Millionen Dollar im kommenden Jahr abgelehnt. Auch das Repräsentantenhaus wird voraussichtlich die Wünsche der Reagan-Administration nicht billigen.

Die Kritiker bemängeln, das Programm sei Geldverschwendung, da bei einem Atomkrieg die Bevölkerung nicht wirksam geschützt werden könne. Demgegenüber argumentiert die Administration, in der Sowjetunion würden allein im kommenden Jahr 2,5 Milliarden Dollar für den Zivilschutz ausgegeben. Die Amerikaner hätten in einem Krisenfall Zeit, ihre Bevölkerung aus den gefährdeten Gegenden um Militärstützpunkte, Raketenabschubbasen und Industriezentren zu evakuieren, wenn die Aufklärungssatelliten in der Sowjetunion ähnliche Bewegungen registrierten.

Als gefährdet gelten in Washington alle Städte mit einer Bevölkerung von mehr als 50000. Nach Angaben der amerikanischen Zivilschutzbehörde können unter derzeitigen Bedingungen nur 40 Prozent der Amerikaner bei einem nuklearen Angriff der Sowjetunion überleben.

(Fränkischer Tag, Bamberg)

### Frankreich: Neuorientierung in Sachen Zivilschutz

Die Absicht des Bürgermeisters der französischen Stadt Chartres, Georges Lemoine, die Tiefgarage unter dem Rathausplatz zu einem Atomschutzbunker auszubauen, bestätigt die Vermutung, daß die Pariser Volksfrontregierung eine Neuorientierung der bisherigen Politik in Sachen Zivilschutz anstreben könnte. Der 48jährige Lemoine ist als Staatssekretär im Verteidigungsministerium für den Schutz der Bevölkerung im Kriegsfall zuständig.

Unter den vorausgegangenen bürgerlich-konservativen Präsidenten und Regierungen sind Schutzvorkehrungen zugunsten der Bevölkerung stets unterlassen worden. Sie rechtfertigten diesen Verzicht mit dem französischen Verteidigungskonzept: „Wir haben eigene Atomwaffen, die auf jeden Möchtegern-Angreifer eine abschreckende Wirkung ausüben. Mit einem Atomkrieg ist deshalb nicht zu rechnen, so daß sich der Bau von Atomschutzbunkern erübrigt.“

Sollte es dennoch zu einem Atomkrieg kommen, dann erweisen sich alle Schutzvorkehrungen als unzureichend, wurde seinerzeit stets argumentiert. Verteidigungsexperten gingen zudem immer davon aus, daß der Atomkrieg „blitzartig“ und zu einem ungünstigen Zeitpunkt – zum Beispiel Heiliger Abend, Mitternacht oder Beginn der Urlaubs-Reisewelle – ausbricht, so daß die Chancen für ein Entkommen sprich Überleben gleich Null wären. In Paris und in den übrigen Großstädten, so meinten die Fachleute, würden alle Fluchtversuche in riesigen Verkehrsstauungen enden.

Die auf dem atomaren Abschreckungsprinzip basierende französische Verteidigungspolitik schloß somit Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung aus, worüber die Finanzminister stets erfreut waren. Diese Strategie erlaubte ferner ein Ausklammern der öffentlichen Diskussion über die Realitäten des Atomkrieges. Um die Bevölkerung vor der Atompanik zu bewahren, wurde die vor

zehn Jahren gedruckte Zivilschutzfibel, die jeder Haushalt bekommen sollte, gar nicht erst ausgeliefert.

Die Franzosen wissen deshalb nicht, wie sie sich im Falle eines Atomangriffes zu verhalten haben. Der Pariser Abendzeitung Le Monde zufolge ist das Alarmsystem überaus mangelhaft. Wird es wahrgenommen, dann nutzt das aber auch nicht viel, weil es für die Bevölkerung keine Atomschutzbunker gibt. Lediglich der Staatspräsident, die Regierung, einige hohe Offiziere und angeblich 300 Privatpersonen können sich in unterirdische Atomschutzbunker flüchten.

Angesichts der enormen Anstrengungen der Sowjetunion, Chinas und anderer Länder zur Steigerung der Überlebenschancen der Zivilisten durch entsprechende Schutzvorkehrungen kamen in Frankreich vor drei Jahren erste Zweifel am französischen Selbstschutzverzicht auf. Unter Premierminister Raymond Barre wurde daher ein Gutachten zum Thema Schutz der Zivilbevölkerung vor Atomangriffen in Auftrag gegeben. Mit Rücksicht auf die offizielle Verteidigungspolitik ist dieses Gutachten jedoch in einem Archivkeller verschwunden.

Der sozialistische Verteidigungsminister Charles Hernu ließ im November 1981 einen Strategiewechsel anklingen. Er nannte den Zivilschutz einen wichtigen Beitrag zur Landesverteidigung.

Die Initiative seines Staatssekretärs Lemoine soll richtungweisend sein. Im Pariser Stadtrat wurde der Ausbau der unterirdischen Parkhäuser und der Metro-schächte zu Atomschutzbunkern angeregt. Ein gutes Dutzend privater Bauunternehmer bietet atomkriegsverängstigten Landsleuten Atombunker zu Preisen zwischen 150000 und 450000 Francs an.

Ungeachtet dieser Entscheidungen und Maßnahmen hat aber auch die Volksfrontregierung noch nicht den Mut aufgebracht, um die Bevölkerung über das „wahre Gesicht des Atomkrieges“ aufzuklären.

(Uwe Karsten Petersen, Paris,  
in der Braunschweiger Zeitung)

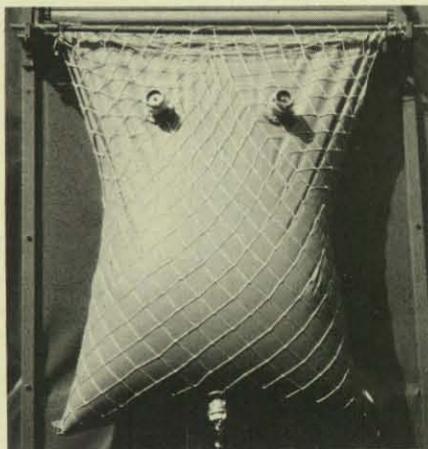
# Wissenschaft & Technik

## Trinkwasser – an die Wand gehängt

Von Tankfahrzeugen ist bekannt, daß die Schwallwirkung der transportierten Flüssigkeit unangenehme bis gefährliche Einflüsse auf das Fahrverhalten von Kraftfahrzeugen haben kann. Wenn in einem Not- oder Katastrophenfall große Mengen von Flüssigkeiten, wie Trinkwasser, Löschwasser usw., transportiert werden müssen, stehen meist zu wenig Tankfahrzeuge zur Verfügung. Der Einsatz von Pritschen-Lastkraftwagen bietet sich dann an, doch deren unterschiedliche Nutzlast bedingt unterschiedliche Füllvolumen der Behälter oder verschiedene Größen.

Die Lösung ist ein faltbarer Behälter, ähnlich einem Kissenbezug, dessen eine Schmalseite ganz offen ist und durch mehrmaliges Herumführen um übereinanderliegende Stangen „abgequetscht“ wird. Mit diesem Verschluss, an x-beliebiger Stelle angebracht, kann das Volumen des 1000 Liter fassenden Kissens beliebig begrenzt werden. Zusätzliche Vorteile sind die restlose Entleerung (durch Entfernen des Verschlusses) und die optimale Reinigung und Trocknung (durch Wenden der Innenseite nach außen). Die zuverlässige Entleerung und schnelle Reinigung solcher Behälter begünstigt die alternative Verwendung sowohl für Flüssigkeiten als auch für Schüttgüter.

Das „Kissen“ mit dem patentierten Verschluss ist serienmäßig mit drei C-Festkupplungen und C-Blindkupplungen



ausgerüstet. Die zwei auf der Oberseite des Behälters liegenden Kupplungen dienen der Befüllung und Entlüftung. Die an der Stirnseite eingebaute Kupplung dient der Entnahme der Flüssigkeiten, die problemlos über einen Wasserhahn mit Schraubgewinde oder eine C-Schlauchabsperrung erfolgen kann.

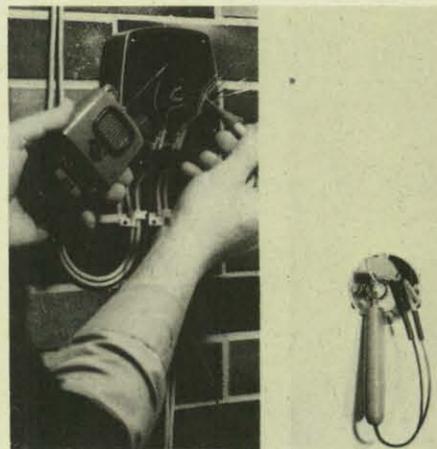
Die Verwendung des Behälters, der auch in größeren und kleineren Abmessungen gefertigt werden soll, im Zivil- und Katastrophenschutz ist vielseitig; die Stadt Stuttgart hat das Kissen zur Einlagerung von Trinkwasser in Schutzräumen getestet. Nach über einem Jahr besaß das Wasser noch Trinkwasserqualität.

Der Behälter (1000 Liter) mißt befüllt liegend 2,40 m Länge, 1,70 m Breite und 0,35 m Höhe; er kann auch mit einer Halterung an der Wand befestigt werden. Eine Verwendungsbescheinigung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau liegt vor.

## Phasenfolge spannungsfrei feststellen

Einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Arbeitssicherheit von Elektrikern bietet ein neuer Leitungsmarkierer, der zusammen mit einem bekannten, akustisch anzeigenden Vielfachprüfgerät anzuwenden ist. Mit dem Leitungsmarkierer lassen sich Leitungsadern unverwechselbar und eindeutig elektrisch derart markieren, daß ihre Zuordnung überall im Leitungsverlauf eindeutig festgestellt werden kann. So macht es dieses neuartige Verfahren überflüssig, Drehstromleitungen nur deshalb unter Spannung zu setzen, weil Drehstromsteckdosen phasenrichtig nach VDE 0100 § 31 anzuschließen sind.

Überall dort, wo bisher Spannung vorhanden sein mußte, um die richtige Zuordnung und Verbindung von Leitungen zu prüfen, können jetzt Schalt- und Verbindungsfehler schnell entdeckt werden, also ohne jede Gefahr für die Mon-



teure – und natürlich auch ohne Gefahr für die Anlage. Bisher waren zwar Prüfverfahren bekannt, die ohne Spannung auskamen, doch war der Zeit- und Personalaufwand unverhältnismäßig groß. Das neue Verfahren ist von einer Person ausführbar und vermeidet vielfaches Hin- und Herlaufen, spart also Zeit.

Unser Bild: Der Leitungsmarkierer (rechts) ermöglicht es, Leitungen in ihrem Verlauf an allen Verteilern und am Ende mit dem Prüfgerät (links) eindeutig und in einem Arbeitsgang zu erkennen. Damit ist der zweite Mann bei solchen Prüfungen nicht mehr nötig. Das Gerät arbeitet elektronisch ohne Batterie.

## Einfach zu handhabende „Einmal-Rettungsmaske“

Eine in Großbritannien entwickelte Rettungsmaske, deren Oberteil aus hitzebeständiger Folie besteht, schützt den Träger im Falle eines Brandes zuverlässig gegen Qualm und Rauch. Die leichte Filtermaske ist für den einmaligen Gebrauch bestimmt und soll nach Angaben des Herstellers mehr als 98% Rauch, Ruß und andere Mikropartikel zurückhalten. Im Ernstfall schützt die Maske den Träger auch gegen fast alle Gase und Dämpfe, die beim Schwelen von Bau- und Dekorationsstoffen aus natürlichem oder synthetischem Material entstehen. Wenn ein Feuer ausbricht, kommen die meisten Personen nicht durch die offenen Flammen, sondern durch Rauch und Dämpfe zu Schaden. Vier von fünf Todesfällen sind auf letztere Ursachen zurückzuführen.

Der Atemfilter der neuen Maske kombiniert vier verschiedene Materialien: eine äußere Schicht aus Kohlenstoff-Faserfilz zur Abschirmung gegen Hitze und Flammen, ein ultrafeines Netz aus Polycarbonat zum Herausfiltern von Rauchteilchen, eine Schicht aus Aktivkohlegewebe zur Absorption von Gasen und Dämpfen, und schließlich eine Schicht zur Nachfilterung von Dämpfen und zur diffusen Verteilung des Luftstroms. Das Oberteil der Maske besteht aus einer Polyamidfolie, deren geringes Gewicht, hohe Zugfestigkeit, Durchsichtigkeit und Hitzebeständigkeit sich als besonders vorteilhaft erweisen. Die Folie erlischt von selbst, wenn sie an der Luft in Brand gesetzt wird. Ohne zu reißen, zu schmelzen oder zu brennen, widersteht sie Temperaturen, die weit über dem liegen, was der menschliche Körper aushalten kann. Die Folie trägt aufgrund ihrer Durchsichtigkeit dazu bei, dem Träger den sogenannten Claustrophobie-Effekt zu ersparen, ein Angstgefühl, das manche Menschen daran hindert, ihren Kopf in einen „Sack“ zu stecken.

# Neue Bücher

## Feuer – Schutz und Trutz

**Faksimile-Ausgabe**  
**EFB-Verlagsgesellschaft mbH, Hanau**

Der Nachdruck, dessen Original um die Jahrhundertwende auf dem Markt war, trägt den Untertitel „Handbuch für Berufs- und freiwillige Feuerwehren sowie für Freunde unseres Feuerlösch- und Rettungswesens“. Diesem Titel entsprechend zeigt das Buch in beispielloser Ausführlichkeit den technischen Stand und die Entwicklung von Alarm- und Rettungsgeräten und Feuerwehrfahrzeugen seiner Zeit. Auch der Aufbau der Feuerwehren und ihrer Organisationen wird ausführlich dargestellt. Durch die Beschreibung des Wach- und Übungsdienstes wird ein Einblick in den Dienstablauf bei den städtischen Berufsfeuerwehren möglich. Die Schilderung typischer Feuerwehreinsätze der damaligen Zeit rundet das Bild ab. Der Abschnitt „Sicherheitsmaßnahmen und Brandursachen“ enthält die seinerzeit gültigen baulichen und feuerpolizeilichen Vorschriften.

Das Buch bietet dem an der Geschichte der Feuerwehr interessierten Leser einen in diesem Umfang seltenen Überblick über das Feuerwehrwesen um die Jahrhundertwende.

## Notruf 112 – Feuerwehren im Einsatz

**Band 3**  
**EFB-Verlagsgesellschaft mbH,**  
**Hanau**

Wie die beiden ersten Bände der Reihe präsentiert auch die Neuerscheinung interessante Feuerwehreinsätze aus aller Welt. Die 30 Beiträge sind mit informativen Texten versehen und reich bebildert, wobei die zahlreichen großformatigen Farbaufnahmen von besonderer Aussagekraft sind.

Die Schilderung umfaßt sowohl Brandeinsätze in Europa als auch in Übersee, wie zum Beispiel den Brand in den Linzer Ringbrotwerken, den Hochhausbrand in Santiago de Chile oder den Brand des MGM-Hotels in Las Vegas.

Im Bereich der Hilfeleistung sind die Berichte über den Brückeneinsturz in München oder das Erdbeben in Italien zu finden.

Ein Sonderabschnitt enthält Einsatzberichte der Berufsfeuerwehr Chicago mit bisher unveröffentlichtem Fotomaterial. Auch für die Freunde der Historie hält das Buch einige Beiträge bereit, wie einen Bericht über den Wiener Ringtheaterbrand von 1881 und den Großbrand der Trabrennbahn in Altona von 1925.

Das Buch wendet sich sowohl an den aktiven Feuerwehrangehörigen als auch an die vielen Freunde der Feuerwehr. Es bietet seinem Leser eine kurzweilige und informative Lektüre.

## Bernard & Graefe aktuell

**Herausgegeben vom Arbeitskreis für Wehrforschung**

**Bernard & Graefe Verlag, München**

**Band 23: Die Sowjetunion und die Staaten am Persischen Golf**  
**Von Shahram Chubin**

In diesem Buch beschreibt ein Iraner die Auswirkungen der sowjetischen Politik auf sein Heimatland. Von den strategischen Gegebenheiten ausgehend, schildert er den Iran und die Golfstaaten als Nachbarn der Sowjetunion. Dabei versucht er erfolgreich, aus Aussagen der sowjetischen Führung und Presse den Iran so darzustellen, wie ihn die Sowjets aus ihrer Perspektive erblicken.

Das Kernstück des Buches bildet die sowjetische Politik gegenüber dem Iran, den Staaten am Persischen Golf, dem Irak und der Volksrepublik Jemen. Den Auswirkungen des Umsturzes im Iran mit all seinen Hintergründen, den Reaktionen der Sowjets und den Folgen besonders in bezug auf die islamische Bevölkerung der Sowjetunion und die Rolle der kommunistischen Partei der UdSSR ist der letzte und für den westlichen Leser vielleicht interessanteste Teil gewidmet.

**Band 24: Saudi-Arabien und seine Sicherheitspolitik**  
**Von Adeed Dawisha**

Dr. Dawisha, Autor dieses Buches und irakischer Staatsangehöriger, schildert aus seiner intimen Kenntnis der arabischen Mentalität und des Islams heraus die sittlichen Werte, welche die Politik Saudi-Arabiens bestimmen und zu seiner Haltung gegenüber der Außenwelt führen. Auf dieser Grundlage baut er seine Beurteilung dessen auf, was dieses Land politisch vermag und welchen Zwängen es nach innen und außen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus unterliegt.

Die saudiarabische Sicherheitspolitik auf der arabischen Halbinsel und im Gebiet des Roten Meeres gegenüber dem Mittleren Osten und innerhalb des gesamten internationalen Systems bildet das Kernstück der Arbeit. Die Aussichten für die Zukunft, bei denen das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, zur Sowjetunion und anderen bedeutenden Ländern im Mittelpunkt der Betrachtungen steht, sind auch weltpolitisch von Interesse.

## Naturkatastrophen

**Von Prof. Dr. Götz Schneider**  
**Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart**

Alljährlich verlieren rund um den Erdball Zehntausende von Menschen als Folge von Naturkatastrophen ihr Leben. Mal sind es mehr – 650 000 bei einem einzigen Erdbeben in China 1976 – mal sind es weniger. Immer wieder jedoch: Katastrophen für den Betroffenen und Hinterbliebenen, ungezähltes Leid, Tod und Vernichtung weltweit. Sachschäden, die in die Milliarden gehen. Sturmfluten, Überschwemmungen, Lawinen, Bergstöße: im Prinzip erklärbar, faßbar als geophysikalisch zumindest modellhaft berechenbare Laune der Natur. Erdbeben: Störfälle im Spannungsausgleich der Erde. Vulkanausbrüche: lokal herausragende Ereignisse eines übergreifenden Geschehens im Ablauf der Erdgeschichte.

In vielen Fällen stehen heute Methoden zur Verfügung – sei es durch technische Maßnahmen oder eine verbesserte Vorhersage –, um aus einer erkannten Gefahr eine gebannte zu machen. Nicht die Natur schafft die Katastrophe, sondern der Mensch in seinem Unwillen oder Unvermögen, aus den vorliegenden Beobachtungen zu lernen.

Professor Schneider wendet sich in verständlicher Sprache auch an den interessierten Laien, erklärt detailliert die Hintergründe geophysikalischer Prozesse, die zur Katastrophe führen können, wie er in vielen Fallbeispielen aufzeigt.

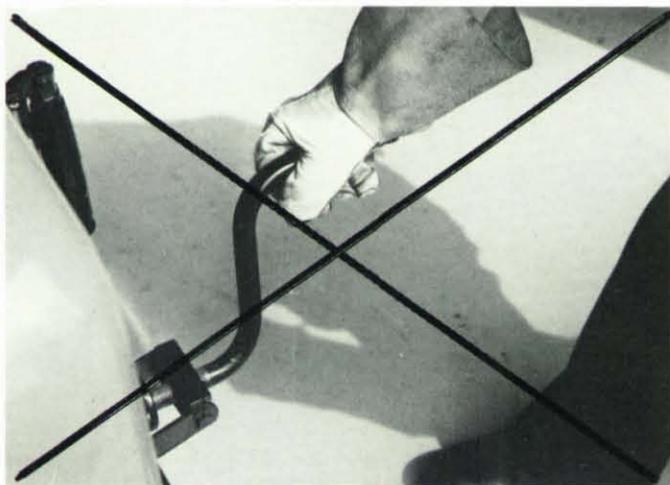
Die Entwicklung von Maßnahmen, die die Auswirkungen bedenklicher Naturprozesse ausschalten oder zumindest reduzieren, muß auf einer gründlichen Erforschung und statistischen Auswertung der Ausgangsprozesse und der Einzelergebnisse beruhen. Hierbei ist vor allem die Untersuchung vergangener Katastrophenfälle von Bedeutung. Die bisher gesammelten Erfahrungen haben deutlich gemacht, daß der Mensch den „Naturgewalten“ keineswegs hilflos gegenübersteht, wenn er nur anerkennt und will.

Paul Claes

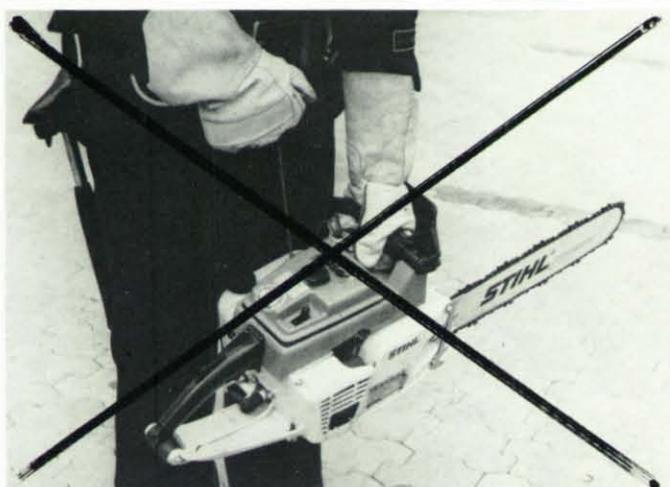
## Safety first – im Brandschutzdienst

### Das Minimagazin

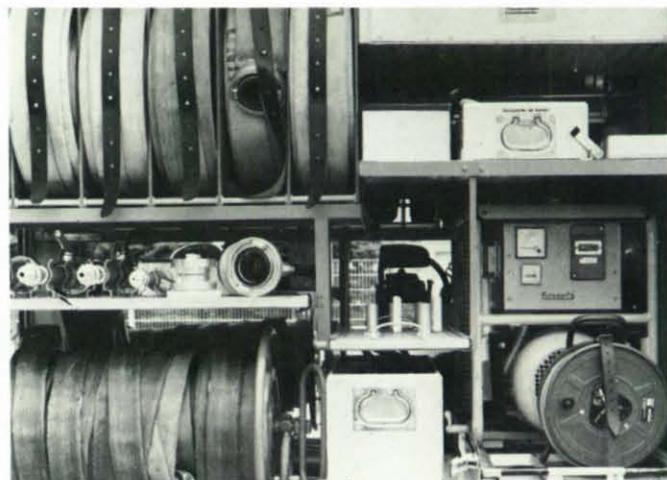
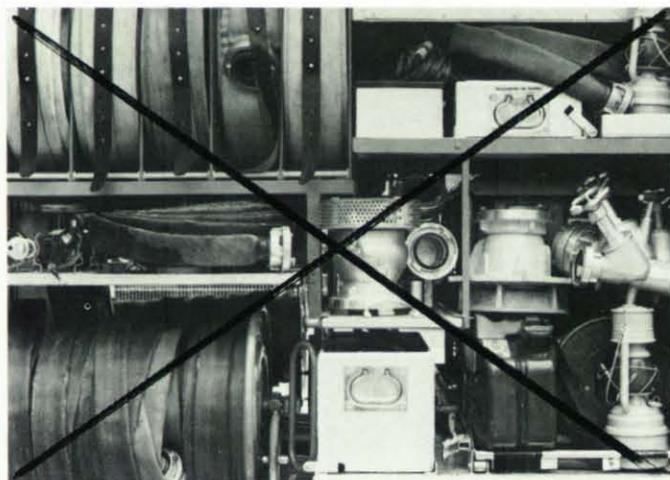
Die jeweilige Paragraphenangabe bezieht sich auf die Unfallverhütungsvorschrift Feuerwehren vom 1. Juli 1972.



Der Gefahr eines Kurbelrückschlages kann z. B. dadurch vorgebeugt werden, daß ... die Anwerfvorrichtung (wie bei der abgebildeten TS 8/8) so angefaßt wird, daß sie bei einem Rückschlag aus der Hand gleiten kann (D zu § 22).

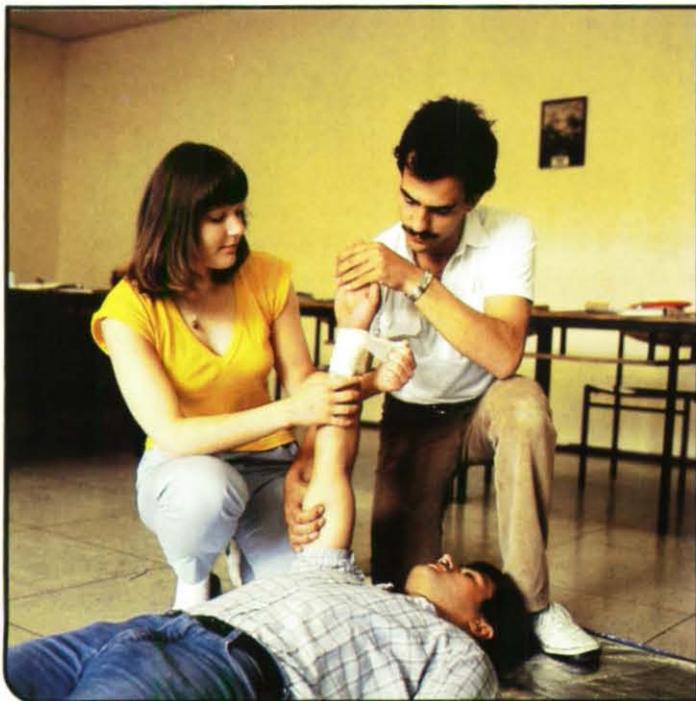


Unzulässig ist das Anwerfen einer Motorsäge „aus der Hand“, d. h. ohne Bodenaufgabe des Gerätes. Richtig ist es, die Motorsäge eben aufzusetzen und mit dem Fuß festzuklemmen.



Beim Beladen und Entladen können Verletzungen durch Quetschungen entstehen, wenn die Abstände zwischen Ladegut und Fahrzeugin- und -aufbauten zu gering sind (E zu § 8).

## Mehr Ersthelfer – mehr Menschenleben retten



Der Laie als Ersthelfer am Unfallort, ein gut organisiertes Notfallmelde- und Rettungssystem und eine optimale ärztliche Erstversorgung – vom reibungslosen Funktionieren dieser Rettungskette hängt oft das Leben eines Verunglückten ab.

Ein in Erster Hilfe ausgebildeter Laie kann entscheidend zum Überleben eines Verunglückten beitragen. Er überbrückt mit lebensrettenden Sofortmaßnahmen die Zeit bis zum Eintreffen des Arztes. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß jeder Bürger einen Erste-Hilfe-Kursus absolviert und auch Wiederholungslehrgänge besucht. Alle Kurssteilnehmer erhalten nach ihrer Ausbildung einen Autoaufkleber, der sie gegenüber der Öffentlichkeit kenntlich machen und ihre gezielte Ansprache nach Unglücksfällen ermöglichen soll.

Eine gemeinsame Aktion der Sanitätsorganisation ASB, DRK, JUH und MHD sowie des Deutschen Verkehrssicherheitsrates, des Bundesministers für Verkehr und der Berufsgenossenschaften hat zum Ziel, mehr Bundesbürger auszubilden, damit sie in Notfällen wirksam helfen können. Eine Umfrage machte deutlich, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland der Ausbildung in Erster Hilfe zwar große Bedeutung beimißt, aus der gleichen Umfrage ist aber auch zu ersehen, daß eine erhebliche Kluft zwischen dieser positiven Gesamteinschätzung der Ersten Hilfe und dem persönlichen Entschluß liegt, sich selbst auszubilden zu lassen.

Die Bilder auf dieser Seite geben einen Einblick in die vielseitige Erste-Hilfe-Ausbildung des Arbeiter-Samariter-Bundes.